

Theodor-Wolff-Preis

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen

Die nominierten Beiträge 2016

Theodor-Wolff-Preis

Theodor-Wolff-Preis

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen

Preisträger 2016

Berlin 2016

Vorwort

Der Theodor-Wolff-Preis ist die renommierteste Auszeichnung, die die Zeitungsbranche zu vergeben hat. Seit der ersten Verleihung im Jahr 1962 hat sich gelegentlich etwas verändert – so die Zahl oder der Zuschnitt der Kategorien. 2016 ändert sich sehr viel. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) als Träger und das Kuratorium des Theodor-Wolff-Preises haben entschieden, dass die Preisverleihung künftig in Berlin stattfinden wird. Hier wirkte der Namensgeber als Chefredakteur des legendären *Berliner Tageblatts*. Diese Entscheidung soll die gesellschaftspolitische Dimension des Preises im Sinne von Theodor Wolff (1868–1943) betonen. Sein Name und der Preis stehen für herausragenden Journalismus. Um diesen noch stärker als bisher zu würdigen und die Diskussion über besondere Beiträge zu fördern, wurden erstmals für die Kategorien Reportage, Meinung und Lokales je drei Arbeiten und deren Autoren nominiert. Neu ist auch das »Thema des Jahres« mit ebenfalls drei Nominierten. Dies wird dazu führen, dass in der Branche, aber auch darüber hinaus, intensiver und länger über die Arbeiten, deren Autoren und den Preis diskutiert wird – vor allem im Zeitraum zwischen Nominierung und Preisverleihung. In der ebenfalls neuen Kategorie Sonderpreis können – wie bisher – auch Auszeichnungen für ein Lebenswerk vergeben werden.

Dem Ziel, herausragendem Journalismus eine noch größere Bühne zu bieten, dient auch die Kampagne #Meisterstück. Was macht einen guten Beitrag zum Meisterstück? Auch eine Jury kann darüber lange diskutieren – und auch streiten. Komplizierte Algorithmen oder einfache Kochrezepte für herausragenden Journalismus gibt es jedenfalls nicht – und damit auch keine verlässlichen Checklisten, die einer Jury zweifelsfreie Entscheidungen nach einem klaren Punktesystem ermöglichen. Die von Theodor Wolff gesetzten Maßstäbe – demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung, politischer Sensus, gründliche Recherche, eingehende Analyse und breite Information sowie Vorbildlichkeit in Sprache, Stil und Form – bieten aber eine gute Orientierung. Meisterstücke sollten ein bedeutsames Thema behandeln oder wegen ihres Neigkeitsgehalts und der Art der Präsentation für einen wachen Journalismus beispielhaft erscheinen. Täglich erscheinen in deutschen Zeitungen viele gute Artikel. Einige davon sind Meisterstücke. Sie stehen für eine herausragende

Inhalt

journalistische Qualität und verdienen besonders viel Aufmerksamkeit. Mit der Kampagne #Meisterstück geben wir diesen Texten ab sofort eine zusätzliche Bühne in den sozialen Medien.

Hermann Neusser
Vorsitzender des Kuratoriums

Peter Stefan Herbst
Vorsitzender der Jury

		Seite
Thomas Löffelholz	Über den Tag hinaus Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis	7
Bernd Söseemann	»... so schwebt über jeder Wahrheit noch ein letztes Vielleicht« Zum Leben und Werk von Theodor Wolff	21
<i>Die Nominierten und ihre Arbeiten</i>		
Anja Reich	Kopf hoch, Lenin!	43
Karsten Krogmann und Marco Seng	Warum stoppte niemand Niels Högel?	55
Sina Wilke	Von Mensch zu Mensch	69
Wolfgang Bauer	Einer geht rein	79
Tobias Haberl	Reihe 7, Platz 88	95
Khuê Pham	Cyberstalking – Der Feind in unserem Netz	115
Verena Lueken	Den Tod im Blick	131
Jörg Thomann	Das Ende der kleinen, heilen Welt	137
Dr. Heinrich Wefing	Darf's auch etwas mehr sein?	145
Nicole Bastian und Jens Münchrath	Wer seid ihr?	157

		Seite
Stefan Aust und Helmar Büchel	An der Grenze	169
Christian Althoff	Der Gerüchte-Check – Teil 8	181
	Preisträger 1962 bis 2015	189
	Kuratorium und Jury	195

Über den Tag hinaus

Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen –
Theodor-Wolff-Preis

Von Thomas Löffelholz

Die Mauer teilt an jenem 13. August 1961 eine Stadt. Und eine Straße. Die Bernauer Straße in Berlin schneidet sie der Länge nach durch. Auf der einen Seite mauern sie die Fenster zu. Der junge Reporter beschreibt die Tragödien jener Tage. Auf den Pflastersteinen, dort wo eine 53-jährige Frau aus dem Fenster zu Tode stürzte, liegen noch Blumen; ein junger Mann springt in panischer Flucht vom Dach. Er verfehlt das Sprungtuch und stirbt. Von einem Fenster auf der westlichen Straßenseite winkt ein Vater der Tochter auf der anderen Seite zu, wendet sich – von Gefühlen überwältigt – ab und geht. Er kann nicht mehr. Der Reporter gibt dem Impuls des Augenblicks nach. Er winkt der unbekanntenen jungen Frau zu. Wann wird sie den Vater wiedersehen? »Im Berliner Wedding stirbt eine Straße«, titelt die Zeitung.

Der Bericht wird mit einem der ersten zehn Theodor-Wolff-Preise ausgezeichnet, die 1962 zum ersten Mal vergeben wurden. Der Verleger ist von der Ehre, die da seinem Redakteur zuteil wird, nicht rundum begeistert. »Dann werden Sie uns ja bald verlassen«, fürchtet er. Unbegründete Sorge. Der Preisträger bleibt noch 33 Jahre, die meisten davon als Chefredakteur. Die Jury hatte ein Talent erkannt.

Journalistenpreise – inzwischen gibt es rund 200 – waren anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende der Nazizeit rar. Von einigen kleineren Preisen abgesehen, von denen inzwischen wohl keiner mehr existiert, war der Theodor-Wolff-Preis die erste bedeutende Auszeichnung für Journalisten, die in der Bundesrepublik ausgeschrieben wurde. Und er wurde zur renommiertesten.

Dass man nicht früher Lorbeeren verteilte, kann niemanden wundern. Journalisten, Verleger und auch die Bürger hatten andere Sorgen. Man war noch einmal davongekommen. Man konnte – nach zwölf Jahren der Zensur und der Verbote – die eigene Meinung wieder frei sagen. Man konnte wieder alles lesen, und zwar nicht mehr nur zwischen den Zeilen. Warum Preise vergeben für etwas, was eine Gnade schien? Und: Warum Preise für einen Beruf vergeben, dem das Festliche, nach Auszeichnung Heischende fremd ist? Journalisten sind Tagschreiber, der Name sagt es. Was sie tun ist vergänglich. Der gedankenreichste Leitartikel, die packendste Reportage werden sehr schnell ein Stück Altpapier.

Ja, die Zeitung ist – soweit das möglich ist – in unseren Jahren sogar noch etwas vergänglicher geworden. Denn wir sind ja »live« dabei, wenn olympische Medaillen gewonnen, Tore geschossen, Könige gekrönt werden. Parlamentsde-

batten entwickeln sich in der Ecke unseres Wohnzimmers, dort, wo wir morgen in Vettels Cockpit mit Tempo 300 um den Hockenheim-Ring rasen werden. Die Türme des World-Trade-Center stürzten vor unseren Augen zusammen – nur Sekundenbruchteile später als in Lower Manhattan. Und noch ehe die erste Wahlurne geöffnet ist, erfahren wir Schlag 18 Uhr, wie eine Wahl ausgegangen ist. Ganz schön alt: die Zeitung von heute!

Unterstützung vom Bundesverfassungsgericht

Warum dem Flüchtigen Kränze flechten? Und dann auch noch für Journalisten! Ihr Sozialprestige ist gering. Meinungsumfragen zeigen sie traditionell auf den hinteren Plätzen. Zwar haben sie in der Gunst des Publikums einige Plätze gut gemacht; Studienräte und Politiker, die beide vor 30 Jahren noch weit vorne lagen, wurden überholt. Doch vom Glanz, den der Beruf in den Augen der schreibenden Zunft selbst hat, finden die Demoskopen wenig. Max Weber hatte in seinem berühmten Essay über den »Beruf zur Politik« 1919 befunden, der Journalist gehöre in den Augen der Öffentlichkeit »zu einer Art von Pariakaste, die in der ›Gesellschaft‹ stets nach ihren ethisch tiefststehenden Repräsentanten sozial eingeschätzt« werde.

Wer sich angesichts solcher Urteile wieder aufrichten will, der muss ins Grundgesetz schauen. Es hält die Pressefreiheit sehr hoch, und das Bundesverfassungsgericht hat sie sogar gestärkt. »Im Zweifel für die Meinungsfreiheit«, entschied das Gericht immer wieder. Einzelne oder Gruppen müssen sich auch harsche, polemische Kritik gefallen lassen, bis hin zu dem Verdikt: »Soldaten sind Mörder«.

Man hatte gelernt. Hitler hatte 1933 die totale Macht binnen weniger Wochen auch dadurch errungen, dass er das freie Wort unterdrückte, Zeitungen zensieren ließ und auch einfach verbot oder enteignete. Ohne die freie Information aber hat Demokratie keine Chance. »Wo Pressefreiheit herrscht und jedermann lesen kann, da ist Sicherheit«, sagte Thomas Jefferson.

Es ist wahr: Die Pressefreiheit deckt auch (fast) jede Dummheit. Was wird nicht alles geschrieben! Doch wäre es anders, die Zensur wäre nahe: Wer will denn entscheiden, was dumm ist und was nicht? Manche »Dummheit« erweist sich später als Geistesblitz.

Theodor Wolff, dessen Namen dieser Preis trägt, hat deshalb zornig gegen das »Schmutz- und Schundgesetz« Stellung bezogen, das der Reichstag 1926 verabschiedete. Es sollte den Leser vor Schund bewahren. Wolff trat – im Streit um dieses Gesetz – sogar aus jener liberalen Deutschen Demokratischen Partei aus, die er 1919 mitgegründet hatte. »Schund«, so schrieb er, sei für ihn so unerfreulich wie für jeden anderen, und »Schmutz« habe auch für ihn einen ekligsten Geruch. Doch das Gesetz sei »verwerflich und grotesk«, weil es »die Überwachung und Säuberung der Literatur und der Presse einer neu gebildeten Behörde, ... einem Areopag frommer Pädagogen und mütterlich-gütiger Damen, übergab«. Wo das Wort nicht frei ist, kann man auch journalistisch nicht arbeiten.

Dieser Konflikt zeigt, warum der Journalist einerseits Buhmann und zugleich doch Garant einer informierten Gesellschaft ist. Er hat Freiheit. Er nützt sie. Nicht immer ist das Ergebnis über jeden Zweifel erhaben. Manches ist dumm, manches auch falsch, und manchmal ist es »falsch« im doppelten Sinn des Wortes. Die Pressefreiheit ist deshalb nicht nur ein Recht, sondern auch eine Herausforderung.

Denn nicht Journalisten sind für die Demokratie wichtig; wichtig sind die Informationen, die sie vermitteln. Sie haben die Freiheit zur Dummheit, aber sie müssen der Dummheit und dem Vorurteil widerstehen, so gut dies eben geht. Sie müssen Interessen durchschauen, sich nicht zu Propagandisten machen lassen. Sie müssen verständlich sein und klar, um dem Leser ein Urteil zu erlauben. Sie brauchen Kompetenz und Unabhängigkeit.

Max Weber hat die Journalisten gegen jene Kritik, die er selbst beschrieb, energisch verteidigt. Nicht jedermann sei gegenwärtig, »dass eine wirklich gute journalistische Leistung mindestens so viel ›Geist‹ beansprucht wie irgendeine Gelehrtenleistung – vor allem infolge der Notwendigkeit, sofort, auf Kommando, hervorgebracht zu werden und sofort wirken zu sollen, bei freilich ganz anderen Bedingungen der Schöpfung. ... Dass die Verantwortung eine weit größere ist, und dass auch das Verantwortungsgefühl jedes ehrenhaften Journalisten im Durchschnitt nicht im mindesten tiefer steht als das des Gelehrten ... wird fast nie gewürdigt.«

Solche Qualität zu sichern und das Verantwortungsgefühl zu schärfen, ist eine Herausforderung für die Medien. Wo dies gelingt, und damit dies gelingt, darf man auch einen Preis verleihen.

Am Anfang war die »Stiftung Die Welt«

Es war die »Stiftung Die Welt«, die den Theodor-Wolff-Preis erstmals aussetzte. Sie war 1953 gegründet worden, als die Briten *Die Welt* – die sie 1946 als Zeitung der Besatzungsmacht in Hamburg geschaffen hatten – privatisierten. Axel Springer erwarb 75 Prozent der Anteile. Den Rest überließ man der Stiftung. Indirekt wollten sich die Briten dadurch wohl auch einen Rest an Einfluss auf »ihr« Blatt sichern.

Die »Stiftung Die Welt« sollte in der noch jungen deutschen Demokratie die Zeitungswissenschaften sowie den journalistischen und verlegerischen Nachwuchs fördern und unterstützen. Briten, Amerikaner und Franzosen hatten nach dem Krieg dafür gesorgt, dass in Westdeutschland eine vielfältige Presse entstand. Unbezweifelbare Demokraten bekamen Lizenzen zur Gründung neuer Blätter. Die Besatzungsmächte gaben zwei eigene Zeitungen heraus: Der *Welt* im von den Briten kontrollierten Norden stand *Die Neue Zeitung* in der amerikanischen Zone gegenüber. Herausragende Journalisten, von denen viele vor Hitler aus Deutschland geflohen waren, prägten beide Blätter.

Zwar überlebten nicht alle der nach dem Krieg gegründeten Lizenz-Zeitungen die Währungsreform. Über Nacht war Geld knapp; in den Schaufenstern aber türmten sich Güter auf, die man fast nicht mehr kannte. Plötzlich sahen sich die Zeitungen im Wettbewerb mit unvorstellbaren Köstlichkeiten. Viele behaupteten sich und trugen maßgebend dazu bei, dass sich in jenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein festes demokratisches Bewusstsein entwickelte und extremistische Parteien nie eine ernsthafte Chance hatten. Als 1960 der Theodor-Wolff-Preis vorgestellt wurde, hatte die deutsche Presse gezeigt, welchen Beitrag sie in dieser Gesellschaft leistet.

Wer den Theodor-Wolff-Preis »erfand«, ist nicht bezeugt. Hans Wallenberg, langjähriger Chefredakteur der *Neuen Zeitung*, war wohl einer der Anreger, aber auch Alfred Frankenfeld, der Geschäftsführer der »Stiftung Die Welt«. Vorbild sollte der Pulitzerpreis sein, mit dem seit 1917 in den USA herausragende journalistische Leistungen ausgezeichnet werden. Den Namen – Theodor-Wolff-Preis – schlug jedenfalls Frankenfeld vor. Er hatte von 1924 bis 1933 unter dem Chefredakteur Theodor Wolff beim *Berliner Tageblatt* gearbeitet.

In den 27 Jahren, in denen Theodor Wolff das *Berliner Tageblatt* leitete, wurde es zu einer weltweit beachteten deutschen Zeitung. Glanzvolle Federn hatte er um sich versammelt. Seine Leitartikel setzten Maßstäbe. »Sie wurden als die Stimme des demokratischen, freiheitlichen, europäisch gesinnten Deutschland überall zitiert; und sie erregten die Wut derer, die bei den Worten ›Freiheit‹ und ›Demokratie‹ zu ihren Revolvern griffen«, berichtete bei der ersten öffentlichen Verleihung des Preises 1965 einer der engsten Mitarbeiter Theodor Wolffs, Wolfgang Bretholz.

Ein großer Journalist

Theodor Wolff, 1868 in Berlin geboren, kam als junger Mann zum *Berliner Tageblatt*, zunächst als kaufmännischer Lehrling. Doch das Talent zum Schreiben zeigte sich schnell. Er schrieb über Kultur, verfasste auch Romane und Dramen, mischte im Theaterleben mit. Die Neigung zum Feuilleton begleitete ihn sein Leben lang. 1894 ging er für das *Tageblatt* nach Paris. Die Dreyfuss-Affäre wurde für ihn zu einem prägenden Erlebnis. 1906 kehrte er als Chefredakteur nach Berlin zurück.

1933 entließ ihn das *Berliner Tageblatt* – nachdem die Nazis die Zeitung 14 Tage lang verboten hatten. »Wahre Demokratie und Gerechtigkeit verlangen«, so schrieb der Verleger damals an Wolff, »dass positive Leistungen des Staates ... sachliche Anerkennung erfahren. Ich kann mir nicht denken, dass Sie sich der Gefahr aussetzen wollen, von der Öffentlichkeit missverstanden zu werden, wenn Sie das *Berliner Tageblatt* auch dann noch verantwortlich zeichnen wollen.«

In diesem Brief spiegelt sich die ganze Ohnmacht jener Tage. Von »Demokratie und Gerechtigkeit« konnte ja längst keine Rede mehr sein. Aber Hans Lachmann-Mosse, der Verleger, war – anders als Theodor Wolff – ein ängstlicher Mann. Er gab dem Druck nach, anpasserisch, wie der Brief zeigt. Es half ihm nichts: Auch er musste noch 1933 emigrieren. Für Theodor Wolff kam es zwei Monate später schlimmer. In Berlin verbrannten fanatisierte Studenten seine Werke. »Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung ... Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff.«

Er war für die Mächtigen nie ein bequemer Mann. Im Ersten Weltkrieg hatte er ein Jahr lang nicht geschrieben, weil er die Annexions-Politik Wilhelms II. und der deutschen Heeresführung ablehnte. Die Alldeutschen nannten ihn »Vater-

landsverräter«. Sein *Tageblatt* wurde auch damals schon immer wieder einmal verboten. Die Nationalisten merkten es sich und verfolgten ihn später mit blindem Zorn. Es zählte nicht, dass Theodor Wolff – durchaus national gesinnt – leidenschaftlich gegen die Verträge von Versailles kämpfte und die deutschen Politiker, die dem Druck der Sieger nachgaben und unterschrieben, hart kritisierte. Und auch mit den maßlosen Siegern ging er ins Gericht. Sein Leitartikel zu Versailles hieß: »Nein!«

Er plädierte für den Ausgleich zwischen Völkern und den Gegnern von einst. Er war entschieden, aber er argumentierte fast immer behutsam. »Über jeder Wahrheit«, so notiert er, »schwebt noch ein letztes Vielleicht«. Eine Wahrheit, an die mancher Selbstgerechte in diesem Beruf gelegentlich denken sollte. Der radikal-sozialistische Publizist Kurt Hiller – ein Gegner Wolffs – zollte ihm in einem Nachruf Respekt: Er kenne keinen Journalisten, der wahrheitsliebender gewesen sei. Kann man mehr sagen?

Den Nachwuchs durch Vorbilder schulen

Am 24. Juni 1960 wurde der Theodor-Wolff-Preis der Öffentlichkeit vorgestellt. Er sollte »zur Heranbildung des journalistischen Nachwuchses durch Vorbilder« herausragende journalistische Leistungen auszeichnen. Ein halbes Jahr später – am 1. Februar 1961 – wurde er zum ersten Mal ausgeschrieben. Zehn Preise waren mit insgesamt 30.000 Mark (rund 15.300 Euro) dotiert.

Man wollte damit herausragende Texte prämiieren. Doch zugleich sollte journalistische Qualität und Qualifikation gefördert werden. Deshalb kann der Preis nur an hauptberuflich tätige deutsche Journalisten vergeben werden und nur für Artikel, die in deutschen Tages- und Wochenzeitungen und Nachrichtendiensten erscheinen. Ursprünglich durften nur die Vorstände der Landesverbände des Deutschen Journalisten-Verbands – von 1962 an auch die der Deutschen Journalistenunion – preiswürdige Arbeiten vorschlagen. Dieses eingeeengte Vorschlagsrecht wurde aber bald aufgegeben. Seither können auch der Autor selbst und seine Zeitung Artikel einreichen und inzwischen können Vorschläge auch aus dem Kuratorium und der Jury des Preises kommen. Über die Preisträger entschied am Anfang der Vorstand der »Stiftung Die Welt«, unterstützt von einem Beirat angesehener Journalisten.

In den ersten Jahren wurde um die Preisverleihung nicht viel Aufhebens gemacht. Die Preisträger wurden informiert und erhielten ihr Preisgeld. 1965 wurde der Preis zum ersten Mal öffentlich – in einer Feierstunde an der Freien Universität (FU) in Berlin – vergeben. Dies war möglich, weil die »Stiftung Die Welt« mit dem »Institut für Publizistik« an der FU 1964 vereinbart hatte, den Preis gemeinsam auszuschreiben. Den Anstoß gab der Geschäftsführer der Stiftung, Alfred Frankenfeld. In einem Brief hatte er 1962 dem Direktor des »Instituts für Publizistik«, Fritz Eberhard, geschrieben, ein so bedeutsamer Preis sollte eigentlich nicht allein von einer privaten Stiftung verteilt werden. Auch beim Pulitzerpreis in den USA habe eine Universität – Columbia – die Ausschreibung übernommen.

Kooperation mit der Freien Universität Berlin

Für den Theodor-Wolff-Preis lag die Zusammenarbeit mit der Freien Universität nahe. In Berlin hatte Theodor Wolff gewirkt. Durch die Zusammenarbeit wollte man – so Frankenfeld – den Preis aufwerten und ihm »jene Neutralitätsposition« geben, »die verhindert, dass manche Verleger oder auch Journalisten fürchten, die »Stiftung Die Welt« wäre doch nur ein Anhängsel der *Welt*-Verlags-gesellschaft in Hamburg, (obwohl sie in Wirklichkeit unabhängig ist)«. Die Kooperation mit dem »Institut für Publizistik« verschaffte zudem den jungen, um Anerkennung ringenden Zeitungswissenschaften an den deutschen Universitäten Aufmerksamkeit, ganz im Sinn der Stiftung.

Fritz Eberhard berief 1964 gemeinsam mit der Stiftung eine zehnköpfige Jury, die über die Preisvergabe entscheiden sollte. Die Preissumme wurde auf 42.000 Mark (rund 21.470 Euro) erhöht.

Doch die Zusammenarbeit stand unter keinem guten Stern. Spannungen brachen auf, als die Apo (Außerparlamentarische Opposition) gegen die »faschistoide« Gesellschaft in der Bundesrepublik aufbegehrte. Als deren publizistischer Exponent erschien den 68ern die »Springer-Presse«. Fritz Eberhard selbst war in den 20er Jahren als radikaler Sozialist aus der SPD ausgeschlossen worden. Er hatte sich später unter großer persönlicher Gefahr im Widerstand gegen Hitler engagiert. Und auch wenn er nach der Rückkehr aus dem Exil ins politische »Establishment« aufrückte – er war einer der Väter des Grundgesetzes und der

erste Intendant des Süddeutschen Rundfunks –, solidarisierte er sich als Professor schnell mit den Zielen der Apo. Ihm – der 20 Jahre später als Mittachtziger noch Hausbesetzern in Kreuzberg Mut zusprach – war die »Springer-Presse« fast so verdächtig wie manchen seiner Studenten, jedenfalls zu konservativ.

Als die »Stiftung Die Welt« 1966 in der umfassenderen »Axel Springer Stiftung« aufgeht, kündigt Eberhard den Vertrag. Er wolle seinen Namen und sein Institut nicht mit Springer in Zusammenhang gebracht sehen. Die Stiftung solle nur noch das Geld zur Verfügung stellen und dem Institut die Verwaltung des Preises ganz überlassen, um dessen »Unabhängigkeit von einseitiger Interessennahme« zu unterstreichen, forderte Eberhard. Auch bei der Wahl der Jury beanspruchte er das letzte Wort.

Die »Axel-Springer-Stiftung« empfand es als Affront, dass ihre Unabhängigkeit derart infrage gestellt wurde. Man konnte geltend machen, dass in der Jury prominente Journalisten verschiedener politischer Couleur saßen – darunter Fritz Sänger, Ex-Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, der acht Jahre lang die SPD im Bundestag vertrat. Der Konflikt spiegelte die Unversöhnlichkeit jener Jahre wider. So schrieb nun die »Axel-Springer-Stiftung« den Preis alleine aus.

In der aufgeheizten Atmosphäre nach 1968 war man aber auch bei Springer über den Konflikt nicht glücklich. Zwar zeigt die Liste der Preisträger aus jenen Jahren, dass der Theodor-Wolff-Preis allein nach journalistischer Qualität vergeben wurde. Viele Journalisten wurden ausgezeichnet, die der sozial-liberalen Koalition und vor allem ihrer Ostpolitik zuneigten. Niemand konnte also ernsthaft den Vorwurf erheben, die Jury sei nicht neutral.

Doch der Streit um die Politik der Bundesregierung gegenüber Moskau und der DDR begann die Gesellschaft zu spalten, und Axel Springer bezog in dieser Konfrontation sehr klar Position. Da lag es nahe, den Preis, der inzwischen zur angesehensten Auszeichnung für deutsche Journalisten geworden war, von jedem Verdacht der Parteilichkeit freizuhalten.

Der Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Johannes Binkowski, hatte, wie er später berichtete, »in verschiedenen Gesprächen mit Axel Springer die Überzeugung gewonnen, dass der Preis eigentlich in die Hände der gesamten Verleger gehöre«. Auch Springer dachte so. So wurde der Theodor-Wolff-Preis – für Arbeiten aus dem Jahr 1972 – zum ersten Mal vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger ausgeschrieben. Er hatte eine fidu-

ziarische Stiftung »Theodor-Wolff-Preis« eingerichtet. Nicht alle Mitglieder des BDZV verstanden die Bedeutung des Preises für das Ansehen der Presse sofort. So half auch in der Übergangszeit die »Axel-Springer-Stiftung« noch über einige Jahre hin finanziell aus, bis die Stiftung beim BDZV auf festen Beinen stand.

Ein Preis ist ein Preis

Theodor-Wolff-Preis ist Theodor-Wolff-Preis, 1962 wie heute. So scheint es. Wer sich über die Details beugt, erkennt schnell: Es scheint nur so. Die Ausschreibungsbedingungen wurden immer wieder einmal verändert. Als die Zusammenarbeit mit der FU begann, hatte man die Zahl der ausgeschriebenen Preise von zehn auf 14 erhöht. Sogar dies schien der Jury nicht immer genug: Sie teilte einige Preise auf mehrere Preisträger auf.

Die Preisvermehrung war nicht unproblematisch, zumal der Theodor-Wolff-Preis Konkurrenz bekam. Presseorganisationen, Stiftungen, Verbände, Unternehmen lobten immer neue Journalistenpreise aus, darunter bedeutende, die bestimmte journalistische Stilformen förderten. Für Reportagen entstand der Egon-Erwin-Kisch-Preis, der 2005 im Henri-Nannen-Preis aufging und der 2016 eine Neuausrichtung erfahren soll. Für investigative Texte gibt es zudem seit 1969 den Wächter-Preis der Tagespresse, um nur zwei wichtige Journalistenpreise zu nennen. 1976 reduzierte man die Zahl der Theodor-Wolff-Preise auf fünf. Sie stieg später vorübergehend noch bis auf sieben.

Die Geschichte des Preises zeigt aber auch einen Konflikt zwischen Jury und Stifter. Jede Jury will möglichst freie Hand bei ihrer Entscheidung. Vergabekategorien stören da. Auf der anderen Seite hatten die Stifter des Theodor-Wolff-Preises ein großes Interesse, alle journalistischen Formen und alle Themen zu fördern.

Zunächst lobte man deshalb die Preise für präzise Textformen und Themen aus: je einen für Leitartikel, Korrespondentenbericht, Reportage oder Interview, Lokales, Wirtschaft, Feuilleton, eine Glosse oder einen Kommentar aus der Wissenschaft, Gerichtsbericht und Sport. Und – ein Tribut an das Berlin nach dem Mauerbau – einen Preis für Artikel über die »Wiedervereinigung oder Berlin«.

Doch die Vorgaben engten die Jury ein. Man vergab Preise, weil sie bestimmten Kategorien entsprachen, während andere (bessere?) Arbeiten auf der

Strecke blieben. Sie waren eben – in ihrer Kategorie – nur die zweitbesten. So lockerte man über die Jahre hin die Regeln immer wieder.

Talente im Lokalen

1970 wird die Jury zum ersten Mal nicht mehr auf bestimmte journalistische Formen (wie den Leitartikel) festgelegt. Nur thematisch ist sie gebunden: Vier Preise sollten für Politik, je zwei für Kultur und Lokales und je einer für die anderen Themen vergeben werden.

1976 beschloss man, der Jury gar keine Vorgaben mehr zu machen – mit einer Einschränkung: Zwei der fünf Preise sollten Texte aus dem Lokalen auszeichnen. Im Übrigen galt: Qualität allein ist der Maßstab. Die Jury soll aber berücksichtigen, unter welchen Bedingungen die Artikel zustande gekommen sind. Der Preis soll nicht zur Domäne der großen Tages- und Wochenzeitungen werden, deren Redakteure viel Zeit zur Recherche und zum Schreiben haben. Auch bei kleineren Zeitungen gibt es große Talente, die Anerkennung verdienen. Wer die preisgekrönten Arbeiten der vergangenen Jahrzehnte liest, der sieht, wie viele eindrucksvolle Artikel in Lokalzeitungen erschienen sind. Und die Reaktionen zeigen, welcher Ansporn für diese Redaktionen die Auszeichnung ist.

Aus einem ähnlichen Grund wurden 1979 zwei Förderpreise für junge Redakteure ausgeschrieben. 1994 schaffte man sie wieder ab. Einmal, weil viele der Jüngeren nicht schlechter schreiben, recherchieren und argumentieren als altgediente Profis. Die Unterscheidung war willkürlich. Zum anderen wird seit 1991 der angesehene »Axel-Springer-Preis« gezielt für junge Journalisten ausgelobt.

Auch ein anderer Sonderpreis des Theodor-Wolff-Preises – für herausragende Parlamentsberichterstattung – wurde nur vorübergehend (1988 bis 1994) verliehen. Das Bundestagspräsidium hatte ihn angeregt. Die wichtige Arbeit des Parlaments sollte ins Licht gehoben werden. Doch der Preis half wenig: Die Einsendungen waren rar. Als der Bundestag 1993 selbst einen Medienpreis aus schrieb, wurde der Sonderpreis gestrichen.

Das Jahr 1995 brachte statt dessen eine andere Neuerung: Zum ersten Mal wurde ein Theodor-Wolff-Preis »für essayistischen Journalismus« durch ein höheres Preisgeld gegenüber sechs anderen Würdigungen herausgehoben. Er soll

te für eine »herausragende literarisch-journalistische Leistung« vergeben werden. Auch diese Regel hatte jedoch keinen Bestand.

Seit 2002 werden wieder nur noch fünf Preise ausgelobt, alle in gleicher Höhe mit 6.000 Euro dotiert. Die Form des journalistischen Essays hatte sich als schwer abgrenzbar erwiesen. So wurde – im Gedenken an den Leitartikler Theodor Wolff – einer der fünf Preise der Form »Kommentar/Glosse/Essay« gewidmet. Zwei der Preise werden für »Lokale Themen« vergeben, womit man der Tatsache Rechnung trägt, dass das Gewicht des Lokalen für die Zeitungen in der neuen Medienwelt wächst.

Die Jury hat 1997 zum ersten Mal zusätzlich ein »journalistisches Lebenswerk« mit einem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Dieser undotierte Preis wird nicht zwingend in jedem Jahr vergeben. Bisher haben 13 Journalisten ihn erhalten.

Brillante Texte

Wer die gut 40 Bände durchblättert, in denen seit 1969 die preisgekrönten Artikel erschienen sind, sieht freilich auch, dass sich nicht nur die Ausschreibungsbedingungen verändert haben. Die preisgekrönten Artikel sind emotionaler und persönlicher geworden. Es sind oft eher Geschichten als Analysen oder grundsätzliche Betrachtungen. Einzelschicksale rücken in den Mittelpunkt: Der Herzkranke, der – fast ohne Hoffnung – über Wochen hin auf sein neues Herz wartet; der kleine Junge, den die Eltern in die Babyklappe legen und ein paar Stunden später zurückholen, zu ihrem Glück. Der Obdachlose, der als »Zugnomade« Tag und Nacht in den Zügen der Deutschen Bahn lebt und sich ernährt, indem er Pfandflaschen sammelt; die Geschichte eines Frankfurter Trinkhalbesbesitzers und dessen – zum Teil dahinvegetierender – »Saufkundschaft« oder das Porträt des Fotografen, dessen Lebensinhalt es war, Lady Di immer im Sucher zu haben. Texte, die – auch wenn es um einzelne Schicksale geht – doch Fragen an die ganze Gesellschaft stellen.

In den letzten Jahren wurden zudem immer wieder Artikel ausgezeichnet, in denen Journalisten über persönliche Erfahrungen berichteten, über den Konflikt, der sich an der Rolle des Vaters bei der Erziehung der eigenen Kinder entzündet; über die Gefühle des Journalisten, als er einer Partei beitrifft; über das

glückliche Leben mit dem eigenen behinderten Kind oder über die »Bewältigung« der Erinnerung an den RAF-Mord am Patenonkel: Alfred Herrhausen. Brillante Texte, emotionaler und gerade darum oft sogar fesselnder als jene, die in früheren Jahrzehnten ausgezeichnet wurden.

Doch dies hat auch eine Kehrseite, die zum Nachdenken über die Entwicklung der modernen Medien zwingt. Beiträge, die sich mit großen politischen Themen oder gesellschaftlichen Fragen beschäftigen, sind unter den preisgekrönten Arbeiten rar geworden. Vor rund 25 Jahren (1987) gingen drei Preise an Essays über die Barschelaffäre, Lothar Späths politischen Aufstieg und die provozierende Behauptung: »Deutschland ist teilbar.« Vor gut vierzig Jahren (1971) wurden Texte ausgezeichnet, die untersuchten, wie die Proteste der 68er das Denken der Gesellschaft verändert hatten, welche Rolle das Fernsehen für die Entwicklung eines Politikers spielte, die die politische Bedeutung de Gaulles würdigten und die mit den überzogenen Erwartungen abrechneten, die am Ende der Wunderjahre an die Wirtschaft gestellt wurden. Analytische und nachdenkliche Betrachtungen.

Dieser Wandel hat eine innere Logik. In einer Welt, in der die Bilder und Berichte von jeder mittleren Katastrophe, wo immer sie sich ereignet, uns zuverlässig und fast sekundenschnell erreichen – jedes Flugzeugunglück vom anderen Ende der Welt, jeder dramatische Autounfall auch in 500 Kilometer Entfernung –, wird es schwerer, den Zeitungsleser zu fesseln. Wir sind »live« dabei, wenn auf dem Tahrir-Platz in Kairo Mubarak hinweggefegt wird. Für einen Augenblick sind wir alle Ägypter. Wir hörten Gaddafis wütende Reden, wir erleben, wie der Tsunami ganze Städte in Japan hinwegschwemmt und wie die Atommeiler in Fukushima explodieren. Solchen Bildern gegenüber hat es das gedruckte Wort schwer. Bewegende Geschichten aber ragen aus dem unendlichen Strom der Bilder, Nachrichten, Informationen heraus. Und es sind Unikate. Dass Texte – verknüpft mit dramatischen Einzelschicksalen oder gar mit persönlichen Erlebnissen – mehr Aufmerksamkeit wecken, spiegelt den Umbruch in der Welt der Zeitungen und der Medien wider.

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, sagen wir leichthin. Aber sagen Bilder wirklich immer, was sie zu sagen scheinen? Ein överschmierter Kormoran wurde zum abschreckenden Symbol des Golfkrieges. Nur: Der Kormoran hatte den Golf nie gesehen. Sein Bild lag im Archiv. Und weckte Emotionen. Doch wird hier

sachlich informiert? Das ist eine Frage an den Qualitätsjournalismus. Kommen im harten Konkurrenzkampf die nüchterne Information und Erklärung, der detaillierte Hintergrundbericht, der nachdenkliche Leitartikel, die alle dem Bürger ein abgewogenes Urteil erlauben, nicht gelegentlich zu kurz? Theodor Wolff würde dies nicht gefallen.

Um analytische Texte zu pflegen und auszuzeichnen, werden von 2013 an neben den beiden Preisen für Lokaljournalismus zwei Preise für Reportage/Essay/Analyse ausgeschrieben und ein Preis ganz gezielt für Meinung/Leitartikel/Kommentar/Glosse. Und noch in einer anderen Art wird dem Umbruch in der Medienwelt Rechnung getragen: Seit 2013 kann der Theodor-Wolff-Preis auch für Artikel vergeben werden, die ausschließlich auf den Online-Seiten der Zeitungen erschienen sind.

Die Zeitung kann gar nicht von gestern sein

Nichts ist so alt, wie die Zeitung von gestern. Doch über alle Veränderungen hinweg lesen sich die preisgekrönten Artikel heute noch frisch wie am ersten Tag. Sie sind als Texte »vergessen«, aber wer sie liest, erkennt: Sie wirken »über den Tag hinaus«. Sie haben die Gedanken beeinflusst, Menschen informiert, Leser ergriffen. Die Zeitung vergeht, aber sie hinterlässt Spuren in den Köpfen. Und deshalb hatte der Journalist und Gründer des Verbands der Lokalpresse, Erich Wagner, der zwei Jahrzehnte lang zum Kuratorium des Theodor-Wolff-Preises gehörte, Recht, wenn er – ein Optimist – über die eigene journalistische Lebensbilanz schrieb: »Die Zeitung kann überhaupt nicht von gestern sein.«

(Berlin 2015)

»... so schwebt über jeder Wahrheit noch ein letztes Vielleicht«

Zum Leben und Werk von Theodor-Wolff

Von Bernd Sösemann

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* lobte ihn als »genauen Zeitbeobachter und -schilderer« (Johannes Gross). In der Wochenzeitung *Die Zeit* rühmte Wolf Schneider seine sprachliche Klarheit und Stilsicherheit. Zu seinem 60. Geburtstag hatte ihn bereits das *Neue Wiener Journal* den »vielseitigsten und dabei tiefsten und stilvollsten politischen Journalisten Deutschlands« genannt. Bis heute hält die Bewunderung für den Berliner Journalisten Theodor Wolff an. Womit beeindruckte er seine Zeitgenossen und worauf gründet sich seine anhaltende Wirkung?

Theodor Wolff gehörte der Generation der um 1870 Geborenen an. Er zählte damit zu den »Jungen« des Kaiserreichs, die in den 1871 gegründeten Nationalstaat mit nicht geringen Erwartungen und einer ausgeprägten Bereitschaft zum Handeln hineinwachsen. Dazu sind Max Reinhardt (1873-1943), Karl Kraus (1874-1936), Thomas Mann (1875-1955), Max von Baden (1867-1922), Karl Helfferich (1872-1924) oder Walther Rathenau (1867-1922) ebenso zu zählen wie Richard Riemerschmid (1868-1957), Werner Sombart (1863-1941), Max Weber (1864-1920), Peter Behrens (1868-1940), Harry Graf Kessler (1868-1937) oder Max Halbe (1865-1944). Sie alle verbanden keineswegs die gleichen, aber doch weithin ähnliche Vorstellungen über eine Modernisierung, einige dachten sogar an eine Demokratisierung des Kaisertums und damit des Wilhelminischen Machtstaats. Sie dachten über die Sicherung einer wirtschaftlichen Prosperität nach, die zu einer Stärkung der sozialen Integration in der Industriegesellschaft führen könne. Sie sannten über alternative Lebensformen nach. Ihre »authentische« Kultur sollte in jenem »Zeitalter der Reizbarkeit« (Karl Lamprecht) zu einer neuen Identität führen. Ihr gemäßigter und unterschiedlich konsequent umgesetzter Ausbruch aus der »Welt der Väter« manifestierte sich in vielfältigen ästhetischen Protesten. Dabei schrieben sie der Bildung, der Literatur, der Kunst und besonders einer als politische und gesellschaftliche Kraft erstarkenden Öffentlichkeit die Schlüsselrolle zu.

Theodor Wolff wurde am 2. August 1868 als Sohn des aus Grünberg (Schlesien) nach Berlin gezogenen jüdischen Textilkaufmanns Adolph Wolff und seiner Frau Recha, geb. Davidsohn (Tochter eines Arztes aus Danzig), in der jungen Hauptstadt des Norddeutschen Bundes geboren. »Die Firma, die mein Vater in Berlin gründete«, erinnerte er sich später, »verkaufte »en gros« die geblühten



Theodor Wolff porträtiert von Lotte Jacobi, einer berühmten Fotografin der Weimarer Republik.

Kattune, die damals bei den Berlinerinnen sehr beliebt waren.« Er hatte drei Geschwister. Nach einem kurzen, lediglich mit der Mittleren Reife abgeschlossenen Gymnasialbesuch – »ich hatte mit der deutschen Sprache bei den Magistern kein Glück« – begann er, der Journalist werden wollte, zuerst einmal eine kaufmännische Lehre beim *Berliner Tageblatt* (B.T.), einem der größten Publikationsorgane seines Cousins, des angesehenen Verlegers Rudolf Mosse. Dabei blieb es nicht lange, denn mit Reisefeuilletons, Theater- und Literaturberichten erregte er in Berlin schnell Aufmerksamkeit. Die Stadt weckte seinen literarischen Ehrgeiz erfolgreich, in wenigen Jahren wurde er mit mehreren Romanen,

Feuilletonsammlungen und Schauspielen weit über die Stadtgrenzen und sogar über Deutschland hinaus beachtet. Theater in Berlin, München, Kopenhagen und Wien führten seine Stücke »Niemand weiß es« und »Die Königin« auf. Er gründete mit Otto Brahm, Samuel Fischer und Maximilian Harden den Theaterverein »Die Freie Bühne«, mit dessen Hilfe die damalige Moderne, der Naturalismus, ihren Siegeszug antrat. Theodor Wolff übersetzte aus dem Französischen und machte mit einem enthusiastisch eingeleiteten Reclam-Bändchen Jens Peter Jacobsen in Deutschland bekannt. Eine Karriere als Journalist schien zumindest nicht mehr nahe zu liegen; die literarischen »Ikarusflüge«, wie er im Alter selbstkritisch über seine Kunst spottete, gaben aber nicht zu großen Hoffnungen Anlass.

»Mosses junger Mann«

Die Perspektiven änderten sich überraschend schnell, als sein Verleger ihn für einen renommierten Platz im Ausland vorschlug. 1894 übernahm »Mosses junger Mann«, wie der schnelle Aufsteiger in der Öffentlichkeit in einer Mischung aus Spott und Bewunderung hieß, die Aufgaben des B.T.-Korrespondenten in Paris. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten waren damals nicht die besten, und Wolff gab sich keinen Illusionen hin. Die inhaltliche Grundlage für seine pragmatisch angelegte Berichterstattung bildete die von ihm im Herbst 1895 formulierte Erkenntnis: »Ich habe die Stimmung in Frankreich niemals schlechter gesehen als zur Zeit unserer liebenswürdigsten Werbungen.« Seine ausführlichen, atmosphärisch dichten und präzisen Telegramme über die Dreyfus-Zola-Prozesse, die Flut des Antisemitismus und Chauvinismus in der französischen Gesellschaft und das Interesse der deutschen Leser an den skandalträchtigen Vorgängen ließen die Zeitungsauflage und Theodor Wolfs Ansehen in kurzer Zeit steigen. Sein Kürzel »T.W.« stand für journalistische Qualität, geistige Unabhängigkeit und politische Seriosität. Als Zola sich vor Gericht zu verantworten hatte, berichtete Theodor Wolff seinen fernem Lesern in einem kleinen politischen Feuilleton: »Man führt an diesem Tisch einen ernsten Kampf, aber man führt ihn mit einem vergnügten Eifer. Im Grunde amüsirt man sich königlich. Man amüsirt sich über jede gelungene List, über die Resultate des eigenen Scharfsinns, über den Kampf als Kampf. Die »Angeklagten« sind die Herren im Saale, die Ankläger werden gezwungen, sich zu verantworten. Man hat selten einen solchen Prozeß gesehen [...]. Zola spricht mit einer etwas rauhen und harten Stimme. Bald stößt er die Worte einzeln hervor, bald überstürzen sie sich. Er ist kein Redner. Und wenn es auch ein prachtvoller Hieb war – und voll brutaler Ironie –, als er sagte: »Der General Pellieux hat seine Schlachten mit dem Schwerte gewonnen, ich die meinen mit der Feder; die Nachwelt wird zwischen dem General Pellieux und Emile Zola wählen«, in diesem Saale, dessen ganzer Hintergrund mit einer wohldressierten Generalstabsclique besetzt ist, schaden dem »Angeklagten« diese Äußerungen eines großen, schönen und berechtigten Selbstbewußtseins.«

Der Aufenthalt in Frankreich formte Theodor Wolfs politisches Weltbild, lieben Parlamentarisierung und später auch Demokratisierung zu seinen Haupt-

zielen werden. In seinem großen Essay »Geistige und künstlerische Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit fünfundzwanzig Jahren« (1897) plädierte er für eine vorurteilslose Annäherung der leichteren Art zwischen den beiden Staaten. Kein Volk müsse dabei seine Identität und Originalität verlieren, denn gerade weil Franzosen und Deutsche so wenig einander glichen, ergänzten sie sich, könnten viel voneinander lernen. Er hoffte, dass die Diplomaten ihnen die Zeit gönnten, sich auszusprechen. »Wenn es auch schön sein möchte, Geschichte zu gestalten, dann sei es noch schöner, Kulturgeschichte zu machen.«

Der Chefredakteur

1902 heiratete Theodor Wolff die Schauspielerin Marie Louise Anna Hickethier (1872-1956). Ihre drei Kinder wurden evangelisch getauft und von einem katholischen Hauslehrer in Berlin erzogen. Denn inzwischen, seit dem Herbst des Jahres 1906, war Theodor Wolff bereits wieder von Rudolf Mosse aus Paris in die Reichshauptstadt zurückgeholt worden. Er sollte die Chefredaktion der Zeitung übernehmen und ihr neue Impulse geben. Die Ablösung seines Vorgängers geschah allmählich und in moderater Form, der Wandel der Zeitung dagegen erfolgte in wenigen Jahren, kraftvoll, systematisch und entschieden. Theodor Wolff formte das B.T. zum fortschrittlich-liberalen Hauptblatt Deutschlands um. Nach kurzer Zeit wurde es auch vom Ausland hoch geschätzt und von den Diplomaten als repräsentative Stimme eines unabhängigen, den Nationalliberalen zwar im Grundsätzlichen, aber nicht in allen Fragen nahestehend, gewürdigt. Für die Redaktion gewann Theodor Wolff die besten Köpfe seiner Zeit. Bei der Suche nach Talenten konnte er sich neben seinen Kenntnissen auf ein sicheres Gespür und eine glückliche Hand verlassen. In der Redaktion sorgte er für die ihrer Entfaltung förderlichen Plätze, indem er diesen Individualisten, diesen versponnenen Künstlernaturen und genialen Sprachartisten den nötigen Freiraum verschuf. Sein Vorgehen fand nicht immer sogleich den Beifall des Verlegers, doch der sich bald zeigende Erfolg des Blattes und die begeisterten Leserbriefe überzeugten Rudolf Mosse. Im *Berliner Tageblatt* schrieben u.a. Alfred Kerr, Rudolf Olden, Ernst Feder, Erich Dombrowski, Paul Scheffer, Fred Hildenbrandt, Victor Auburtin, Kurt Tucholsky, Joseph Roth und Alfred Einstein.



Der Familienvater: Theodor Wolff mit seinen Kindern Richard, Lily und Rudolf (v.l.).

Als »Vaterlandsverräter« beschimpft

In der Wilhelminischen Gesellschaft existierte zwar ein latenter Antisemitismus, doch trafen seine punktuellen vulgär-radikalen Ausprägungen keineswegs auf eine allgemeine Zustimmung. Alle Juden, seien sie nun weitgehend assimilierte, getaufte oder überzeugte, nutzten die Freiräume, die ihnen die Rechtsstaatlichkeit sicherte. Die Öffentlichkeit, eine weitgehend freie Presse und die sich daraus entwickelnden machtbegrenzenden Wirkungen des »öffentlichen Druckes« erlaubten eine relativ freimütige politische Kritik und gestatteten die Suche nach neuen Orientierungen. Zu keiner Zeit war Theodor Wolff, der gebildete, selbstsichere und gewandte Jude, in seinen politischen, kulturellen und sozialen Kommentaren unumstritten. Den Künsten gegenüber aufgeschlossen, reich an Auslandserfahrung und parteipolitisch unabhängig, formulierte er seine Ansichten über eine selbstbewusster zu vertretende Politik viel zu entschieden, als dass er nicht im Tagesstreit ein bevorzugtes Feindbild abgegeben hätte. Den meisten Völkischen war er allein schon seines mosaïschen Glaubens wegen ein has-

senswerter »typischer Vertreter der jüdisch-börsianischen Journaille«. Ein paar Jahre später setzten die gefährlichen Epigonen dieser Antisemiten ihn bei ihren Strafaktionen und in ihren Straßenschlachten auf die Feme-Mord-Listen. Die Alldeutschen schimpften ihn »Vaterlandsverräter«, weil er in seinen Leitartikeln ihre nationalistisch-imperialistischen Ziele nur allzu wirksam widerlegt hatte. Konservative Minister des Kaiserreichs verweigerten Theodor Wolff die erbetenen Interviews, obwohl der Reichskanzler ihn zur selben Zeit zu einem Exklusivgespräch eingeladen hatte. Im Ersten Weltkrieg setzten die Militärs gegen den Widerstand der Politiker einen monatelangen, weit über Deutschland hinaus registrierten und dem Deutschen Reich letztlich zum Schaden gereichenden Schreibverzicht Theodor Wolffs durch. Dagegen sah die erste Regierung der jungen Weimarer Republik Theodor Wolff als Botschafter für Paris vor, doch lehnte er das Angebot des Reichskanzlers Hermann Müller schließlich zugunsten der journalistischen Arbeit ab. Dessen politisch so unterschiedlichen Amtsnachfolger, die Reichskanzler Hans Luther, Gustav Stresemann und Kurt von Schleicher, nutzten Theodor Wolffs langjährige Kontakte zum Quai d'Orsay wiederholt für vertrauliche Missionen.

Theodor Wolffs gesellschaftspolitisches Denken bestimmte seinen Schreibstil. Seine liberale Haltung und seine freiheitlichen Ansichten wirkten sich auf Argumentationsweise und Darstellungsform aus. Sie beeinflussten seine Wortwahl und Diktion, führten zu spezifischen Beispielen und historischen Analogien, prägten sogar Bilder und Metaphern. Den Zeitgenossen sind Theodor Wolffs Belesenheit und seine literatur- und kulturgeschichtliche Bildung am stärksten erinnerlich. In Memoiren, Tagebüchern, Autobiografien und Korrespondenzen stoßen wir auf seinen Namen oder auf Kommentare zu seinen Leitartikeln. Nahezu ausnahmslos beeindruckten der Kenntnisreichtum und die differenzierte Argumentation. Selbstverständlich schien es allen seinen Lesern, dass die ihnen mitgeteilten Fakten immer stimmten. Die Exempla schienen nicht aus entfernten Schultagen herbeigezerrt zu sein oder aus oberflächlicher Schnellektüre zu stammen. Souverän ging Theodor Wolff mit Zitaten um. Seinen Gegnern hielt er am liebsten ihre sachlich überholten Ansichten und die von ihnen vergessenen oder verdrängten programmatischen Erklärungen vor. Im literarisch-journalistischen Gefecht freute es ihn, »auf glitschigem und abschüssigem Wege einen Halt bei einem berühmten Schriftsteller und einem guten Zitat zu finden«.

Mitunter häufte er jedoch auch zu viel des Guten auf einer einzigen Titelseite an. Es ist nicht nur einmal der Stoßseufzer überliefert, dass seine Kommentare zum Zeitgeschehen mit historischen und literarischen Bildungsgütern so befrachtet gewesen seien, dass man sich bei der Lektüre der eigenen Halbbildung nur allzu deutlich bewusst werde.

Keine Scheu vor offenen Worten

Selbst literarische und kulturelle Themen behandelte Theodor Wolff in enger Beziehung zu den politischen Grundfragen, aus denen sie sich ursprünglich sachlich ergeben hatten. Im Vordergrund stand bei ihm, der nie eng parteipolitisch dachte und handelte, zumeist das Dreieck »Demokratie – Parlamentarismus – Fortschritt«. Wenn wir heute – nach den Erfahrungen aus der Endphase der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur – den damaligen Optimismus auch nicht mehr teilen können, so beeindruckt in unserer Zeit immer noch Theodor Wolffs journalistische Entschiedenheit und die Lauterkeit seines politischen Wollens. Da die Öffentlichkeit der Weimarer Republik von starken monarchistischen und ständischen Vorstellungen bestimmt war und Theodor Wolff die deutliche Formulierung des eigentlichen Problems ebenso wie die journalistische Offensive liebte, setzte er in seinem für die Kandidatur Friedrich Eberts werbenden Porträt bei überholten feudalen Ansichten und den sich darauf gründenden aktuellen Diffamierungen an: »Es wäre vielleicht für Deutschland besser gewesen, hätte man einige solcher Sattlergesellen schon früher herangeholt. In keinem anderen Lande wagte man es noch, von einem Manne witzelnd zu sprechen, weil seine große Leistung nicht aus Familientradition und regelmäßig erledigter Amtsbüffelei entstand. Denjenigen fehlen Selbstbewußtsein und Kulturempfinden, die sich, neidischen und scheelsüchtigen Kasten nachplappernd, vor dem Verdienste eines, der zu ihnen gehört, nicht beugen wollen. Das englische Parlament vom Jahre 1653 hieß »Barabones Parlament«, nach einem Manne, der ebenfalls ein Sattler war. Mit Stolz verzeichnen die englischen Geschichtsschreiber, daß es unter den ersten Mitgliedern des freien Parlaments und unter den besten Staatsdienern jener Aufstiegszeit Schuhflicker wie Hewson und Rolfe, Schneider wie Pemble, gewöhnliche Soldaten wie Skippon, Bedienstete wie Deane, Berners und Horton, Kesselflicker wie Fox, Krämerlehrerlin-



Klare Botschaft auf Seite Eins im März 1933.

ge wie Salvy und Whalley gab. Allerdings, der Gerber Kleon in Athen hat in der Geschichte einen schlechten Ruf. Aber Kleon war ein nationalistischer Kriegshetzer, völkisch und athenisch-national. [...] Erst neulich hat mir ein Großindustrieller, den man nicht gerade zu den Demokraten rechnet und den seine Kreise besonders ehren, mit warmer Betonung gesagt: »Dieser Ebert ist wundervoll!« Und ein Hochgestellter, der auch kein Demokrat ist, pflegte seine Meinung gern in die Worte zusammenzufassen: »Er ist ein Herr!« In der Tat, Ebert, der »Sattlergeselle« war »ein Herr« – nicht ein Herr mit feudaler Volksverachtung, wohl aber ein Herr, der im Namen eines selbständigen Volkes auftritt

und seine Autorität durchzusetzen weiß. Er hatte diese Autorität nicht in einer goldenen Wiege gefunden, er borgte sie nicht von vermoderten Ahnen, er sicherte sie sich nicht durch Theaterputz und Treffen, aber sie kam ihm aus dem unerschütterlichen Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke und der Republik.«

Gegen die Zensoren

Eine sprachlich und inhaltlich ungewöhnlich scharf ablehnende Position nahm Theodor Wolff im Sommer 1918 ein, als er Houston Stewart Chamberlains philosophischen Spekulationen über den »germanischen« und »semitischen« Geist und dessen deutschen Nachschwätzer ironisierte. Ebenso wenig wollte er Zweifel an seiner Einschätzung der geistig-kulturellen und damit auch der politischen

Situation in der Weimarer Republik aufkommen lassen, als er das zeitweilige Aufführungsverbot des in den USA verfilmten Romans »Im Westen nichts Neues« von Erich Maria Remarque angriff. Die Oberzensurstelle hatte die Aufführung am 11. Dezember 1930 verboten. Vier Tage später erinnerte sich Theodor Wolff in der heftigen und politisch polarisierenden Debatte an die Zeit der Dreyfus-Auseinandersetzungen in Frankreich. Nur allzu deutlich standen ihm bei der Niederschrift seine historischen Erfahrungen vor Augen mit einem weithin gesellschaftsfähigen Antisemitismus und Rassismus, mit den Hetzkampagnen von Nationaldemagogen und mit einem, wie er meinte, schimpflichen Opportunismus liberaler Politiker. Deshalb appellierte er an die verantwortlichen Minister und Parteiführer Deutschlands, nicht mit dem Vertrauen des Volkes zu spielen. Es dürften demokratische Einstellungen und Haltungen nicht diffamiert, staatliche Institutionen nicht noch zusätzlich geschwächt und dadurch den wahren Feinden des freiheitlichen Rechtsstaates auch noch entgegengearbeitet werden. Der historische und Zitaten gesättigte Rückgriff Theodor Wolffs geht dabei über Frankreich hinaus, sogar noch über das Nibelungenlied hinweg – der Film verzichte auf den hochpathetischen Recken-Ton von »Helden lobebäre« – und schließlich über die griechische Götterwelt bis hin zu Hannibal: »Hannibal ist immer vor den Toren geblieben, weil der römische Senat die Energie zum Widerstand aufbrachte, und in Frankreich hat die Faust Waldeck-Rousseaus schließlich die nationalistischen Republikfeinde gebändigt – bei uns will man offenbar den Nationalsozialismus überwinden, indem man ihm zu der wundervollen Siegesreklame verhilft. [...] Das Verbot ist erfolgt, nachdem zwei Minister, deren Ämter, deren zuständige Mitarbeiter den Film für absolut einwandfrei erklärt hatten, zu der Einsicht gelangt sind, daß weiterer Widerstand gefährlich für ihre ministerielle Stellung sei. Selbstverständlich sagen sie, sie hätten den Film erst jetzt kennengelernt und hätten sich nun nachträglich, sehr opportun, von seiner Schädlichkeit und von der Blindheit ihrer Ressortbeamten überzeugt. Wir haben hier das Reichskabinett Brüning so weit unterstützt, wie das einer unabhängigen Zeitung möglich ist, und wir hätten den Wunsch, das auch weiterhin tun zu können. Erstens, weil die Persönlichkeit Brünings Anspruch auf Sympathie und Achtung hat, und zweitens weil in der Weiterexistenz dieses Kabinetts einstweilen die einzige Möglichkeit liegt, die radikale Flut wieder verebben zu lassen oder zurückzudämmen. [...] Die plötzliche und momentane Furcht, die ein acht-

zehnjähriger Krieger bei der ersten Begegnung mit dem Sperrfeuer empfindet, schädigt das Ansehen Deutschlands nicht. Aber das Ansehen Deutschlands und das Ansehen der Regierung werden sehr geschädigt, wenn die vollen Hosen Ministerhosen sind.«

»Sprache der Tatsachen«

Theodor Wolff bevorzugte in seiner Sprache das Florett, nicht den Säbel. Er bediente sich lieber der Ironie und des enthüllenden Zitats als der schwerfälligeren Darlegung von Argumentationsketten. Er wollte seine Leser zum Nachdenken anregen und lehnte es ab, sie mit Bewertungen und Urteilen zu bedrängen. Ein Grundton der Skepsis lässt sich in den Leitartikeln der späten Weimarer Jahre und in seinem literarischen Werk nicht überhören. Doch trat nicht einmal im Exil Resignation an die Stelle seiner letztlich doch optimistischen Grundhaltung. Diese Einstellung bestimmte eine Erfahrung, die Theodor Wolff in einem seiner historischen Berichte erläutert: »Man kann selbst die Menschen nicht mit der endgültigen Gewißheit erforschen, mit der ein wirklicher Historiker die Geschichte eines vor dreitausend Jahren beigesetzten Pharaonen verfaßt. [...] So schwebt über jeder Wahrheit noch ein letztes Vielleicht.« Kann man auf der Suche nach »Wahrheit« weiter gelangen? Einer seiner Kritiker auf dem linken Flügel des politischen Spektrums, der Publizist Kurt Hiller, hat in seinem Nachruf auf Theodor Wolff dessen Streben nach Genauigkeit im Faktischen und nach Wahrhaftigkeit in Darstellung und Argumentation anerkennend hervorgehoben, indem er feststellte, er kenne keinen Journalisten, »der wahrheitsliebender« gewesen wäre.

Theodor Wolff dürfte es nicht überrascht haben, dass der Titel eines seiner Bücher »Vollendete Tatsachen« wiederholt zur Kennzeichnung seiner Einstellung bemüht wurde. Seine »Sprache der Tatsachen« verdichtete sich leitmotivisch und konnte schließlich sogar sprichwörtlich werden. Die von ihm noch während des Krieges 1914/18 vorgelegte Sammlung seiner unter den Bedingungen von Zensur und Pressensenkungen entstandenen Artikel stehen ebenfalls zu Recht unter diesem Signum »Vollendete Tatsachen«. Die Erfordernisse der Situation habe der Journalist zu erkennen und angemessen sachlich zu beschreiben, sein

prüfender Blick müsse sich auf die Voraussetzungen, die bestimmenden Faktoren und verantwortlichen Personen richten. Für Wunschvorstellungen gebe es im politischen Journalismus so gut wie keinen Platz. Träume, Visionen und Harmonisierungen aller Art seien höchstens für das Feuilleton brauchbar, denn außerhalb dieses Ressorts gelte es, sich den »fertigen Tatsachen« zu stellen. Auf diese Haltung gründe sich die Glaubwürdigkeit eines Journalisten. Ein Artikel wirke nur dann nachdrücklich, wenn er dem Leser den Eindruck vermittele, der Schreiber vermöge für das, was er spreche, mit voller Sicherheit einzustehen. Deshalb gehöre zur Überzeugungsmacht eines Zeitungsartikels nicht nur seine formale Korrektheit und ein gewisser Abwechslungsreichtum, sondern auch eine ehrlich-schlichte Schmucklosigkeit.

»Einheit aus Eigenwilligen und Eigenartigen«

Theodor Wolff hat sich nie gedrängt gefühlt, sein journalistisches Tun einmal systematisch und mit methodologischem Anspruch darzustellen oder sein Schreiben in der Öffentlichkeit zu reflektieren. Selbst als Willy Haas ihn aufforderte, für die *Literarische Welt* im Kreis von weiteren Chefredakteuren einmal über das »Zeitungsmachen« zu berichten, hat er sich nur widerwillig dazu bereit erklärt, einige allgemeine Gedanken niederzuschreiben. Sie handeln das eigentliche Thema kurz ab, um sich ausführlicher mit der »Organisation der Geister« auseinander zu setzen, denn das Ideal bestehe darin, erklärte Theodor Wolff, verschiedene Individualitäten um sich zu versammeln, Nivellierung zu vermeiden, allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit in ihrer Redaktion zu ermöglichen und »aus all den Eigenwilligen und Eigenartigen eine Einheit zu bilden«. Dieser Haltung müsse jeglicher Versuch widerstreben, alle Mitarbeiter auf einen Stil und das Blatt damit auf einen Jargon zu trimmen. Theodor Wolff vermutete nicht zu Unrecht, dass solche qualvolle Manier lediglich geeignet sei, Gedankdürre zu verbergen.

Andererseits kannte er die schwierige Aufgabe des Journalisten, im täglichen Kampf um Beachtung und Erfolg originell, farbig und eindrucksvoll sein zu müssen. Seichter sprachlicher Manierismus konnte für ihn jedoch ebenso wenig eine Lösung des Problems sein wie das Hineinwuchern der schreienden Rhetorik aus

den Überschriften in die Texte. »Es empfiehlt sich«, mutmaßte er in der *Literarischen Welt*, »in einer Zeitung Schweres und Nüchternes gefällig vorzutragen, wenn man hurtig vorbeieilende, zerstreute Leser für eine Idee gewinnen will. Aber fürchterlich ist die wässrige, plätschernde Anmut gewisser Plauderkünstler, und an die Wand der Redaktionszimmer sollte man das Goethesche Wort schreiben, dass ›getretener Quark breit wird, nicht stark‹.«

Theodor Wolff fand seine Vorbilder für einen angemessenen journalistischen Stil zwar sowohl in der deutschen Klassik wie in der Gegenwartspublizistik, doch sah er sie in ungleich größerer Anzahl unter den Franzosen. Er nennt ausdrücklich Anatole France, Emile Zola, Georges Clemenceau und Stendhal mit seinen »petits faits«, Goethe, Kleist, den Fürsten von Bülow, Gustav Freytag und Victor Auburtin. Anatole France bewunderte er außerordentlich, denn dieses Sprachgenie arbeite behutsam wie ein Diamantschleifer und überlasse beim Niederschreiben nichts dem Zufall. Theodor Wolffs Urteil über den Politiker Clemenceau schwankte erheblich, allein seine Bewunderung für den Journalisten und Redner blieb bestehen, denn Clemenceau besitze eine Reihe von Eigenschaften, die urfranzösisch seien: »den blendenden Witz, die schneidende Ironie, den verblüffenden Elan, die künstlerische und gesellschaftliche Verfeinerung, das kalte Feuer und die rastlose, sprudelnde Lebendigkeit«. Er sei einer der geistreichen und blendendsten Redner. In der parlamentarischen Debatte brilliere er als geschicktester und als fortreibendster unter seinen Kollegen. Der klare Fluss seiner Sprache, den amüsanten Wechsel seiner Einfälle, die »frische Verve« seiner Angriffe und nicht zuletzt die logische Schärfe seiner Beweisführung gestatteten es, ihn den größten polemischen Journalisten unserer Tage zu nennen.

Im Weltkrieg 1914/18 hatte Theodor Wolff den annexionistischen Kurs der Reichsregierungen kritisiert. Die Schwert-Rhetorik Wilhelms II. und die Phrasen der zahlreichen literarischen »Schreibtisch-Helden« ließen ihn sogar einmal über den Sinn internationaler Journalistenschulen nachdenken. Doch letztlich hielt er von dergleichen Unternehmungen nicht viel. Er setzte auf die Kraft des Phantasie reichums sowie auf die Unkonventionalität des Talents und dessen Willen zum Ausharren. Denn auch auf das Genie warte nicht die Sternstunde. Sie müsse vorbereitet werden. Wer die Zweifler besiegen und die Lauen gewinnen wolle, der benötige einen kräftigen und langen Atem. Eine Melodie müsse oftmals

vorgetragen werden; variationsreich und so ausdauernd, bis sich das Ohr an den neuen Ton gewöhnt habe.

Gründung der »Deutschen Demokratischen Partei«

Selbst in der praktischen Politik schlug Theodor Wolff einen ähnlichen Weg ein. Doch zeigte er auf diesem ihm weniger vertrauten Parkett nicht eine vergleichbare Kraft und eine ähnliche Ausdauer. Er gründete in der politischen Euphorie des Novembers 1918 zusammen mit Alfred Weber und Otto Fischbeck die »Deutsche Demokratische Partei«, kritisierte in den folgenden Monaten die Räteherrschaft und die Annahme des Versailler Vertrags und griff später sogar noch mit zwei anspruchsvollen Büchern in die Debatte über die Kriegsschuldfrage ein. Doch bereits nach einem Jahr praktischer Erfahrung mit dem Parteilieben »leidend unter Fraktionszwang, organisatorischen Schwerfälligkeiten und einem verblässenden konzeptionellen Profil« zog sich Theodor Wolff sukzessive auf seine redaktionelle Arbeit zurück. 1926 trat er schließlich wegen eines fundamentalen Dissenses mit seinen liberalen Parteifreunden in der Kulturpolitik (sog. Schmutz- und Schundgesetz) aus der Partei aus. Diesen Schritt registrierte die Öffentlichkeit ebenso aufmerksam wie seine entschiedene publizistische Unterstützung der Politik des Außenministers Gustav Stresemann und seine zu Beginn der 30er Jahre wiederholten Aufforderungen an die Demokraten, sie sollten die Voraussetzungen für eine gemeinsame Front gegen KPD und NSDAP schaffen. Er hatte erkannt, dass die Gemäßigten, die Liberalen, traditionell die Kräfte des Ausgleichs und der Konfliktminimierung, langfristig keinen Rückhalt im parlamentarischen und öffentlichen Leben mehr fänden, wenn den Extremisten aus Schwäche ein zu großer Bewegungsraum zugebilligt würde.

Antisemitismus und »Judenfrage« bildeten für Theodor Wolff keine bedeutenden Themen. Im November 1923 hatte bereits sein Name auf den Mordlisten der rechtsradikalen Verbände und der Nationalsozialisten gestanden. Keine geschliffene Phrase, keine dunstige Ideologie, schrieb er damals, könne darüber hinwegtäuschen, dass die Nationalsozialisten mit ihrem Geschrei nach umstürzender Gewalt, mit der Rassenverhetzung und der Rohheit lediglich gemeine Pöbeltriebe aufreizten und zu Verbrechen trieben. »Würde man eine Unter-

suchung vornehmen können, so würde man unter den von alten Weibern verhätschelten und von ungebildeten Großindustriellen protegierten Wanderpropheten des Nationalismus nicht wenige pathologisch interessante Gehirne feststellen. [...] Die Benebelten, die mit Theorien nichts anzufangen wissen, greifen zum praktischen Revolver und schießen los.«

Auseinandersetzung mit seiner jüdischen Herkunft

Erst im Exil und dabei vor allem in seinem Manuskript »Die Juden« hat Theodor Wolff sich gründlicher mit dem Judentum, dem Antijudaismus und mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten auseinander gesetzt. Er tat es im vollen Bewusstsein der quälenden Ungewissheit über sein eigenes späteres Schicksal in einer sich unaufhaltsam verschlechternden Exilsituation, in nur geringer Kenntnis der nationalsozialistischen Mordtaten – von einem systematisch betriebenen Massenmord an den Juden ahnte er nichts – und auch nur unvollständig informiert über die Mitwirkung der französischen Sicherheitskräfte an den Verfolgungen in seiner unmittelbaren Umgebung. Alles, was er in Nizza über Kollaboration der französischen Exekutive mit der Gestapo erfuhr und erlebte, musste ihn noch tiefer enttäuschen als das Verhalten der Italiener. In dem Vichy-Frankreich wollte er, nachdem seine Anfang der 40er Jahre halbherzig erfolgten Ausreisepäne gescheitert waren, eine zwar schwache, doch prinzipiell nicht unzuverlässige Bastion der Freiheit sehen. Deshalb stößt man in seinen Ausführungen über »Die Juden« auf eine heute sprachlich-inhaltlich irritierend wirkende Zurückhaltung im Urteil über die Verfolger. Mit der breiten Masse der geflüchteten Juden verband den geachteten, gebildeten und zeitlebens um Assimilation bemühten Theodor Wolff wenig. Über ostjüdische Emigranten vermochte er sich, wie zahlreiche andere deutsche Juden, keineswegs freundlich, ja in geradezu abschätziger Überheblichkeit zu äußern. Theodor Wolff hat so gut wie nie eine Synagoge besucht, erzählte sein Sohn Rudolf, dennoch habe er seinen Glauben nicht verleugnet. »Ich verstehe, daß Menschen, die immer herumgestoßen und aus ihrem Boden gerissen werden, eine Heimat brauchen, in der sie sich verwurzelt fühlen. [...] Wenn hinter den Fenstern einer benachbarten Wohnung ein frommes Ehepaar die Sabbatlichter anzündet, so sind das zwar nicht meine Kerzen, aber ihr Licht ist warm.«

Endphase der Weimarer Republik

In der Endphase der Weimarer Republik sah er die größte Gefahr für die Demokratie von den Nationalsozialisten ausgehen und empfahl deshalb zum Entsetzen seiner liberalen Parteifreunde öffentlich, in dieser Ausnahmesituation nicht die rechtsliberale Splitterpartei, die neu gegründete »Deutsche Staatspartei«, sondern die SPD zu wählen. Darin drückte sich kein politischer Kurswechsel aus, sondern lediglich politischer Pragmatismus. Die letzten Leitartikel beschworen wie zuvor nachdrücklich freiheitliche, politische Ideale und zeichneten ein düsteres Szenarium rechts-



*Blick in eine ungewisse Zukunft:
Theodor Wolff im französischen Exil*

und linksradikaler Politik. Denn es sei schließlich ein geringer Unterschied, ob »statt des rechten Fußes der linke auf dem Nacken der Demokratie« stehe. Theodor Wolff musste nach dem Reichstagsbrand (27./28. Februar 1933) unter Lebensgefahr aus Berlin fliehen. Zwei Wochen später verbrannten die Nationalsozialisten seine Bücher. Ihr »Feuerspruch« lautete: »Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewußte Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff.« Am 27. Oktober 1937 erkannte ihm das nationalsozialistische Regime offiziell die deutsche Staatsbürgerschaft ab. Im Frühjahr 1933 war er zuerst nach Österreich geflohen, dann in die Schweiz. Doch die eidgenössischen Behörden hatten ihm den erhofften Schutz verweigert und ihm lediglich ein

Visum für einen Kurzaufenthalt ausgestellt. Schließlich fand Theodor Wolff in seinem geliebten Frankreich einen Exilort.

Exil in Nizza

In Nizza lebte er sich unter relativ günstigen Umständen schnell ein, verfasste literarische und historische Werke, setzte sein Tagebuch fort und schrieb Teile seiner Erinnerungen nieder. »Anfangs kaufte er sich am Kiosk beim Casino de la Jetée [in Nizza]«, erzählte Egon Erwin Kisch in seinem mexikanischen Exil über Theodor Wolff, »gelegentlich das *Berliner Tageblatt* und schüttelte faszungslos den Kopf über den Tiefstand, der an der einst von ihm verwalteten Stelle Platz gegriffen. Nach dem 30. Juni 1934, so erzählte er dem Schreiber dieser Zeilen, kaufte ich mir das Blatt sogar aus Interesse; ich wollte sehen, was die Bürschchen über die Ermordung von Röhm sagten, dem sie immerfort ganz besonders Weihrauch gestreut, ihn, wenn auch in versteckter Form, über Hitler gestellt hatten. Da sah ich über die vier Spalten die ersten Seiten mit den größten Lettern die Überschrift: Durchgegriffen! Seither habe ich das *Berliner Tageblatt* nie mehr in die Hand genommen.«

Die autobiografischen Berichte über das Kaiserreich und die Weimarer Republik erschienen 1936 unter dem Titel »Der Marsch durch zwei Jahrzehnte« im Verlag Allert de Lange; im selben Jahr gab es eine englische und 1937 eine französische Übersetzung. An den publizistischen Fernkämpfen gegen den Nationalsozialismus beteiligte er sich prinzipiell nicht. Mit Erich Kästner teilte er die Meinung, ein Schneeball lasse sich aufhalten, nicht jedoch eine Lawine. In der Zeit der Demokratie und Freiheit hatte er seine politische und gesellschaftliche Aufgabe als politischer Mensch und Journalist gesehen. Ein autoritäres oder totalitäres Regime funktionierte nach Prinzipien, die sich auch auf die Presse verhängnisvoll auswirkten. In einer bislang unveröffentlichten Aufzeichnung aus dem Exil heißt es dazu: »In keinem autoritär geleiteten Lande kann die Presse handelnde Person sein, immer ist sie nur der begleitende Chor. Und auch nicht der antike Chor, der Chor des Ödipus, der nach freiem Ermessen lobsingend oder beschwörend seine Stimme erhob. Das gehört zu den Lebensnotwendigkeiten des Systems, der autoritäre Staat könnte nicht anders bestehen. Aber eine Abweichung vom ursprünglichen Prinzip ist es, wenn unter dem bolsche-



Von den Nazis in den Tod getrieben: Auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee fand Theodor Wolff seine letzte Ruhestätte (vorne links).

wistischen Regime innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaft die Diskussionsfreiheit, das Recht auf Kritik abgeschafft worden ist. »Diktatur des Proletariats« war ein ziemlich enger Begriff, aber es kann innerhalb dieser verengerten Welt, diese Welt der Masse, noch etwas wie eine öffentliche Meinung geben, gewissermaßen sogar einen für diese proletarische Masse reservierten Rest von Demokratie. Der »Führergedanke«, in einer persönlichen Diktatur verwirklicht, stand nicht im Testament Lenins. Es leuchtet ein, daß eine exakt dirigierte Presse die Regierungsarbeit erleichtert, oder doch zumindest nicht behindern kann. Die Politik kann sich wie auf einer eingezäunten einseitigen Autostraße bewegen, kein Huhn, keine Gans laufen im unpassenden Moment über den Weg. Aber neben den Vorteilen der scharfen Reglementierung stellen sich auch einige Nachteile ein. Das Ausland verzeichnet die Äußerungen einer solchen »öffentlichen Meinung« mit Vorbehalt, es vermag aus ihnen eine wirkliche Volksstimmung nicht herauszulesen, es sieht nur das Wunder der Disziplin. Sodann – die Bremsvorrichtungen, die aus der Existenz der Parteien, aus der Verschiedenheit der Ansichten, aus der Möglichkeit der Kritik sich ergeben, sind fortgenommen. Wie

die Beine der riesenhaften Massenarmee marschieren alle gedruckten Worte in der gleichen Richtung und zum gleichen Ziel. Es ist ein allgemeines Vorwärtsdrängen, und ein Zurück ist ein Manöver, das sich nur unter einem sehr geschickten Kommando glatt ausführen läßt. »Dynamik« ist eines jener Modeworte, die irgendwo auftauchen und die dann sehr bald auf jeder literarischen Suppe schwimmen. Es ist mit einer übertriebenen, nicht vorsichtig gelenkten Dynamik wie mit der Tanzleidenschaft jenes Fräuleins, das nicht aufhören konnte herumzuwirbeln, und tanzend in die Hölle geriet.«

Am Vormittag des 23. Mai 1943 verhafteten die nach Südfrankreich, in den Vichy-Staat vordringenden Italiener Theodor Wolff im Auftrag der Gestapo und lieferten ihn seinen Widersachern aus. In kurzer Zeit trieben jene den geschwächten alten Mann in Krankheit und Tod. Er starb am 23. September 1943 nach einer zu spät gestatteten Operation im Jüdischen Krankenhaus in Berlin. Sein Grab findet sich heute in der Ehrenreihe des dortigen Friedhofs. Der ehemalige Blumenmarkt in der Nähe des alten Berliner Zeitungsviertels trägt seit 1988 den Namen Theodor-Wolff-Park; eine Schautafel präsentiert dort ausgewählte Leitartikel im jährlichen Wechsel.

Alle in diesem Beitrag veröffentlichten Fotos entstammen dem Teilnachlass von Theodor Wolff, der sich im Besitz der Freien Universität Berlin befindet.

Verzeichnis der wichtigsten Werke

Theodor Wolff: Der Journalist; Der Publizist; Der Chronist, hg. von Bernd Söseemann, 3 Bde., Düsseldorf/München 1993-1997. – Bernd Söseemann: Theodor Wolff: Ein Leben mit der Zeitung, München 2000. – Erlebnisse, Erinnerungen, Gedanken im südfranzösischen Exil, hg. von Margrit Bröhan, Boppard 1992. – Die Juden, hg. von Bernd Söseemann, Königstein 1984. – Tagebücher 1914-1919, hg. von Bernd Söseemann, 2 Bde., Boppard 1984. – Jürgen Fröhlich/Bernd Söseemann: Theodor Wolff: Journalist, Weltbürger, Demokrat, Berlin 2004 – Reinhard Porges: Theodor Wolff, The Writer in Exile 1933-1943, Münster 2010.

Bereits zu Lebzeiten Theodor Wolffs sind erschienen

Die stille Insel, Schauspiel, Berlin 1894. – Die Sünder, Berlin 1894 (Köln ²1909). – Niemand weiß es, Stück in 3 Aufzügen, München 1895. – Pariser Tagebuch, München 1908 (²1908; Berlin ³1927). – Vollendete Tatsachen 1914-1917, Berlin 1918. – Das Vorspiel, München 1924 (Paris 1926). – Der Krieg des Pontius Pilatus, Zürich 1934; (London 1935, Paris, New York 1936, Prag 1937). – Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936; London 1936, Paris 1937 (Neuausgabe 1989 unter dem Titel: Die Wilhelminische Epoche). – Die Schwimmerin, Zürich 1937.

Der Autor

Professor Dr. Bernd Söseemann (geboren 1944) ist Historiker und Leiter der Forschungsstelle AKiP am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Als pensionierter Professor für Allgemeine Publizistik mit dem Schwerpunkt Neue Geschichte gibt er die »Beiträge zur Kommunikationsgeschichte« und das »Jahrbuch der Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft« heraus und hat unter anderem Schriften, Tagebücher und Korrespondenzen Theodor Wolffs veröffentlicht. Im Herbst 2000 erschien eine Biografie über Theodor Wolff »Ein Leben mit der Zeitung« im Econ-Verlag. Seit 1992 ist er Mitglied im Kuratorium Theodor-Wolff-Preis.

Die Nominierten und ihre Arbeiten

Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1967 in Ostberlin.

Anja Reich hat in Leipzig Journalismus studiert, war dann als Lokalredakteurin bei *Die Welt* angestellt und hat bei der *Berliner Zeitung* als Seite-3-Reporterin, New-York-Korrespondentin und Magazinchefin gearbeitet. Heute ist sie Leitende Redakteurin bei der *Berliner Zeitung*.

2012 erhielt sie für ihre Reportage »Der goldene Stein« den Deutschen Reporterpreis.

ANJA REICH ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Lokales« für ihren Beitrag »Kopf hoch, Lenin!«, erschienen am 26. Mai 2015 in der *Berliner Zeitung*.

Kopf hoch, Lenin!

Von Anja Reich

Abgerissen, begraben, auferstanden: Die unglaubliche Geschichte des Berliner Denkmals

Es sieht so aus, als sei die Zauneidechse erst in die Seddiner Grube gekommen, nachdem Lenin dort abgeworfen wurde, schwerer ukrainischer Granit, 19 Meter lang, in 129 Teile zerlegt, am größten der Kopf. Zum Anfang lag er einfach so da, aber dann, als Souvenirjäger nach ihm suchten und an ihm herumhämmerten wie an der Berliner Mauer, schütteten Forstarbeiter Sand und Schutt auf das Denkmal. Ein Hügel entstand. Auf dem Hügel wuchsen Blumen, Büsche, kleine Bäume, und die Zauneidechse hatte alles, was sie zum Leben brauchte: einen Berg, auf dem sie sich im Sommer sonnen konnte, und Gesteinsritzen für den Winterschlaf. Außerdem: Holz, Sand, Gestrüpp, Pflanzen, alles durcheinander. Die Zauneidechse liebt die Unordnung, das Chaos.

Antje Stavorinus lächelt wie eine Mutter, die stolz ist auf ihr etwas verzogenes Kind. Sie ist Sprecherin der Bezirksgruppe des Naturschutzbundes Treptow-Köpenick und die Vorstellung, wie die Eidechse, dieses archaische Tier, den alten russischen Revolutionär in Beschlag genommen hat, gefällt ihr gut. So ein Denkmal sei der perfekte Lebensraum für die Zauneidechse, sagt sie. Günstig sei auch die Witterung, hier im Osten regne es weniger als im Westen. »Wir in Köpenick sind prädestiniert für die Zauneidechse«, sagt Antje Stavorinus.

Sie trägt einen Strickpullover, kurze Haare, Jeans; eine 44-jährige Wirtschaftsingenieurin, die nicht weit von hier, in Erkner, aufgewachsen ist. Für das Gespräch hat sie die Dresdner Bäckerei in Friedrichshagen ausgesucht, in der unter anderem Anti-Flugrouten-Brötchen verkauft werden, deren Erlös der Anti-Flugrouten-Bürgerinitiative zugutekommt. Es gibt viele Fronten, an denen man in Köpenick kämpfen kann. Gerade hat ein Mann Klage gegen den Senat erhoben, weil für den Bau eines Flüchtlingsheimes Bäume gefällt wurden, in denen womöglich Fledermäuse nisteten. Flüchtlinge und Fledermäuse. Auch kein einfaches Thema.

Dass Lenin nun wieder ausgebuddelt werden soll, findet Antje Stavorinus gar nicht verkehrt, wie sie sagt. Sie hat nie verstanden, warum es ausgerechnet ihm an den Kragen ging. Nur muss die Bergung gut geplant sein. Für die Eidechse könne so was nämlich sehr stressig werden. Die Erschütterung, der Krach, wenn

der Kran kommt oder ein Hubschrauber! Die erste Reaktion sei, den Schwanz abzuwerfen. Es könne aber auch Tote geben. Stresstote! Auf keinen Fall dürften die Tiere im Winterschlaf gestört werden. »Wenn ich mir vorstelle, ich schlafe tief und fest, und dann wird man ausgebuddelt.« Antje Stavorus kann den Satz gar nicht beenden.

Es ist ein Tag im März des Jahres 2015, fast genau 45 Jahre, nachdem in Berlin-Friedrichshain das Lenin-Denkmal des Moskauer Künstlers Nikolai Tomski enthüllt wurde. Vor 24 Jahren wurde es abgerissen und im Köpenicker Forst verscharrt, vor sechs Jahren beschlossen, es wieder auszugraben und in der Zitadelle Spandau zu zeigen – als Beispiel für Denkmäler, die unter die Räder der deutschen Geschichte gekommen sind. Neben den Standbildern und Büsten der Siegesallee, die von 1954 bis 1978 am Schloss Bellevue unter der Erde lagen. Vor einem Jahr sollte die Ausstellung »Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler« eröffnet werden. Sollte. Die Siegesallee-Büsten sind nicht das Problem.

Sie sind schon da, draußen hinter den Burgmauern in Spandau: Grafen, Kurfürsten, Bürgermeister, Könige. In Stein gehauene Helden der preußischen Geschichte, mit abgebrochenen Nasen und Einschusslöchern. Von Otto IV. gibt es nur noch den Kopf, von Hieronymus von Schlick nur den Rumpf. Konrad von Burgsdorff wurde 50 Jahre lang auf einer Friedhofskapelle versteckt. Kurfürst Distelmeier verbrachte sein Exil in einer verrauchten Schänke. »Der musste erstmal gut saubergemacht werden«, sagt Andrea Theissen.

Sie ist die Leiterin der Zitadelle, 63, blond, auf den Wangen Rouge, auf dem Schreibtisch Familienfotos, eine Historikerin, die über sich selbst sagt, lange die Mittelaltertante der Nation gewesen zu sein. 1990 hat sie die Leitung der mittelalterlichen Burg übernommen, die im 19. Jahrhundert von Napoleons Truppen besetzt war und im 20. den Nazis als Nervengaslabor diente. Andrea Theissen suchte nach einer Idee, einem Profil für ein Museum, aber was sie auch vorschlug, wurde abgelehnt. Archäologische Sammlungen? Kommen auf die Museumsinsel. Eine Spandauer Dependence des Deutschen Historischen Museums? Ein Standort reicht. Es war zum Verzweifeln. Erst im Jahr 2000, als ein neuer Chef der Denkmalschutzbehörde aus Stralsund nach Berlin kam, ging es endlich voran. Manfred Kühne, sagt Andrea Theissen, habe den Begriff der Geschichtinsel geprägt. »Damals dachte ich: Ist das nicht ein wenig hochgegriffen? Heute ist das unser Kampfbegriff.«

Die freundliche Mittelaltertante klingt auf einmal ziemlich angriffslustig. Eigentlich, sagt sie, stehe ja seit 2009 fest, dass das Lenin-Denkmal Teil der Ausstellung werde. Die Hindernisse tauchten erst auf, als es um die technischen Details der Ausgrabung ging. Da hieß es auf einmal aus dem Senat, das Denkmal sei zu groß, das Ausbuddeln zu teuer. Nur den Kopf zu nehmen und damit Geld zu sparen, wurde auch nicht für gut befunden. So ein Denkmal könne man doch nicht auseinander reißen. Ein weiteres Problem war die Lage. Im März 2014 bat die Zitadelle die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung um Unterlagen, aus denen hervorgeht, wo die einzelnen Teile vergraben wurden. Erst meldete sich der Senat fünf Monate lang gar nicht, dann ließ Senator Michael Müller, heute Regierender Bürgermeister, mitteilen, es gebe keine Unterlagen, wo sich der Kopf »innerhalb des rund zehn Meter langen Hügels« befinde. Geophysikalische Voruntersuchungen erschienen auch »wenig erfolgversprechend«. Das habe mit dem Schutt zu tun, »der kurze Zeit nach Ankunft der Teile der Statue aus Gründen deren Schutzes über sie gebracht wurde«. Das Schreiben ist vom August letzten Jahres. Kurz darauf folgte das offizielle Nein des Senats.

Andrea Theissen sagt, das sei eine schreckliche Zeit gewesen. »Jahrelang hatten wir alles geplant, und jetzt durften wir mit keiner Firma verhandeln und keine Ausschreibung machen. Und darüber sprechen sollten wir auch nicht. Der Senat wollte, dass wir die Sache diskret behandeln.«

Sie machte trotzdem weiter, jetzt erst recht. »Widerstand«, sagt sie, »spornt mich an.« Sie begann, nach Zeitzeugen zu suchen, die wussten, wo der Lenin-Kopf lag. Einige hatten in den Medien von der Suche gehört und meldeten sich von alleine: Leute aus der Bürgerinitiative, die 1991 den Abriss verhindern wollte, ein Dokumentarfilmer aus Kalifornien, der 1994 gemeinsam mit ein paar Freunden den Kopf freigelegt hatte, sowie der ehemalige Bauleiter des Abriss-Projektes, inzwischen Rentner. Mittlerweile waren auch ausländische Journalisten auf den Streit aufmerksam geworden. Andrea Theissen gab englischen, spanischen und russischen Medien Interviews. Ihr Telefon stand nicht mehr still. »Das waren Tage, die ich nicht vergessen werde«, sagt sie. Ende August zog der Senat, überrascht von den heftigen Reaktionen, sein Veto zurück, und Andrea Theissen wollte gerade beginnen, das Konzept zur Bergung aufzustellen, da tauchte das nächste Problem auf: Zauneidechsen, die auf der Liste der zu schüt-

zenden Tierarten stehen. Ein Hindernis für viele Bauprojekte im Land, aber bei Lenin konnte man inzwischen denken, der Kalte Krieg sei wieder ausgebrochen.

Es war Herbst in Berlin, die Menschen feierten den 25. Jahrestag des Mauerfalls mit Feuerwerk und Leuchtballons, während am Stadtrand das Theater um Lenins Kopf in eine neue Runde ging – ein deutsches Kammerstück, ein Lehrstück über den Umgang mit der wechselvollen Geschichte der Stadt. Gerade erst wird das Stadtschloss wieder aufgebaut, das am Ende des Zweiten Weltkriegs bei der Schlacht um Berlin ausbrannte und 1950 abgerissen wurde. Der Mann, der das Kommando zur Sprengung gab, Walter Ulbricht, war derselbe, der 1970 anlässlich von Lenins 100. Geburtstag das Tomski-Denkmal am Volkspark Friedrichshain enthüllte. Es war vermutlich Zufall, dass der Schutt des Schlosses nach der Sprengung nicht nur im Volkspark verteilt wurde, sondern auch in der Seddiner Grube, wo das Lenin-Denkmal heute liegt. Aber irgendwann hört man auf, an Zufälle zu glauben.

Ein Denkmal für den Revolutionshelden

Der Beschluss, dem Helden der Oktoberrevolution in Berlin ein Denkmal zu setzen, fiel im Oktober 1961. Der im Krieg zerstörte Landsberger Platz südlich des Volksparks Friedrichshain sollte seinen Namen tragen, in der Mitte eine große Skulptur stehen.

Der Architekt Heinz Mehlan übernahm die Projektierung. Geplant waren drei Häuser mit 17, 21 und 25 Stockwerken und Elfgeschosser, dazu unter anderem ein Café, eine Schule und eine Kaufhalle. Bei der Grundsteinlegung 1968 wurde in das Fundament eine – damals höchst modern – von einem Computer geschriebene Urkunde eingemauert.

Die Skulptur, gestalterischer Höhepunkt in der Mitte des Platzes, kam aus Moskau, wo sie der Bildhauer Nikolai Tomski angefertigt hatte. Als Walter Ulbricht das Ensemble 1970 einweihte, sagte er, der Platz lege Zeugnis davon ab, dass die Werktätigen all ihre schöpferischen Kräfte für den Sieg des Sozialismus einsetzten.

Nach dem Mauerfall, als die Skulptur nur noch ein Symbol für den Personenkult in jenem Sozialismus war, wurde bald ihr Abriss gefordert. Im September 1991 beschlossen die Friedrichshainer Bezirksverordneten die Demontage, danach beauftragte der Senat eine Firma damit.

Das Schloss, der Schutt, Ulbricht, Lenin, der Volkspark, die Seddiner Grube. Alles scheint miteinander zusammenzuhängen. Wenn man heute aus der Stadt herausfährt bis nach Müggelheim und am Forsthaus vorbei über die Halbinsel zwischen Seddinsee und Großer Krampe läuft, hat man das Gefühl, auf einer geheimen Expedition zu sein. Nur ein paar Eingeweihte wissen, wo man jenen Hügel findet, in dem das Monument des Gründers der Sowjetunion vergraben liegt. Es gibt keine Skizze, keine Tafeln, nur einen verlassenen NVA-Schießplatz. Birken und junge Kiefern biegen sich im Wind, man hört das Zwitschern von Vögeln und das Summen der Flugzeuge, die über Köpenick nach Schönefeld fliegen. Oben auf dem Hügel sieht man zwischen Ziegelsteinen auch Stuckreste und Porzellanscherben, und die Vorstellung, das könnten Reste des alten Stadtschlusses sein, macht den Ort noch mystischer. Mit den Steinen hat jemand Lenins Namen geschrieben, wie auf einem Grab, und man merkt, wie man um die Steine herumläuft, aus Angst, auf sie zu treten. Wenn es einen Friedhof der deutschen Geschichte gibt, einen Ort, an dem man begreift, dass man Dinge verstecken, aber nicht loswerden kann, hier draußen könnte er sein.

Es gab Leute, die das erkannt haben, damals schon, als die Diskussion um Lenins Zukunft begann, wobei von einer Diskussion eigentlich keine Rede sein kann. Es ging alles so schnell. Im März 1991 forderte die Junge Union den Abriss des Lenin-Denkmal auf dem Leninplatz. Kurze Zeit später sagte Friedrichshains SPD-Bürgermeister Helios Mendiburu, Lenin müsse weg. Mendiburu war 1956 bei Protesten vor der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin festgenommen worden und der Überzeugung, Lenin habe den Grundstein für den Stalinismus gelegt. Am 18. September 1991 beschloss die Friedrichshainer Bezirksverordnetenversammlung mit 40 zu 13 Stimmen den Abriss des Denkmals und bat den Senat um Unterstützung. Das ließ sich Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister der Stadt, nicht zweimal sagen. Am 1. Oktober forderte er, nicht nur Lenin abzureißen, sondern auch gleich noch den Palast der Republik. CDU-Stadtentwicklungsensator Volker Hassemer sagte, »die Abtragung sei eine Fortsetzung und somit Bestandteil der 1989 eingeleiteten friedlichen Revolution«, weshalb das öffentliche Interesse gebiete, den Denkmalschutz aufzuheben. Hassemer, der Revolutionär.

Es war das Jahr 1991, die Demonstrationen waren vorbei, die Stasi-Zentralen gestürzt, Berlin war wiedervereinigt, CDU und SPD hatten die Wahl ge-

wonnen und versuchten, Ordnung in die Stadt zu bringen. Ihre Ordnung. DDR-Politiker und Soldaten der Roten Armee wurden von der Ehrenbürger-Liste gestrichen, Straßen umbenannt, selbst die East Side Gallery und die Karl-Marx-Allee standen zur Debatte und natürlich die Denkmäler: Marx und Engels am Lustgarten, Thälmann an der Greifswalder Straße. Das größte Ärgernis aber war Lenin am Leninplatz, das mächtigste und altmodischste Denkmal von allen, ein Paradebeispiel für Personenkult, ein Symbol für die Macht des Sozialismus, selbst dann noch, als diese Macht längst verloren war.

Walter Momper, der damals die Berliner SPD leitete, warnte vor zu schnellen Entscheidungen und schlug vor, Lenin lieber vom Aktionskünstler Christo verhüllen zu lassen, der Künstler Manfred Butzmann wollte das Monument mit Efeu bewachsen und der damalige Berliner Landeskonservator Helmut Engel es mit Wasser unterspülen lassen, damit es leicht kippt und schief da steht. Engel gab auch zu bedenken, dass Lenin auf der Denkmalliste steht, aber Listen waren kein Hindernis. Damals nicht. Am 30. Oktober beauftragte der Senat die Baufirma Hartmann mit der »fachgerechten Demontage und dem Abtransport des Lenin-Denkmal«. Unter dem Zusatz: »Es gilt als besonders vereinbart«, hieß es: »Die Arbeiten sind unverzüglich zu beginnen.«

Fragt man einige der Männer, die am Abriss beteiligt waren, heute, ob die Entscheidung richtig und die Eile nötig war, fallen Wörter wie »Abwägungsprozess« und »Entsorgungsentscheidung«. Landeskonservator Helmut Engel, der 1978 die Säulen der Siegesallee vor dem Schloss Bellevue ausbuddeln ließ, sagt, er habe Hassemer immerhin davon abhalten können, Lenin zu zertrümmern, mehr sei nicht drin gewesen. »Da bricht über Nacht ein Staat weg und mit ihm sein ganzes Grundgerüst. Das Ding stand in der Denkmalliste, und das war zu erhalten, aber gegen die Erhaltung stand der öffentliche Zorn, für den ich nicht zuständig bin.«

Eberhard Diepgen, der Lenins Abriss damit begründet hatte, dass »Repräsentanten von Diktaturen, in denen Menschen verfolgt und ermordet wurden, nicht ins Stadtbild passen«, sagt heute: »Wir müssen achtgeben, dass wir in der historischen Darstellung der Stadt nicht die Phase der DDR überbewerten.« Auf die Frage, was an dem Gerücht dran sei, Lenins Abriss sei ein Geschenk zu seinem 50. Geburtstag gewesen, antwortet er, absoluter Unsinn sei das. »Wahrscheinlich eine dieser polemischen politischen Kampfpapieren, die damals immer mal auftauchten.« Helios Mendiburu, der ehemalige Bürgermeister von Frie-

drichshain, ist nicht zu erreichen. Er lebt heute in Vietnam. Jürgen Erichson, ehemaliger Leiter der Firma Hartmann, die sonst vor allem Brunnen baute, sagt, er habe nie über richtig oder falsch nachgedacht. »Ich fand, dass es eine interessante Aufgabe war, auch mal was abzureißen.«

Erichson sitzt zwischen alten Fotos, Zeitungsartikeln und Aktenordnern auf dem Sofa seines Wohnzimmers in Reinickendorf, ein hagerer Mann mit hochgebürsteten Haaren, der alles aufgehoben hat, auch den Auftrag vom Senat, in dem es heißt, die Arbeiten sollten 78 110 D-Mark kosten und seien bis zum 8.11.1991 abzuschließen. Erichson lacht wie über einen guten Witz. Am Ende waren sie bei 172 660 D-Mark, und bis das letzte Granitteil nach Köpenick gebracht wurde, dauerte es vier Monate. Nein, die Tomski-Witwe, die noch in letzter Minute klagte, und die Bürgerinitiative, die Eier auf seine Leute warf und Bretter vom Gerüst, seien nicht das Hauptproblem gewesen. Es war Lenin an sich. Er ließ sich einfach nicht auseinander schneiden, der Granit war zu hart. Außerdem hatten Tomski und seine Leute Straßenbahn- und Eisenbahnschienen eingebaut, damit das Denkmal besser hält. »Sie glauben ja nicht, was wir da alles gefunden haben«, sagt Erichson.

Er hat ein Video aufgenommen, damals im Winter 1991, auf dem man genau sieht, wie sie Lenin zerlegten. Stück für Stück. Oben, an der Fahne, haben sie angefangen, mit Sprengsätzen, Keilen und Pressluftschlämmern, und sich dann langsam nach unten gearbeitet. Das Video hat in einer Kiste im Keller gelegen, bis Jürgen Erichson im letzten Sommer von Andrea Theissens Schwierigkeiten mit der Ausstellung hörte. Er hat sie angerufen und gesagt, er sei der Bauleiter, er wisse noch so ungefähr, wo sie das Denkmal hingebracht haben, er habe auch noch Aufnahmen von damals.

Andrea Theissen hat sich mit Erichson getroffen und sein Video digitalisieren lassen, um es in der Ausstellung abzuspielen. Die Enthauptung des Wladimir Iljitsch Lenin in Endlosschleife. Was für ein Zeitdokument! Fast besser als der Kopf selbst! Die Zitadellen-Chefin ist guter Dinge. Der Widerstand des Senats und des Bezirks Treptow-Köpenick hat sie zwar Zeit gekostet, aber irgendwann hat sie beschlossen, dass das alles mit zur Geschichte gehört. Der Senat, die Eidechsen, die Naturschützer. Und wenn das Denkmal nicht rechtzeitig zur Ausstellungseröffnung nach Spandau kommt, steht eben erst mal nur Lenins Sockel da. Und darauf eine kleine Spielzeugeidechse.

Anfang Oktober ist der neue Eröffnungstermin, und viel hängt jetzt von Klaus-Detlef Kühnel ab. Kühnel ist Biologe und Herpetologe, der Mann, der gerufen wird, wenn in Berlin Bauprojekte durch Zauneidechsen gefährdet sind. Ein neues DHL-Zentrum in Kleinmachnow, das große Reichsbahn-Projekt in Oberschöne-weide – dann rückt Kühnel an, inspiziert das Areal und legt Maßnahmen fest. Er ist 62, seine Haare sind weiß und stehen lustig vom Kopf ab, seine Brille ist rund, sein T-Shirt ein wenig bekleckert. Kühnel sitzt zwischen Kisten, Plastik-eimern, Klemmmappen und Fototasche und holpert in seinem roten Dacia durch den Köpenicker Wald zu Lenin und den Zauneidechsen. Am NVA-Schießplatz hält er kurz an, schließt ein Tor auf, fährt ein paar Meter, hält wieder an, schließt zu, auf der anderen Seite des Schießplatzes noch einmal das Gleiche. Tor auf, Tor zu. Das Forstamt hat ihn darum gebeten. In der deutschen Geschichte mag es drunter und drüber gehen, im deutschen Wald muss alles seine Ordnung haben.

Kühnel, der aus Tempelhof kommt und in Brandenburg wohnt, kam im vergangenen September das erste Mal in die Seddiner Heide, um den Lenin-Hügel zu begutachten. »Ein adultes Exemplar und mindestens zehn Jungtiere« zählte er, und in seinem Bericht, einem Amtsschreiben, liest man zwischen den Zeilen auch ein wenig die Freude über die lebenslustigen Reptilien heraus, die nicht nur Lenin auf dem Kopf herumtanzen, sondern einer ganzen Stadt. Lenin, sagt er, sei ihm völlig egal. Das Denkmal kennt er nur von den rosafarbenen Briefmarken, die auf den Umschlägen klebten, die ihm ein Biologenkollege aus dem Ost-Berliner Naturkundemuseum zu Mauerzeiten schickte. Bis zum Denkmal nach Friedrichshain hat er es nie geschafft, was er nicht bedauert, und dass das nun wieder ausgegraben wird, sei nichts als »Affentheater«. »Vielleicht«, sagt Kühnel, »finden sie ja noch Hitler oder so.«

Es ist ein sonniger Nachmittag Ende April. Vor wenigen Wochen hat die Stadtverordnetenversammlung Treptow-Köpenick ihre Bedenken gegen die Ausgrabung des Lenin-Kopfes aufgegeben, unter der Bedingung, dass »die dortige Zauneidechsenpopulation bewahrt und die Aktivitätsperiode der Tiere berücksichtigt wird«. Wichtig sei vor allem, dass die Bergungsmaßnahmen »behutsam durchgeführt werden«. Mit anderen Worten: Kein Hubschrauber! Das hatte sich ohnehin erledigt. Der einzige Hubschrauber, der sich für die Bergung des Lenin-Kopfes eignet, steht in Bayern und hätte Andrea Theissens Budget gesprengt. Lenin wird also mit Bagger und Spaten ausgegraben und dann an einem Kran-

seil herausgehoben. Aber erst müssen die Zauneidechsen gefangen werden. 50 sind Klaus-Detlef Kühnels Ziel.

Er schaltet den Motor aus, zieht den Schlüssel ab, nimmt Klemmmappe, Stift und Fotoapparat aus dem Wagen und sagt: »Hier sind wir also bei Lenin.« Vor ihm liegt eine große Lichtung, in der Mitte der Lichtung befindet sich ein Hügel, und um den Hügel herum ein Zaun aus weißer Plane, die mit Sand beschwert ist. An dem Zaun hängen Plastiktöpfe, 26 insgesamt. Es handelt sich um Puddingcontainer, die Kühnel zu Fangeimern umgebaut hat. Er ist ein praktischer Mensch. Kühnel geht zum ersten Eimer, beugt sich hinunter, legt den Kopf schief, sagt »nö« und läuft weiter zum nächsten Eimer: Wieder »nö«. So geht das 26 Mal, um den Berg herum, auf den Berg hinauf und wieder hinunter. Keine Eidechse, nirgends. Die Puddingeimer sind leer.

Merkwürdig sei das schon, sagt Kühnel. Von all seinen Fangstellen sei das hier die, wo er die meisten Zauneidechsen gesehen habe, aber jetzt am wenigsten fange. Seit zwei Wochen kommt er schon hier raus, jeden zweiten Tag, auch am Wochenende. Gefangen hat er erst eine. Vorgestern war das, im Eimer Nummer 21. Ein Weibchen. Er hat es auf die andere Seite der Lichtung getragen, dorthin, wo er mithilfe von Holz, Steinen und abgeschlagenen jungen Kiefern ein neues Quartier für die Eidechsen geschaffen hat. Klaus-Detlef Kühnel schaut zu dem Haufen, wo sie nun irgendwo sitzt, die einsame Zauneidechse, und auf ihre Artgenossen wartet, die sich noch verstecken. Nur wo?

Als er im September hier draußen war, saß eine direkt auf Lenin, sagt Kühnel. Jemand hatte ein Loch gegraben, man sah den Granit vom Denkmal, und darauf hockte die Zauneidechse. Das sei das Komische, sagt er, manchmal sehe man ganz viele, und dann wieder suche man ewig nach ihnen. In Tibet hat er mal eine Agame fangen wollen, eine ganz besondere Eidechsenart, und dabei konnte er beobachten, wie klug die Tiere sind. Es handelte sich um eine große Fläche mit vielen Löchern, und die Eidechsen wussten genau, in welchen Löchern keine anderen Eidechsen sitzen. Dort sind sie verschwunden, bevor Klaus-Detlef Kühnel sie fangen konnte.

Es klingt ein bisschen so, als sei die kluge, eigenwillige Zauneidechse aus Furcht vor Frau Theissens Bergungskolonnen noch einmal besonders tief in die Mantelschöbe des Revolutionsführers abgetaucht. Es soll ja ein großes Ereignis werden, hier im Köpenicker Forst. Sogar der Senat hat beschlossen, diesmal

mitzuspielen und einen Pressebus organisiert. Verschiedene Fernsehsender haben sich schon angemeldet. Die ganze Welt wird dabei zusehen, wie Lenin fliegt, und wie er dann auf einem Sattelschlepper durch die Stadt fährt, nach Spandau in die Mittelalterburg zu den Kurfürsten und Grafen.

Der Rest des Denkmals wird hier draußen in Köpenick unter dem Schutt des Stadtschlusses zurückbleiben. Lenin, kopflos. Mal sehen, wie lange.

BERLINER ZEITUNG

Nr. 118 HA vom 26. Mai 2015



Theodor-Wolff-Preis

Karsten Krogmann – Geboren 1968 in Cloppenburg

Seit er in der 5. Klasse Sport-Berichte für die Schülerzeitung *Moin, Moin* schreiben durfte, stand der Berufswunsch von Karsten Krogmann unverrückbar fest: Er wollte Journalist werden. Nach dem Studium (Musik und Literatur) startete er als Redakteur im Feuilleton der Oldenburger *Nordwest-Zeitung*; später leitete er parallel das Jugendmagazin der Zeitung *Inside*. 2010 übernahm er die neu geschaffene Reportagen-Redaktion der *Nordwest-Zeitung*. 2014 verstärkte Marco Seng als zweiter Reporter die Redaktion.

Krogmann ist für seine Arbeit mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem mit dem Medienpreis Medizin-Mensch-Technik 2015, Sonderpreis Lokaljournalismus.

Marco Seng – Geboren 1968 in Bad Homburg v.d.H.

Nach seinem Magister-Abschluss in Politologie, Neuere Geschichte und Literaturwissenschaft in Gießen, war Marco Seng als fester freier Mitarbeiter bei der *Frankfurter Rundschau* sowie der *Westdeutschen Allgemeinen* tätig. Bei der *WAZ* volontierte er 1999/2000 und wurde dann Bundespolitischer Korrespondent der Zeitung in Berlin sowie ab 2002 Politikredakteur des Mediums in Essen. 2004 wechselte er zur *Nordwest-Zeitung*, erst als Landespolitischer Korrespondent in Hannover, seit 2014 als Reporter, bis heute zuständig für alle Reportage-Themen in der Region.

KARSTEN KROGMANN und MARCO SENG sind nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Lokales« für ihren Beitrag »Warum stoppte niemand Niels Högel?«, erschienen am 27. Februar 2015 auf NWZonline.de, der Website der *Nordwest-Zeitung*.

Warum stoppte niemand Niels Högel?

Von Marco Seng und Karsten Krogmann

Niels Högel aus Wilhelmshaven wird vermutlich als größter Serienmörder der Nachkriegszeit in die deutsche Geschichte eingehen. Der ehemalige Krankenpfleger steht im Verdacht, bis zu 200 Patienten zu Tode gespritzt zu haben; rund 30 Tötungen und 60 Tötungsversuche hat er bislang zugegeben. Doch hinter der Geschichte steckt mehr. Lesen Sie die Chronik eines unglaublichen Ermittlungsskandals.

Klinikum Delmenhorst, 22. Juni 2005, ein Mittwoch; auf der Intensivstation hat die Spätschicht begonnen. In Zimmer 6 liegt der ehemalige Justizvollzugsbeamte Dieter M. aus Bremen im künstlichen Koma. M., 63 Jahre alt, leidet an Lungenkrebs; er hat gerade zwei Operationen überstanden. Die Ärzte haben einen Luftröhrenschnitt vorgenommen, sein Zustand ist stabil.

Bis der Krankenpfleger Niels Högel, 28 Jahre alt, in sein Zimmer tritt.

Högel spritzt Dieter M. 40 Milliliter des Medikaments Gilurytmal in die Vene. Gilurytmal (Wirkstoff Ajmalin) ist ein Herzmittel, eine Überdosis kann lebensbedrohliche Herzrhythmusstörungen und einen Blutdruckabfall verursachen.

Neben dem Krankenbett steht eine Infusionspumpe, Dieter M. erhält darüber pro Stunde sieben Milliliter des Blutdruckmedikaments Arterenol. Högel dreht die Pumpe auf null. Als der Überwachungsmonitor einen Alarm auslöst, schaltet H. den Ton ab.

Bei Dieter M. setzt ein lebensbedrohliches Herzkammerflattern ein, sein Blutdruck sackt ab. Eine Krankenschwester kommt zufällig ins Zimmer. Högel sagt zu ihr: »Dein Patient hat keinen Druck mehr.« Die Schwester ruft einen Kollegen zur Hilfe, gemeinsam leiten die beiden Wiederbelebensmaßnahmen ein. Sie können Kreislauf und Blutdruck von Dieter M. wieder stabilisieren. Vorerst.

Nur 29 Stunden später ist Dieter M. tot.

Die Krankenschwester ist misstrauisch geworden, sie nimmt Dieter M. nach der Reanimation eine Blutprobe ab. In der Klinikapotheke stellt sie fest, dass fünf Ampullen Gilurytmal zu je 10 ml fehlen. Die Schwester weist den Kollegen ein, der bei der Reanimation von Dieter M. dabei war. Der Kollege findet vier leere Ampullen des Medikaments im Mülleimer der Intensivstation.

Die Klinik schaltet die Polizei ein.

Zehn Jahre später sitzt Niels Högel im großen Saal des Landgerichts Oldenburg auf der Anklagebank: 38 Jahre alt, kräftige Statur, nackenlange Gel-Frisur,

Henriquate-Bart, Ohringe. Er hat sich verändert im Gefängnis; alte Fotos zeigen einen schlanken Lockenkopf, der frech in die Kamera lächelt. Jetzt versteckt er sein Gesicht hinter einem Aktendeckel. Im Zuschauerbereich des Saals lauern die Fotografen.

Auch die Frau von Dieter M. sitzt im Saal. Sie ist nicht allein: Neben ihr, hinter ihr, vor ihr sitzen Menschen, die ebenfalls Angehörige im Klinikum Delmenhorst verloren haben – mögliche Opfer von Niels Högel.

Högel steht zum dritten Mal in Oldenburg vor Gericht. In den ersten beiden Prozessen ging es allein um den Tod von Dieter M. Im aktuellen Prozess geht es um dreifachen Mord und zweifachen Mordversuch. Aber niemand hier im Saal zweifelt daran, dass es auch noch einen vierten Prozess geben wird. Längst gehen die Ermittlungsbehörden davon aus, dass Niels Högel bis zu 200 Patienten umgebracht haben könnte.

Wer ist dieser Niels Högel?

Högel wird am 30. Dezember 1976 in Wilhelmshaven geboren, auf einem Ohr taub. Er wächst in einem katholischen Elternhaus auf; »warmherzig und tragfähig« nennt er es später im Gespräch mit seinem psychiatrischen Gutachter, Konstantin Karyofilis. Högels Vater ist Krankenpfleger aus Überzeugung, er arbeitet viel, ist gebildet, verschlossen, politisch organisiert in der SPD. Die Mutter kommt aus eher schwierigen Verhältnissen, gelernte Anwaltsgehilfin, sie muss putzen gehen. Högel hat eine ältere Schwester, die später Zahnarzthelferin wird. »Eine durch und durch helfende Familie«, sagen Bekannte aus Wilhelmshaven.

Als Niels elf Jahre alt ist, trennen sich die Eltern für einige Zeit, er entwickelt Ängste. Die Schulleistungen sind durchschnittlich, der Junge spielt gerne Fußball. Niels besucht die Integrierte Gesamtschule, Mitschüler und Lehrer erinnern sich an ihn als nett, fröhlich, hilfsbereit. Kein Einzelgänger, immer mittendrin. Högel will Feuerwehrmann werden, doch er hat Höhenangst. Das Medizinstudium ist ihm zu aufwendig. Die Oberstufe der Schule besucht er nicht mehr, sein Berufswunsch steht nun fest: Er will Pfleger werden, wie der Vater.

Mit 17 beginnt er die Pflegerausbildung im St.-Willehad-Hospital. Mädchen, Alkohol und Drogen nehmen jetzt einen größeren Platz in seinem Leben ein. Das Examen ist mittelmäßig, aber Högel wird übernommen, er erlebt die »beste

Phase seines Lebens«. Als kleinbürgerlichen Menschen beschreibt ihn Gutachter Karyofilis – ein Mensch, der Wilhelmshaven eigentlich nie verlassen wollte.

Irgendwann geht er trotzdem: 1999 fängt er auf der herzchirurgischen Intensivstation des Klinikums Oldenburg an. Das Klinikum ist hoch angesehen, die herzchirurgische Intensivstation erst recht. Högel fühlt sich geschmeichelt, ist aber der belastenden Arbeit offenbar nicht gewachsen. Schon die erste Herzoperation beschreibt er als »traumatisierendes Erlebnis«. Er wird immer müder, vereinsamt innerlich. Er beginnt zu trinken, entwickelt Depressionen und Angstzustände, die bis heute behandelt werden müssen.

In der Klinik gibt es Ärger. Högel wird 2001 versetzt, ein Jahr später muss er gehen. Man habe kein Vertrauen mehr in ihn, sagt ein Chefarzt. Högel versteht das nicht. »Völlig absurd«, so nennt er den Vorgang Jahre später gegenüber seinem Gutachter. Da steht er bereits wegen Mordverdacht vor Gericht.

Anfang 2003 wechselt er nach Delmenhorst, ausgestattet mit einem guten Zeugnis aus Oldenburg. Nach einem Autounfall entwickelt er Panikattacken, nimmt Medikamente.

Ein Jahr später heiratet Högel, seine Tochter kommt zur Welt. Die Geburt ist lebensbedrohlich für das Kind. Er steht daneben, kann nichts machen. Das sei furchtbar gewesen, sagt er dem Gutachter. Högel ist vom Familienleben überfordert, lässt seine Frau allein zu Hause, stürzt sich in die Arbeit. Wenn er frei hat, fährt er im Rettungswagen mit, DRK-Wache Ganderkesee-Bookhorn. Für Niels Högel gibt es nur noch Arbeit, Alkohol, Tabletten und noch mehr Arbeit – bis er zum ersten Mal etwas tut, das ihn kurz aus diesem Kreislauf zu befreien scheint.

März 2003, mitten in der Nacht.

Högel steht vor einem Medikamentenregal auf der Intensivstation. Er fühlt eine innere Leere. Als ob man lange nichts gegessen habe – so beschreibt er das Gefühl später dem Gutachter. Er sucht ein Mittel, das Patienten in Not bringt, aber nicht tödlich ist. Er will reanimieren, will sich besser fühlen. Er weiß doch, dass das funktioniert. Beim ersten Mal in Delmenhorst haben ihn die neuen Kollegen gelobt, haben ihm auf die Schulter geklopft. Damals konnte er für den Notfall nichts. Jetzt muss er nachhelfen, damit es zu einem Notfall kommt.

Der Medikamentenschrank. Högel fallen die Ampullen mit Gilurytmal ins Auge. Das Herzmedikament kennt er vom Rettungsdienst. Schnell wirkend, unauffällig. Drei Ampullen zieht er auf, schleicht sich in ein Patientenzimmer, stellt den Alarm ab, spritzt einer Patientin zehn Milliliter. Die Kolleginnen nebenan merken nichts.

Der Blutdruck der Patientin sinkt dramatisch. Als Ärzte und Schwestern herbeieilen, hat Niels Högel schon mit der Herzdruckmassage begonnen. Die Frau stabilisiert sich. Högel fühlt sich gut. Er sorgt jetzt immer wieder für Notfälle. Zweieinhalb Jahre lang.

Bis zu jenem Mittwoch im Juni 2005 im Zimmer von Dieter M.

Högel wird festgenommen – ein Ende ist das aber nicht. Es beginnt einer der unglaublichsten Ermittlungsskandale der deutschen Geschichte.

Als Niels Högel wegen Mordversuchs an Dieter M. vor Gericht gestellt wird, erklärt die Staatsanwaltschaft Oldenburg: Es gebe keine Hinweise auf Zusammenhänge mit anderen Todesfällen im Klinikum.

Aber stimmt das auch? Gab es wirklich keine Hinweise?

Aus heutiger Sicht gibt es auf diese Fragen nur eine Antwort: nein.

Das Landgericht Oldenburg verurteilte Niels Högel 2006 wegen versuchten Totschlags an Dieter M. zu fünf Jahren Haft und einem fünfjährigen Berufsverbot. Der Bundesgerichtshof kippte das Urteil (auf Revision der Nebenklage von Frau M.). 2008 wurde Högel erneut verurteilt, diesmal zu siebeneinhalb Jahren Haft und einem lebenslangen Berufsverbot. Wer die Urteilsbegründungen dieser beiden Prozesse liest, wer die Zeugen hört im dritten Prozess gegen Niels Högel, der sieht und hört: Hinweise, Hinweise, Hinweise.

Da sind die Ex-Kollegen aus Oldenburg, die aussagen, dass Niels Högel bereits bei ihnen aufgefallen sei: zunächst als »engagiert«, »zupackend« und »medizinisch sehr kompetent«, bald aber als unheimlich. Die Ex-Kollegen berichten, »dass im Arbeitsbereich des Angeklagten des Öfteren Reanimationen erforderlich waren«. Dass sie Niels Högel in Oldenburg »Unglücksrabe« und »Pechbringer« nannten. Dass der Angeklagte den »Ruf hatte, immer dort zu sein, wo eine Reanimation erforderlich war«. Dass er in mindestens einem Reanimationsfall zwei Lernschwestern hinzugeholt hatte, um sie »mit seinen medizinischen Fähigkeiten zu beeindrucken«. Der Chefarzt der herzchirurgischen Abteilung wertete das Verhalten zunehmend als »unangebrachten Aktionismus« und bemühte sich um eine Versetzung von Niels Högel auf eine andere Station.

Da ist der Chefarzt der anderen Station, der Anästhesie. Auch ihn beschlich bald ein »ungutes Gefühl«, weil Högel auffällig häufig in Krisensituationen zugegen war. Man habe kein Vertrauen mehr zu ihm: Die Vorgesetzten legten Högel nahe, zu kündigen. Er wurde freigestellt bei voller Bezahlung – in Zeiten des Pflegenotstands ein unüblicher Vorgang. Im Urteil gegen Niels Högel hält das Landgericht fest: Es bestehe kein Zweifel, dass Högels Vorgesetzte »den Verdacht hegten, der Angeklagte könnte etwas mit den Krisen der in seinem Umfeld befindlichen Patienten zu tun haben«.

Hätte nicht schon das Klinikum Oldenburg Anzeige gegen Niels Högel erstatten müssen, zum Beispiel wegen Verdachts auf Körperverletzung?

Stattdessen schrieb es Niels Högel ein Zeugnis, in dem er als »verantwortungsbewusster und interessierter Mitarbeiter« gelobt wird, der »umsichtig gewissenhaft und selbstständig« arbeite.

Klinikum-Geschäftsführer Dr. Dirk Tenzer nennt das Zeugnis heute »ein normales Arbeitszeugnis« und verweist auf »sehr harte Regeln«, die in Deutschland festschrieben, »was in Arbeitszeugnissen stehen darf«.

Als im Zuge des dritten Prozesses der öffentliche Druck immer größer wurde, hat das Klinikum Oldenburg auf eigene Kosten ein Gutachten in Auftrag gegeben. Tenzer wollte wissen, ob es während der Dienstzeit von Niels Högel ungeklärte Todesfälle auch in Oldenburg gegeben hat. Das Ergebnis: zwölf Sterbefälle mit Hinweisen auf Fremdeinwirkung in den Jahren 2000 bis 2002, als Högel im Klinikum angestellt war. Die Patienten seien an einer Überdosis Kalium gestorben, teilte Tenzer auf einer Pressekonferenz mit.

Niels H. aber verließ Oldenburg Ende 2002 mit gutem Zeugnis. Er bewarb sich in Delmenhorst. Und nun waren es die Kollegen im dortigen Klinikum, die in der Nähe von Niels Högel ein »komisches Gefühl« beschlich.

Weitere Zeugen sagen aus.

Da ist die Krankenschwester aus Delmenhorst, die diese Geschichte erzählt: Sie habe kurz das Zimmer einer älteren Patientin verlassen, die sie zuvor stabilisiert habe. Als sie zurückkehrte, stand Niels Högel am Bett der Frau, die plötzlich Herzkammerflattern hatte. Niels Högel habe »tatkräftig« Reanimationsmaßnahmen eingeleitet, die erfolglos blieben. Die Krankenschwester sag-

te vor Gericht aus, dass sie sich das Kammerflattern bis heute nicht erklären könne.

»Erst haben wir noch herumgeflacht, dass so viele Patienten gestorben sind, irgendwann kriegte man ein komisches Gefühl«, sagt eine ehemalige Krankenschwester aus Delmenhorst. »Es gab Kollegen, die gesagt haben, mit dem möchte ich nachts nicht mehr arbeiten«, erinnert sich eine andere Kollegin. Eine frühere Ärztin des Klinikums war nach eigenen Aussagen immer gestresst, wenn sie mit Niels Högel arbeiten musste: »Oje, was passiert heute wieder? Wer muss heute reanimiert werden?« Einige Kolleginnen hätten zu Högel gesagt: »Du betrittst meine Patientenzimmer nicht.« Ein neuer Spitzname für Niels Högel: »Brutaler Rettungs-Rambo«.

Zwei der Zeugen wollen anschließend die Stationsleitung über die Vorfälle informieren haben. Diese hätte das auch »komisch« gefunden. Passiert sei nichts.

Es passierte auch nichts, als diese Aussagen Eingang in Polizei- und Gerichtsakten fanden. Es passierte erst etwas, als Kathrin Lohmann sich einmischte.

2008 las Kathrin Lohmann in der Zeitung vom zweiten Prozess gegen Niels Högel. Ihre Mutter Brigitte Arndt war 2003 im Klinikum Delmenhorst gestorben, als Högel Dienst hatte, ähnlich wie im Fall von Dieter M.

Ein flaues Gefühl, ob man lange nichts gegessen hätte? Der Medikamentenschrank?

Lohmann ging zur Polizei, jetzt nahm die Kripo neue Ermittlungen auf.

In mühsamer Kleinarbeit erstellte die Polizisten eine Statistik des Grauens: In einer Tabelle erfassten sie die Sterbefälle auf der Intensivstation in Delmenhorst, die Dienstzeiten von Niels Högel, den Verbrauch des Herzmittels Gilurytmal.

Die Übereinstimmungen waren frappierend. 2003 und 2004 war die Sterberate auf der Station etwa doppelt so hoch wie in den Jahren zuvor. Der Verbrauch des Medikaments Gilurytmal schnellte von 2002 bis 2004 auf mehr als das Siebenfache hoch. Im ersten Halbjahr 2005 passierten 73 Prozent der Todesfälle auf der Intensivstation während der Dienstzeit von Niels Högel oder unmittelbar danach.

Insgesamt gab es während der Beschäftigungszeit von Niels Högel 411 Sterbefälle, 321 davon während seiner Schicht oder unmittelbar im Anschluss. Von diesen 321 Menschen wurden 191 erdbestattet. Diese Leichen könnten für weitere Untersuchungen exhumiert werden.

Die Staatsanwaltschaft entschloss sich, acht Leichen exhumieren zu lassen. »Warum acht?« Als Richter Sebastian Bührmann das im dritten Prozess einen der ermittelnden Kriminalbeamten aus Delmenhorst fragt, druckst der Polizist zunächst herum. »Das kam so von der Staatsanwaltschaft«, heißt es dann.

In fünf Fällen fanden sich Rückstände des Wirkstoffs Ajmalin.

Fälle? Es sind Menschen. Zum Beispiel: Brigitte Arndt, 61 Jahre alt, Krankenschwester, sportlich, hatte sich gerade ihren Traumwagen gekauft, sollte damit aus dem Krankenhaus abgeholt werden.

Hans M. (78), glücklich verheiratet, reiste gerne mit seiner Frau, liebte den Garten, konnte die Urenkel nie kennenlernen.

Christoph K. (44), Elektriker, hatte gerade ein Haus gebaut, hinterlässt drei Kinder, wäre am Tag der Urteilsverkündung 55 geworden.

Oder eben Dieter M. (63), liebevoller Opa, genoss den Ruhestand, konnte die Hochzeit seiner Tochter nicht mehr feiern.

Gegen Niels Högel wurde erneut Anklage erhoben: Er steht jetzt wegen des Verdachts von Mord in drei Fällen und Mordversuch in zwei Fällen vor Gericht. Laut Staatsanwaltschaft droht ihm im Falle einer Verurteilung auch die Anordnung einer anschließenden Sicherungsverwahrung.

Das bedeutet: Die Staatsanwaltschaft hält Niels Högel für gefährlich. Erst jetzt?

Wer ist Niels Högel? Ein Mann, der sich im Krankenhaus »in den Vordergrund« drängen wollte, wie das Gericht lange annimmt? Dem es um das »Zurschaustellen der eigenen Person« ging? Der auch im Gefängnis gern im Mittelpunkt stand? Nach den Zeugenaussagen von Mithäftlingen war in der Zelle von Niels Högel den ganzen Tag lang Betrieb. Mithäftlinge seien zum Kaffeetrinken und spielen gekommen. Es sei dort viel geredet und gelacht worden. Zumindest eine Zeit lang zeigt sich im Gefängnis offenbar wieder das zweite Gesicht von Niels Högel: freundlich, hilfsbereit, intelligent.

Die Mithäftlinge sagen fast übereinstimmend aus, dass Niels Högel ihnen gegenüber die Morde an den Patienten zugegeben habe. »Ja, ich war es«, habe der Ex-Krankenpfleger gesagt, berichtet der erste. »Er hat mir die Tötung von fünf gestanden.« Niels Högel habe erzählt, dass er acht Menschen getötet habe, sagt der nächste Zeuge. »Ich habe bei 50 aufgehört zu zählen«, zitiert Nummer drei den Angeklagten.

Die Gründe hat Niels Högel seinen Mithäftlingen angeblich auch genannt: Erst habe er Leute von ihren Leiden erlösen wollen, dann aus Langeweile Patienten der Intensivstation nachts totgespritzt. Er habe ihnen gezeigt, wie die Menschen vor ihrem Tod gezittert hätten, erzählen zwei der Ex-Mithäftlinge. »Dann bin ich ja der größte Serienmörder der Nachkriegsgeschichte«, soll Niels Högel einem gesagt haben.

Aber erst jetzt, nach umfangreicher Berichterstattung in der *Nordwest-Zeitung*, will die Staatsanwaltschaft die ganze Dimension des Falles Niels Högel erfassen. Mehr als 100 Leichen könnten ausgegraben werden. Die Polizei hat eigens eine Sonderkommission eingerichtet, sie trägt den Namen »Kardio«. »Das ganze Ausmaß kann nur durch eine vollständige, akribische Aufarbeitung erfasst werden«, erklärt Polizeichef Johann Kühme.

Das bedeutet: Die Polizei wird sich auch mit der Dienstzeit von Niels Högel in Oldenburg und zuvor in Wilhelmshaven beschäftigen – und somit auch mit der Frage: Hätten möglicherweise Morde verhindert werden können, wenn die Verantwortlichen im Klinikum Oldenburg anders reagiert hätten? Die Leitung der Sonderkommission hat Arne Schmidt übernommen, Chef des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland. 15 Polizisten arbeiten in der Soko mit, das Hauptquartier liegt an der Bloherfelder Straße in Oldenburg.

Ob die Ermittler in den Kliniken offene Türen einrennen, ist indes fraglich. Bereits im ersten Prozess gegen Niels Högel zeigten Zeugen aus dem Klinikum Oldenburg, dass ihnen das Thema offensichtlich unangenehm ist: Die Strafkammer stellte fest, dass die Zeugen »gemauert« hätten und »ihre tatsächlichen Gedanken bezüglich des Angeklagten stark zurückhielten«.

Offene Fragen bleiben auch dann noch, wenn weitere Leichen exhumiert und untersucht werden: Der Wirkstoff Ajmalin ist nur nachweisbar, wenn ein Patient unmittelbar nach der Einnahme gestorben ist. Lebt er noch einen Tag weiter, baut der Körper die Substanz ab. Was bedeutet: Selbst wenn im Körper eines Toten kein Ajmalin nachgewiesen werden kann, bleibt ein Restzweifel. Noch 2014 wurden nach neuen Anzeigen bereits drei Leichen exhumiert, aber keine Spuren von Ajmalin gefunden.

Kathrin Lohmann, die Tochter der verstorbenen Brigitte Arndt, war die erste Nebenklägerin im aktuellen Mordprozess gegen Niels Högel. Inzwischen haben

sich weitere Angehörige von Opfern der Nebenklage angeschlossen. Sie werden vertreten von der Delmenhorster Anwältin Gaby Lübben, die auch Vorsitzende der Opferschutzorganisation Weißer Ring in Delmenhorst ist. Es geht auch um zivilrechtliche Ansprüche, um mögliche Schadensersatzfragen. Das ist einer der Gründe, warum sich die Kliniken bei dem Thema mit öffentlichen Aussagen zurückhalten. Das Klinikum Delmenhorst lässt ausschließlich einen Rechtsanwalt sprechen, Erich Joester aus Bremen.

Nebenklage-Anwältin Lübben und auch Nebenkläger Christian Marbach haben die Arbeit der Staatsanwaltschaft mehrfach scharf kritisiert. Lübben wirft der Staatsanwaltschaft unter anderem eine neunjährige Ermittlungsblockade vor. Marbach kündigt Zivilklagen gegen die Kliniken Delmenhorst und Oldenburg sowie Schadensersatzforderungen an. Er spricht von einem zweistelligen Millionenbetrag.

Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen zwei ehemalige Dezerenten eingeleitet. Kollegen von der Nachbarbehörde aus Osnabrück sollen klären, ob es Versäumnisse bei den Ermittlungen gegeben hat. Der Vorwurf: Strafvereitelung im Amt und Rechtsbeugung. Aber wie groß ist der Aufklärungswille wirklich? Oldenburgs Generalstaatsanwalt Andreas Heuer jedenfalls kündigte »schonungslose« Aufklärung an. Gegen einen ehemaligen Staatsanwalt, inzwischen Richter, wurde Anklage erhoben. Er soll es nach Übernahme des Falls 2011 versäumt haben, weitere Ermittlungen und Exhumierungen anzuordnen. Dies hätte sich jedoch laut Staatsanwaltschaft Osnabrück wegen »anderer Erkenntnisse aufgedrängt«.

Doch zum Prozess kommt es nicht, zum Ärger der Angehörigen von Opfern. Das Landgericht Oldenburg stellt das Verfahren ein, die Osnabrücker Staatsanwaltschaft legt Widerspruch ein, das Oberlandesgericht Oldenburg weist die Beschwerde zurück und bestätigt das Urteil der Vorgängerinstanz. Weil Högel zu der Zeit schon inhaftiert war, habe kein Verlust von Beweismitteln oder gar Verjährung der Taten gedroht, argumentiert das Oberlandesgericht. Außerdem habe der Angeschuldigte seinen Vorgesetzten über die »erhebliche Dezernatsbelastung« informiert. Dieser habe ihm dann freigestellt, welche Verfahren er bis zum Ausscheiden aus dem Amt im November 2013 vorrangig bearbeiten würde.

Opfer-Vertreter Christian Marbach spricht von einem »justizpolitischen Skandal« und einem »Offenbarungseid der Oldenburger Justiz«.

Längst weist der Fall Niels Högel weit über Oldenburg und Delmenhorst hinaus. Der Niedersächsische Landtag hat einen Sonderausschuss für mehr Patientensicherheit einberufen, der sich mit dem Thema Krankenhausmorde beschäftigen soll. Im April 2016 legt der Ausschuss seinen Abschlussbericht vor. Er hat ein ganzes Bündel von Empfehlungen erarbeitet, um Mordserien wie im Klinikum Delmenhorst zu verhindern oder schneller entdecken zu können. Dazu gehören genauere und häufigere Leichenschauen, zwingende Blutentnahmen nach Todesfällen, regelmäßige Morbiditäts- und Mortalitätskonferenzen, anonyme Meldesysteme für Mitarbeiter, die Einführung von

Stationsapothekern und Arzneimittelkommissionen in Kliniken und die Pflichtschulungen von Pflegekräften. Einige Vorschläge – wie die ehrenamtlichen Patientenführer in Kliniken oder der Patientenschutzbeauftragte auf Landesebene – sind bereits umgesetzt. Der Ausschuss-Bericht umfasst 45 Seiten mit rund 20 konkreten Vorschlägen.

Patientenschützer markern Systemfehler an und fordern ein »umfassendes Alarmsystem« für alle Kliniken.

Wissenschaftler forschen nach der Regel hinter der Ausnahme Niels Högel.

Unterdessen sorgt der Fall Niels Högel regelmäßig für neue Überraschungen.

Zum Beispiel, als die Soko »Kardio« bekannt gab, dass H. noch 2008, als er längst zu Gefängnis und Berufsverbot verurteilt war, als Altenpfleger im Pauline-Ahlsdorff-Haus in Wilhelmshaven arbeitete. Warum? Weil das Urteil nicht rechtskräftig war. Und weil Högel viel länger auf freiem Fuß war, als die Öffentlichkeit für möglich gehalten hatte. Nach Beschwerde der Verteidigung war Högels Haftbefehl bereits im September 2005 außer Vollzug gesetzt worden. Erst nachdem das zweite Urteil gegen ihn rechtskräftig geworden war, ging Högel im Mai 2009 als sogenannter Selbstantreter ins Gefängnis. Vorher, so das Landgericht auf Nachfrage, hätten keine Haftgründe vorgelegen.

Für eine andere Überraschung sorgte Högel selbst. Am 8. Januar 2015, Prozessbeobachter hatten eigentlich einen unspektakulären Sitzungstag erwartet, gestand Högel über seinen Gutachter Konstantin Karyofilis rund 30 Patiententötungen und 60 Tötungsversuche. Allesamt in Delmenhorst. An anderen Orten, so auch in Oldenburg, will er keine Taten begangen haben.

Was ändert das? Vorerst nichts. In Ermittlerkreisen ist von einem »taktischen Geständnis« die Rede. »Da fehlen noch 200 Tote«, heißt es.

Am 26. Februar 2015 wird im dritten Högel-Prozess das Urteil gesprochen: Högel muss lebenslänglich ins Gefängnis – wegen zweifachen Mordes, zweifachen Mordversuchs und einem Fall von gefährlicher Körperverletzung. Das Gericht stellte außerdem die »besondere Schwere der Schuld« fest, was eine Entlassung nach 15 Jahren ausschließt.

Die Soko »Kardio« ermittelt weiter. Im Frühjahr 2015 haben die ersten Exhumierungen begonnen. Erst sickern Informationen nur tröpfchenweise durch, später informieren Staatsanwaltschaft und Polizei in regelmäßigen Abständen. Mittlerweile sind die Ermittler fast fertig, zumindest was das Klinikum Delmenhorst betrifft.

Die Polizei hat nach eigenen Angaben bisher 24 weitere mögliche Mordopfer von Högel ausgegraben. In allen Fällen konnten Rückstände des Herzmedikaments Gilurytmal nachgewiesen werden. 84 Gräber von ehemaligen Patienten des Klinikums Delmenhorst wurden bisher auf Friedhöfen in Niedersachsen geöffnet. Bei 77 Fällen liegen die Ergebnisse vor, bei sieben stehen sie noch aus, erklärt Soko-Sprecher Matthias Kutzner. »Wir haben bei den Verdachtsfällen im Klinikum Delmenhorst 181 Krankenakten begutachten lassen.« Auch nach möglichen Högel-Opfern im Klinikum Delmenhorst und im Rettungsdienst wird weiter gesucht. Laut Polizeipräsident Johann Kühme hat die Soko »Kardio« mehr als 500 Notarzt-Einsatzprotokolle überprüft.

Die Beamten gehen davon aus, dass die Ermittlungen noch einige Zeit dauern werden. Anschließend könnte erneut Anklage gegen Niels Högel erhoben werden und ein vierter Prozess beginnen.

Ein vierter Prozess würde am Strafrahen zwar nichts ändern.

Er könnte aber Antworten bringen. Antworten, die Frau M. und Kathrin Lohmann jetzt kennen. Antworten auf Fragen, die sich einige hundert andere Angehörige von ehemaligen Klinikpatienten womöglich noch jeden Tag stellen.

Niels Högel, der in der Justizvollzugsanstalt Oldenburg einsitzt, soll mittlerweile auskunftsbereit sein. Nach *NWZ*-Informationen befindet er sich in intensiven Gesprächen mit den Ermittlungsbehörden.

NWZONLINE.DE

27. Februar 2015

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER ZEITUNGSVERLAG

FLENSBURGER TAGEBLATT

TÄGELICHES TAGESZEITUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN NEUERSTES ZEITUNG FÜR FLENSBURG UND DAS GANZE SCHLESWIG-HOLSTEIN

Meine
Bayfinanzierung
DR. KLEIN

WWW.SHZ.DE

SONNABEND/SONNTAG, 18./19. JULI 2015 - NR. 185 - € 1,80/ DKK 18,00

DR. KLEIN

150 JAHRE
HIER ZU HAUSE
150
FLENSBURGER TAGEBLATT
SBV

Der Unkraut-Roboter
aus He...



Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1979 in Flensburg.

Sina Wilke hat Germanistik, Spanisch und Biologie in Bamberg, Potsdam und Havanna studiert. Nach einem Volontariat beim *Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z)* war sie zunächst vier Jahre lang in der Lokalredaktion Eutin in der Holsteinischen Schweiz tätig, erst als Volontärin, dann als Redakteurin. Seit 2012 schreibt sie für das *SH Journal* des *sh:z* in Flensburg.

SINA WILKE ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Lokales« für ihren Beitrag »Von Mensch zu Mensch«, erschienen am 18. Juli 2015 im *SH Journal* des *Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages*.

Von Mensch zu Mensch

Von Sina Wilke

Kann ein Richter immer gerecht sein? Er kann, glaubt Otto Witt. Er verhandelt seit 30 Jahren Strafsachen am Eutiner Amtsgericht und sagt: »Wir dürfen einen Menschen nicht ausmustern.«

Eutin | Der Angeklagte heißt Aron*, ist 21 Jahre alt und hat ein ehrliches Gesicht. Aber was bedeutet das schon? Er soll ein paar Mal schwarz gefahren sein und jemanden im Streit zu Boden gestoßen haben. Lappalien, einerseits. Andererseits steht Aron nicht zum ersten Mal vor Gericht. Schräg vor ihm sitzt der Mann, der gleich entscheiden wird, wie es für Aron weitergeht. Bekommt er eine Bewährungsstrafe? Eine Geldstrafe? Überhaupt eine Strafe?

Otto Witt (62) ist seit 30 Jahren Amtsrichter in Eutin. Das Amtsgericht ist die erste Instanz der Rechtsprechung: Hier wird alles verhandelt, was nicht schlimm genug ist für das Landgericht, genauer gesagt: Bei dem eine Freiheitsstrafe von weniger als vier Jahren zu erwarten ist. Diebstahl, Betrug, Körperverletzung, Beleidigung, Straßenverkehrsgefährdung, Untreue, Sachbeschädigung, sexuelle Nötigung – ein Querschnitt durch die Kriminalität. Vor dem Amtsgericht landet der Kokainabhängige, der für Tausende Euro Waren im Internet bestellt, ohne sie zu bezahlen. Der Autofahrer, der einen Radler anfährt. Der Jugendliche, der eine Bushaltestelle kaputt tritt. Der Familienvater, der versucht, eine 19-Jährige zu vergewaltigen. Der Alkoholiker, der seine Frau krankenhaushausreif schlägt. Die Rentnerin, die ihre Vermieterin beklaut. Der 16-Jährige, der an seiner Schule Hasch verkauft. Die Frau, die ihrem Bekannten ein Küchenmesser in den Rücken rammt.

Es sind Angeklagte darunter, die wegen eines Fehltritts zum ersten Mal im Gericht sitzen, weil irgendetwas dumm gelaufen ist. Bei den meisten aber ist sehr viel in ihrem Leben dumm gelaufen. Sie sind drogenabhängig oder gewalttätig oder psychisch krank oder alles zusammen. Es sind Verlierer der Gesellschaft, Abgehängte. Meistens kommen sie wieder.

Wie geht das, über diese Menschen zu urteilen? Was tut ein Richter mit der Macht, die er hat? Wie geht er damit um, dass er das Leben von Menschen mit seinem Urteil ändern kann? Und wenn Zweifel bleiben?

Otto Witt sitzt in seinem Büro im dritten Stock des Amtsgerichts und trinkt eine Tasse Kaffee. Hier oben habe er Ruhe, sagt er. Durch das Fenster sieht man die Kreisverwaltung und das Polizeigebäude, nicht weit von hier liegt der

* Name von der Redaktion geändert

beschauliche Große Eutiner See. Witt hat seiner Frau Bescheid gesagt, dass er heute später zum Mittagessen kommt, er hat jetzt also Zeit, darüber zu sprechen, wie es denn so ist als Richter. »Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass ich Menschen mag«, sagt er. Sein tägliches Brot sind Schläger, Vergewaltiger, Diebe, Betrüger. Und das Erste, was ihm dazu einfällt, ist, dass er Menschen mag?

Wer als Beobachter im Gericht neu ist, ist zu Anfang möglicherweise ein Stück weit naiv. Da sitzt der Angeklagte und gesteht reuevoll und sagt, er wisse selbst nicht, was in ihn gefahren sei, und er mache jetzt eine Lehre und wolle sein Leben ändern und alles besser machen. Und man denkt, ja, dem tut das leid, toll, dass er jetzt eine Ausbildung macht, das wird schon. Und dann, am Ende, verliert der Richter die Vorstrafen des Angeklagten, und es sind viele, und man begreift, dass er jedes Mal Reue gezeigt hat, jedes Mal neu anfangen wollte, und am Ende doch immer wieder hier im Gerichtssaal landete. Macht das nicht schrecklich wütend?

Otto Witt lächelt. Er erzählt, dass er unlängst einen Angeklagten mit den Worten begrüßte: »Wissen Sie was, ich krieg schon so einen Hals, wenn ich Ihre Akte wieder sehe!« Und manchmal sagt er: »Jetzt reicht es wirklich! Sie gehören in den Knast.« Aber das sind Ausnahmen. Und man merkt schnell, dass Witt diese Momente gar nicht so wichtig findet; er redet lieber darüber, dass man als Richter offen bleiben muss.

Wenn er Juristen ausbildet, rät er ihnen, sich vor einer Verhandlung nicht so viele Gedanken zu machen über das Strafmaß oder den möglichen Ausgang des Prozesses. So vermeide man, voreingenommen zu sein. »Es kann nicht sein, dass man dem Angeklagten weniger glaubt, nur weil er der Angeklagte ist.«

Aron erzählt, dass er schwarz gefahren ist, weil er sich die Zugfahrten zum Fußballtraining nicht leisten konnte. Er erzählt, dass er in einer Disco eine Frau mit der Taschenlampenfunktion seines Handys geblendet hat. Darüber geriet er in Streit mit deren Begleiter; die beiden Männer bewarfen sich mit Eiswürfeln. »Das hört sich ein bisschen wie Kindergarten an, oder nicht?«, sagt Otto Witt. Er fragt den Angeklagten, warum er das getan hat.

»Wollten Sie provozieren?«

»Das war eigentlich nur ein Spaß ...«

»Möchten Sie, dass jemand Sie anblendet?«

»Nee ...«

»Wenn Sie das so erzählen und in Ruhe darüber nachdenken – was halten Sie davon?«

Der Angeklagte nuschelt etwas, das sich anhört wie »unnötig«.

»Schwachsinn, oder?«, fragt Otto Witt.

Der Angeklagte nickt. Als Otto Witt noch Referendar war, hat der Amtsgerichtspräsident ihm gesagt, er solle gefälligst seine Robe schließen. Witt hat das damals nicht interessiert und tut es bis heute nicht. Er betritt auch nicht in Robe den Verhandlungssaal; sie hängt dort über seinem Stuhl. Das Erste, was Otto Witt sagt, wenn er den Saal betritt und die Leute wie üblich aufstehen, ist: »Bleiben Sie sitzen.« Otto Witt ist kein Mann der Konventionen – aber er strahlt eine große Sicherheit und natürliche Autorität aus.

Der Richter stammt von einem Bauernhof aus einem Dorf bei Eutin. Als Kind träumte er davon Förster zu werden. Aber weil die Berufsaussichten damals schlecht waren, studierte er Jura. Es gefiel ihm, er wollte Anwalt werden. »Doch vom Naturell her bin ich Waage«, sagt er heute. Mit 26 wurde er Richter, arbeitete an den Amtsgerichten in Lübeck, Bad Oldesloe und Reinbek, bevor er nach Eutin kam. Seit 1985 ist er hier für Strafsachen zuständig, »ich habe es immer gern gemacht.« Heute wohnt er in einem Dorf nicht weit von seinem Elternhaus. Er ist Vorsitzender der Kreisjägerschaft und einer Stiftung, war lange Dorfvorsteher und im Kirchenvorstand. Mit seiner Frau bewirtschaftet er nebenbei einen Hof mit ökologischem Ackerbau.

Er ist Richter, aber er ist auch Bauer. Seine Freunde sind Landwirte, keine Juristen. Im Gerichtssaal merkt man ihm das an. Er spricht nicht von einem hohen Amt herab, ja, nicht einmal von einer höheren moralischen Warte aus. Er spricht von Mensch zu Mensch, und er spricht so, dass jeder ihn versteht. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Es kommt bei Gericht vor, dass eine Verhandlung am Angeklagten vorbeiläuft, weil sich erst am Ende herausstellt, dass er einen zentralen Punkt schlicht nicht verstanden hat. Immer wieder nutzen Juristen Ausdrücke, die Angeklagte oder Zeugen nicht verstehen. Sie sprechen dann von einer angemessenen Sanktionierung oder davon, dass das Gericht auf etwas abhebt. Das muss kein böser Wille sein, so etwas passiert auch in anderen Berufen. Otto Witt passiert es nicht.

Aber es ist nicht nur die Sprache. Wenn ein Handwerker sich mit seinem Auftraggeber wegen eines Flachdachs streitet, weiß Witt, wie man eines saniert,

welches Material man dafür braucht und wie teuer das ist. Wenn ein Autofahrer betrunken einen Unfall gebaut hat, dann weiß Witt, wo die Straße ist, wo sie einen Knick macht und von wo man sie ganz sicher nicht einsehen kann. Jemanden zu belügen, der sich nicht nur in den Höhen der Juristerei, sondern auch in den Niederungen des Alltags auskennt, ist nicht ganz leicht.

Der Angeklagte gesteht. Witt sagt: »Sie können es ja jetzt nicht mehr ändern.« Das ist ein typischer Otto-Witt-Satz. Sie können es nicht mehr ändern meint: Hier stehen wir jetzt, und urteilen über Ihre Vergangenheit, aber darüber vergessen wir nicht Ihre Zukunft, und da gehen wir vom Besten aus.

Otto Witt hat den Ruf, ein milder Richter zu sein. Er sei »kein Hardliner«, nennt es Witt selbst. Nicht alle sind damit glücklich. Manche Polizisten murren. Jüngst warf ihm ein Leserbriefschreiber in der Lokalzeitung »Kuschelurteile« vor. Wer mit Leuten über Rechtsurteile spricht oder Kommentare in Zeitungen und sozialen Netzwerken zum Thema liest, gewinnt den Eindruck, dass sehr viele Menschen der Meinung sind, Straftäter, insbesondere jugendliche, gehörten härter bestraft. Otto Witt findet das nicht.

»Ich versuche zu vermeiden, den Menschen den Teppich unter den Füßen wegzuziehen. Wenn es irgendwie vertretbar ist, gebe ich dem Angeklagten eine Möglichkeit«, sagt er. »Wir dürfen einen Menschen nicht ausmustern. Wir müssen ihm immer wieder neu begegnen, ihm immer wieder neue Chancen geben.« Den Jugendlichen sowieso. »Beim Jugendgerichtsgesetz geht es um Erziehung. Schuld und Sühne haben da nichts zu suchen.« Aber auch den Erwachsenen. »Wenn jemand mit 50 vor seinem verkorksten Leben steht, ist es menschlich nachzuvollziehen, dass er Mist baut.« Manchmal, wenn er mit Bekannten über Straftäter spricht und merkt, dass sie kein Verständnis zeigen, sagt er zu ihnen: »Von den Problemen, die die haben, habt ihr keine Ahnung.«

Aron ist mit 13 von zu Hause ausgezogen. Er war in mehreren Pflegefamilien, in mehreren Heimen, er war obdachlos. Witt fragt jetzt nach den Eltern des Angeklagten, zu denen der keinen Kontakt mehr hat. »Warum ist das Verhältnis so gestört? Sie müssen darauf nicht antworten.«

»Es ist viel passiert. Viel Schlechtes«, sagt Aron. Otto Witt bohrt nicht nach. »Wenn man Richter ist, muss man demütig sein können«, sagt Witt. Er spricht häufiger von Demut. Demut ist nicht unbedingt das Erste, was einem zu einem Richter einfällt. Dabei ist Demut eigentlich naheliegend. »Man sollte sich im-

mer wieder vor Augen führen, dass nicht jeder so gut aufwachsen konnte wie man selbst. Man sollte jeden Tag dankbar sein und nicht arrogant«, sagt der Richter.

Einmal habe ihm ein Freund gesagt, früher habe man nicht viel gehabt und trotzdem nicht geklaut. Otto Witt schüttelt den Kopf. Die heutige Jugend sei nicht besser oder schlechter als früher, glaubt er. Sie hat nur andere Probleme. Das wäre schon für einen 30-Jährigen eine ungewöhnliche Aussage. Für einen 62-Jährigen ist sie bemerkenswert.

Kürzlich verurteilte Witt einen 22-Jährigen zu einer Bewährungsstrafe, der im vergangenen Sommer einen Spaziergänger aus heiterem Himmel völlig grundlos brutal zusammengeschlagen hatte. Das 62-jährige Opfer und seine Frau, die den Angriff mit ansah, berichteten im Gericht, dass sie immer noch Angst hätten, abends spazieren zu gehen. »Das berührt mich schon«, sagt Otto Witt. Dennoch glaubt er, dass sein Urteil richtig war. »Wenn man mit einem gewissen Langmut urteilt, gelingt es zum Schluss in ganz vielen Fällen, dass die Täter es einsehen und ihre Chance nutzen«, sagt Witt.

»Das hätten Sie wohl nicht gedacht, dass ich noch die Kurve krieg, was?«, begrüßte ihn mal ein Mann, der einst vor Witt auf der Anklagebank gesessen hatte. Er war mit 5,7 Promille Auto gefahren, hatte Brennspritus getrunken, und sein Urin tropfte durch den Fußboden in die Wohnung unter ihm. »Ich hätte wirklich nicht gedacht, dass er es schafft«, sagt Witt. Doch da stand der Mann nun vor ihm, hatte einen Entzug gemacht und sah gut aus.

Ein milder Richter? Ein gerechter Richter, sagt Otto Witt. Dann sagt er einen Satz, den man kaum glauben kann: »Ich glaube, dass ich in 35 Jahren nicht einen Menschen zu Unrecht verurteilt habe.« Das bedeute nicht, dass nicht auch andere Urteile hätten richtig sein können. Gerechtigkeit ist das oberste Ziel des Rechts. Aber absolut kann sie nicht sein, wo sie von Menschen definiert wird. »Jeder hat einen eigenen Maßstab von Gerechtigkeit«, sagt Witt. Seiner orientiert sich mehr am tatsächlichen als am rechtlichen Bild: Wenn er überzeugt ist, dass jemand betrunken gefahren ist, es aber nur Indizien gibt, versucht er rechtlich alles auszuschöpfen, um ihn zu verurteilen – auch wenn es juristisch leichter wäre, es nicht zu tun. »Die Überzeugung ist mir wichtiger als der hohe rechtliche Maßstab«, sagt Witt. »Und damit bin ich Richter: Subjektiv empfundene Gerechtigkeit unter Berücksichtigung der Gesetze.«

Seine Vorstellung von Gerechtigkeit hat sich dabei in all den Jahren ebenso wenig verändert wie sein Menschenbild, sagt Witt. Er urteile heute nicht anders als früher – nur schneller. »Ich erkenne Sachverhalte rascher, und die Entscheidungsfindung ist einfacher. Man entwickelt ein Gespür dafür, wo man strafmäßig landet.« Im Gericht merkt man ihm das an: Witt ist zielgerichtet und klar, er mag es nicht, wenn die Dinge sich im Kreis drehen, und wenn sich eine Antwort wiederholt, bügelt er sie ab: »Ja, ich habe verstanden, ja.« Die Entscheidung reift in ihm während der Verhandlung. »Wenn ich eine Viertelstunde länger darüber nachdenke, kommt auch nichts anderes dabei heraus«, sagt er. Wenn keine Schöffen dabei sind, fällt Witt sogenannte Stuhl-Urteile. Nach den Plädoyers zieht er sich nicht zurück, sondern steht auf und urteilt.

Der Angeklagte muss 20 Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten. Das gelte nicht als Vorstrafe, betont Witt. »Aber wenn Sie die nicht erfüllen, kann ich Sie einsperren.« Zum Abschluss sagt er: »Machen Sie so etwas einfach nicht wieder.« Der Angeklagte nickt. Er wirkt, als ob er es so meint – aber was bedeutet das schon?

Später in seinem Büro erzählt Witt, wie er mal am Barkauer See jagte. Er saß auf einem Hochsitz, als ein Hirsch auf 50 Meter herankam – für einen Jäger ist das sehr dicht. Doch dann stand der Hirsch da, bewegungslos, und die rote Abendsonne schien direkt zwischen seinen Schaufeln hindurch. »Da kommt doch keiner auf die Idee, irgendetwas zu schießen«, sagt Witt. Es ist wahrscheinlich nicht die schlechteste Eigenschaft für einen Richter, mit seiner Macht bedächtig umzugehen.

Otto Witt wird im September 63, er könnte dann aufhören. »Ich will aber nicht. Es bringt mir immer noch Spaß. Ich bin Amtsrichter durch und durch.« Er sagt nicht Richter, sondern Amtsrichter. Die Freiheit eines Amtsrichters ist, weil er meist allein urteilt, groß; größer als an anderen Gerichten. Die Freiheit, und damit das Risiko danebenzuliegen. Otto Witt genießt die Freiheit; das Risiko bedrückt ihn nicht. Als Amtsrichter hat Witt auch nicht nur die Bösewichte, sondern ebenso die kleinen Fische. Wahrscheinlich ist er hier am dichtesten dran an den Leuten.

Die Verhandlungen sind für heute zu Ende. Der letzte Angeklagte und die Zeugen sind gegangen. Sie haben von Gewalt und Lügen berichtet, haben sich gegenseitig beschuldigt und sich selbst widersprochen, haben Reue gezeigt und Bes-

serung gelobt. Vielleicht sehen sie den Verhandlungssaal nie wieder. Vielleicht sitzen sie in ein paar Monaten wieder hier. Otto Witt zieht seine Robe aus und hängt sie über den Richterstuhl. »Das Leben ist eigentlich schön«, sagt er zum Staatsanwalt, der seine Sachen zusammenpackt. »Das Leben ist auch so bunt.«

SH JOURNAL,
Nr. 29 vom 18. Juli 2015

Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1970 in Hamburg.

Wolfgang Bauer ist im äußersten Norden und Süden Deutschlands aufgewachsen. Bundeswehr, Zeitsoldat, Kriegsdienstverweigerung. Abitur auf dem Abendgymnasium, währenddessen Fremdenführer, Postbote, Müllsortierer. Viel an der Universität Tübingen studiert, Islamwissenschaft, später Geographie und Geschichte, alles jedoch abgebrochen. Seit 1994 als freier Journalist tätig. Das Schreiben gelernt beim *Schwäbischen Tagblatt* (Tübingen). Seit 2011 ressortunabhängiger Reporter bei *DIE ZEIT*. Wohnt in Reutlingen. Autor von »Über das Meer. Mit Syrern auf der Flucht«, Suhrkamp, 2014, und »Die geraubten Mädchen. Boko Haram und der Terror im Herzen Afrikas«, Suhrkamp, 2016.

WOLFGANG BAUER ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Reportage« für seinen Beitrag »Einer geht rein«, erschienen am 12. November 2015 im *Zeit Magazin*.

Einer geht rein

Von Wolfgang Bauer

Vor ihm liegen sechs Jahre Gefängnis, hinter ihm kein rechtschaffenes Leben. Und dazwischen?

Die letzten Meter, so hat er beschlossen, geht er zu Fuß. Einen Fuß vor den anderen setzt er auf den grobkörnigen Asphalt. Das Einfachste der Welt, doch heute kommt er immer wieder aus dem Tritt, stockt, strauchelt fast, als hätten es seine Beine plötzlich vergessen: die ewig gleiche Abfolge des Laufens.

In der rechten Hand hält er einen Gitarrenkoffer, an der linken den dreijährigen Sohn. »Papa«, fragt der, »wohin gehen wir?«

Nur 500 Meter ist Georg Langenbeck vorangekommen, seit sie vor einer Viertelstunde aus der S-Bahn stiegen. Knapp vier Kilometer hat er noch vor sich. Er setzt den Gitarrenkoffer ab, hockt sich auf den Grünstreifen. Schließt die Augen. Ein großer, hagerer Mann auf einer langen Seitenstraße im Osten Hamburgs. Die grau werdenden Haare zu einem Zopf gebündelt, die Wangen ausgemergelt. Wie ein Rockmusiker aus den siebziger Jahren wirkt Georg Langenbeck, wie einer, dessen Ruhm schon lange verblasst ist. Langenbeck zwingt sich wieder auf die Beine. Schweiß rinnt ihm in den Nacken. Er sammelt sich für einen Moment. In einigem Abstand folgt ihm seine Frau Katja, die einen Kinderwagen schiebt. Darin liegt Felix, zwölf Monate alt.

Langenbeck setzt neu an, bewegt erst das eine Bein, dann das andere. Er zittert. »Scheiße«, sagt er, »ich schaff das nicht.«

Das Ende dieses Weges markiert das Ende seines Lebens, wie es bisher war. Georg Langenbeck* muss für sechs Jahre ins Gefängnis. In die Justizvollzugsanstalt Billwerder. In der Kunstledertasche unten im Kinderwagen steckt die »Ladung zum Strafantritt«. Die Frist, sich selbst zu stellen, endet an diesem Tag im Spätherbst 2014, ein Montag, 17 Uhr. Die Rolex an Langenbecks Handgelenk zeigt: 16.45 Uhr.

Die Freiheitsstrafe ist die härteste aller Strafen, die dem Staat in Deutschland zur Verfügung steht. Das Gefängnis ist das Regulativ unserer Gesellschaft. Seine Abschaffung gilt als Utopie. Das wichtigste Prinzip des Gefängnisses ist die Isolation. Es nimmt dem Gefangenen das Außen, denn er soll sich auf das Innen konzentrieren. Verbrechen und Sühne, Fehler und Korrektur. Das Gefängnis löste Schmerz und Verstümmelung als davor gängige Bestrafungsmethoden ab. Das Gefängnis der Moderne, das im Industriezeitalter erfunden und seither

* alle Namen geändert

immer weiterentwickelt wurde, ist ein ausgetüfteltes System zur Verabreichung von Strafe.

Der Staat schlägt dem Verurteilten nicht mehr die Glieder ab, er raubt ihm die Zeit. Die Jahre, die Monate, die Tage. Das Räderwerk der Haftanstalt misst bis auf die Stunde genau. Den Menschen, den der Staat nicht mehr kontrollieren konnte, zwingt der Staat in seine Kontrolle zurück. In der Haft hat er fast völlige Verfügungsgewalt über ihn. Er entscheidet, wann der Gefangene aufsteht, was er anziehen, wie oft er sich duschen darf, was und wann er isst. Der Staat zerlegt im Gefängnis die Zeit des Insassen in kleine und kleinste Einheiten und bestimmt exakt, was innerhalb dieser Zeiteinheiten passiert. Das Gefängnis ist eine Machtdemonstration. Mit ihm entledigt sich die Gesellschaft derer, die ihr schaden. Es schützt die Welt draußen vor der Welt drinnen.

Ein Gefängnis ist keine Besserungsanstalt, es bessert nicht. Das gestehen die meisten Experten ein. Trotzdem hält die Gesellschaft an ihm fest – weil ihr nichts Besseres einfällt.

Zehn Monate bevor Georg Langenbeck den Gang ins Gefängnis antritt, sitzt er zu Hause beim Frühstück. »Sollen wir abhauen?« Katja bleibt stumm. Langenbeck pellet das gekochte Ei, sie schmiert das Brötchen. Den Küchentisch vor ihnen bedeckt eine Gemengelage aus Katjas Arbeitsmaterialien, sie ist freie Werbetexterin: Laptop, Notizbücher. Dazwischen Langenbecks Merkzettel, Langenbecks Gerichtsunterlagen, volle und leere Tabakbeutel. Die Wohnung ist für vier Personen eigentlich viel zu klein. Das Bad ist winzig, das Schlafzimmer wird von der Matratze fast vollständig ausgefüllt. Beide Kinder schlafen bei ihren Eltern. Kaum ist der Boden geputzt, ist er schon wieder klebrig. Leon ist an diesem Morgen im Kindergarten. Felix, zu dieser Zeit gerade zwei Monate alt, schlummert in der Elektrowiege im Türrahmen zum Schlafzimmer. »Abhauen?« Katja schaut zu Langenbeck auf, lächelt unsicher. »Das wäre geil, oder?«

»Nach Uruguay vielleicht«, sagt er. Sie wissen, wie unrealistisch dieser Gedanke ist. Eine Woche zuvor ist Langenbeck von einem Hamburger Gericht wegen mehrfachen Betruges zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Vier Jahre, sagt ihm sein Anwalt, wird er davon absitzen müssen. Wie Tausende andere in Deutschland kommt er nach seinem Urteil nicht sofort in Haft. Die Richter sehen keine Fluchtgefahr. Langenbecks Verteidiger einigt sich mit der Staatsanwaltschaft, und ihm wird eine Frist gewährt. Damit er und seine Familie sich auf

die Haft vorbereiten können. Langenbeck bleibt es erspart, aus dem Gerichtssaal in Handschellen abgeführt zu werden. Er wird zum Selbststeller. Wann er ins Gefängnis muss, wird ihm in den nächsten Wochen von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt.

Bis dahin hat er Zeit, sein Leben zu ordnen. Abschied zu nehmen von Menschen, die ihm wichtig sind. Dinge geradezurücken. Nach der Abbüßung seiner Haftstrafe werden sie nicht mehr dieselben sein, er, Katja, auch nicht die Kinder. Sein geliebtes Viertel in Hamburg. Leon wird auf die Schule gehen, Felix ebenso. Eine Gefängnisstrafe ist wie ein kleiner Tod. Die wenigsten Menschen wissen, wann sie aus dem Leben gerissen werden. Langenbeck jedoch weiß es. Eine Gnade dieser Aufschiebung, dachten die Richter. Aber Langenbeck merkt rasch, wie diese Gnade bald zu einer zusätzlichen Strafe wird.

»Holst du Leon ab?«, fragt Katja, die vom Frühstückstisch aufgestanden ist. Sie stapelt Teller in der Spüle. Langenbeck raucht am offenen Fenster, sieht hinaus in den Innenhof, in dem tagsüber die türkische Familie grillt und abends die arabischen Jungs bolzen. Jeden von ihnen hat er aufwachsen sehen. »Hey, Langer!«, rufen sie ihm zu. So lange wohnt er jetzt schon in diesem Haus. Ein roter Klinkerbau aus den Fünfzigern mitten in Hamburg. Auf drei Etagen kleine Apartments zu günstigen Mieten. Vieles ist gammelig, die Briefkästen sind verbeult. Doch Langenbeck liebt dieses Haus. Es ist der Ankerpunkt in seinem Leben, das nicht viele Ankerpunkte hat. Viele zogen weg, in bessere Gegenden. Langenbeck blieb.

Wie viel Zeit er noch habe, fragte er seinen Anwalt nach dem Urteilsspruch. »Wochen, vielleicht wenige Monate«, hatte der gesagt.

Georg Langenbeck hat sich mächtig verkalkuliert. Alle Pläne, alle Überlegungen, die ihm so clever erschienen, münden nun in diesen Moment der Niederlage. »Lerne etwas«, hatte ihm sein Vater gesagt, ein Ingenieur. Der Vater hat es zu Wohlstand gebracht, doch Langenbeck? Er fand, er sei klüger als alle anderen, die langweilige Studienfächer studierten und jeden Morgen stumpfsinnig ins Büro gehen. Langenbeck brach das Gymnasium ohne Abschluss ab, heuerte als Hilfsferzieher in einem Jugendheim an, sah sich als Künstler, spielte in Rockbands, die immer wieder auseinanderfielen. Er bekam zwei Söhne mit seiner ersten Frau, Katjas Vorgängerin. Er musste endlich Geld machen, wusste nicht, wie. Lernete dann Leute kennen, die waren witzig, die mochten ihn. Und

sie boten ihm die Lösung: Börsenbetrug. Langenbeck lernte, wie er am Telefon Aktien verkaufen konnte, die es nicht gab. Und Langenbeck war darin so gut wie kaum ein anderer. Die Familie zog mit der Bande sogar für einige Zeit in die USA. Zum Schein führten sie ihre Anleger aus Deutschland in ein Büro im World Trade Center in New York, das sie stundenweise anmieteten und Besuchern gegenüber als ihren Firmensitz ausgaben.

Sie rauchten viel, sofften viel, rasten im pinkfarbenen Cadillac über die Highways. Sie gaben das Geld aus, wie es hereinkam. Goldene Jahre, sagt Langenbeck. Doch dann zerbrach seine Ehe, und der Chef der Bande wurde verhaftet. Wieder in Deutschland, versuchte sich Langenbeck als Türsteher, als Verkäufer von Motorsägen. Dann schloss er sich wieder einer Bande von Anlagebetrügern an. Sie richteten eine Webseite mit scheinbar verlockenden Angeboten für Anleger ein. Seine Freunde waren wieder für die Technik zuständig, Langenbeck war der Verkäufer am Telefon.

Sie sammelten Anlegerkapital, das sie nirgends anlegten, und raubten 3,2 Millionen Euro. So steht es im Urteil. Das Geld, das ihnen ihre Kunden überwiesen, stammte häufig aus un versteuertem Schwarzgeld. Die idealen Opfer, die den Betrug niemals anzeigen würden, so dachte Langenbeck. Weil sie selbst betrogen hatten. Doch jemand erstattete anonym Anzeige, und einer der Bande packte aus, eine Fangschaltung der Polizei ließ sie vollends auffliegen. Von allen Bandenmitgliedern hat Langenbeck die höchste Strafe erhalten, weil er die höchste Geldsumme am Telefon ergaunerte, fast eine Million Euro.

»Ich hole mir eine Million, und dann Tschüss«, so war sein Plan gewesen. Als Robin Hood sieht er sich bis heute, als Rächer der Mittellosen, der denen nahm, die zu viel hatten, und es denen gab, die zu wenig hatten. Seinen Kindern und sich selbst. Vor Gericht hat er den reuigen Sünder gespielt, doch tatsächlich bereut er nichts. Er bedauert, dass der Beutezug schiefging, dass er zu gierig war. Doch die Tat selbst? In ihr kann er nichts Unmoralisches erkennen. Kurz nach seiner Verurteilung sagt er am Küchentisch: »Ich fühle mich nicht als Verbrecher. Mich muss man nicht einsperren.« Langenbeck sieht sich als Spieler, der das Pech hatte, das Spiel zu verlieren.

Im Kindergarten, wo er an diesem Tag seinen Sohn abholen will, springt ihm sein Junge mit Wucht in die Arme. Nichts liebt der Dreijährige so sehr, wie auf den Schultern seines großen Vaters getragen zu werden, Leon, strahlender

König der Kinder. »Wie war es heute?«, fragt Langenbeck, und sein Sohn erzählt. Von dem Birnenkuchen, dem Feuerwehrauto, dem Drachen, von vielem mehr. Aber Langenbecks Gedanken sind längst woanders. »Wie soll ich es nur dem Kleinen sagen?«, fragt er später seine Frau.

Er weiß, dass er die Haftstrafe nicht verschweigen kann, aber weiß nicht, wie er es allen beibringen soll. Seinem Vater, der ihm seit Langem vorwirft, ein Versager zu sein, seinen zwei halbwüchsigen Söhnen aus erster Ehe, die zu ihm aufschauen, selbst dem türkischen Gemüsehändler an der Ecke, zu dem er viermal täglich geht, um ihm die Finanzwelt zu erklären. Auch der Bedienung im »Aroma«, mit der er flirtet, dem Schauspieler, mit dem er Fußballländerspiele anschaut, Hannes, dem Kumpel aus Jugendtagen, den Menschen im Viertel, die ihn lieben, und denen, die ihn hassen.

Katja, die mit den beiden Kindern bald allein sein wird, sitzt die meiste Zeit des Tages am Küchentisch. Vor sich den silbernen Laptop, das Gesicht weit vor den Bildschirm geschoben.

»Das weiß ich auch noch nicht, wie wir ihm das erklären«, sagt sie. Katja hat in Indien Sanskrit studiert, bevor sie den 19 Jahre älteren Langenbeck traf, sie wollte die große Welt, nur diese Küche ist ihr jetzt geblieben. In ihr verbringt sie nun die meiste Zeit. Sie rauche zu viel, wirft ihr Langenbeck vor. Kiffe sich die Welt schön, lasse sich treiben. Katja wirft Langenbeck genau das Gleiche vor. Leon liegt im Wohnzimmer vorm Fernseher. Katja redet bisher immer nur von dem »Haus«, in das Papa bald gehen müsse. Für den nächsten Tag haben sie einen Termin bei der Kinderpsychologin ausgemacht. »Vielleicht sollten wir ihm sagen, ich bin ein Pirat«, überlegt Langenbeck, der Katja am Küchentisch gegenüber sitzt. Piraten sind cool, etwas böse, aber nicht richtig und werden manchmal eingesperrt. »Die Piraten-Masche«, sagt Katja. »Ja, das ist eine gute Idee.«

Langenbeck und Katja sind seit vier Jahren ein Paar, auf den ersten Blick ein ungleiches. Er groß, 50 Jahre alt, sie klein, zierlich, Anfang 30. Er hat sich so durchs Leben gehangelt, ohne Ausbildung. Sie hat ihm vertraut, seinem Plan vertraut, einmal zu zocken, um für immer zu gewinnen. Sie hat ihn machen lassen, sei selbst zu beschäftigt gewesen, mit den Kindern, mit dem Job, mit der Liebe zu ihm. Sie war naiv, mindestens. Jetzt macht sie sich Vorwürfe, dass sie ihn nicht gestoppt hat.

Auch Leon spürt, dass die Dinge nicht in Ordnung sind. Er beginnt zu beißen, er beißt Langenbeck ins Bein, die Mutter in die Brust, beißt und beißt. Es ist, als spüre der Junge, dass er bald vom Vater nicht mehr viel hat. »Du machst mich fertig!«, brüllt Langenbeck jetzt oft durch die kleine Wohnung.

»Du lässt dich von ihm ausnutzen«, hält Katjas Schwester ihr vor, die Schwester, die so ganz anders ist, die ein bürgerliches Leben führt, als Bankangestellte, in einem Reihenhaus wohnt. »Georg hat noch nie etwas auf die Reihe gebracht in seinem Leben.« Katja solle sich von ihm trennen. Den Kindern zuliebe, sich selbst zuliebe. Doch Katja will sich nicht trennen.

Kurz nach dem Urteil bittet sie ihn, sie zu heiraten.

Ein letztes großes Fest. So bald wie möglich. Ein Aufbäumen ihrer Liebe. Noch einmal ein klein wenig Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen, das bald andere kontrollieren. Katja stürzt sich in die Planungen und ertappt sich dabei, dass sie oft vergisst, wie begrenzt die gemeinsame Zukunft ist.

Das Gefängnis, in dem Langenbeck seine Haftstrafe verbüßen soll, die Justizvollzugsanstalt Billwerder, liegt nur elf Kilometer von ihrem Viertel entfernt. Größter Knast Hamburgs, mit 800 Zellen. Sieben Vollzugsabteilungen. Silbergraue Fassaden. Im sumpfigen Marschland gelegen, 20 Hektar groß. Das Gefängnis ist von hohen Zäunen umgeben, einem Wassergraben und einer Betonmauer, die so hoch ist, dass man die Gebäude dahinter nicht sehen kann. Die Zellenblöcke sind um zwei Höfe gruppiert. Es ist eine Haftanstalt modernen Typs, gebaut in den neunziger Jahren. In letzter Zeit ist Billwerder häufig in den Schlagzeilen, weil die Gewaltdelikte unter Gefangenen stark zunehmen. »Was ist nur hinter Gittern los?«, titelt die Hamburger Lokalpresse. »Freaks sind da drin. Es wird viel schlimmer sein, als du denkst«, sagt der Anwalt zu Langenbeck.

Die ersten Tage nach dem Urteil hat Langenbeck in großer Lethargie verbracht, doch nun kriecht die Angst in ihm hoch, er beginnt zu kämpfen. Legt Einspruch ein, engagiert zwei Anwälte, die das Urteil anfechten sollen. Langenbeck hofft nicht darauf, die Strafe ganz erlassen zu bekommen. Er kämpft darum, den Termin des Strafantritts hinauszuzögern, in ein paar Wochen die Hochzeit in Freiheit feiern zu können, Weihnachten mit seiner Familie, vielleicht sogar den Winter noch draußen zu erleben, den nächsten Frühling gar?

Von allen letzten Besuchen fällt ihm der Besuch beim Vater am schwersten. Er geht allein, einen Monat nach dem Urteil, nimmt nur Leon mit, setzt ihn auf

den Rollkoffer, mit dem er über Kopfsteinpflaster zum Hauptbahnhof rumpelt. Das Urteil des Vaters fürchtet der 50-Jährige mehr als das Urteil des Gerichts. Bisher fiel es in Langenbecks Leben immer nur vernichtend aus. Langenbecks Vater: souverän, streng, 76 Jahre alt, ein pensionierter Maschinenbauingenieur, wohlhabend. Einer, der weiß, dass er das Leben gemeistert hat. »Ich habe für ihn auf ganzer Linie versagt. Ich bin nichts. Ich habe nichts.«

Er hat im Rollkoffer sechs beste Kalbskoteletts verstaut, diverse Gewürze, einen Salat, Zutaten für das Essen, das er dem Vater zu dessen Geburtstag schenken will. Seit dem Tod von Langenbecks Mutter lebt der Vater allein in einer großen Villa bei Oldenburg. 65 Rhododendronsorten wachsen im Garten, die noch die Mutter pflanzte. Auf dem Dachboden liegt das Cowboykostüm, das Langenbeck zum Fasching trug. Als seine Betrügereien aufgefliegen waren, durchsuchte die Polizei auch das Grundstück seines Vaters, durchstöberte dessen Bankschließfächer. Eine große Demütigung für den alten Herrn. Auf der Zugfahrt bereitet sich Langenbeck auf alles vor, auch darauf, mit Leon sofort wieder abzureisen.

Er bleibt drei Tage. Sein Vater und er reden nicht viel. Sie sitzen in der Küche und rauchen. Einige Bekannte des Vaters, die gelegentlich vorbeischaun, dürfen es wissen, andere nicht. Aus Scham. Das Essen, sagt Langenbeck hinterher erleichtert, ist ihm richtig gut gelungen. Er wandert mit Leon viel durch den Wald, der ans Haus angrenzt, den Wald, in dem er in seinem Leben zum ersten Mal spürte, was Freiheit ist. Wo er als Kind toben konnte, schreien, so laut er wollte. Er möchte zu dem Ort, wo er mit Freunden ein geheimes Lager gebaut hatte, doch Leon quengelt, ist faul, schimpft Langenbeck, will immerzu getragen werden. Dann sitzt er wieder mit dem Vater in der Küche. Spürt dessen Verletztheit. Wie fragil der Frieden zwischen ihnen ist. Er hat Angst, dass der Streit wieder über ihn hereinbricht, die Vorwürfe – dass die ganze Verachtung des Vaters durchschimmert. Langenbeck sagt, er hat nicht die Kraft, sich mit dem Vater auseinanderzusetzen. Und der Vater verweigert ihm allen Trost. Gibt kein Zeichen zum offenen Gespräch. Die Einladung zur Hochzeit schlägt er aus. Der Hund könne nicht allein bleiben. Vater und Sohn lassen die Gelegenheit zu einer Aussprache ungenutzt, die vielleicht ihre letzte gewesen ist.

Die Staatsanwaltschaft lässt weiter nichts von sich hören. Jeden Morgen erwacht Langenbeck mit dem Gefühl, die Ladung zum Haftantritt im Briefkasten zu haben. Alle anderen seiner Bande mussten ihre Strafe bereits antreten. Im-

mer häufiger ertappt sich Langenbeck dabei, in Gedanken schon in Haft zu sein. Die Gewalt im Knast mache ihm keine Sorgen, sagt er, er werde sich schon körperlich durchsetzen können. Er hat Angst vor der Zelle, der Enge. Wie wird es sein, Katja mit den Kindern überfordert da draußen zu wissen, nur wenige Kilometer von ihm, und er selbst den ganzen Tag zum Nichtstun verurteilt?

Nur einmal im Monat wird ihn die Familie besuchen können.

Noch wissen sie in der JVA Billwerder nichts von ihm. Aber bereits jetzt ist bis ins Detail festgelegt, was mit ihm geschehen wird. Die Freiheit wird dem Verurteilten, der erstmals durch das Gefängnistor tritt, stufenweise genommen. Über mehrere Stationen durchläuft er ein Ritual der Verwandlung.

Durch dickes Panzerglas sehen die Wachmänner der Pforte die Neuankömmlinge, wie sie durchs Tor treten, junge Männer vor allem, nervös, bis zum Kreislaufversagen angespannt, viele von ihnen betrunken, weil sie die letzte Nacht in Freiheit durchgesoffen haben. Sie tragen ihr Gepäck in den Hof vor der Glaskuppel, in der die Beamten in ihren Uniformen sitzen. Einige der Neuen weinen. Manche sind so verwirrt, dass sie bei Anweisungen aus der Glaskuppel links und rechts verwechseln. Es gibt zwei Eingänge, einen für das Personal, den anderen, rechts, für »Besucher«. Selbststeller müssen zum Besuchereingang. Die Pfortenbeamten notieren Vorname, Nachname, das Datum und die exakte Uhrzeit. Von nun an wird die Haftzeit gezählt. Dann öffnet sich die erste Stahltür.

Langenbeck und Katja laden zum Polterabend in ihre Wohnung, kurz vor Weihnachten, ihre Freunde kommen. An der Tür erscheint Hannes, sein alter Jugendfreund aus Berlin, seit einem Jahr haben sie sich nicht mehr gesehen. Hannes lebt vom Vermögen seiner Mutter. Mit ihm hat Langenbeck viele Jahre in Internaten verbracht. Thorsten und Oliver kommen ebenfalls an diesem Abend, Langenbecks Söhne aus erster Ehe, 16 und 18 Jahre alt, hochgewachsen wie er. Sie sind getrennt von ihm aufgewachsen, lieben aber ihren Vater, den Rockmusiker, Gründer der Band Arktisches Festland, der ihnen so viele Lieder beibrachte.

Hannes steht im Wohnzimmer, die Lesebrille auf der Nase, sichtet Langenbecks Plattensammlung, redet den ganzen Abend über Platten, die Platten der Jugend, die Platten der ersten Liebe. Die Jungs liegen im Schlafzimmer ab, daddeln auf ihrem Smartphone. Langenbeck legt sich dazu, nimmt seine Söhne in den Arm, erzählt vom Knast, von seiner Angst, bittet sie, Katja beizustehen. Die Söhne sind seine Hoffnung, dass alles in seinem Leben doch noch gut ge-

hen wird. Dass sein Leben am Ende zu etwas nutze gewesen ist, auch wenn alles andere unnütz war. Sie sagen, er könne sich auf sie verlassen. Langenbeck fragt, wie es bei ihnen in der Schule geht. Oliver macht nächstes Frühjahr Abitur. Leon springt ebenfalls ins Bett, tollt zwischen den Jungs, die ihn kitzeln, Leon macht zum ersten Mal seit Wochen einen glücklichen Eindruck.

»Werdet ihr mich besuchen?«, fragt Langenbeck seine Älteren. »Wir stehen zu dir«, wiederholen sie. Ihren Mitschülern werden sie jedoch die Knastzeit ihres Vaters verschweigen.

Katja hat Sekt kalt gestellt. Die Flaschen bleiben ungeöffnet. Hannes liegt bald auf dem Sofa und schläft. »Wir wollten doch ins Aroma«, sagt Langenbeck, rüttelt ihn wach. »Ach, ein anderes Mal«, murmelt Hannes. Langenbeck setzt sich zu ihm aufs Sofa. »Ja, wann denn?«, fragt er. »Ich muss doch bald in den Knast.« Hannes antwortet nicht. »Das kannst du mir nicht antun, Hannes. Du bist mein bester Freund.« Doch Hannes schläft. Wie kann so einer wie Hannes sein bester Freund sein, grübelt Langenbeck jetzt. Langenbeck ist nicht gut im Pflegen von Freundschaften. War er sein Leben lang zu arrogant, zu selbstgefällig, einer, der es liebte zu reden, zu blenden? Er ist, das erkennt er an diesem Abend, trotz Frau und Kindern ein einsamer Mann.

»Ich mach mir nichts vor«, sagt Langenbeck in das Schnarchen von Hannes hinein. Auch Hannes denkt, dass er die Strafe verdiene, glaubt Langenbeck, dass er sich schuldig gemacht habe, an Katja, an seinen Kindern. Und hat er ja irgendwie auch, findet Langenbeck in dieser Nacht. »Ich denke oft darüber nach, ob Katja zu mir hält.« Die beiden Söhne aus erster Ehe, die er Longboys nennt, hat er kaum beim Aufwachsen erleben können, wegen der Scheidung. Rosenkrieg mit seiner ersten Frau. Und jetzt geht es ihm mit den Shortboys wieder so. Manchmal schaut er in die Augen der Kleinen und kann ihren Blick nur schwer ertragen. Immer nachts wird ihm klar, für wie lange sie ihn wegsperren werden. Sechs Jahre: Wie viel Zeit das ist. Sechs Jahre im Gefängnis: Wie sehr wird ihn das verändern? Er hat Angst, dass in dieser Zeit sein Stolz gebrochen wird, der Stolz, der ihn in diese Lage brachte, der ihn aber auch ausmacht.

Die Hochzeit am nächsten Tag lässt ihn den einsamen Polterabend vergessen. Sie alle, Hannes, Katjas Schwester, die älteren Söhne, die Nachbarn, sie klatschen minutenlang, als sich Katja und Langenbeck vor der Standesbeamtin in den Armen liegen und küssen.

Langenbeck schafft es durch den Winter, er schafft es durch den Frühling. Felix macht Fortschritte, er krabbelt jetzt, steht manchmal auf, die ersten Schritte. Der Kleine lacht viel. Sein Vater muss nur die Augenbrauen heben, Felix lacht. In seinem Gebrabbel ist schon so etwas wie Sprache zu erkennen. Nicht lange, und er wird zu reden beginnen. Langenbeck hofft, dass er das noch erleben kann. Dagegen macht ihnen Leon immer mehr Sorgen. Leon schreit noch mehr, weint noch mehr. Langenbeck schimpft über Katja, dass sie bei der Erziehung zu weich sei, zu viel durchgehen lasse, nicht konsequent genug bestrafe. Sie wirft ihm vor, sich um nichts mehr zu kümmern. Es gibt Tage, da schreien sie sich nur noch an.

Er hat immer noch keinen Job gefunden, was wichtig wäre, damit er rasch in den offenen Vollzug kommt. Langenbeck tut sich schwer mit dem Schreiben von Bewerbungen. Die meisten, die er verschickt, schreibt Katja. Sie macht Pläne, er klagt. Er lässt sich hängen, ist lustlos, jetzt, wo es so sehr darauf ankommen würde, dass er sich noch einmal aufrafft und kämpft.

Der Gefangene verliert in der Haftanstalt sein Eigentum gleich hinter der ersten Stahltür. Beamte der Revision beschlagnahmen hier das meiste, weil das meiste verboten ist. Die Neuen tragen Koffer und Rucksäcke hinter die Kerkermauern, nur um sie sofort abgenommen zu bekommen. Schmuck, Lebensmittel, Tabak, elektrische Geräte, Handys. Für viele der einschneidendste Moment, wenn sie die Telefone ausschalten müssen, eventuell auf Jahre. Nach dem Gepäck verlieren die Neuen ihre Kleider. Schicht für Schicht müssen sie sich ausziehen, in den Durchsuchungskabinen. Manches davon dürfen sie wieder anziehen, anderes, wie Lederjacken und teure Markenkleidung, nicht. Nackt stehen die neuen Gefangenen vor ihren Wächtern, die sie auffordern, ihre Fußsohlen zu zeigen und die Finger zu spreizen. Die meisten protestieren dabei nicht. Wie betäubt, erzählen die Beamten, folgten die Neuen den Anweisungen während der Aufnahmepezedur. Von nun an hat der Staat das Recht, auf ihre nackten Körper zu sehen.

Seit Monaten hat Langenbeck Schmerzen in den Beinen, oft fühlen sie sich taub an. Im Universitätsklinikum Eppendorf wird die Nervenerkrankung Multiple Sklerose festgestellt. Ein Schock. Das Gefühl, dass sein Leben sich auflöst in Strafe und Schmerz. Selbstmordgedanken. Er zieht sich zurück, verlässt kaum noch das Sofa. Bis ihm nach einigen Tagen einfällt: So schrecklich die Diagnose ist, vielleicht ermöglicht sie es ihm, für haftunfähig erklärt zu werden.

»Die stecken dich trotzdem in den Knast«, sagt ihm sein Anwalt ungerührt. »Die schicken Leute sogar im Rollstuhl rein.« Immer wieder schafft der Anwalt es, den Termin hinauszuzögern. Erst im Frühsommer kommt die erste »Ladung«. Ein gelber Umschlag im Briefkasten. Dieses Mal verfällt Langenbeck nicht ins Lamentieren, er geht sofort zum Anwalt. Der legt Revision ein, stellt ein Gnadengesuch, schreibt Eilanträge an die Staatsanwaltschaft, in denen er um Aufschub wegen wichtiger Arzttermine bittet. Die Belastung für die Familie ist enorm. Katja und Langenbeck streiten nur noch, es sind Momente, in denen Langenbeck daran denkt, das Gefängnis nicht weiter aufzuschieben. Dann liegen sie sich wieder in den Armen, und er sagt: Ich will doch noch nicht hinein.

Drei Ladungen bekommen sie, dreimal schinden sie eine weitere Frist heraus, acht Wochen vergehen. Dann gibt Katja auf.

Langenbeck will noch um ein weiteres Wochenende in Freiheit kämpfen, über Hamburg ist herrliches Wetter, die Sonne scheint, es ist doch alles viel zu schön, um ins Gefängnis zu gehen, doch Katja sagt: »Das halte ich nicht länger aus. Die Kinder halten das nicht mehr aus. Wir sind ja nur noch am Streiten. Bitte geh jetzt.«

Morgen also. Langenbeck willigt ein, weiß, wie sehr Katja recht hat, hört auf zu kämpfen. Der Tag, an dem er sein altes Leben zurücklässt, wird ein Freitag sein.

Ein letzter Spaziergang mit Leon, ihre Patrouille, wie Langenbeck zum Jungen sagt. Sie laufen hinaus in den frühen Abend.

Hamburg stinkt, klagt Langenbeck auf dieser letzten Runde durch sein Viertel. Hamburg riecht hier nach Urin, nach Hundepisse, nach dem Erbrochenen des Touristenpacks, überall Kotze, flucht er, besonders in den Hauseingängen. Der Kiez war früher nicht so, sagt er. Früher war alles nicht so. Und er war früher auch nicht so. »Ich bin am Ende, ich bin ein Wrack.« Er hat Mühe, die Fassung zu wahren. Sie gehen am Aroma vorbei, wo er sich neulich mit dem DJ und dem Barmädchen zerstritten hat. Er hat sich auch mit Hannes zerstritten, den er vor wenigen Tagen in Berlin besuchte. Hannes hat ihn rausgeworfen. Er hat sich zerstritten mit Katjas Schwester, die ihm vor der ganzen Familie vorhielt, ein Egoist zu sein, der auf Kosten anderer lebe. Sie kotzen ihn alle an. Aber das ist gut, sagt Langenbeck. Er muss sich lösen von ihnen allen und dieser Stadt. »So fällt es leichter, zu gehen.«

Sie erreichen die Elbe, Leon und er. Sie sehen auf die vorbeiziehenden roten und blauen Schiffe.

»Heute Abend bringe ich dich ein letztes Mal ins Bett. Morgen macht es dann die Mama.«

»Nein.«

»Ich muss morgen nach Billwerder.«

»Warum?«

»Ich hab da für eine Weile was zu erledigen.«

»Darf ich da mit?«

»Nein, das ist eine Erwachsenenwelt. Du darfst mich aber besuchen. Du kannst mir da ein Bild mitbringen.«

Langenbeck hatte ihn bei dem Spaziergang die Wahrheit sagen wollen, doch er schafft es nicht.

Unter den Augen des Gefangenen wird in der Haftanstalt das Gepäck geplombt. Fünf Stahltüren von der Freiheit entfernt wird jedem Neuankömmling in der JVA Billwerder durch eine Klappe in der Wand das zehn Kilogramm schwere »Zugangsbündel« gereicht. In ihm sind 17 Dinge, ein Teller, Besteck, eine Schüssel, ein Einwegrasierer, Rasierseife, ein Pinsel mit wenigen harten Borsten, ein Bettlaken, ein Handtuch, eine Zahnbürste, Zahncreme, Shampoos. Aus Sicherheitsgründen darf er die eigenen Hygieneartikel nicht mitnehmen. Danach tritt er noch einmal ins Freie, läuft unter Bewachung eines Beamten über den Hof zum Block der Station 6B, die Aufnahmestation, in der die Häftlingswerdung abgeschlossen werden soll.

Am letzten Morgen sitzt Langenbeck am Küchentisch, er hat wenig geschlafen. Katja kocht Kaffee. »Wieso stecken die einen wie mich in den Knast?«, sagt er, die Haare noch ganz wirr. »Was soll das? Wer hat davon etwas?« Er wirkt, als würde er gleich zusammenbrechen. Im Wohnzimmer dreht sich der Plattenteller. Let's take a ride, don't look behind. Er greift zum Telefonhörer, braucht mehrere Anläufe, bis er die Nummer der JVA Billwerder richtig eingegeben hat. »Guten Tag«, sagt er schließlich. »Ich möchte heute bei euch einchecken.« Neben ihm liegt ein DIN-A4-Block, auf dem er sich Notizen macht. Er fragt, ob er Kaffee, Tabak, einen Wasserkocher mitnehmen könne, alles wird verneint. Bis 17 Uhr könne er erscheinen.

Er läuft gebeugt durch die Wohnung, holt sich Katjas schwarzen Seesack, geht mit ihm hinaus auf den Balkon, schiebt sich dort einen Plastikstuhl zurecht,

raucht und beginnt mit dem Packen. Leon ist still, versucht sich mit den Händen an der Brüstung hochzuziehen, um Kindern unten im Hof beim Spielen zuzusehen. Die Socken packt Langenbeck als Erstes ein. Er stopft sie in dünne Plastikbeutel, knotet sie zu und legt sie in den Seesack. Auf die Socken legt er eine Schicht Shirts, arbeitet sich weiter von Schicht zu Schicht.

Oliver, sein ältester Sohn, ruft an.

»Ich gehe heute rein«, sagt Langenbeck. Nur seine Stimme ist zu hören. Er macht eine Pause, ist den Tränen nahe.

»Es wird Zeit, dass ich da reingehe. Dass das hier aufhört, damit das andere anfangen kann.«

Fast nach jedem Kleidungsstück, das er in den Seesack legt, greift er zur Zigarette. Es folgen Lederhalbschuhe, Badelatschen. Er steht auf, geht in die Küche, kramt in dem Stapel alter Familienfotos, um einige mit in die Zelle zu nehmen. Bilder des strengen Vaters, wie er Langenbeck als Dreijährigen auf dem Schoß hält. Urlaubsbilder, Momente des frühen Glücks, seine erste Frau, die Reisen durch die USA, der pinkfarbene Cadillac, Fotos von Katja, jung, strahlend. »Sie ist so schön«, sagt er.

Die Zelle. Eine Tür, die sich nur von außen öffnen lässt. Eine Tür, die innen keine Klinke hat. Die erste Nacht im Gefängnis können Menschen, die zuvor nie eingesperrt waren, selten schlafen. In den Zellen der JVA Billwerder bleiben dem Gefangenen acht Quadratmeter Lebensraum. Jeder hat Anspruch auf eine Einzelzelle, es sei denn, er ist suizidgefährdet. Es gibt ein Klo, ein Waschbecken, einen Schreibtisch, ein blaues Bettgestell. Zwei Bücherregale an der Wand über dem Bett. Einen Kleiderschrank. Eine Zwangsbelüftungsklappe über dem Schrank. Ein Fenster zum Hof, aus dem man nicht die Vögel mit Essensresten füttern darf.

Es ist zwei Stunden vor Ablauf der Frist, Langenbeck trägt den Seesack, den Gitarrenkoffer und die beiden Taschen die Treppen hinunter. Sitzt dann am Küchentisch und trinkt ein letztes Bier. »Du sollst doch nüchtern rein«, schimpft Katja. Er werde sich damit die Chance auf den offenen Vollzug verspielen. »Ist doch nur ein Bier«, sagt Langenbeck. Dann geht er vor Leon in die Hocke, Leon-Mann, sagt er, wir müssen los. Der Junge quengelt, will weiter fernsehen, will bleiben, weint. Katja zieht ihn an, legt Felix in den Kinderwagen, packt eine der beiden Reisetaschen in dessen Ablage. Langenbeck, schon unten, geht noch einmal in die Wohnung, schmiert sich ein Brötchen.

Katja räumt die Spüle auf, stellt die Pfeffermühle ins Regal, das Salz dazu, stützt sich auf, fährt sich übers Gesicht.

Sie ist seit dieser Woche arbeitslos. Die Werbeagentur, für die sie arbeitete, hat zugemacht. Sie weiß seit Kurzem, dass sie wieder schwanger ist. Das dritte Kind. Eine verrückt wirkende Entscheidung, die selbst die engsten Freunde nicht verstehen. Als ob sie nicht schon mit Leon und Felix an ihren Grenzen wäre. Es ist, als wolle sie sich von Langenbeck noch einmal so viel Leben nehmen, wie sie kriegt. Und als wolle Langenbeck noch einmal so viel Leben geben, wie er geben kann.

Die Familie fährt mit der S-Bahn hinaus nach Billwerder-Moorfleet. Auf der langen Straße, die ins Gefängnis führt, kommt ihnen auf der anderen Straßenseite ein Mann entgegen. »Geht's da rein?«, fragt Langenbeck über die Straße hinweg. »Ja, aber nicht mehr raus!«

Dann stehen sie vor dem großen grauen Tor. »Papa muss jetzt da rein«, sagt Katja zu Leon. »Der muss da arbeiten, und wenn er fertig ist, kommt er wieder.«

Es ist kurz vor fünf. Sie umarmen sich, küssen sich, weinen. Langenbeck drückt die Klingel, die Tür springt auf, er tritt ein, trägt das Gepäck über die Schwelle, sieht zurück. Die Brille schief auf der Nase, das Gesicht nass von Tränen. Leon ruft was, das Langenbeck nicht versteht.

»Was sagst du?«, ruft er seinem Jungen zu.

In diesem Moment fällt die Tür ins Schloss, mit einem trockenen Klick.

ZEIT MAGAZIN
Nr. 46 vom 12. November 2015

Nepal – Reportage aus einer erschütterten Welt ▶ Die Seite Drei

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

www.sueddeutsche.de 19.11.2015 18:30 UHR 18. NOV. 2015 13. JAHRGANG NR. 18 NOVEMBER 2015

Das Streiflicht

Die meisten Flüge des globalen Luftverkehrs sind noch nicht wieder normalisiert. Die meisten Flüge sind noch nicht wieder normalisiert. Die meisten Flüge sind noch nicht wieder normalisiert.

Das Ende, der Anfang

8. Mai 1945, der Tag, an dem die deutsche Wehrmacht kapitulierte. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte.

Die Wahl in Großbritannien

Die Wahl in Großbritannien. Die Wahl in Großbritannien. Die Wahl in Großbritannien.

Süddeutsche Zeitung Magazin

Süddeutsche Zeitung Magazin. Süddeutsche Zeitung Magazin. Süddeutsche Zeitung Magazin.

Siemens streicht 4500 Stellen

Siemens streicht 4500 Stellen. Siemens streicht 4500 Stellen. Siemens streicht 4500 Stellen.

38 Millionen

38 Millionen. 38 Millionen. 38 Millionen.

Themen des Tages

Themen des Tages. Themen des Tages. Themen des Tages.

Melanie

Melanie. Melanie. Melanie.

Wissen

Wissen. Wissen. Wissen.

Sport

Sport. Sport. Sport.

Opinion

Opinion. Opinion. Opinion.

Opinion

Opinion. Opinion. Opinion.

Opinion

Opinion. Opinion. Opinion.

Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1975 im Bayerischen Wald.

Tobias Haberl hat in Würzburg und Großbritannien Latein, Germanistik und Anglistik studiert. In den Jahren 2001 und 2002 war er freier Journalist in Berlin. Dann besuchte er die Henri Nannen Schule in Hamburg und arbeitet seit 2005 für das *SZ Magazin*.

Er lebt in München.

TOBIAS HABERL ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Reportage« für seinen Beitrag »Reihe 7, Platz 88«, erschienen am 8. Mai 2015 in der *SZ Magazin*.

Reihe 7 Platz 88

Von Tobias Haberl

Udo Voigt hat sein Leben in der NPD verbracht. Er verachtet die EU. Doch seit einem Jahr sitzt er im Europaparlament. Wie hält die Demokratie so einen aus? Und hat ihn dieses Amt verändert? Wir haben ihn vom ersten Tag an begleitet.

Udo Voigt ist seit 47 Jahren in der NPD, ein Rechter, ein Staatsfeind, wegen Volksverhetzung und Verherrlichung der Waffen-SS vorbestraft, aber wenn er einen leeren Raum mit weißen Wänden sieht, geht es ihm wie den meisten: Er will ihn bunt, er will ihn gemütlich machen. Bei der Europawahl 2014 haben ihm 301 139 Menschen ihre Stimme gegeben, das hat für einen Sitz im Europaparlament gereicht. Jetzt hat er zwei Büros in Straßburg und Brüssel einzurichten. Was also könnte er aufhängen oder aufstellen? Er braucht Bilder, eine Zimmerpflanze, ein Stück Heimat in der Fremde. Am Ende entscheidet er sich für eine Büste von Bismarck, eine Landkarte des Deutschen Reichs von 1876 und einen Kunstdruck, Der letzte Mann, ein Gemälde des Marinemalers Hans Bohrdt, das einen deutschen Matrosen zeigt, wie er in der Seeschlacht um die Falklandinseln 1914 die Reichskriegsflagge schwingend untergeht. Der letzte Mann, Treue bis in den Tod, das gefällt Voigt. »Wissen Sie, was das Tolle an der deutschen Mentalität ist?«, hat er mal gesagt. »Pflichterfüllung. Wir sind bereit, für eine Idee unterzugehen.«

Aber noch ist es nicht so weit. In zwölf Stunden wird ein Streichquartett die achte Legislaturperiode des Europaparlaments in Straßburg eröffnen. Dann wird Udo Voigt der erste und einzige Europaabgeordnete der NPD sein. Es ist der Abend des 30. Juni 2014, Voigt sitzt beim Griechen in Ohlsbach an der deutsch-französischen Grenze, im Fernsehen läuft Fußball-WM, Deutschland gegen Algerien. Er hat seine Mitarbeiter um sich geschart, er nennt sie »Kameradinnen und Kameraden«: seinen persönlichen Referenten Karl Richter, Musikwissenschaftler und Historiker, der mit seiner Nickelbrille ein bisschen wie Himmler aussieht, eine Biografie über Richard Wagner geschrieben hat und bei seiner Vereidigung im Münchner Stadtrat seine Hand zum Hitlergruß erhoben haben soll; seinen Berliner Referenten Uwe Meenen, 2011 von fünf verummten Gestalten mit Schlagstöcken ins Krankenhaus geprügelt, 2012 wegen Volksverhetzung verurteilt; seinen parlamentarischen Assistenten, den Verwaltungswissenschaftler Florian Stein; und seine langjährige Sekretärin Bettina Bieder, Typ

Fanmeile, Knöchel-Tattoo, heiteres Wesen. Eigentlich ist es nur ein Montagabend, aber für die Anwesenden ist es ein Moment, der sich historisch anfühlt. Wochen später wird Richter sich erinnern und Goethe zitieren: »Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.« Das Fußballspiel kann er nicht gemeint haben, nach neunzig Minuten steht es 0:0, Verlängerung.

Die neue Epoche, das ist ein Einzelabgeordneter ohne Fraktion und Einfluss, der im Parlament gelegentlich sechzig Sekunden am Stück sprechen darf. Der Vertreter einer Partei, die ausgegrenzt wird und gerade mal wieder als verfassungswidrig verboten werden soll. Voigt trägt einen akkuraten Schnauzbart. Wenn er geht, wackelt er leicht hin und her, in Blouson und bequemen Schuhen; wenn er lächelt, sieht er verschmitzt aus. Trotzdem ist er einer der meistgehassten Menschen Deutschlands. In der U-Bahn hat er grundsätzlich eine Zeitung dabei. »Damit ich mein Gesicht verbergen kann«, sagt er, »man weiß nie, wer einsteigt.« Er geht davon aus, dass es Menschen gibt, die ihn töten würden, wenn er ihnen in die Hände fiele. »Allerdings«, und dann lacht er höhnisch, »würde ich ein paar mitnehmen.« Seit Jahrzehnten bekommt er Morddrohungen, einmal haben sie sein Reihenhaus in Moosburg an der Isar mit Hakenkreuzen vollgesprüht. Im Vorgarten steht eine alte Munitionskiste der Bundeswehr, in die hat seine Frau ein paar Blumen gepflanzt.

Heute Abend muss er sich nicht verstecken. Als er am Nachmittag die Schlüssel für sein Büro abgeholt hat, habe man ihn sofort erkannt, sagt er. »Ah, der Herr Voigt aus Deutschland«, habe der Beamte vom Sicherheitsdienst gesagt, »um Sie kümmere ich mich persönlich.« Er ist jetzt Europaabgeordneter, verdient 8020 Euro im Monat, genießt Immunität, hat Anspruch auf Fahrbereitschaft und persönliches Briefpapier. Sein Hausausweis klemmt am Revers, daneben die goldene Parteinaedel, die er für dreißig Jahre NPD-Mitgliedschaft überreicht bekam, das war noch im vergangenen Jahrhundert. Heute Abend gibt er sich staatsmännisch, während die anderen blödeln. Sie trinken auf das »deutsche Elsass-Lothringen«, nennen Miroslav Klose »den Oberschlesier«, die neuen Bundesländer »Mitteldeutschland«. Sie machen das absichtlich. Ein Reporter des *SZ-Magazins* sitzt am Tisch, dann soll er auch die NPD kriegen, die er sich vorgestellt hat. Richter erzählt, dass er im Kinofilm »Der Untergang« eine Statistenrolle als Adjutant gespielt habe. »In einer Szene«, sagt er, »durfte ich Hitler

sogar die Hand geben. Danach hab ich mich eine Woche lang nicht gewaschen.« Alle lachen, Voigt lächelt nicht mal. Dass ausgerechnet Özil in der 119. Minute das erlösende 2:0 schießt, kriegen sie nur noch am Rande mit. Ein Parlamentsmitarbeiter hat die Sitzordnung für den Plenarsaal vorbeigebracht. Jetzt beugen sich alle drüber, suchen Voigt, zitieren Namen, Marine Le Pen, Alessandra Mussolini, Martin Sonneborn, alle sind da, nur Udo nicht. Wo sitzt er bloß? Und neben wem? »Mensch, Udo«, ruft Meenen, »da bist du ja. Ganz rechts außen, das passt.« Und wirklich, Voigt sitzt in der siebten Reihe, Platz 88. Sie lachen. Sie jubeln. Sie können es nicht fassen. 88 – das Symbol für Heil Hitler. Am nächsten Tag schreibt der *Titanic*-Herausgeber Sonneborn auf Facebook: »Die 700er Plätze sind für die Fraktionslosen und Verhaltensauffälligen reserviert. Udo Voigt sitzt auf Platz 788 – doch ein Spaßparlament.«

Udo Voigt ist es nicht gewohnt, dass sich Journalisten wirklich für ihn interessieren. Linke Zeitungen berichten gelegentlich mit einem Hang zur Hysterie, meistens wird er ignoriert. Er sieht das als Auszeichnung. Über die Idee, ihn ein Jahr zu begleiten, war er überrascht. Das erste Treffen fand im März 2014 im »Bistro Bonjour« des Einkaufszentrums in Berlin-Köpenick statt, wo er eine 40-Quadratmeter-Wohnung besitzt.

»Der grünste Bezirk Berlins«, sagt er stolz, »Ausländeranteil 3,4 Prozent«, außerdem Sitz der NPD-Zentrale, nur ein paar Kilometer östlich von Berlin-Mitte, aber Lichtjahre entfernt von den merkwürdigen Menschen mit den bunten Turnschuhen und Ayurveda-Suppen. Voigt bestellt eine Tasse Kaffee, hört zu, nach 15 Minuten streckt er die Hand aus: »Ich weiß, dass Sie mich kritisieren werden, ich weiß, dass Sie die NPD ablehnen, aber eine Sache wünsche ich mir: dass Sie fair sind.« Und tatsächlich wird es im Verlauf des folgenden Jahres beides geben: zähes Ringen um Verstehen, wortloses Entsetzen, aber auch interessante Gespräche und ja, heitere Momente.

Um in Deutschland gewählt zu werden, stand neulich im Spiegel, müsse ein Politiker sein wie Angela Merkel: verlässlich, berechenbar, vernünftig. Auch wenn es merkwürdig klingt, all das ist Udo Voigt. Er ist extrem höflich und freundlich, definitiv kein Macho und für einen Politiker erträglich narzisstisch. Er ist eitel, aber er ist es still. Er möchte nicht berühmt oder reich werden, er möchte das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren. So sieht er das. Er hört gut zu, ist immer, wirklich immer pünktlich. Sitzt der Reporter wie abgemacht um acht Uhr

am Frühstückstisch im Hotel, schaut er auf die Armbanduhr, sagt »Punkt acht Uhr, Respekt!« und balanciert sich eine Scheibe Gouda vom Buffet auf den Teller. Man hat nie den Eindruck, dass er sich verstellt oder gefallen möchte. Von 1996 bis 2011 war er Parteivorsitzender einer rechtsextremen Partei, da kann er nicht auf einmal so tun, als wäre er ein bisschen konservativ. Es würde ihm auch nichts nützen. Er weiß, sein Kapital sind seine eindeutigen Ansichten, seine radikalen Ideen und seine Dreistigkeit, beides offen auszusprechen. Im Gegensatz zu allen anderen Politikern verzichtet er auch darauf, seine Zitate in Texten wie diesem vor dem Abdruck gegenzulesen. »Voigt ist ein Kumpeltyp«, sagt der Publizist Toralf Staud, der seinen Werdegang seit Jahren kritisch beobachtet. »Viele können sich nicht vorstellen, dass ein Rechter gern trockenen Rotwein trinkt und gute Manieren hat, aber Voigt ist eben beides: ein umgänglicher Mensch und ein völkischer Rassist.« Michel Friedman, ehemaliger Vizevorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagt: »Als NPD-Funktionär ist er ein gefährlicher und rückwärtsgewandter Menschenfeind und geistiger Brandstifter.«

Voigt lacht selten, ironisch ist er nie. Alles, was er sagt, auch nach Feierabend in der Kneipe, klingt förmlich, als würde er vor Publikum sprechen. Er wirkt unfrei, als werde er von einer Kraft oder Angst zurückgehalten, die nur er spürt und verstehen kann. Er ist ein verlässlicher, kein lässiger Mensch. Ein Journalist hat mal geschrieben, er könnte auch einen Minigolfplatz bewirtschaften. Manchmal rührt er einen fast: Wenn er Englisch redet und »the« wie »sä« ausspricht. Wenn er »Tschüssi« statt »Tschüss« oder »Läppi« statt »Laptop« sagt und sich entschuldigt, weil ihm ein Wort wie »Mainstream« rausgerutscht ist, wo er das doch ablehnt, die deutsche und die englische Sprache zu vermischen. Normal zieht er das durch, sagt Weltnetz statt Internet, E-Post statt E-Mail, Gesichtsbuch statt Facebook. Seine Zweireiher kauft er bei C&A. Seine Urlaube verbringt er an der Ostsee, in Kärnten, auf den Kanaren. Er besitzt ein Motorrad und ein Segelboot an der Ostsee. Er ist kein Weltmann, versucht aber auch nicht, einer zu sein. Und wenn er da so sitzt, im Dreisternehotel, das Handy an den Gürtel geklemmt, den Rollkoffer neben sich, sieht er aus wie ein einsamer, in die Jahre gekommener Handelsvertreter, der ein Produkt zu verkaufen hat, das aus der Mode gekommen ist.

Als Voigt 1968 in die NPD eintrat, war die Partei in sieben deutschen Landesparlamenten vertreten, heute hält sie von 1857 möglichen gerade mal fünf

Landtagsmandate, alle in Mecklenburg-Vorpommern. 2014 scheiterte sie in Thüringen und in Brandenburg deutlich an der Fünfprozenthürde, in ihrem Machtzentrum Sachsen flog sie nach zehn Jahren aus dem Landtag. Ein schwerer Schlag, weil man sich so an die 1,4 Millionen Euro Fraktionszuschüsse im Jahr gewöhnt hatte. Der frühere Parteichef und Hoffnungsträger Holger Apfel hat sich abgesetzt und eine Bierstube auf Mallorca eröffnet, die Schnitzelsaucen sollen richtig gut sein; den aktuellen, einen 36-jährigen Internetunternehmer namens Frank Franz, muss man schon googeln, um ein Gesicht vor Augen zu haben, und dann erschrickt man, weil man auf seiner Facebook-Seite fast genauso viele niedliche Tier- wie typische Parteibilder findet. Ein Verbandsantrag liegt beim Bundesverfassungsgericht, die Finanzlage ist desaströs, die Mitgliederzahl sank in den vergangenen Jahren von 7200 auf 5500. Dabei stünde das Gelegenheitsfenster so weit offen wie lange nicht: Zehntausende von Flüchtlingen strömen nach Deutschland. Sie kommen in Kofferräumen, sie kommen in Schlauchbooten. Laut einer ZDF-Umfrage finden 32 Prozent der Deutschen, dass ihr Land zu viele aufnimmt. Euro, Demokratie, EU – klingt alles nicht mehr so überzeugend wie vor zehn Jahren. Ängstliche Kleinbürger verabreden sich zu Protestspaziergängen. In den Talkshows streiten sie über Kopftücher, Pegida und die AfD. Die Gemeinschaftsidee von Europa wankt. Die Angst vor dem Fremden ist zurück – und die NPD profitiert nicht davon.

Bei der Bundestagswahl 2013 kam sie auf 1,3 Prozent. Es ist, als wäre die Zeit über die NPD hinweggestiegen, so eindeutig ist sie, irgendwie kontaminiert durch die Vergangenheit: zu viel Adolf, zu viel Schwarzweißbrot, zu viele tätowierte Waden, zu wenig bürgerlich, zu wenig Gegenwart, zu wenige Professoren auf den Kandidatenlisten. Es gibt die ausländerfeindliche Parallelgesellschaft, aber sie orientiert sich nach oben, in Richtung Mittelschicht; mit Neonazis will sie nichts und umso weniger zu tun haben, je mehr Gemeinsamkeiten sie erahnt. Die NPD sei eine »sterbende Partei«, sagte der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich und beteiligte sich 2013 nicht am Verbandsantrag, der – im Gegensatz zum ersten von 2001 – nur vom Bundesrat, nicht aber von der Regierung und dem Bundestag eingereicht wurde. Es gibt auch NPD-Mitglieder, die das so sehen: »Zu männerbündlerisch, sektiererisch, komplexbeladen«, klagt einer aus dem Parteivorstand, »ein Haufen Männer, die Angst vor selbstbewussten Frauen haben. Wir sind auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit.«

Voigt sieht das nicht so. Und wenn doch, würde er es nicht zugeben. Voigt ist keiner, der aufgibt. Er sagt, die NPD sei »in Lauerstellung«, hält seinen Posten und simuliert von Straßburg aus Bedeutung. Sein Europamandat ist das Feuerchen, um das sich die Partei versammelt hat, während sie vor sich hin erodiert, Voigt selbst der Fackelträger, der die Flamme nicht ausgehen lässt und wartet, bis einer kommt, mutig genug, sie ihm aus der Hand zu nehmen. »Es gibt nur zwei Dinge, die mich von der NPD trennen können«, sagt er: »Verbot oder Tod.«

Was aber hat so einer im Europaparlament verloren? Ein EU-Gegner und Verschwörungstheoretiker, der jeden Widerspruch als Bestätigung empfindet und glaubt, dass der Anschlag auf das World Trade Center von den Amerikanern und die NSU-Morde von der türkischen Mafia angeordnet wurden. Ein Typ, der Rudolf Heß posthum für den Friedensnobelpreis vorschlägt und Wahlplakate mit dem Slogan »Gas geben« in Berlin verteilen lässt. Geht er in Totalopposition oder nimmt er sein Mandat ernst? Bleibt er isoliert oder knüpft er Kontakte zu Rechten im Ausland? Und wie kann so einer mit Marine Le Pen vom Front National oder Bernd Lucke von der AfD?

Die ersten Tage in Straßburg fühlen sich gut an, so viele Termine, so viel Wirbel war lange nicht. Voigt schafft es, in den LIBE-Ausschuss für Menschenrechtsfragen, Asylpolitik und Innere Sicherheit zu kommen, außerdem endlich mal wieder in die Zeitung: Der britische *Guardian* stellt die merkwürdigsten Europaabgeordneten vor. Ehrensache, dass er dabei ist. Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, protestiert: Ein Nazi im Ausschuss für Menschenrechte! Voigt kontert: »Genau der richtige Ort für einen Patriot.« Am ersten Tag läutet sogar einmal das Telefon, und am anderen Ende ist nicht der Sicherheitsdienst: Ein kanadischer Journalist bittet um ein Interview. »I think tomorrow morning it should be possible.« Als Voigt am nächsten Morgen vor seiner Bürotür steht, starrt er auf einen Aufkleber: »Nazis raus!«

Als die Europahymne gespielt wird, steht er nicht auf. Als Martin Schulz von der SPD zum Präsidenten vereidigt wird, applaudiert er nicht. Im Gegenteil, er lässt seine Mitarbeiter weiter Zahlen recherchieren, mit denen er Schulz als »korrupten Apparatschik« bloßstellen kann. Politik machen, das ist in den ersten Tagen vor allem: Fotos machen. Im Plenum, im Innenhof, im Foyer vor

den Fahnen der 28 Mitgliedstaaten. Alles, was international wirkt, knipst er und stellt es ins Netz. Die Texte schreibt Karl Richter, Voigt liest drüber, nickt ab, nur »Udos Team« gefällt ihm nicht so gut, »Udos kompetenter Mitarbeiterstab«, ja, das klinge besser. Das macht Eindruck bei den Kameraden und Wählern. Denn darum geht es: den Leuten in der Oberlausitz und im Vogtland zu zeigen, dass ihr Udo ganz oben mitspielt. So kann er Wichtigkeit dokumentieren und die NPD als Teil einer internationalen Kampfgemeinschaft inszenieren. Da kommt das Glückwunschschreiben des iranischen Botschafters aus Berlin gerade recht.

Donnerstag, 3. Juli 2014. Die erste Sitzungswoche ist vorüber. Voigt steht vor der Tiefgarage des Parlaments, der Abendwind greift in die Fahnen, ein majestätischer Anblick. Er möchte zu seinem Auto, aber die Stahltür ist verschlossen. Er sieht sich um, hilflos, niemand zu sehen, dann entdeckt er die Sprechanlage: »How I can get to my car?«, ruft er in den Lautsprecher. Es summt, die Tür öffnet sich. Voigt schaut nach links, nach rechts, dann erinnert er sich, wo er seinen schwarzen Passat abgestellt hat. Im Kofferraum: eine Kiste mit Ersatzkanister und je einer Flasche Wasser, Motorenöl und Scheibenwischerflüssigkeit. In der Seitenablage: CDs, Märsche, Seemanns- und Westernlieder, das neue Album von Helene Fischer. In der Mittelkonsole: ein Sanifair-Bon über fünfzig Cent. Er hat sich mit den anderen in einem Restaurant am Rheinufer verabredet. Eine Kleinigkeit essen, die Woche ausklingen lassen. Es piept. Eine SMS seiner Sekretärin, sie hat vorsichtshalber ein Foto des Straßenschildes geschickt, Voigt spricht kein Französisch. Jetzt tippt er den Straßennamen in sein Navi, fährt ins Freie; die Sonne steht tief, er setzt die Sonnenbrille auf, krepelt die Hemdsärmel zurück, atmet aus: »Wo man sich nicht fremd fühlt, sondern zu Hause«, sagt er, »das ist ein Stück Heimat.« Er meint Straßburg. Deutet auf die Fassaden, die Balkone, »alles wilhelminisch, alles deutsch«. Als er zwei Stunden später mit seiner Kreditkarte die Rechnung für alle übernimmt, handelt es sich nicht um eine mondäne Geste, sondern um die wohlüberlegte Entscheidung eines Kleinbürgers, der sich einen Ruck gibt, um einen besonderen Moment zu markieren.

Vier Tage lang ist er jetzt durch diesen Glasbunker gehetzt, dieses Neonlichtlabyrinth aus Gängen und Sälen. Er hat sich sein Postfach und die Kantine zeigen lassen. Was soll er sagen? Er ist hin- und hergerissen, abgestoßen von diesem »bürokratischen Monster«, diesem »Selbstbedienungsladen«, diesem

»undemokratischen Ort«, man müsse sich das mal vorstellen, bei der Wahl der 15 EU-Kommissare habe Parlamentspräsident Schulz tatsächlich gesagt: »Sie haben nur eine Möglichkeit, nämlich mit Ja zu stimmen.« Auf der anderen Seite sei er auch überrascht, »weil ich freundlich aufgenommen worden bin«. Bis auf die Abgeordneten der AfD grüßen ihn alle, aber die müssen sich abgrenzen, das versteht er schon, und dieser Aufkleber an der Tür? Mein Gott. Voigt saß mal acht Jahre im Bezirksparlament Treptow-Köpenick. Damals wurde er acht Jahre lang nicht begrüßt und nicht verabschiedet. Und jedes Mal wenn er sich in der Cafeteria an einen Tisch gesetzt hat, standen die anderen auf und gingen weg.

Da findet er die Atmosphäre in Straßburg schon kollegialer, in Wahrheit ist sie anonym, technokratischer, gleichgültiger; es macht sich ganz einfach niemand die Mühe, ihn zu beleidigen. In der Cafeteria sieht man ihn selten, die anderen Abgeordneten aus Italien, England und Frankreich sitzen ständig da, telefonieren und trinken Espresso, die Männer geckenhaft, mit schmalen Krawatten und rindsledernen Aktentaschen, die Frauen mit hohen Schuhen und riesigen Sonnenbrillen. Er sagt, er habe keine Zeit zum Kaffeetrinken, er müsse Anträge lesen, E-Mails beantworten, aber was soll er machen, wenn ihn niemand fragt, ob er mitkommt? Und wenn er auf seinem Weg ins Büro an ihnen vorbeigeht, wirkt er wie ein Rentner, der sich verlaufen hat, der eigentlich die Enten füttern will, draußen am Kanal. Es sind die Momente, in denen man ihn lebenswürdig finden kann, weil er so konsequent solide, so beharrlich provinziell, so trotzig tüchtig ist. Sie dauern meistens nur bis zum nächsten längeren Monolog.

Mitte Juli 2014 feiert Voigt seinen ersten Triumph. Es ist wieder ein Donnerstag, 12.30 Uhr, als er sich im Plenum zu Wort meldet: »Herr Präsident, als neu gewähltes Mitglied bin ich etwas befremdet darüber, dass keine zehn Leute mehr im Saal sind, bei einer Sitzung, die bis 14 Uhr anberaumt worden ist.« Er hat recht. Von den 751 Abgeordneten sind 741 abgereist, gleich nachdem sie mit ihrer Unterschrift sichergestellt haben, dass ihnen keiner mehr die 304 Euro steuerfreies Tagegeld nehmen kann. Der Präsident unterbricht, es gehe um die aktuelle Lage im Irak, der Abgeordnete Voigt möge sich an die Tagesordnung halten. Aber Voigt lässt sich nicht abwimmeln, genau das unterscheidet ihn doch von den »Etablierten«, wie er sie nennt, »den Zynikern«, und dann passiert etwas, was in einem Parlament nicht oft vorkommt: Die Schüler und Touristen auf den Zuschauerrängen, die Besucher mit ihren Funktionsjacken und Brust-

beuteln, die nicht wissen, wer er ist, aber ahnen, was er meint, applaudieren ihm. Seitdem postet er ständig auf Facebook, wie zeitig er schon im Büro sitzt oder halt wie spät am Abend noch. Fleiß und Ausdauer, das hat er jetzt verstanden, werden von den Menschen da draußen geschätzt. Natürlich erzählt er die Anekdote bei seinem Wahlkampfauftritt in Hamburg. Nutzen tut es nicht. Bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 landet die NPD bei 0,3 Prozent, obwohl 400 Kilometer weiter östlich jeden Montag 20 000 Leute auf die Straße gehen, um sich ihrer Ängste zu vergewissern. Voigt würde gerne mitmarschieren – er ist davon überzeugt, dass der islamistische Terror bald nach Deutschland kommen wird –, allein, ihm fehlt die Zeit.

Im EU-Parlament sitzen 120 EU-Skeptiker, Rechtspopulisten und Nationalkonservative. So viele wie nie zuvor, eine Fraktion bilden sie nicht. Die Vorbehalte sind zu groß. Und weil so eine wie Marine Le Pen weiß, dass ihre Chancen, erste Präsidentin von Frankreich zu werden, nicht gerade steigen, wenn in den Zeitungen Fotos zu sehen sind, auf denen sie neben diesem Neonazi aus Deutschland steht, sorgt sie dafür, dass solche Fotos nicht gemacht werden können. Dazu kommen inhaltliche Differenzen: Als Voigt sich im Plenum für einen palästinensischen Staat ausspricht, wird er von einem rechten Abgeordneten aus Holland als »Nazisau« beschimpft. Der Front National, die österreichische FPÖ und die PVV von Geert Wilders inszenieren sich als seriöse Rechte; die anderen, das sind die Nazis, die Extremisten, die Schmuttelkinder, und Udo Voigt aus Deutschland ist das schmutzigste Schmuttelkind von allen. Seine Kontakte beschränken sich auf die ultrarechte ungarische Jobbik-Partei und die militant auftretende Goldene Morgenröte aus Griechenland. Von denen hat er neulich eine Flasche selbst gebrannten Tsipouro geschenkt bekommen. Wieder so eine Anekdote, die man gut zu Hause erzählen kann, zum Beispiel im Oktober 2014 bei der Eröffnung seines Bürgerbüros in Köpenick, bei der die Partei endlich mal »Danke, Udo!« sagen kann. Sie tut es mit einem Geschenkkorb: Salami aus Ludwigslust, Würstchen aus Halberstadt, Senf aus Bautzen.

Wenn Voigt Dinge zu besprechen hat, die niemanden etwas angehen, geht er in den Wald. »Zwischen den Bäumen gehen die Richtmikrofone nicht.« Er ist überzeugt davon, dass er vom Verfassungsschutz abgehört wird, die Telefonate sowieso, aber auch wenn er Freunde oder Journalisten trifft. »Alles Selbstinszenierung«, sagt ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, »NPD-Leute stellen sich

gern als Verfolgte dar.« Als Abgeordneter aber genieße Voigt Immunität. Alle Tätigkeiten, die er im Zusammenhang mit seinem Amt ausübe, dürfe man gar nicht überwachen. Voigt geht trotzdem davon aus, dass alle Gespräche, die für diesen Text geführt worden sind, mitgehört wurden, »dann halt mit Hilfe der Briten oder Amis«. Manchmal sei der Akku seines Handys so schnell leer, sagt er, »dann weiß ich, dass wieder jemand in der Leitung war«. Auf Reisen wie neulich fühlt er sich von »Schatten« verfolgt, vor zwanzig Jahren habe er eine Wanze unter seinem Sofa in Moosburg entdeckt. »Die hören sogar mit, wenn ich Telefonsex habe«, sagt er. Es ist im Laufe des ganzen Jahres einer seiner wenigen Versuche, einen Witz zu machen.

»Haben Sie gedient, Herr Haberl?«, die Frage stellt er dem Reporter nach wenigen Tagen. Sie ist ihm wichtig. Wenn einer gedient hat, hat Voigt Respekt vor ihm, da kann er auch die SPD oder die Grünen wählen. Ist die Antwort – wie in diesem Fall – »Nein«, wechselt er das Thema. Er kann sich nicht vorstellen, wie man das nicht wollen kann: seinem Land dienen. Überhaupt muss man tief in die Vergangenheit zurückgehen, in die Nachkriegszeit in der kleinen Stadt Viersen am Niederrhein, wenn man nachvollziehen will, wie sich der Junge, der besessen Karl May las und übermütig den Schützen- und Fanfarenumzügen hinterlief, zu dem Menschen radikalisiert hat, der in Deutschland die Todesstrafe einführen möchte und auf seiner Wikipedia-Seite mit dem Anführer des Ku-Klux-Klans posiert. Voigts Vater war Hitlerjunge. Als Soldat nahm er an den Feldzügen gegen Polen, Frankreich und Russland teil. 1949 kam er aus der Gefangenschaft zurück. Voigt hat seinen Vater geliebt und bewundert. Er sagt heute noch »Papa«, wenn er von ihm spricht. »In der Schule«, sagt er, »habe ich Fotos von Panzern gezeigt, die er abgeschossen hat.« Als sein Vater im Jahr 2000 stirbt, zitiert Voigt in der Traueranzeige Adalbert Stifter: »Denn was auch immer auf Erden besteht / Besteht durch Ehre und Treue. / Wer heute die alte Pflicht verrät / Verrät auch morgen die neue.« Er hantiert ständig mit solchen Versen. Auf Facebook postet er alle paar Wochen ein Gedicht, einen Aphorismus, ein paar Zeilen aus einem deutschen Drama. Meistens muss er tief ins 19. Jahrhundert zurückgehen, um die Gedanken zu finden, die ihm Mut machen, die ihn trösten, an Silvester 2014 zitiert er Friedrich Schiller: »Solang mein Herz noch schlägt / Mich mein Gefühl noch trägt / Werd ich bis zum Schluss / Einfach tun, was ich glaub zu tun muss« – aber er täuscht sich: In Wahrheit stammt der Vers von der Schlagersängerin Nicole.

Voigt tritt 1968 mit 16 Jahren in die NPD ein und wird ebenfalls Soldat. Er meldet sich als Offiziersbewerber zur Luftwaffe, ist fasziniert von Uniformen und historischen Schlachten, Waffentechnik und großen Generälen. Immer wieder liest er Clausewitz, die Briefe, die Aufsätze, irgendwann weiß er alles über Kriegsstrategie und Feldzüge. Er hat seinen Traumberuf gefunden, geht auf in dem System aus Befehl und Gehorsam, aus Kameradschaft und Korpsgeist. Bis heute hat er den militärischen Kodex verinnerlicht, mit ihm setzt er sich ab von den Menschen mit den weißen Kopfhörern und Baseballkappen. »Einen Freund sucht man sich aus«, sagt er, »einem Kameraden ist man verpflichtet.« Voigt ist ein politischer Soldat. Nie wirkt er nachlässig. Einen Saucenfleck auf dem Hemd würde er sich nicht verzeihen. Kameradschaft und Treue sind Wörter, die er oft verwendet. Selbst in scheinbar alltäglichen Situationen agiert er wie im Feld: Als unser Fotograf ihn im Frühstückssaal des Hotels fotografieren will, winkt er erst ab, schaut nach links, nach rechts, hält inne und flüstert: »Na gut, im Moment liegt keine Gefährdung vor.«

Als Soldat sind seine Beurteilungen tadellos – bis zu diesem Tag im Jahr 1982, als er nach München zum Militärischen Abschirmdienst bestellt wird. Ein Oberst legt ihm eine vorformulierte Austrittserklärung aus der NPD auf den Tisch: Berufssoldat oder NPD-Mitglied. Beides geht nicht. Nicht mehr. Sie hatten ihn schon länger im Visier, sein politisches Engagement, seine Ansichten, jetzt hat er sich zu entscheiden. Neben ihm liegt ein Stift. Voigt weiß, wenn er jetzt nicht unterschreibt, zerbricht sein Lebensplan, dann ist er seinen Beruf los, seine Perspektive, seine Sicherheit, aber er spürt auch, dass es hier und jetzt um eine Sache geht, die größer ist als sein persönliches Glück, und sagt: »Nein, Herr Oberst, das mache ich nicht.« Am Abend seines letzten Tages besucht er noch einmal das Offizierskasino in Freising. »Als ich ging«, sagt er, »hörte ich, wie der stellvertretende Kommandeur zum Kommandeur sagt: Schau mal, da geht einer unserer letzten Soldaten.« Udo Voigt liebt solche Anekdoten. Er erzählt sie ständig. Letzte große Worte, mit denen er seine Charakterfestigkeit zum Mythos stilisieren kann.

Er studiert dann Politikwissenschaften in München, macht eine Reinigung auf, setzt einen Wohnmobilverleih in den Sand, aber vor allem macht er Karriere in der NPD. Er leitet das Bildungszentrum der Partei in Norditalien, wird Landesvorsitzender, Bundesvorsitzender, macht die Partei gleichzeitig rechter und linker, nationalistischer und sozialistischer. »Geld für die Oma statt für Sinti und

Roma«, lässt er auf Wahlplakate drucken. Er integriert gewaltbereite Skinheads und kämpft für den Mindestlohn – in einer Höhe von 8,80 Euro. Er ist ein sozialer Mensch, solange es ein Deutscher ist, der davon profitiert. Und er ist neugierig auf andere Kulturen, solange er es freiwillig und auf Reisen sein darf. Fragt man ihn nach dem Politiker, vor dem er am meisten Respekt hat, sagt er: Gregor Gysi, weil der so konsequent sei. Fragt man Gysi nach seiner Meinung über Voigt, antwortet der: »Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich im Zusammenhang mit Herrn Udo Voigt nicht zitiert werden möchte.« Eine kleine Umfrage unter AfD-Abgeordneten bestätigt die Vorbehalte: »Ich habe keinerlei Kontakt zu Herrn Voigt« (Bernd Lucke), »Ich kenne diese Person nicht« (Hans-Olaf Henkel).

Samstag, 1. August 2014, 17 Uhr. Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor leuchtet, die Abendsonne bricht durch die Wolken. Die NPD hat eine Kundgebung zum hundertsten Jahrestag der deutschen Mobilmachung im Ersten Weltkrieg angemeldet. »Willkommen bei bestem Führerwetter!«, ruft der NPD-Landesvorsitzende von Hamburg. So etwas würde Udo Voigt nie sagen. Er ist ein Hardliner, aber vor den vielen Touristen provozieren? Das macht er nicht. Lieber lässt er sich einen Fluchtweg offen. Vor ein paar Jahren hat er mal ein Kreuzworträtsel rausgegeben, Lösungswort »Adolf«. Als er live im Fernsehen darauf angesprochen wird, sagt er: »Adolf von Thadden. Unser Parteigründer.« Und die »Gas geben«-Plakate? Da sei doch er drauf, in Lederkluft, auf seiner alten Honda. Wie könne man das missverstehen? Im Laufe seiner Karriere hat er dreißig Ermittlungs- und fünf Strafverfahren angesammelt. Rechtskräftig verurteilt wurde er nur einmal, wegen eines Wahlwerbepots, der Ausländern pauschal einen Hang zu Straftaten unterstellte, und einer Rede, in der er sich vor den »tapferen Soldaten der Waffen-SS« verneigte. Er hält sich für einen Fuchs.

Jetzt stehen auf dem Pariser Platz: hundert Bereitschaftspolizisten, zweihundert Gegendemonstranten, Antifa, Linke, Grüne, aber nur zwölf NPD-Kader. »Absicht«, sagt Voigt. »Wir wollen uns so wenig wie möglich zu erkennen geben.« Die Antifa warte nur darauf, Fotos von NPD-Mitgliedern zu machen und an deren Arbeitgeber zu schicken, um Berufsverbote zu erwirken. Er kennt das. Die NPD bekommt keine Stadthallen für Parteitage, Druckereien lehnen Aufträge ab. Sein Referent Uwe Meenen habe heute noch keinen Ausweis für die Bibliothek im Bundestag, obwohl der allen Mitarbeitern von EU-Abgeordneten

zustehe. »Ihr seid die Beweise, Deutschland ist scheiße«, skandiert die Menge. Es ist immer das Gleiche: Egal wo Voigt hinkommt, alle sind gegen ihn. Zu den letzten beiden Klassentreffen wurde er nicht mehr eingeladen. Vor vielen Jahren hat ihn ein alter Schulfreund angerufen, er habe jetzt Kinder, die sollten nicht mitkriegen, dass er mit einem Nazi zu tun habe, ihre Wege müssten sich trennen. Auf die Frage, ob ihn das traurig gemacht habe, sagt er: »Natürlich. Ich bin doch ein Mensch.«

Noch ein paar Minuten bis zu seiner Rede. Voigt wippt auf den Fußsohlen hin und her, mehrmals zieht er seine graue Stoffhose ruckartig nach oben, wie ältere Herren es nach dem Pinkeln tun. Er bewegt sich gemächlich, nie im Leben würde er laufen, aus der Hemdtasche ragt ein Zettel. »Nur ein paar Stichpunkte«, sagt er, »ich spreche frei.« Klar könne das gefährlich sein, weil man sich zu problematischen Formulierungen hinreißen lasse, aber er macht das seit vierzig Jahren, er kennt die Grenze zwischen erlaubt und verboten. »Israel gleich Tätervolk«, das sei gerade noch möglich, springt ihm einer seiner Kameraden zur Seite, »Israel gleich mörderische Judenbande«, das gehe halt nicht mehr. Voigt unterlaufen keine verfassungswidrigen Formulierungen. Wenn er Hitler einen großen Staatsmann nennt, dann weil er es genauso sagen will. Bei Youtube gibt es einen Film mit dem Titel »Udo Voigt leugnet Holocaust«. Er hat versucht, ihn da rauszukriegen, ihn zu löschen, aber keine Chance. Auf die Frage, von wie vielen Toten im Holocaust er denn wirklich ausgehe, sagt er: »In unserem Land darf ich leider nicht sagen, was ich glaube.« Trotzdem taucht sein Name in der Belegliste für das Verbotsverfahren mehrmals auf. Die Strategie der »seriösen Radikalität« von Holger Apfel, der ihn 2011 als Parteichef stürzte und vorher auf der NPD-Kaderschmiede sein bester Schüler gewesen war, hat Voigt immer abgelehnt. Die überlässt er der AfD, von der er überzeugt ist, dass sie sich bald entzaubern wird, weil sie halt doch nur aus Egoisten und Angsthasen bestehe. »Wir brauchen klare Wortex«, sagt Voigt, »seriöse Politik nimmt uns eh keiner ab.« Also sagt er »Ali und Mehmet«, wenn er Türken meint, nennt linke Autonome »vergammelt«.

In Berlin am Brandenburger Tor braucht er zwanzig Minuten, um sein Vermächtnis auszubreiten, sein Weltbild, in das er sich über die vergangenen Jahrzehnte besessen hineingelesen, -gedacht, -gesteigert haben muss. Er scheint nicht oft mit Menschen gesprochen zu haben, die anderer Meinung waren, und

wenn doch: hat er sich bestätigt gefühlt. Er ist keiner, der die Mehrheit mit der Wahrheit verwechselt. Auf jeden Fall sei die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat, vielmehr fremdbestimmt von den USA, die gemeinsam mit dem internationalen Großkapital an der Zerschlagung und Vermischung der Völker arbeiteten. Ihr Ziel seien multikulturelle Gesellschaften als ideale Ausbeutungsobjekte des Großkapitals. Denn wenn ein Volk seine Identität und Kultur verloren habe, könne sich der Kapitalismus ungebremst ausbreiten. Dann habe das Geld über die Seele, Amerika über Europa und die Gier über den Stolz gesiegt. Dann gebe es keine Völker mehr, nur noch Heere identitätsloser Konsumenten, die nicht wissen, wer ihre Väter, wer ihre Großväter waren. Er hat nicht den geringsten Zweifel an dieser Logik. Und wenn er sie noch mal ausbreitet, abends in der holzvertäfelten Kneipe, einen Hawaii-Toast auf dem Teller, kommt er einem vor wie ein ängstlicher alter Mann, ein sentimentaler Romantiker, der sich damit tröstet und brüstet, stellvertretend für das deutsche Volk eine Kränkung, eine unglaubliche Demütigung mit sich herumzutragen: die verlorenen Weltkriege, die Besatzung durch die Alliierten, der dauernde Souveränitätsverlust, die Reparationszahlungen, überhaupt die EU, Brüssel, Google, NSA und jetzt die vielen Fremden, die zu Hunderttausenden in seine Heimat strömen. Wenn er an seine Kindheit denkt, höre er den Klang von Schalmeeien, sagt er. Udo Voigt leidet, weil sein Land, wie er es kennt und liebgewonnen hat, weil seine übersichtliche deutsche Nachkriegswelt verschwindet und weil er ahnt, dass sie nicht wiederkehren wird. Als wären die Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea schuld daran, dass deutsche Kinder auf Handys aus Amerika starren statt Volkslieder zu singen.

»Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter«, heißt es in Goethes West-östlichem Divan. Voigt ist sicher: Es ist andersherum. Integration, das ist für ihn gleichbedeutend mit Völkermord. »Heim wandern statt einwandern« war das Motto von Briefen, die die NPD 2013 an mehrere Bundestagskandidaten mit Migrationshintergrund geschickt hat. Aber weil er weiß, dass es sich nicht gehört, Menschen, die um Hilfe flehen, einfach wegzuschicken, fügt er hinzu: »Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen gar nicht fliehen. Wir müssen ihnen in ihrer Heimat helfen.« Ganz unrecht hat er nicht, wenn er sagt, dass der Westen die Menschen in der Dritten Welt erst ausbeutet und dann überfordert ist, wenn sie vor der Haustür stehen.

Straßburg, Februar 2015, Montagnachmittag. Voigt ist sauer, vor ein paar Tagen hat er einen Brief vom Direktor seines Hotels bekommen: Andere Hotelgäste hätten sich beschwert. Jetzt wolle man eine Eskalation vermeiden und sehe sich gezwungen, seine Buchungen für den Rest des Jahres zu kündigen und ihm Hausverbot zu erteilen. Voigt hat da schon jemanden in Verdacht: die beiden Abgeordneten der Linkspartei, die ihn beim Frühstück so nett begrüßt haben. Es ist die Scheinheiligkeit, die ihn rasend macht, das Hausverbot, mein Gott, er kennt die Rechtslage genau: Ja, ein Hotel darf ihn aufgrund seiner politischen Gesinnung zurückweisen. Nein, bestehende Buchungen können nicht rückgängig gemacht werden. »Mein Anwalt kümmert sich«, sagt er. Man hört ihm an, dass er sich freut, wenn er seine Gegner, die er verachtet, mit den Mitteln des Staates, den er ablehnt, ärgern kann.

Er ist jetzt seit fast einem Jahr Europaabgeordneter. Er hat seinen Rhythmus gefunden: eine Woche Straßburg, eine Woche Berlin, eine Woche Brüssel, dazwischen Vorträge, Demonstrationen, immer wieder Kundgebungen gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte. Wenige Tage nach dem Brandanschlag von Tröglitz postet er ein Foto des Asylbewerberheims in Köpenick. Zu sehen sind Müllcontainer, aus denen ein paar Stofftiere ragen. Voigts Kommentar: »Die Kuschtiere sind denen wohl nicht gut genug.« Seine Frau in Moosburg sieht er selten, ruft sie aber jeden Abend an. »Das Geheimnis von 36 Jahren Ehe«, sagt er. Dass der Reporter ein Interview mit ihr führt, lehnt er ab. NPD-Mitglieder beschreiben sie als gutmütig, liebevoll, unpolitisch, vielleicht ein bisschen naiv. Das Fazit seiner parlamentarischen Arbeit: 16 Wortmeldungen, 18 parlamentarische Anfragen, ein Entschließungsantrag. Er findet, das könne sich sehen lassen. Man könnte es auch so ausdrücken: Udo Voigt hat im vergangenen Jahr zu ein paar Themen jeweils fünf Sätze gesagt, meistens ohne eine Antwort zu bekommen. Trotzdem, er sei doch einiges losgeworden, was ihm wichtig sei. Dass man Europa besser vor Ebola schützen, im Ukraine-Konflikt endlich Russland verstehen und überhaupt realisieren müsse, dass die CIA in EU-Ländern wie Polen und Rumänien Menschen gefoltert habe. Er hat beschlossen, keine Fundamentalopposition zu bilden, sondern die Möglichkeiten in diesem Parlament so raffiniert wie möglich für seine Partei zu nutzen. Jeder seiner Wortbeiträge wird ins Internet gestellt. Im Broadcast Center, das samt Talkshow-Ecke allen Abgeordneten zur Verfügung steht, lässt er Interviews inszenieren. Die

Fragen stellt ein Parteifreund und werden vorher abgesprochen – aber wer weiß das schon? Nebenbei kann er Kameraden zu Posten verhelfen, die ihm danach ein Leben lang dankbar sein werden. Auf Facebook hat sich längst eine Privatfehde zwischen ihm und Martin Sonneborn entwickelt. Der eine frotzelt hin, der andere zurück. Voigt postet Stunden nach Sitzungsbeginn: »Herr Martin Sonneborn von der Spaßpartei hat ausgeschlafen und ist soeben im Plenarsaal eingetroffen.« Sonneborn antwortet: »Voigt spinnt. Ich war gar nicht ausgeschlafen.« Es ist das kindische Spiel zweier Randfiguren, die einander ähnlicher sind, als ihnen lieb ist: Beide sind angewiesen auf Aufmerksamkeit, verstoßen gegen bürgerliche Normen, machen sich größer, als sie sind, der eine, weil er an seine Ideale, der andere, weil er an gar nichts glaubt.

Voigt hat den Mann gefunden, den seine Partei in Zeiten wie diesen braucht: Es ist der Udo Voigt, der vor den anderen ins Büro kommt und immer noch da ist, wenn die anderen an der Hotelbar stehen. Er ist tüchtig, um den anderen vorwerfen zu können, dass sie es nicht sind. Seine Mitarbeiter lässt er stundenlang Anträge durcharbeiten. Es geht um das Fischereiabkommen zwischen der EU und Senegal oder um die Ursprungskennzeichnung von Fleisch in verarbeiteten Lebensmitteln, aber egal. »Wir nehmen das sehr ernst«, sagt sein Referent Karl Richter. Nicht auszudenken, was passiert, wenn sich im zehnten Absatz ein Passus gegen Rassismus findet – und Udo stimmt dafür. Die deutschen Dolmetscher laden zum Umtrunk: Voigt geht nicht hin. Die Bundesregierung lädt zum Trauerstaatsakt für Richard von Weizsäcker: Er denkt gar nicht daran. Die Abgeordneten wählen den »Newcomer des Jahres«: Voigt macht nicht mit. Natürlich macht er nicht mit.

Udo Voigt ist ein geheimnisloser, kein unangenehmer Mensch. Als Politiker ist er gefährlich, weil er mit seinen Reden und Ansichten ein gesellschaftliches Klima prägt, das andere veranlasst, Gewalt auszuüben. Hätte er damals 1982 in München unterschrieben, er wäre heute seit sieben Jahren Stabsoffizier in Rente, bekäme 4000 Euro monatlich, könnte segeln, wandern, ein Weinchen aufmachen. Wer weiß, vielleicht wäre aus ihm eine bürgerliche Person geworden; ein Mann, 63 Jahre alt, vielleicht mit Kindern, mit Enkeln. Udo Voigt hat sich für die Partei entschieden. Er hat es nie bereut. Das Bild vom letzten Mann hat er damals übrigens doch nicht aufgehängt. Es lag schon im Kofferraum seines Autos, aber dann sagte Richter: »Udo, lass es da! Das Ding ist zu gestrig.«

Womöglich ist er ja selbst der letzte Mann, mit dem die NPD, die deutsche Fahne schwingend, untergeht.

Udo Voigt ist 63 Jahre alt. Er stammt aus Viersen am Niederrhein. Mit 16 trat er der NPD bei, später studierte er zwei Semester Luft- und Raumfahrttechnik, dann Politikwissenschaften in München. Seine Diplomarbeit trug den Titel Souveränitätsdefekte der Bundesrepublik Deutschland. Als Parteivorsitzender (1996 bis 2011) führte er die NPD in zwei Landtage, seit 2014 ist er ihr erster und einziger Abgeordneter im Europaparlament. Voigt ist verheiratet, kinderlos und lebt in Moosburg (Bayern) sowie in Berlin-Köpenick.

SZ MAGAZIN

Nr. 105 vom 8. Mai 2015

Wissen zum
Verschenken

DIE ZEIT



WOCHEZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR



Was ewig

Liebespaare, Freunde für vertraute Kollegen: Was ist Geheimnis langer Beziehung?

EINE WEIHNACHTSREPORTAGE VON JANA SIMON FÜR DIE ZEIT

WUNDER DER LITERATUR

Mit Engelszu

Die Weihnachtsgeschichte hat Wahrheit hängt nicht an

Die Bibel ist ein Buch, das nicht nur den Menschen, sondern auch den Tieren, den Pflanzen und den Steinen, die in der Welt sind, eine Sprache spricht. In der Literatur ist die Weihnachtsgeschichte eine der schönsten Geschichten, die es gibt. Sie erzählt von der Geburt eines Kindes, das die Welt verändern sollte. Die Weihnachtsgeschichte hat eine Wahrheit, die nicht an die Zeit gebunden ist.

...nen

...ne, Kaum

Der Exodus
Die Vertreibung der Christen aus Nahost
Lina, Seite 10
Klausur: M. Zerkow, Seite 42

PROMINENT IGNORIERT



Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1982 in Berlin.

Khuê Pham lebte nach dem Abitur vier Jahre in London. Ausbildung an der London School of Economics und der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg.

Seit 2009 arbeitet sie als Politikredakteurin bei *DIE ZEIT*, wo sie über den Auf- und Abstieg der Piraten, Wikileaks und andere Netzthemen geschrieben hat. 2012 veröffentlichte sie mit ihren Kolleginnen Alice Bota und Özlem Topcu »Wir neuen Deutschen« (Rowohlt-Verlag), 2015 wurden die drei mit dem Fortschrittspreis des Debattenmagazins *Berliner Republik* ausgezeichnet.

Khuê Pham pendelt zwischen Hamburg und Berlin. Sie twittert und tanzt.

KHUÊ PHAM ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Reportage« für ihren Beitrag »Cyberstalking – Der Feind in unserem Netz«, erschienen am 23. Dezember 2015 im *Zeit Magazin*.

Cyberstalking – Der Feind in unserem Netz

Von Khuê Pham

Ein Stalker entreißt Caspar Mierau und seiner Frau Susanne die Kontrolle über ihr Leben. Ein Krimi über die Macht des anonymen Internets und die Schwerfälligkeit des Rechtsstaats

Das erste Mal meldet er sich per Telefon. Als es klingelt, sitzt Caspar Mierau gerade in seiner Berliner Altbauwohnung und hört sich im Radio ein Interview zum Thema »Hass im Netz« an, das er selbst gegeben hat. Er zieht sein Handy heran, entscheidet sich aber gegen das Gespräch: Der Anruf ist anonym.

Es klingelt wieder, er stellt das Gerät auf lautlos. Vielleicht ein Callcenter. Oder jemand aus dem Netz, dem seine Meinung nicht passt. Als Blogger und Medienwissenschaftler ist Mierau Belästigung gewohnt, sie ist für ihn eine hässliche, aber unvermeidliche Begleiterscheinung des Jobs. Dieses Mal ist der Störer penetrant: Das Handy klingelt den ganzen Abend. Am nächsten Morgen zeigt Mieraus Display 22 anonyme Anrufe, darunter zwei um 1.42 Uhr, einen um 3.55 Uhr und einen um 5.31 Uhr. Gleich nach dem Aufstehen ruft Mierau bei der Telefongesellschaft O2 an und lässt alle anonymen Anrufer sperren.

Wenige Stunden später klingelt es wieder – eine unbekannte Nummer leuchtet auf. Es ist ein sonniger Winternachmittag. Mierau ist gerade mit seiner Frau Susanne im Auto unterwegs. »Ruf doch mal zurück«, sagt er, während er den Wagen über die Straßen steuert. Aus dem Freisprecher tönt es: »Kein Anschluss unter dieser Nummer.« Es ist der 12. Januar 2014, und er wird sich später oft an Susannes ungläubiges Gesicht erinnern. Sie ahnen nicht, dass ihnen in den nächsten anderthalb Jahren die Kontrolle über ihr Leben entrissen wird. Dass sie zu Protagonisten in einem Krimi werden, der von der Macht des anonymen Internets und der Schwerfälligkeit des Rechtsstaats handelt.

In den nächsten Tagen wird Caspar Mierau klar, dass er einen Verfolger hat, dessen Waffe die Technik ist. Es kommen weitere Anrufe von Handys, die man nicht zurückrufen kann; oder von jemandem aus dem Hackerclub C-Base, der ebenfalls nicht erreichbar ist; und von der Homezone-Nummer seiner eigenen Frau. Der Pizzadienst liefert Essen, das Mierau nicht bestellt hat. Auf dem Blog seiner Frau, der von Kindererziehung handelt und viele Fotos aus dem Alltag der vierköpfigen Familie zeigt, tauchen verstörende Kommentare auf:

»ich will wieder titten bilder von deiner frau!«

»WIR WOLLEN DIE FRAU MIERAU BEIM STILLEN SEHEN BITTE MIT TITTEN! DIE FRAU MIERAU IST NE GEILE SAU BESTIMMT IST SIE AUCH GUT BEIM FICKEN WENN SIE SCHWANGER IST«

»du kleine ossi fotze zeig mir nackt bilder von deinen kleinen kinder ich möchte deine kinder ficken«

Gegen Mierau selbst erfolgen Hackerangriffe. Facebook, Twitter und Instagram melden ihm, dass jemand in seinem Namen angefordert hat, die Passwörter zurückzusetzen. Sein Blog bricht zusammen, weil ein Unbekannter mit 38.695 automatisierten Passwort-Kombinationen versucht, in das System einzudringen: eine Brute-Force-Attacke. Hacker wenden sie an, um Passwörter zu knacken. Solche Attacken kommen gewöhnlich aus China oder Russland – hinter dieser hier steckt ein deutscher Computer.

Mierau denkt an Hacker, die Gegner mit virtuellen Rachefeldzügen fertigmachen. An Kreditkartenbetrug und Identitätsdiebstahl. An die dunkle Seite des Menschen, die in der Anonymität des Internets aufblüht und Hass verbreitet. Gibt es jemanden, der ihn vernichten will? Aber warum? Und wozu ist er fähig?

Caspar Mieraus Leben findet in Berlin statt, und im Internet. Der Enddreißiger, der sich das Programmieren selbst beigebracht hat, hat weder ein Büro noch eine feste Anstellung; sein Schreibtisch ist ein Laptop, auf dem er zu Hause oder bei verschiedenen Start-ups arbeitet. Sein Hauptkunde ist die Kinoseite Moviepilot, die ihren Nutzern per Algorithmus Filme vorschlägt.

Eine Weile hat Mierau ein einflussreiches Blog über den Aufstieg und Fall der Piratenpartei geschrieben. Heute bloggt er vor allem darüber, wie das Internet unsere Gesellschaft verändert: über den Streit zwischen Taxifahrern und Uber, die Figur des Hackers in Filmen und die ethische Frage, ob man seine Frau per App tracken darf (er findet: ja). »Es gibt kein analoges Leben im digitalen«, lautet das Motto seines Blogs Leitmedium. »Leitmedium« steht auch in seinem Pass – als Künstlernamen. Für Caspar Mierau sind Handy und Computer die Verlängerung seines Selbst. Wer auch immer ihn angreift, weiß das.

Durch die Feindseligkeiten aus dem Nichts gerät Mieraus Weltanschauung ins Wanken. Wie fast alle Netzaktivisten war er überzeugt davon, dass Anonymität etwas Gutes ist. Er glaubte, dass sie Whistleblower und Dissidenten schützt, dass sie ein Ausdruck von Meinungsfreiheit und Demokratie ist. Jetzt beginnt er, an diesen Prinzipien zu zweifeln. Immer, wenn er an den Unbekannten denkt,

sieht er einen dunklen Raum, in den von schräg oben ein schwaches Licht fällt. Er zoomt langsam heran und erkennt schattenhaft einen Mann, über einen Laptop gebeugt. Ein Bild, das ihn wütend macht. Er fühlt sich hilflos.

Weil er nicht weiß, gegen wen er seine Wut richten soll, verfällt Mierau in Jagdfieber. Wie ein Detektiv beginnt er, dem Stalker seinerseits hinterherzuschneifeln. Abend für Abend sitzt er vor seinem Laptop und füllt Excel-Tabellen aus. Jeder Anruf und jede ungewollt gelieferte Pizza wird mit Datum und Uhrzeit protokolliert, jeder Kommentar mit Inhalt und IP-Adresse, also der Kennzeichnung des Absender-Computers, notiert. Die Statistiken visualisiert Mierau in einer bunten Grafik – Rot für Anrufe, Gelb für Blog-Kommentare und Lila für Pizzalieferungen. Manchmal sitzt er bis halb drei morgens am Schreibtisch und brütet über Logdateien.

Mit der Zeit beginnt Mierau, das Muster seines Gegners zu erkennen. Zwischen 10 und 15 Uhr gehen relativ wenige Anrufe ein, der Stalker dürfte also berufstätig sein. Nachts um ein Uhr verschickt er besonders viele Hasskommentare – er ist wohl alleinstehend. Auf feministische Blog-Posts und Fotos mit Kindern reagiert er besonders aggressiv, das deutet auf Einsamkeit oder Beziehungsprobleme hin. Mierau stellt fest, dass der Unbekannte Anonymisierungsdienste wie Tor benutzt, um seine Hasskommentare zu verschicken, dafür aber oft mit einer unverschleierte IP-Adresse auf den Blogs herumsurft.

All diese Beobachtungen schickt Mierau in E-Mails an die Polizei, wie Meldungen von der Front. Sein Anwalt hat Anzeige erstattet wegen Stalking, und Mierau will den Täter überführen. Er hat den Verdacht, es könnte sich um jemanden aus dem Hackerclub C-Base handeln.

Stalking galt lange als Prominentenproblem, doch inzwischen kann es jeden treffen. Eine große Studie des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim zeigt, dass elf Prozent der Deutschen mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Nachstellung werden. Meist sind die Täter Expartner, die nicht von ihren Verflorenen lassen können. Andere handeln aus Rache oder Neid. Wie Süchtige denken sie immerzu daran, ihre Opfer zu kontaktieren. Die Verfolgung kann so massiv sein, dass das Opfer Job, Wohnort oder den Namen wechseln muss.

Einen Monat nach dem ersten Anruf bekommt Caspar Mierau Post vom Landeskriminalamt Berlin, Abteilung Cybercrime: Er möge bitte alle Informationen zum Stalker auf eine DVD brennen und vorbeibringen. Mierau wird später von

seiner Überraschung über das Revier erzählen: Wände voller Aktenordner passen nicht in seine digitale Welt, ebenso wenig die beiden Windows-Rechner auf den Schreibtischen der Ermittler. Die beiden Beamten, die den Fall bearbeiten, kennen Mierau von seinen E-Mails und haben die IP-Adressen benutzt, um bei O2 abzufragen, unter welchem Namen die Anschlüsse registriert sind. Daher haben sie einen Verdacht, wer hinter den Angriffen stecken könnte.

»Können Sie so eine Abfrage auch bei pizza.de machen?«, fragt Mierau. »Er bestellt in meinem Namen Pizza.« Die Beamten haben mit pizza.de oft zu tun, viele Schüler spielen ihren Lehrern Streiche, indem sie falsche Bestellungen aufgeben. »Die sind sehr unkooperativ«, antwortet einer der Beamten, »Datenschutz!«

Es gehört zum Selbstverständnis des Bloggers Caspar Mierau, dass er die Speicherung von Daten ablehnt. Hier auf dem Berliner Polizeirevier fällt ihm auf, dass man die Sache auch anders sehen kann. Wäre der Datenschutz in Deutschland nicht so streng, könnten die beiden Polizisten den Stalker vielleicht mithilfe der Pizzabestellungen überführen. Die Vorratsdatenspeicherung, deren Aussetzung Mierau wie die meisten Mitglieder der Netzszene bejubelt hat, wäre für die Lösung seines Falles eine Riesenhilfe gewesen: Sie hätte die Telefonanbieter und Internetprovider dazu verpflichtet, die Verbindungsdaten (wer hat wann und wo mit wem telefoniert, gemailt oder gesimst, wer hat wann und wie lange welche Webseiten besucht) mindestens sechs Monate lang zu speichern. Die Anonymität im Internet wäre quasi beendet. (Später, im Oktober 2015, wird der Bundestag das Gesetz in abgemilderter Form neu verabschiedet – die Speicherfrist beträgt nun vier bis zehn Wochen.)

»Wen vermuten Sie hinter den Taten?«, wollen die Beamten wissen. »Wahrscheinlich einen aus dem Umkreis der C-Base, aus der Piratenpartei oder dem Chaos Computer Club«, antwortet Mierau. Die Beamten sehen einander an: »Kennen Sie einen Frederick Nagel?«

Mierau nickt. Nagel ist ein Mitglied der C-Base, das er selbst auch schon im Verdacht hatte: An dem Tag, an dem die Anrufe begannen, hatte der flüchtige Bekannte Mieraus Radiointerview im C-Base-Chat kommentiert. Und er kennt sich mit Telefonanlagen aus. Mierau hört gar nicht mehr richtig hin, als die Polizisten sagen, dass es jetzt noch eine Weile dauern könne. Draußen fällt er seiner wartenden Frau um den Hals: »Sie haben ihn!« Mieraus Körper bebzt. »Das Schlimmste ist vorbei.« Er weint. Und er ahnt nicht, wie falsch dieser Satz ist.

* Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes haben wir den Namen geändert

Mierau verbringt nun viel Zeit damit, über Frederick Nagel nachzudenken. Er weiß noch, dass ihm Nagel vor drei Jahren eine E-Mail schrieb, um sich bei der C-Base zu bewerben – Mierau saß damals im Vorstand des Hackerclubs. Sie sprachen über technische Probleme im C-Base-Chat und folgten einander zeitweise auf Twitter. Einmal lud Mierau Nagel wegen einer dienstlichen Sache in die Räume von Moviepilot ein. Es ist die einzige Begegnung, die Mierau noch im Kopf hat: Nagel, Ende zwanzig und überfreundlich. Ein IT-Spezialist, der aus Süddeutschland nach Berlin gezogen war und Anschluss an die Netzszene suchte.

Je mehr Mierau grübelt, desto klarer wird, dass er nichts über Nagel weiß. Ihre Beziehung war eher virtuell. Warum hasst er ihn? Was will er?

Mierau beschließt, den Stalker zu stalken. Mit einem falschen Twitter-Profil bewirbt er sich bei Nagel, der einen geschlossenen Account hat, als Follower. Im Archiv stößt er auf einen Tweet, den Nagel im vergangenen Dezember an ihn geschrieben hatte. Er bezog sich auf einen Kongress des Chaos Computer Clubs: »@leitmedium kommst du zum #30c3?«

Mierau konnte den Tweet nicht sehen, er war damals kein Follower von Nagel. Ein kleines Missverständnis, das im Rückblick Bedeutung bekommt: Wollte sich Nagel mit ihm verabreden? Fühlte er sich zurückgewiesen, als keine Antwort kam? Hatte ihn das Radiointerview daran erinnert, seinen Groll erneuert?

In der Nacht zum Mittwoch, dem 19. März 2014, geht bei Susanne Mieraus Blog ein Kommentar ein von einem Nutzer namens »leitmedium«: »hey du ossi fotze pass auf was dein mann sagt sonst bringe ich euch alle um«.

Mierau liest die Nachricht am nächsten Morgen und geht sofort ins Schlafzimmer. Seine Frau liegt mit den beiden Kindern im großen Hochbett, das sie sich alle vier teilen. »Es ist so weit«, sagt er, »die erste Morddrohung ist da.« Sie wissen, dass der Verdächtige in Berlin-Charlottenburg wohnt. Bloß eine halbe Stunde von ihnen entfernt.

Die Mieraus rufen bei der Kita an und erklären, dass ihre Tochter fürs Erste zu Hause bleiben muss, ein Stalker habe sie bedroht. Dem Kind zeigen sie ein Foto von Nagel und warnen: Geh bloß nicht mit diesem Mann mit! Spielplätze bekommen etwas Bedrohliches, weil hinter jedem Baum der Stalker warten könnte. Susanne Mierau beginnt, Busse und U-Bahnen zu meiden. Charlottenburg und die angrenzenden Bezirke betritt sie nicht mehr. Einen Besuch in ihrem Wochenendhaus in Brandenburg bricht sie am ersten Abend ab, weil sie glaubt,

Geräusche in der Dunkelheit zu hören. Wenn sie aus dem Haus geht, trägt sie ein Klappmesser in der Handtasche. Falls der Stalker angreift, schwört sie sich, werde ich schneller sein.

Als es eines Nachts um halb zwei klingelt, springt das Paar auf in der Erwartung des Mörders vor der Tür. Doch es ist bloß der Pizzabote, der wieder eine falsche Bestellung ausliefern will. Anderntags informiert Caspar Mierau die Nachbarn und bittet sie, seine Familie vor Fremden zu verleugnen. Dann schraubt er das goldene Klingelschild am Hauseingang ab. Er hatte es seiner Frau zur Hochzeit geschenkt. Das Gefühl, sich im eigenen Haus verstecken zu müssen, ist für ihn die größte Demütigung.

Bei einem Treffen im Mai 2014 wirkt das Paar übernächtigt und angespannt. Sie sitzen mit ihren Kindern in der Mitte einer großen Messehalle, um sie herum Menschen mit Laptops und ironischen Sprüchen auf ihren T-Shirts. Die digitale Avantgarde Deutschlands hat sich bei der Konferenz Republica versammelt, um über den Überwachungsstaat, verfolgte Blogger und Sexismus im Netz zu diskutieren.

Susanne Mierau sagt, das Schlimmste seien die Drohungen gegen die Kinder. Sie erzählt, sie habe als Achtjährige mitbekommen, wie ein Klassenkamerad vergewaltigt und umgebracht wurde: »Deshalb machen mich die Morddrohungen so fertig.« Sie streicht ihrem einjährigen Sohn über den Kopf und gibt ihm die Brust. Ihre Unruhe versucht sie vor den Kindern zu verbergen, aber es fällt ihr immer schwerer.

Susanne Mierau ist Kleinkindpädagogin, gerade hat sie einen Vortrag über die Online-Community als Ersatz für die Großfamilie gehalten. Heutzutage, erklärte sie, wüchsen Kinder nicht mehr mit der Sippe auf, sondern in kleinen Familien, die oft umziehen. Junge Mütter könnten nicht die eigenen Mütter um Tipps bitten, sondern suchten im Internet bei anderen Eltern Rat.

Ihr eigenes Blog »Geborgen Wachsen« führt sie wie ein Familientagebuch: Im Stil einer guten Freundin erzählt sie den Lesern, warum sie ihren Sohn öffentlich stillt, wie sie ihrer Tochter Waffeln zubereitet und warum sie auf dem Spielplatz am liebsten Jeans trägt. Wer die Einträge liest und die Fotos ansieht, hat das Gefühl, Susanne Mierau gut zu kennen. Doch die Nähe ist simuliert: Die Kinderfotos, die wie Schnappschüsse wirken, sind meist so aufgenommen, dass man die Gesichter nicht erkennt. Die Blog-Einträge, die wie Erlebnisse aus dem

Alltag daherkommen, dienen vor allem zur Verbreitung ihrer Erziehungsphilosophie. Susanne Mierau lebt von Anzeigen, die die Hersteller von Windeln oder Naturkosmetik auf ihrer Seite schalten. Je authentischer ein Blog wirkt, desto erfolgreicher ist es.

Kann es sein, dass der Stalker die simulierte Nähe mit echter verwechselt und sich davon angesprochen fühlt? Ist er neidisch, weil er im Internet das Leben einer Bilderbuchfamilie vorgeführt kriegt?

Viele Bekannte haben den Mieraus vorgeworfen, sie hätten den Stalker selbst provoziert: Müsst ihr wirklich so viele Fotos posten? Seid ihr sicher, dass ihr nicht zu öffentlich lebt? Eine Erzieherin der Tochter hat Susanne Mierau geraten, das Bloggen ganz zu lassen, dann werde auch das Stalking aufhören. Die Mieraus haben dem Kindergarten mittlerweile gekündigt und auch den Kontakt zu allen anderen abgebrochen, von denen sie sich beschuldigt fühlen. Sie wollen ihr Leben, das sie als Leben im Netz verstehen, nicht wegen eines Stalkers aufgeben.

Susanne Mierau ist mit den Kindern schon nach Hause gefahren, als ihr Mann am Abend draußen auf dem Republica-Hof steht und einem Freund von den neuesten Hasskommentaren berichtet. Der Freund wurde eine Zeit lang von seiner Expartnerin belästigt, die immer wieder vor seiner Tür stand, weil sie die Trennung nicht verwand.

»Bei mir ist es schlimmer«, sagt Mierau düster.

»Ich würde bei dem Typen mit einem Kasten Benzin vorbeifahren«, antwortet der Freund. »Gib mir seine Adresse, ich mach's für dich!« Er haut mit der Faust in seine Hand.

Caspar Mierau hat schon oft darüber nachgedacht, selbst nach Charlottenburg zu fahren. Nachts, wenn seine Frau aufschreckt, weil sie einen Albtraum hatte, wenn er seine Kinder in der Dunkelheit atmen hört und das Handy wieder stumm einen Anruf meldet, wenn er sich fragt, ob der Stalker wohl morgen seine Drohungen wahr macht – dann malt er sich aus, wie Frederick Nagel sterben wird. Er könnte einen Autounfall haben und an den Verletzungen verenden. Er könnte von der Polizei festgenommen werden und sich in der Zelle erhängen. Er könnte von Caspar Mierau oder einem seiner Freunde umgebracht werden. Die Gewaltfantasien verschaffen ihm Momente der Genugtuung, doch er weiß auch, dass er sie nicht umsetzen wird. »Ich will auf dem Rechtsweg bleiben«, sagt er.

An diesem Weg zweifelt er oft. Er ist gewohnt, dass sich die Dinge mit der Geschwindigkeit von Klicks verändern, nun findet er sich in der Rolle des Wartenden wieder. Die Polizei hat Nagels Wohnung im April schon einmal durchsucht, Drogenbesteck gefunden und ein Macbook mitgenommen, doch das Stalking ging weiter. Im Mai erlässt das Gericht eine Gewaltschutzanordnung, die Nagel jeglichen Kontakt zu den Mieraus verbietet, doch das Stalking geht weiter. Im Juli stehen die Beamten abermals vor Nagels Tür und nehmen einen neuen Computer mit, doch das Stalking geht weiter. Nagel bestreitet stets, der Stalker zu sein, doch nach jeder polizeilichen Maßnahme bekommen die Mieraus Nachrichten, die sich offensichtlich auf die Ermittlungen beziehen:

»Was kommt als Nächstes?«

»jetzt hast du es geschafft.«

»bitte nicht so danke«

Das Netz ist schnell, die Justiz ist langsam. Mierau hat das Gefühl, als schaue der Rechtsstaat dabei zu, wie seine Familie leidet. Warum, fragt er sich, wird Nagel nicht festgenommen? Erst nach und nach begreift er, dass für eine Inhaftierung andere Gründe vorliegen müssen – zum Beispiel das Risiko, dass der Verdächtige flüchtet oder Zeugen beeinflusst. Morddrohungen per E-Mail reichen nicht aus. Solange sie nicht gewalttätig werden, werden Stalker daher oft nicht festgenommen.

Im Herbst 2014 beschleunigen sich die Dinge: Die Staatsanwältin erhebt Anklage. Und Mieraus Frau gerät wegen Übermüdung fast in einen Autounfall. Der Anwalt der Mieraus wendet sich ans Gericht: So gehe es nicht weiter. Im September wird Frederick Nagel festgenommen. In der einwöchigen U-Haft bekommt er einen Pflichtverteidiger, er legt ein Geständnis ab: Ja, er hat die Mieraus mit Anrufen, Hackerangriffen und Kommentaren gestalkt. Jetzt endlich hören die Angriffe auf.

Die Sonne scheint hell auf die wilhelminische Fassade des Amtsgerichts Tiergarten, als Frederick Nagel Ende Juni 2015 zum ersten Verhandlungstag erscheint. Er schleicht in den Gerichtssaal 862 im dritten Stock, der mit seinem Linoleumboden und den orangefarbenen Zuschauerbänken aus Plastik wie eine Kulisse aus den achtziger Jahren wirkt. Die Richterin thront in der Mitte eines U-förmigen Holztisches, Nagel nimmt auf dem Stuhl ihr gegenüber Platz. Er sitzt zum ersten Mal vor einem Gericht, und er ist nervös. Ein schmaler Mann mit

hohen Wangenknochen und glatter, bleicher Haut, der sich für diesen Anlass ein schwarzes Jackett angezogen hat. Außer seinem Anwalt gibt es niemanden, der ihn bei diesem Prozess begleitet.

Die Staatsanwältin erhebt sich und verliest die Statistik seiner Tat: 267 Anrufe mit anonymen oder gefälschten Rufnummern; 211 E-Mails unter Verwendung von Anonymisierungsdiensten; 102 Einträge auf den Blogs; 70 Passwort-Reset-Anforderungen; fünf Online-Pizzabestellungen und ein Brute-Force-Angriff. Fast 2.000 Seiten umfasst die Akte, die in weiten Teilen aus Logdateien besteht. Manchmal, wenn die Staatsanwältin einzelne Kommentare vorliest, zuckt Nagel leicht zusammen. Die Worte, die er wie im Wahn in seinen Computer getackert hatte, wirken, von einem Menschen ausgesprochen, auf einmal anders: sehr real und sehr irre zugleich.

Es wird nicht vollständig klar, wie aus dem Nerd Frederick Nagel ein hasserfüllter Cyberstalker werden konnte. Mit dem *ZEITmagazin* wollte er nicht sprechen. Auf den ersten Blick hat er eine unauffällige Biografie: geboren in München, aufgewachsen auf der Schwäbischen Alb, Hauptschulabschluss, dann verschiedene Jobs bei verschiedenen IT-Firmen. Er guckt gern DDR-Dokumentationen auf YouTube, postet Graffiti-Fotos auf Facebook und hat auf seinem Xing-Profil angegeben, nicht nur Mitglied bei der C-Base, sondern auch beim Chaos Computer Club und bei den Programmierern von LinuxTag und der Unix User Group Berlin zu sein.

Auch Nagel führt ein Leben in Berlin und im Internet. Auch für ihn sind seine Geräte die Verlängerung seines Selbst. Dass die Polizei seine Computer beschlagnahmt hat, hat ihn im Kern getroffen. Als man ihm alle Geräte abgenommen hatte, stahl er einen Tablet-Computer. Auch dafür muss er sich verantworten.

Für das Gericht ist der Fall relatives Neuland. Stalking, das erst seit acht Jahren ein Strafbestand ist, wird nur selten verhandelt. Im Jahr 2013 wurden 23.831 unterschiedliche Fälle bei der Polizei gemeldet, doch nur zwei Prozent der mutmaßlichen Täter wurden angeklagt, weniger als ein Prozent wurden verurteilt. Die Opfer müssen nicht nur belegen, dass sie über einen längeren Zeitraum auf verschiedene Arten belästigt wurden; sie müssen vor allem beweisen, dass diese Belästigungen ihre Lebensführung auch wirklich schwerwiegend beeinträchtigt haben. Das ist eine recht umstrittene Bedingung des Paragraphen 238 im

Strafgesetzbuch – eine Online-Petition, die zu seiner Verschärfung aufruft, hat bereits 85.000 Unterzeichner.

Die Frage ist, ob Frederick Nagel wegen Telefonterror und Hasskommentaren ins Gefängnis wandern wird. Auf Nachstellung stehen bis zu fünf Jahre Haft. Die Mieraus treten in diesem Prozess als Zeugen und Nebenkläger auf.

Als Ursache für das Stalking nennt Nagels Verteidiger Ingmar Pauli einen »stillen« – er meint wohl unausgesprochenen – Streit: Nagel halte Mierau für einen der fähigsten Programmierer Berlins, fühle sich aber von ihm ungerecht behandelt. Die Welt der Hacker ist eine des Wettbewerbs, der Ruf ist alles. Nagel hatte für sich das Gefühl entwickelt, Mierau mache sich über seine technischen Fähigkeiten lustig und rede ihn in der C-Base schlecht. (Im Laufe des Stalkings hatte Mierau tatsächlich weitere Personen aus der Community über Nagel informiert.) Die Welt, zu der Nagel Anschluss suchte, schien ihm durch Mierau versperrt. Deshalb wollte er sich rächen und andererseits beweisen. »Mit der Brute-Force-Sache wollte ich seine Sicherheit testen«, erläutert Nagel, und seine Stimme flattert. »Ein Spiel von Computerfreaks, sach ich mal.«

Auch von Susanne Mierau, die er nie gesprochen, nie gesehen hatte, fühlte er sich provoziert: »Sie hat ja immer sexuelle Dinge geschrieben, in der Öffentlichkeit stillen und so.« Es scheint, als habe er sich von den Blog-Einträgen und Fotos der Mieraus höchstpersönlich angesprochen gefühlt. Als verstehe er seine Angriffe als Antwort auf das, was die beiden im Netz taten und schrieben. Ihr öffentliches Auftreten empfand Nagel, der sich selbst als Datenschützer präsentiert, als leichtsinnig und falsch. Zu den nächtlichen Pizzalieferungen sagt er: Wer die eigene Adresse und Telefonnummer ins Netz stelle, müsse eben mit unerwünschtem Besuch rechnen. Doch als professionelle Blogger sind die Mieraus gesetzlich dazu verpflichtet, eine abmahnfähige Anschrift im Impressum zu veröffentlichen.

Je länger Nagel spricht, desto deutlicher wird, dass er die Scheinwelt der Realität vorzieht. Die Heroinspritzen, die die Polizei bei ihm fand? Habe er benutzt, um Methadon richtig zu dosieren. Erst später gibt er zu, sich Heroin gespritzt zu haben. Das Kündigungsschreiben einer Firma, das die Richterin auf seinem Computer entdeckte? Ihm sei nur wegen einer Outsourcing-Maßnahme gekündigt worden. Erst nach und nach wird klar, dass er wegen zu vieler Fehlzeiten seinen Job verloren hat. Die Beziehung zu Mierau? Habe als »enge Freund-

schaft« begonnen. Als Stalker habe er sich nie gesehen. Wieso auch? »Alles, was Sie sagen, ist so ambivalent«, die Richterin klingt ungeduldig. »Sie sind so schwer zu greifen, aber ich muss mir ein Bild von Ihnen machen!« Sie blättert in ihren Leitz-Ordern und zieht Fotos von Drogenspritzen heraus und das Schreiben der Firma. Immer wieder konfrontiert sie Nagel mit sehr realen Dingen, die er getan und erlebt hat und die er offenbar nicht wahrhaben will. Der vom Gericht bestellte Gutachter beschreibt Nagel als einen Menschen, der leicht krankbar ist und die Neigung hat, die Unwahrheit zu sagen.

Unter den Fragen der Richterin beginnt sein Selbstbild zu bröseln. Lange hat Nagel sich mit Anonymisierungstools und schnellen Attacken für unangreifbar und allmächtig gehalten. Er glaubte, sich selbst und seine Probleme im Nirwana des Netzes verstecken zu können. Darüber, welche Folgen seine Hassmails und der Telefonterror haben könnten, hat er nicht nachgedacht. Erst jetzt, in diesem Gerichtssaal, im Angesicht dieser nüchternen Juristin, kommt er offenbar zu sich. Erst jetzt wird ihm bewusst, dass seine Cyberattacken kein Spiel waren, sondern Straftaten. Dass ihm die Anonymität eine Macht zu verleihen schien, die er in Wahrheit nie besaß. Er, der großmächtige und gefährliche Cyberstalker, schrumpft zusammen zu einem armen Kerl mit Drogenproblemen, Geldsorgen und psychischen Ausnahmezuständen.

Vielleicht ist die Welt des Internets für Menschen wie Frederick Nagel besonders verlockend und zugleich besonders schwer zu verkraften. Susanne und Caspar Mierau müssen auf ihn gewirkt haben wie ein Prominentenpaar aus der Netzwelt. Ihr öffentlich inszeniertes Familienleben, ihr Erfolg und ihr Zusammenhalt haben ihm wohl vorgeführt, was in seinem Leben alles fehlt. Neid ist laut dem Psychologen Wolf Ortiz-Müller eines der stärksten Motive für Stalking. »Man will das eigene unbedeutende Dasein aufwerten, indem man dem anderen seine Macht zeigt«, sagt der Leiter der Therapieeinrichtung »Stop Stalking«. Sie richtet sich an Täter, die lernen wollen, mit Kränkungen besser umzugehen und ihre Impulse zu kontrollieren. Auch Nagel hat »Stop Stalking« nach seiner U-Haft mehrfach besucht, das war die Auflage für seine Entlassung.

Vor Gericht sagt er, dass er nun besser verstehe, welche Auswirkungen sein Tun auf andere hat. »Die E-Mail bleibt im Kopf der anderen«, sagt er, aber es klingt nicht, als komme diese Einsicht aus Nagel selbst, sondern wie eine Parole aus der Therapie.

Die Tricks der Hacker wirken hier im Gerichtssaal 862 wie Mythen aus dem Outer Space. Immer wieder muss sich die Richterin technische Details erklären lassen: Was bedeutet es, jemandem auf Twitter zu entfolgen? Was ist ein News-reader? Und ist die C-Base ein realer Ort? Als Caspar Mierau beschreibt, wie man mit spezieller Software Anrufe von falschen Nummern aus tätigen kann, rollt sie vor Überraschung auf ihrem Stuhl zurück: »So was geht?! Ich war Ermittlungsrichterin und hab Telefonüberwachungen veranlasst, aber das wusste ich nicht!«

Nagels Nervosität steigt, als Susanne Mierau den Raum betritt. Langsam, als taste sie nach jedem Wort, erzählt sie von den Anrufen, den sexuellen Kommentaren und den Droh-E-Mails, nach wenigen Sätzen stockt sie. Stille: »Dann wurde uns Mord angedroht, uns allen!« Sie fällt in sich zusammen und beginnt zu weinen. Caspar Mierau stürzt auf sie zu. »Herr Nagel, verlassen Sie bitte den Raum!«, ruft die Richterin, und Nagel erhebt sich ruckartig und schiebt sich an Susanne Mierau vorbei in Richtung Tür.

Draußen läuft er den Korridor auf und ab wie ein unruhiges Tier. Wenn jemand auf den Flur tritt, duckt er sich hinter den Getränkeautomaten. All die hässlichen Kommentare zu Titten, Ficken und Töten, die er abgefeuert hat, holen ihn jetzt ein. Da saß tatsächlich ein Mensch am anderen Ende.

Susanne Mierau, erklärt der vom Gericht bestellte Gutachter später, leide immer noch an einer posttraumatischen Belastungsstörung. Er hat bei ihr Schlafstörungen, Panikattacken und extreme Paranoia festgestellt. »Traumata«, sagt er, »entstehen in Situationen, wo das Opfer mit dem Tode bedroht wird. Bei Frau Mierau wurde das Trauma akkumuliert, weil das Stalking immer weiter eskalierte. Irgendwann wurde es für sie lebensbedrohlich.« Die Folgen scheinen Susanne Mierau erst jetzt, da das Stalking überstanden ist, einzuholen. Der Abwehrkampf ist der Erschöpfung gewichen, seit drei Monaten geht sie zu einem Psychotherapeuten.

Er habe sein eigenes Tun nicht begriffen, sagt Frederick Nagel zwei Wochen später, als ihm vor dem Urteil das Schlusswort erteilt wird. »Es tut mir wirklich leid. Ich hoffe, bei Frau Mierau wird schnell wieder alles gut. Und bei der ganzen Familie.« Er spricht schnell und abgehackt, sein ganzer Körper ist angespannt. Immer wieder fasst er sich an die Stirn, um den Schweiß abzuwischen. Für ihn ist dieser Prozess ein Realitätsschock. Er steht nicht nur vor den Trüm-

mern seines Selbstbildes, sondern auch vor neuen, sehr analogen Problemen: 9.000 Euro Wiedergutmachung muss er zahlen.

In ihrem Urteil betont die Richterin, man könne die Welt des Internets nicht von der echten Welt trennen. Nagel darf die Mieraus nicht kontaktieren und sich ihnen nur bis auf 200 Meter nähern. Sie verurteilt ihn zu einem Jahr und drei Monaten auf Bewährung – ein selten hohes Strafmaß für Stalking. »Ich bin bei der Bewährungsüberwachung nicht geduldig«, fährt sie drohend fort. »Beim ersten Verstoß haben Sie einen Termin bei mir gewonnen. Beim zweiten mal wandern Sie direkt ins Gefängnis. Haben Sie das verstanden?«

Nagel nickt: »Hab ich verstanden.«

»Dann alles Gute.«

»Danke schön.«

Er erhebt sich, eilt nach draußen, vorbei an Caspar Mierau, den er acht Monate lang terrorisiert hat, raus aus diesem Amtsgericht, das ihn dafür bestraft hat. Es ist ein herrlicher Sommertag, doch Frederick Nagel will zurück nach Hause. An seinen Computer.

Mitarbeit Susanne Petersohn

Hinter der Geschichte

Die Recherche: Mit jedem Hasskommentar, jeder SMS, jedem Anruf hinterließ der Stalker eine digitale Spur. Mithilfe der Protokolle konnte die Autorin genau rekonstruieren, wann er zum Beispiel Pizza bestellt, die Mieraus angerufen oder sie bedroht hatte.

Dauer: Als das Stalking begann, kontaktierte Caspar Mierau unsere Autorin, die er von ihrer Berichterstattung über die Piratenpartei kannte. Anderthalb Jahre lang traf sie ihn immer wieder. Sie sprach auch mit dem Verteidiger des Stalkers und dem Leiter der Therapieeinrichtung, die er besuchte. Der Stalker selbst lehnte ein Gespräch trotz mehrerer Anfragen ab.

ZEITMAGAZIN

Nr. 52/2015 vom 23. Dezember 2015

Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1955 in Frankfurt am Main.

Verena Lueken kam auf Umwegen zum Journalismus und schnell zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Dort arbeitet sie seit fast 25 Jahren als Redakteurin des Feuilletons, davon sieben als Kulturkorrespondentin in New York. Unter dem Eindruck des 11. Septembers schrieb sie das Buch »New York. Reportage aus einer alten Stadt« (2002). Es folgte 2005 »Gebrauchsanweisung für New York«, eine erweiterten Neuausgabe kam 2010 heraus. 2015 veröffentlichte sie ihren ersten Roman: »Alles zählt«. Sie hat Lehraufträge an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt sowie der Leuphana Universität Lüneburg.

VERENA LUEKEN ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Meinung« für ihren Beitrag »Den Tod im Blick«, erschienen am 20. Oktober 2015 in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Den Tod im Blick

Von Verena Lueken

Von den gefilmten Exzessen der IS-Terroristen, auf die Navid Kermani in seiner Friedenspreisrede zu sprechen kam, führt eine Spur direkt in unsere Bilderwelten. Hier sind die höchsten Stufen des Horrors längst gezündet.

Eine gefesselte Frau, mit ihrer Strumpfhose geknebelt, nackt, die Beine geöffnet, die Arme an Pfosten gebunden. Die Striemen über ihrem Bauch erzählen von den Schlägen, die sie hinter sich hat, die Blutergüsse im Gesicht von ihrer Gegenwehr. Jetzt wird sie vergewaltigt, von vielen Männern, dann mit Messern und Stöcken gequält, schließlich gewürgt, dann erstochen: Dies ist ein Video, das mit dem Verdacht spielt, es zeige ein tatsächliches Ereignis.

Eine Gruppe von Mädchen wird entführt und einem Pornoproduzenten ausgehändigt, der sie vor laufender Kamera schlachten lassen will: Dies ist offizielle Inhaltsangabe eines Films, der mit dem Verdacht spielt, das sei tatsächlich geschehen, damit es gefilmt werden könne.

Einer Frau wird vor laufender Kamera die Kehle durchgeschnitten und der Film ihrem Liebhaber zugespielt, der gegen die Regeln eines mexikanischen Drogenkartells verstoßen hat: Dies ist eine Szene aus einem Kinofilm mit Michael Fassbender und Penélope Cruz.

Theater des Grauens

Allesamt Phantasien aus unseren entfesselten Bilderwelten. Sämtlich Beispiele unseres entmenslichten Sehens und der kompletten Unterwerfung all unserer Sinne unter den kommerziellen Verwertungszwang als Triebfeder unseres Handelns und Wünschens. Es sind harmlosere Beispiele, muss man sagen, es gibt vieles, das sich spielend im Netz finden lässt, was den hier nur ange deuteten Schrecken bei weitem übersteigt.

Navid Kermani hat in seiner Dankesrede für den Friedenspreis in der Frankfurter Paulskirche am vergangenen Sonntag als Muslim gesprochen, der die vermeintliche Hilflosigkeit des Westens gegenüber den Kriegen in Syrien und im Irak zwar kritisierte, der aber im Wesentlichen über den Islam und dessen innere Zerstörung sprach und zu einem erschütternden Ergebnis kam. »Es gibt keine islamische Kultur mehr«, sagte er.

Zwangsläufig dachte man: Wie sieht es mit unserer aus? Kermani fragte das nicht. Aber eine innere Zerstörung, die den Westen zersetzt, schien in zwei Chiffren auf, die nur auf den ersten Blick beiläufig erscheinen: die Shoppingmall, die neben der Kaaba in Mekka steht, und die Snuff-Videos des »Islamischen Staats«, der »mit seinen Bildern eine immer höhere Stufe des Horrors zündet«. Wir werden gezwungen, an diesem Theater des Grauens, das in den Theatern der Antike in der syrischen Wüste gegeben wird, als Zuschauer teilzunehmen. Unser Entsetzen ist grenzenlos. Aber was folgt daraus?

Snuff, das sind wir

In unseren Bilderwelten haben wir die höchsten Stufen des Horrors längst gezündet, und darauf verweist Kermani mit der Verwendung des Wortes »Snuff«, das möglicherweise nicht allen seiner Zuhörer geläufig gewesen sein wird und das doch die Gedanken in Gang setzte – nicht nur über den IS und seine Propagandafilme, sondern vor allem darüber, was sie plagieren.

Zum ersten Mal kam das Gerücht über sadistische Morde vor laufender Kamera bei der Bande um Charles Manson auf, Manson selbst soll sich damit gebrüstet haben. Aber die Filme tauchten niemals auf. Der später in den Siebzigern virulente Verdacht, in der amerikanischen Pornoindustrie seien Darstellerinnen tatsächlich während der Dreharbeiten getötet worden, um den Horror vollkommen wirklichkeitsgetreu abbilden zu können, ließ sich nicht bestätigen. Aber der Begriff »Snuff« wurde seitdem immer wieder benutzt, der Verdacht immer wieder geäußert, wenn über Gewaltpornographie debattiert wurde. Und wie das zwangsläufig so geht – die Strategien der Reizsteigerung, die von Snuff ausgingen, haben sich längst im Mainstream festgesetzt. Der Frauenmord vor laufender Kamera als Strafe für ihren Liebhaber, den wir mit ihm dann beobachten müssen, der stammt aus »The Counselor«, einem Hollywood-Film von Ridley Scott.

Die Glorifizierung von Sadismus zum Tode ist ein Marketingmerkmal der westlichen Kulturindustrie. Die Verwendung von »Snuff« in Kermanis todtrauriger Rede verweist auf uns. Es sind unsere Erzählungen, die da kopiert werden, unsere Bildstrategien, mit denen die größte Rekrutierungskampagne von Kämpfern seit dem Spanischen Bürgerkrieg arbeitet, und das zu wissen heißt vor

allem zu fragen: Sind das wirklich die besten Geschichten, die wir zu erzählen haben? die und die von den Ruinen Palmyras, deren endgültige Zerstörung wir beweinen, weil wir ausgerechnet dort und nur dort die Quelle unserer Kultur behaupten? Nein. Snuff, das sind wir.

Seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass es unsere Bilder sind, die Szenarien vorstellen, mit deren Plagiaten wir angegriffen werden. Aber wer hat ernsthaft danach gefragt, ob das vielleicht an diesen Bildern liegt? An der Welt- und Menschswahrnehmung, die in ihnen zum Ausdruck kommt? Seit Kermani in der Paulskirche »Snuff« sagte, steht die Frage nach einer anderen Erzählung, anderen Bildern im Raum. Kermani hat als Muslim über den Islam, die islamische Welt und die Verluste der islamischen Kultur gesprochen. Snuff und Shoppingmall, die sind unsere Sache.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG
Nr. 243/43 R 1 vom 20. Oktober 2015

Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1971 in Berlin.

Jörg Thomann hat Publizistik, Politologie und Lateinamerikanistik studiert. Er verließ die Hörsäle für ein Auslandsjahr in Costa Rica und die Redakteursausbildung an der Berliner Journalisten-Schule. 1995 hospitierte er im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, für die er fortan über das Mediengeschehen aus Berlin berichtete. Schloss 1998 mit einer Arbeit zur Fernsehkritik doch noch das Studium ab. Danach Pauschalist fürs *F.A.Z.*-Feuilleton und für die »Berliner Seiten« der *F.A.Z.* Im Mai 2001 wurde er Medienredakteur in Frankfurt. Neun Jahre später Wechsel in das Ressort »Leben« der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Schrieb ein Buch über Idole von gestern und heute (»Unsere Helden – Von Flipper bis Lady Gaga«) und eines über spät erfüllte Jugendträume (»Alter, was geht?«).

JÖRG THOMANN ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Meinung« für seinen Beitrag »Das Ende der kleinen, heilen Welt«, erschienen am 20. September 2015 in *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.

Das Ende der kleinen, heilen Welt

Von Jörg Thomann

Die vielen Migranten, die zu uns kommen, stellen unser Lebensmodell in Frage. Der wahre Ausnahmezustand ist womöglich unser seliges Wohndasein gewesen. Mauern werden es nicht schützen können.

Der Rausch ist verfliegen, und manchem brummt nun schön der Schädel. Was ist das gerade gewesen? Unser Land, als kühl und rational verschrien, hatte sich einen kurzen Sinnestau gestattet, ein kleines Sommermärchen im Frühherbst. Die Kanzlerin, sonst bedächtig bis an die Grenze zur Apathie, hatte mit ihrem Entschluss, die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge ins Land zu lassen, einen Ausflug ins wilde, verwegene Denken gewagt und ihr Volk, ohne dass dies so recht wusste, wie ihm geschah, mitgerissen. Oder hatte das Volk, zumindest jene Teile davon, die mit Willkommensplakaten auf Bahnsteigen standen, die Kanzlerin mitgerissen?

Auf jeden Fall waren wir Deutschen einen Moment lang Weltmeister der Herzen. Mal nicht bewundert für die Effektivität unserer Maschinen, sondern für Menschlichkeit. Und wo deutsche Politiker sonst stets damit rechnen müssen, in der Weltpresse wahlweise mit Pickelhaube oder Hakenkreuzarmbinde aufzutreten, war Merkel mit einem Mal ein Engel, eine Heilige, die mitfühlende Mutter. Allerdings – dies immerhin ebenfalls ein neues Bild – auch die Loreley, deren lieblicher Gesang auf dem Titelbild des britischen *Spectator* die Flüchtlinge ins Verderben lockt. In Merkels neue Töne mischte sich dann auch rasch Seehofers alte Leier. Das Ende vom Lied: Grenzkontrollen. Und, vermutlich, eine Verschärfung des Asylrechts.

Größte Herausforderung seit der deutschen Einheit

Was bleibt, ist Ernüchterung. Nicht nur bei jenen, denen ohnehin nicht zum Feiern zumute war, weil sie den Kopf nicht freibekommen: Wir schaffen das? Wir sind geschafft. All die Helfer zum Beispiel, die Polizisten, Bürgermeister, Beamten in den Ausländerbehörden. Nicht zu vergessen die besorgten Bürger. Womit nicht die tumben Fremdenfeinde gemeint sind, die den Begriff schamlos okkupiert haben, sondern die ganz normalen Menschen, die mit gemischten Gefühlen die dramatischen Fernsehbilder betrachten und die Worte einzuordnen versuchen, die sie dieser Tage zu hören bekommen: die größte Herausforderung

rung seit der deutschen Einheit. Wir sind in einer Notlage. Europa stürzt ins Chaos. Unsere Gesellschaft wird sich verändern. Wie aber wird es dann sein: ungemütlicher, enger? Aufregender ganz sicher. Doch wer mag sich heute schon aufregen?

Die Wirtschaftsforscher sind sich weitgehend einig: Einwanderung ist gut – gut für alle. Von den Fotos im Wirtschaftsteil der Zeitung blicken uns lächelnde Menschen entgegen: zuversichtlich, tatkräftig, gut gebildet, hungrig auf Erfolg. Schaut hin, so die Botschaft, die sind so wie wir! Solche Migranten machen niemandem Angst, abgesehen vielleicht von denen, die angesichts der hochkarätigen Konkurrenz um ihren Job bangen müssen. (Obschon: Den Satz »Die Ausländer nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg« hat man lange nicht gehört. Vermutlich, weil viele Migranten all die Dreckjobs übernehmen, die Einheimische gar nicht machen wollen.) Was aber ist mit jenen Menschen, die nicht lächeln? Die nicht hungrig auf Erfolg sind, sondern einfach nur hungrig? Sind die auch so wie wir – oder vielleicht eine frühere Version unserer selbst, die wir spätestens mit der Nachkriegszeit überwunden glaubten?

Die Migranten, die jetzt zu uns kommen, bringen unser ideologisches Grundgerüst ins Wanken. Zeitschriften, Bücher, Freunde und Bekannte haben es uns über Jahre eingetrichtert: Wir sind auf dieser Welt, um glücklich zu sein. Mensch, lebe deinen Traum! Mach das Beste aus deinem Leben oder zumindest das Beste aus dir selbst! Also versuchen wir, uns zu perfektionieren, trainieren unseren Körper und Geist, machen Yoga und Bauchmuskeltraining, kaufen Bio-Obst und verzichten auch heute wieder auf Fleisch. Seltsame Selbstoptimierer, sehen wir uns im Angesicht der Fremden der Lächerlichkeit preisgegeben. Wenn die nur könnten, wie sie wollten, würden sie erst mal konsumieren bis zur Erschöpfung. Hältst du ihnen einen Bio-Apfel entgegen, nehmen sie den ganzen Korb. Und würden gewiss lieber gleich zu McDonald's gehen. Für unser Lebensmodell ist der Migrant eine Zumutung: Er will nicht das beste Leben von allen, er will ein besseres, ja manchmal überhaupt nur das: am Leben bleiben.

Wohlstandsdasein nur durch Verdrängung genießbar

Damit beschämt er uns. Unsere kleine, heile Welt gerät aus den Fugen, wenn unser Handy-Akku leer ist, der Sohn in Mathe eine Vier kriegt und wir keinen

Parkplatz vor der Haustür. Erste-Welt-Probleme. Wir faseln von »Quality Time«, die wir mit Partner und Kindern verbringen möchten, als wäre das nicht komplett anmaßend, als wäre nicht jede Minute, die wir bei der Arbeit, beim Einkaufen, ja selbst im Stau auf der Autobahn verbringen, eine Qualitätszeit, frei von Existenzangst und Lebensgefahr. Wollen wir wirklich mal erkennen, wie gut es uns geht, dann buchen wir 1300-Euro-Flüge in unterentwickelte Erdengebiete, um bei einer Rucksackwanderung die Faszination des einfachen Lebens zu spüren. Die geht aber nur selten so weit, dass man das Rückflugticket verfallen lässt.

Unser westliches Wohlstandsdasein lässt sich nur genießen durch Fatalismus und Verdrängung. Fliegen wir nicht zu den Armen, sondern kommen die Armen zu uns, kann das verstörend sein. Diejenigen, die ihre Heimat verlassen, tun dies oft unter furchtbaren Umständen. Sie schlafen auf dem Boden, laufen viele Meilen, scheuen auch tödliche Risiken nicht. Sie haben, was vielen von uns heute fehlt: ein Ziel. Das verfolgen sie mit einer Entschlossenheit, die uns, die wir träge um uns selbst kreisen, verlorengegangen ist. Wir stöhnen über die Vielzahl unserer Chancen – sie wollen ihre einzige nutzen. Und wer wollte ihnen das Recht dazu verweigern, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben?

Dem Menschen würdig ist es, ein Leben in Freiheit zu führen. Zählt dazu nicht auch die Freiheit, ein anderes Leben zu führen, nötigenfalls in einem anderen Land? Die UN-Menschenrechtscharta spricht jedem einen angemessenen Lebensstandard zu und soziale Sicherheit. Soll, wer im Spiel des Lebens Pech gehabt hat, wen Gottes Würfel ins zerstörte Syrien, Eritrea oder in den Irak verschlagen haben, sich einfach damit abfinden? Yolo, wie wir im Westen sagen: Man lebt nur einmal.

Europa in die Fluchtursachen der anderen verwickelt

Europa, so sagt man nun, sei im Ausnahmezustand. Mit gleichem Recht aber ließe sich behaupten, dass die vergangenen Jahrzehnte, in denen Europa und Deutschland ihren Bürgern Frieden und stetig wachsenden Wohlstand bescherten, der wahre Ausnahmezustand waren. Außerdem ist unsere eigene Gesellschaft in die Fluchtursachen der anderen »zutiefst verwickelt« – nämlich »durch globale Handelsbeziehungen, Waffenlieferungen und nicht zuletzt durch einen Lebensstil, der die Ressourcen der Erde verbraucht«, sagen die leitenden

Geistlichen der evangelischen Landeskirchen Deutschlands in einer aktuellen Erklärung und fordern: »Eine Umkehr von diesen ungerechten Verhältnissen ist an der Zeit.« Ist die Kirche kommunistisch?

Die Welt jedenfalls ist stärker vernetzt als je zuvor und Amerikas wie auch Europas Way of Life bis in den letzten Winkel verbreitet. Selbst dort müssten sie also genug Hollywood-Filme gesehen haben, um zu wissen, dass auch wir in der freien Welt Probleme haben, unglücklich sind, uns unverstanden und einsam fühlen, verstrickt sind in komplizierte Liebesbeziehungen. Doch die da sitzen vor dem Schaufenster des Westens, die schreckt das nicht ab. Sie sehen, dass die Hollywood-Menschen unglücklich in Hollywood-Wohnungen sind, dass die Amerikaner und Europäer ihre Beziehungskrisen in schicken Restaurants bereden. Müssen wir, um weniger attraktiv zu wirken, bei unserem Lifestyle abrüsten? Brauchen wir eine Sozialwohnungsquote für Fernsehen und Kino? Sollte man deutschlandkritische Beiträge von »Spiegel TV« ins Arabische übersetzen, CSU-Politiker auf Welttournee schicken?

Dass sich das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen lässt, das hat selbst Horst Seehofer zugegeben – ausgerechnet mit seiner befremdlichen Formulierung vom Stöpsel, den man nicht zurück auf die Flasche kriegt; das Bild des Bootes, das voll ist, zu bemühen verbot sich von selbst angesichts der kentenden Kähne im Mittelmeer. Wir sind heute, mehr denn je, eine Welt, ob wir das nun wollen oder nicht. An den Grenzen kann man kontrollieren, komplett verschließen kann man sie nicht. An diese Idee klammern sich nur noch jene, die die Linke jahrzehntelang angefeindet haben für ihre Utopie des globalen Multikulti. Die äußere Rechte glaubt sogar noch an nationalstaatliche Lösungen, sie will Zäune bauen und Mauern, die für alle von außen verschlossen sind, ein brachialer Denkmalschutz für den behaglichen deutschen Wohlfahrtsstaat. Wer, bitte, ist hier weltfremd?

Flüchtlingskrise zwingt uns zur Selbsterkenntnis

Auch diejenigen, die am liebsten niemanden mehr ins Land lassen würden, argumentieren moralisch: Wir seien unseren Kindern gegenüber verpflichtet, dass diese in Freiheit aufwachsen könnten. Soll heißen: frei von Armut, frei von Gewalt, frei von einer Religion, die – so die Propaganda – bald all unseren Töch-

tern Kopftücher aufzwingen wird. Wie frei aber ist man wirklich, wenn man von hohen Mauern umgeben ist?

Doch die Stimmung in Deutschland droht zu kippen. Der Boulevard, dessen Populismus ihn zwischenzeitlich ins Lager der Guten drängte und der den Flüchtlingen den roten Teppich ausrollte, kann diesen jederzeit wegziehen. Der Stellvertreter des Chefredakteurs einer überregionalen Zeitung, der sich gern als letzten Mohikaner des Liberalismus verkauft, schreibt nun, Europa müsse »eben auch Festung sein«. Und Angela Merkel, der man immerzu mangelnde Empathie vorwarf, schilt man jetzt für ihre Emotionen. Sich entschuldigen müssen für ein Lächeln in der Not? »Das ist nicht mein Land«, hat sie gesagt. Was für ein Land wir sind oder werden, diese Frage sollten wir uns alle stellen. Die Flüchtlingskrise zwingt uns zur Selbsterkenntnis – und ermöglicht uns im besten Fall ein neues Selbstverständnis.

FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG
Nr. 38 R vom 20. September 2015

Wissen zum
Verschenken

DIE ZEIT



NEU
Jahr-Viertel-Set
www.diezeit.de

PREIS DEUTSCHLAND 4,20 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

16. DEZEMBER 2013 37/18



HOFFENUNG FÜR DIE...

Profit

Nicht ökologische Einsparungen können den Pariser Gipfel...

Sie haben den Vertrag unterschrieben. In der vergangenen Woche wurde in Paris ein Abkommen über den Klimaschutz geschlossen. Die 196 Nationen sind sich einig, die Erderwärmung bis zum Jahr 2050 auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Die Pariser Klimaverträge sind ein wichtiger Schritt, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Die Pariser Klimaverträge sind ein wichtiger Schritt, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Wann ist man krank?

Mit dem Alter steigt das Risiko, an einer chronischen Krankheit zu erkranken. Die Diagnose ist oft schwierig.

Die Diagnose ist oft schwierig. Die Symptome sind oft unspezifisch. Die Ärzte müssen die Anamnese sorgfältig erheben. Die körperliche Untersuchung ist ein wichtiger Bestandteil der Diagnose. Die Laboruntersuchungen können weitere Hinweise liefern. Die Bildgebungsmethoden sind ebenfalls wichtig. Die Differentialdiagnose ist ein zentraler Bestandteil der Diagnose. Die Behandlung ist oft langfristig. Die Patienten müssen regelmäßig zur Kontrolle kommen. Die Lebensqualität ist ein wichtiger Aspekt der Behandlung.



DOCTOR

wirklich krank?
Doctor sein - Medizin

Stimmen Töne glücklich machen?
Wenn die Seele tanzt: Ein Gespräch über die große Wirkung von Musik.
ZDFmagazin



35 Minuten

Das ist ein sehr interessantes Thema. Die Wirkung von Musik ist ein faszinierendes Phänomen. Die Musik kann unsere Emotionen berühren und unsere Gedanken lenken. Die Wirkung von Musik ist ein faszinierendes Phänomen. Die Musik kann unsere Emotionen berühren und unsere Gedanken lenken. Die Wirkung von Musik ist ein faszinierendes Phänomen. Die Musik kann unsere Emotionen berühren und unsere Gedanken lenken.

Verlag: Die Zeit Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 10 15 53
50669 Köln
Telefon: 0221 4939-1
Telefax: 0221 4939-3100
E-Mail: abo@diezeit.de
www.diezeit.de

Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1965 in Darmstadt.

Heinrich Wefing hat in Bonn und Freiburg Rechtswissenschaften und Kunstgeschichte studiert, seine Promotion trägt den Titel: »Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken«.

1996 wurde er Redakteur im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, später Korrespondent der *FAZ* in Berlin und San Francisco, anschließend Büroleiter des *FAZ*-Feuilletons in Berlin. Seit 2008 ist er Redakteur und rechtspolitischer Kommentator und heute Stellvertretender Ressortleiter Politik.

Er hat mehrere Bücher veröffentlicht, darunter »Kulisse der Macht. Das Berliner Kanzleramt« (DVA 2001), »Gebrauchsanweisung für Kalifornien« (Piper 2005), »Der Fall Demjanjuk« (C.H. Beck 2011) und zuletzt »Geht alles gar nicht« (Rowohlt 2015, mit Marc Brost).

DR. HEINRICH WEFING ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Meinung« für seinen Beitrag »Darf's auch etwas mehr sein?«, erschienen am 10. Dezember 2015 in *Die Zeit*.

Darf's auch etwas mehr sein?

Von Heinrich Wefing

Jahrzehntelang hieß es: Weniger Staat! Das erweist sich spätestens in der Flüchtlingskrise als Illusion. Über eine historische Trendwende.

Wenn nicht alles täuscht, erleben wir gerade die Wiederkehr des starken Staates.

Man muss nicht lange überlegen, um sich klarzumachen, dass die enormen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, nicht ohne einen starken Staat gemeistert werden können:

Wir müssen dem Terror trotzen, ohne in Hysterie zu verfallen.

Wir müssen Hunderttausende, wenn nicht Millionen Zuwanderer integrieren und den Zustrom weiterer Migranten regulieren.

Und wir müssen erkennen, dass die EU zum ersten Mal seit 1989 nicht mehr nur von potenziellen Partnern und Beitrittsaspiranten umgeben ist, sondern mehr und mehr von Staaten, die entweder in die Instabilität abgleiten oder ins Autoritäre.

Angesichts der Abkehr der Amerikaner von Europa und dem Nahen und Mittleren Osten müssen wir deshalb unsere Sicherheit künftig selbst garantieren. In einem Ausmaß, das noch vor wenigen Jahren undenkbar schien und völlig quer steht zum habituellen Pazifismus der Republik. Der eben erst beschlossene Einsatz in Syrien ist da vermutlich allenfalls ein Anfang.

All das geht nur mit dem Staat. Die Zivilgesellschaft kann das nicht allein, jedenfalls nicht auf Dauer. Der Markt vermag es nicht, die Algorithmen der digitalen Staatsverächter von Google und Co. können es erst recht nicht, und Europa versagt gerade ziemlich kläglich. Es sind klassische Staatsaufgaben, die niemand sonst erledigen kann: Sicherheit und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit.

Alles spricht dafür, dass wir künftig mehr Polizisten brauchen, mehr Richter, mehr Lehrer, vermutlich auch mehr Soldaten und Spione. Und mehr heißt jeweils: viel mehr. Wir reden nicht von einer Handvoll zusätzlicher Sozialarbeiter und Staatsanwälte hier und da, sondern eher von Hundertschaften.

Integration, Innere Sicherheit, Intelligence, also Nachrichtengewinnung durch Geheimdienste – das sind die drei großen Aufgaben des Staates in den kommenden Jahren, und sie können nur gelingen, wenn der Staat über ausreichend Mittel verfügt – und sie auch einsetzt.

Der Staat erlebt seine Renaissance

Ausgerechnet der Staat, der lange Zeit immer kleiner und inkompetenter geredet worden ist, der Staat, über den nur noch Fantasien des Rückzugs und des Absterbens im Umlauf waren – dieser Staat erlebt gerade seine notwendige Renaissance.

Das heißt nun nicht, dass wir unbedingt mehr Gesetze brauchten. Es geht auch nicht um mehr Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden. Es geht darum, dass wir die Strukturen und die Institutionen schaffen, die staatliches Handeln braucht. So fordert der Hauptgeschäftsführer des BDI, Markus Kerber, in dieser Ausgabe der *ZEIT* die Einrichtung eines Integrationsministeriums.

Es geht aber auch um härtere Fragen. Um Entscheidungen, die uns innerlich zerreißen: Wir werden, nur zum Beispiel, in der Bundesrepublik irgendwann nicht mehr um die Debatte herumkommen, ob wir in der Nachrichtengewinnung auf Dauer von den Amerikanern, Briten und Franzosen abhängig bleiben wollen – und dann als Bittsteller im Zweifel auch deren Regelbrüche zu akzeptieren haben. Oder ob eine Macht in der Mitte wie Deutschland nicht auch bei der Aufklärung souverän werden muss, halbwegs jedenfalls, was bedeuten würde, gegen alle antrainierten politischen Reflexe die Geheimdienste auszubauen.

Integration, Innere Sicherheit, Intelligence – all das wird übrigens auch Geld kosten. Viel Geld. Geld, das anderswo fehlen wird. Auch darauf müssen wir uns einstellen.

Die einigermaßen kuriose Pointe dieser Erkenntnis ist der Umstand, dass die Stärkung des Staates notwendig wird, ganz gleich, wie man zum Beispiel über die Flüchtlingsfrage denkt. Egal, ob man eher für offene Grenzen eintritt oder für deren Schließung – um eine starke Exekutive kommt niemand herum.

Wer die Grenzen schließen oder auch nur die Zuwanderung stark einschränken will, kann das nicht ohne Beamte und Kontrollen, nicht ohne Abweisung und Abschiebung, die notfalls mit Zwang durchgesetzt werden müssen. Er braucht den starken, durchgreifenden Staat.

Aber auch derjenige braucht den starken Staat, der die Migranten nicht abweisen, sondern aufnehmen will. Denn dann braucht es mehr Kontrollen im Innern, eine bessere Sicherung der Flüchtlingsunterkünfte. Es braucht Beamte,

die gegen die erwartbaren Verwerfungen anstauern bei der Integration von Hunderttausenden Einwanderern aus dysfunktionalen Gesellschaften, von Traumatisierten, von Analphabeten und Bildungsfernen in eine hochdifferenzierte, liberale Kultur. Es braucht Beamte, die Reibereien zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen unterbinden und die Regeln, die in Deutschland gelten, auch bei den Neankömmlingen durchsetzen.

All das wird nicht ohne Spannungen und Ärger funktionieren, und es könnte auch noch hässliche Nebenfolgen haben. Schon weisen Fachleute darauf hin, dass die Gleichzeitigkeit von dschihadistischem Terror und dem massiven Zuzug von Migranten die Entstehung eines rechten Untergrunds befeuern könnte, die Bildung von rechtsextremistischen Zellen und Verbindungen. Manche Sicherheitsexperten warnen bereits vor einer Generation rechter Terroristen nach dem NSU. Auch ihnen kann nur ein starker Staat begegnen.

Vermutlich wird das auch bedeuten, dass wir uns in einer neuen, mürrischen Gelassenheit üben müssen. Dass wir uns an das Lästige des Alltags im Schatten der Gefahr gewöhnen werden. An Sicherheitskontrollen vor Bahnhöfen und Behörden, an Leibesvisitationen vor Konzerten und Kaufhäusern. Anders, zugespitzter gesagt: Ein bisschen weniger Idylle, etwas mehr Israel. Niemand will das, niemand mag das, aber kaum jemand wird es als unerträglich empfinden, solange die Bedrohung existiert. Und das kann noch lange sein.

Kurz: Je unruhiger die Zeiten, desto wichtiger ist ein wirkmächtiger Staat, der die Befolgung der Gesetze sichert und dafür auch die Mittel hat.

Das ist ein Einschnitt in das Selbstverständnis der Republik, dessen Bedeutung sich kaum überschätzen lässt. Seit Jahren und Jahrzehnten, eigentlich schon seit Gründung der Bundesrepublik, verstärkt durch die 68er-Bewegung und beschleunigt noch einmal nach 1989, ging die Grunddrift immer zuverlässig in die entgegengesetzte Richtung. Der Staat rüstete ab, wurde weniger autoritär, weniger eingreifend, zog sich aus vielen Bereichen der Gesellschaft zurück – etwa aus der Sexualmoral. Und natürlich war das gut so, aus Untertanen wurden Bürger, aus Behörden wurden Serviceagenturen. Über Beamte in Deutschland ärgert man sich manchmal, aber man fürchtet sie nicht mehr. Das allein ist schon eine enorme Zivilisationsleistung.

Machen Algorithmen die bessere Politik?

Doch damit nicht genug. Die Pendelbewegung ging weiter. Von Neoliberalen und von Kommunitaristen, von den Eliten der Globalisierung wie von den Eliten der Graswurzelbewegungen wurde die schleichende Delegitimierung des Staates weiter vorangetrieben, teils aus Idealismus, teils aus Wurschtigkeit, häufig aus massiven ökonomischen Interessen heraus.

Mit Erfolg propagierten diese Eliten, es sei schier unvermeidlich, dass sich der Staat nach oben und nach unten hin auflöse. Nach oben: in NGOs, ins Suprastaatliche, nach Europa oder gleich in die Vereinten Nationen. Und nach unten: ins Kommunitäre, in subsidiäre Strukturen der digitalen Selbstverwaltung, die den Staat irgendwann überflüssig machen würden. Im Denken des kalifornischen Silicon Valley verdichten sich diese Vorstellungen, der Staat sei eher das Problem als die Lösung, und Algorithmen machten die bessere Politik, zu einer wirkmächtigen libertären Ideologie, die auf die ganze Welt ausstrahlt.

Übrig blieb, zumal in Deutschland und Europa, fast nur noch der sozial-technokratische Wohlfahrtsstaat, der verteilt und unterstützt, steuert und ausgleicht, eine Agentur zur Vervollkommnung sozialer Gerechtigkeit. Es ist kein Zufall, dass Verfassungstheoretiker derzeit gern über die Staatskunst des »nudging« diskutieren, über den Staat des zarten Anstupsens, der nur noch warnt und belehrt, der seine Bürger sanft in die richtige Richtung schiebt, durch gutes Zureden und allerlei Anreize, durch Subventionen, Lebensmittelampeln und Sprachpolitik.

Und das ist beileibe keine bloß theoretische Diskussion. Die Polizei in Deutschland wurde jahrelang fast systematisch ausgehungert, Stellen wurden gestrichen oder nicht nachbesetzt, die Ausrüstung nur schleppend verbessert. Die Folgen sind schmerzhaft offenkundig. In einer großen Recherche von *ZEIT* und *ZEIT ONLINE* hat ein Team von Reportern erst in der vergangenen Woche offengelegt, wie skandalös gering die Fahndungserfolge bei gewalttätigen Attacken auf Flüchtlingsheime überall in Deutschland ist. Nur zwei Prozent der Fälle konnten aufgeklärt werden. Das hat viele Gründe, aber einer der wichtigsten ist die personelle Ausdünnung der Polizei. Es fehlen Beamte vor Ort, es fehlen Beamte in der Fläche, es fehlen Experten, Brandsachverständige zum Beispiel.

So wird dieser Staat mit den neuen, verschärften Spannungen nicht fertig werden, die uns bevorstehen. Mit »nudging« allein fängt man keine Brandstifter, kommt man weder rechten noch islamistischen Terroristen bei.

Oder, anders formuliert, in den Worten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio: »Das Credo der Eliten, wonach der Staat unfähig sei, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu meistern, mag richtig oder falsch sein: Es steht aber in geradezu abenteuerlichem Gegensatz zu der Erfahrung, dass ohne organisierte Staatlichkeit nichts geht: keine Menschenrechte, kein Frieden, kein Klimaschutz, keine Gerechtigkeit.«

Auch das ist keine bloß theoretische Erkenntnis. Es ist vielmehr eine Erfahrung, die wir gerade machen, wider Willen, mitten in Europa. Die Flüchtlingskrise nämlich führt uns auf geradezu dramatische Weise vor Augen, dass die Hoffnung gescheitert ist, die Nationalstaaten würden sich früher oder später ins Supranationale auflösen.

Wir erleben gerade das Gegenteil: Die EU erweist sich in diesen Tagen als exekutiver Zwerg. Sie kann ihre Außengrenzen nicht sichern, und sie kann ihre Regeln nicht durchsetzen: Dublin ist gescheitert, Schengen, also die Freizügigkeit des Reiseverkehrs, steht kurz davor zu scheitern, und die sogenannten Hot Spots zur Aufnahme und Erstregistrierung von Flüchtlingen entpuppen sich als bürokratisches Fantasma.

Überall auf der Welt ist die Grenze, die gesicherte Grenze, eines der Wesensmerkmale des Staates. Nur die EU meinte darauf verzichten zu können – eben weil sie bestenfalls eine Staatsabstraktion ist.

Das heißt nicht, dass Europa insgesamt gescheitert wäre oder demnächst scheitern muss. In vielen Bereichen funktioniert es gut und bleibt unentbehrlich. Unter dem epochalen Druck der Flüchtlingswelle aber verlagert sich das Handeln wieder, wie schon in der Finanzkrise, von oben nach unten, vom Abstrakten zum Konkreten, von der Brüsseler Ebene zu den Nationalstaaten. Und die nutzen das Moment mit aller Entschiedenheit. Kontrollieren Grenzen, schließen Übergänge, bauen Zäune, lassen Militär aufmarschieren und Hubschrauber kreisen.

Mit anderen Worten: Auch die Schwäche Europas macht den starken Staat erforderlich.

Der Begriff »starker Staat« löst Abwehrreflexe aus

Bleibt schließlich die Hoffnung aufs Digitale, die modernste Form der Staatsverachtung. Auch sie erweist sich als trügerisch. Es ist ein Irrglaube, die Welt werde nur immer digitaler. Sie wird mitunter auch wieder analoger. Fleisch und

Blut behalten ihre Rolle in der Weltgeschichte, vor allem Blut. Und mitunter wird dabei das Digitale zum Katalysator für Probleme, die digital nicht mehr zu lösen sind.

Wie schon beim Arabischen Frühling zeigt sich das auch in der Flüchtlingskrise. Sie ist nicht zu denken ohne Handys und Apps, ohne die Online-Selbstorganisation der Migranten. Die Zuwanderer kommen nicht, natürlich nicht, weil sie Smartphones haben. Aber weil sie Smartphones haben, kommen sie so rasch in großer Zahl und können jederzeit auf andere Routen ausweichen.

Google und die anderen Digitalkonzerne, die Finanzmärkte, auch die Propagandisten des Postnationalen, die Brüsseler EUler, sie alle sahen den Staat schon auf der Abraumhalde der Geschichte – oder im Übergang zu seiner Selbstaufhebung. Aber das war offenkundig voreilig. Vielleicht, mindestens jedenfalls bis zum Beweis des Gegenteils, sollten wir einfach davon ausgehen, dass der Nationalstaat eben doch das funktionalste Gefäß für die zeitgenössische Demokratie ist.

Damit aber verändert sich die Fließrichtung der Staatsdebatte, wahrscheinlich zum ersten Mal überhaupt seit Gründung der Republik.

Eine Ahnung von der veränderten Rolle des Staates konnte man bereits vor Jahren bekommen, während der globalen Finanzkrise. Auch da hatte sich der Staat zurückgezogen, hatte hemmungslos dereguliert und sich damit selbst entmächtigt, bis die entfesselten Märkte zusammenbrachen. Und am Ende blieb dem verhöhnten Staat nichts anderes übrig, als zum Retter zu werden. Erst musste der Staat die Banken retten, dann die starken Staaten die schwachen.

Dennoch, trotz dieser ziemlich frischen Erfahrung, ist es immer noch fast so etwas wie eine Provokation, vom starken Staat zu sprechen. Der Begriff löst unweigerlich Abwehrreflexe aus. Starker Staat, das klingt nach wilhelminischer Obrigkeit oder amerikanischer Polizeiwillkür, nach Massenüberwachung, Guantánamo und Waterboarding.

Und die Gefahren des staatlichen Machtmissbrauchs sind ja offenkundig, es gibt sie, und sie sind real. Manches von dem, was Präsident Hollande jetzt für Frankreich vorhat – verlängerter Ausnahmezustand, Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss, Entzug der Staatsbürgerschaft –, erinnert tatsächlich auf verstörende Weise an den USA Patriot Act, die hysterische Reaktion der Amerikaner auf den 11. September 2001. Noch mehr Überwachung, noch mehr Gesetze, noch mehr Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden.

Brauchen wir da wirklich einen starken, einen noch stärkeren Staat? Haben wir nicht lange genug schlechte, ja katastrophale Erfahrungen mit dem überstarken Staat gemacht, vor allem in Deutschland? Sind nicht all unsere politischen Quälgeister zugleich Verfechter des starken Staates, Autokraten wie Putin, Erdoğan, Orbán? Haben sie nicht endlos das Schwule und Schwächliche des Westens verhöhnt – und nun wollen wir ihnen auch noch recht geben? Und schließlich: Trumpfen die Staaten des Westens nicht gerade schon mehr als stark auf?

Frankreich ändert seine Verfassung, zieht in den Krieg gegen den IS. In Brüssel patrouillieren schwer bewaffnete Soldaten in den Fußgängerzonen, stehen die U-Bahnen ein Wochenende lang still. Deutschland diskutiert über Bundeswehreinätze im Innern, schickt Tornados nach Syrien und eine Fregatte ins Mittelmeer.

Angesichts solch martialischer Beschwörungsformeln, solcher Autosuggestionen der eigenen Stärke, brauchen wir nicht nur einen starken Staat, wir brauchen vor allem einen neuen Begriff davon, warum der Staat stark sein muss und was ihn ausmacht. Und wie er sich vom autoritären Staat unterscheidet.

Die Menschen, die derzeit zu uns kommen, fliehen vor zu wenig Staat

Wer das begreifen will, der muss nur die Menschen fragen, die jetzt zu Hunderttausenden zu uns kommen. Sie fliehen nicht vor zu viel Staat, sondern vor zu wenig. Sie kommen aus schwankenden und kollabierenden Staaten. Sie wissen, dass überall dort, wo staatliche Ordnungen zerfallen, nicht Freiheit einkehrt, sondern Korruption, Entrechtung, Fanatismus und Gewalt. Sie wissen: Wo der Staat schwach ist, gilt das Recht des Stärkeren. Sie suchen daher den funktionierenden Staat: den Staat, der die Menschenrechte garantiert, das Zusammenleben ordnet, den Hilfsbedürftigen zur Seite steht.

Sie suchen eine Polizei, die das Recht schützt, nicht die Machthaber. Sie suchen Gerichte, die Streit regeln statt Unterdrückung zu legitimieren. Sie suchen Behörden und Beamte, die nicht einem Clan, einer Religion oder Ethnie dienen, auch nicht einer Ideologie, sondern dem Gemeinwohl.

Natürlich ist eben dies auch das beständige Versprechen des Autoritären überall auf der Welt, in Putins Russland genauso wie in der Türkei Erdoğan's oder Orbán's Ungarn: dass sie Ordnung schaffen, Sicherheit bieten, das Chaos bän-

digen. Dass die Menschen beruhigt ihre Kinder in die Schule schicken und ihren Geschäften nachgehen können. Was also unterscheidet den autoritären Staat vom starken Staat? Und wie können wir sicherstellen, dass der starke Staat nicht ins Autoritäre kippt?

Der starke Staat unterscheidet sich, in aller Knappheit, vom autoritären Staat, weil er die Freiheit ermöglicht, statt sie zu bekämpfen. Es gibt Staaten ohne Freiheit, aber es gibt keine Freiheit ohne den Staat.

Der starke Staat kennt Zonen des Durchgreifens, und die werden nicht notwendig immer kleiner. Aber er kennt auch Zonen, in die er nicht eingreift, deren Freiheit er schützt. Er respektiert die ausdifferenzierten Subsysteme der Gesellschaft – Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Privatsphäre – und bezieht daraus seine Kraft. Der autoritäre Staat hingegen greift überall durch, und muss an diesem Größenwahn irgendwann scheitern.

Der starke Staat ist ein Staat, der sich nicht erpressen lässt. Nicht von den Märkten, nicht von organisierten Interessen, schon gar nicht von Terroristen. Wie ernst das sein kann, tödlich ernst, daran ist bei den Trauerfeiern für Helmut Schmidt gerade noch einmal erinnert worden. Der starke Staat muss aber auch die Mittel haben, um nicht erpressbar zu werden.

Der starke Staat ist ein Staat, der starke Kontrollinstitutionen hat, »checks and balances«, starke Gerichte, selbstbewusste Parlamente, eine freie Presse.

Vor allem aber ist der starke Staat ein Staat, der seine eigenen Regeln ernst nimmt. Der Recht setzt und auch durchsetzt. Beides freilich gehört zusammen, und daran hat es im Westen zuletzt häufig gefehlt.

In der EU, die kein Grenzregime kannte und das Dublin-System aufgegeben hat aus Schwäche und aus Gedankenlosigkeit. Aber auch in der Bundesrepublik, die ihr eigenes Asyl- und Abschieberecht jahrelang ignoriert hat. Selbst abgelehnte Asylbewerber wurden kaum in ihre Herkunftsländer zurückgebracht, die zuständigen Behörden hatten kaum Mittel und Personal, und die Politik zeigte nie den Mut, geltendes Recht zu vollziehen.

Der starke Staat aber, das ist auch der Staat, der das Recht nicht schwächt, indem er es unter den Vorbehalt vermeintlicher Werte stellt. Das Recht ist die demokratisch verfestigte Gestalt, die die Werte gefunden haben, nicht deren Gegenteil.

Die Widersacher des Westens, die Terroristen wie die Autokraten, wollen uns letztlich in ihre binäre Logik hineinzwingen. Das ist das gedankliche Zentrum der kommenden Auseinandersetzungen. Sie wollen uns suggerieren, wir müssten uns irgendwann entscheiden zwischen dem Chaos und dem Autoritären. Darauf aber kann es nur eine Antwort geben: weder noch. Es gibt einen dritten Weg, den westlichen Weg: den des liberalen und starken Staates.

Und die letzte Garantie gegen das Kippen des starken Staates sind wir, die Bürger.

Denn die Liberalisierung des Staates hat ja nicht nur den Staat verändert, sondern auch die Gesellschaft. Der Befehlston, das Herumkommandieren und Unterwerfen sind aus den Amtsstuben verschwunden, aber auch aus den meisten Familien, aus den Schulen und vielen Unternehmen. Mag sein, dass diese Entwicklung nicht auf ewig unumkehrbar ist. Aber zunächst einmal und auf lange Zeit immunisiert sie uns gegen die Versuchung des Autoritären.

DIE ZEIT

Nr. 50 vom 10. Dezember 2015



Theodor-Wolff-Preis

Nicole Bastian – Geboren 1973 in Koblenz

Ihre journalistische Ausbildung startete Nicole Bastian nach dem Studium in Duisburg und Kyoto bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa), wo sie volontierte und als Wirtschaftsredakteurin in Hamburg und Berlin arbeitete, bevor sie 2002 zum *Handelsblatt* wechselte. Dort war die diplomierte Ostasienwissenschaftlerin zunächst fünf Jahre lang als Tokio- und Koreakorrespondentin tätig. Pünktlich zum Ausbruch der Finanzkrise wechselte sie 2007 als Bankenreporterin nach Frankfurt, arbeitete später als Kommentatorin, leitete den Finanzdesk und übernahm 2011 die Leitung des Finanzressorts. Nach ihrer Elternzeit übernahm sie 2014 die Leitung des Auslandsressorts des Handelsblatts.

Aus ihrer Zeit in Tokio hat sie das japanische Trommelspiel als Hobby mitgebracht.

Jens Münchrath – Geboren 1966 in Neuss.

Jens Münchrath hat in Köln und Düsseldorf studiert. 1996 schloss er mit einem Magister in Philosophie, Politik und Medienwissenschaften ab und promovierte danach in diesen Fächern. Ab 1999 arbeitete er als freiberuflicher Journalist für *Die Woche* und die *Süddeutsche Zeitung*, im Jahr 2000 wurde er Redakteur beim *Handelsblatt*. Er war unter anderem im Ressort Weltwirtschaft sowie für Seite 1 und Schwerpunkt tätig, leitete den Zentraldesk und das Ressort Konjunktur und Geldpolitik. Seit 2015 ist er Leiter Report und Freitagstitel.

NICOLE BASTIAN und Dr. JENS MÜNCHRATH sind nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Thema des Jahres – Flüchtlinge« für ihren Beitrag »Wer seid ihr?«, erschienen am 25. September 2015 im *Handelsblatt*.

Wer seid ihr?

Von Nicole Bastian und Jens Münchrath

Am Anfang war nicht das Wort, sondern das Bild. Es zeigte uns afrikanische Menschenmengen, die auf winzigen Schlauchbooten versuchten, übers Mittelmeer nach Europa zu kommen. Große Verzweiflung in winzigen Nusschalen. Jeden Tag kamen mehr Fotos von mehr Flüchtlingen, von denen auch immer mehr tragisch ums Leben kamen auf ihrer Odyssee. Aber noch waren diese Menschen weit weg. Und die Bilder blieben stumm, auch wenn sie in uns nicht nur Mitleid und Entsetzen auslösten, sondern auch eine diffuse Sorge, was da noch kommen mag.

Tatsächlich war die Flucht von Eritreern, Somaliern oder Nigerianern vor Armut, Hunger und Gewalt erst der Anfang. Es kamen Iraner, Afghanen und Syrer. Irgendwann machten sich auch Kosovaren auf den Weg, Albaner und Mazedonier, die keine Zukunft mehr sehen in ihrer Heimat, obwohl die nun schon in Europa liegt. Und sie alle landeten plötzlich auch an deutschen Bahnhöfen, in Sporthallen und schnell errichteten Container-Camps in unserer Nachbarschaft.

Allein zwischen Anfang Januar und Ende Juni zählten die 28 Länder der Europäischen Union 398.890 neue Asylbewerber. Die Statistiker von Eurostat addieren das akribisch. Und mehr als ein Drittel der Flüchtlinge wählte Deutschland als Fluchtpunkt.

Da stehen wir heute. Und dabei wird es nicht bleiben. Wenn Vizkanzler Sigmar Gabriel recht behält, muss die Bundesrepublik bis Ende des Jahres mit insgesamt einer Million Flüchtlinge rechnen. Das kann die romantischste »Refugees Welcome«-Bewegung mit Willensbekundungen allein nicht mehr abfedern.

Was sich hier ankündigt, ist letztlich eine neue Weltordnung mit neuen, auch ökonomischen Chancen und Risiken: Helfen die Neuankömmlinge, den demografischen Wandel zu bewältigen? Beflügeln sie Arbeitsmarkt und Innovationskraft des alten Europas? Oder schaffen sie neue Probleme für Sozial- und Bildungssysteme?

Die globale Vernetzung ist an den Völkerwanderungen der Jetztzeit nicht ganz unschuldig. Zwar propagierten wir immer gern, dass das Internet aus der Welt ein Dorf mache. Aber letztlich hielten die Industriestaaten Kommunikation für eine Einbahnstraße: Wir sehen den Rest der Welt, aber der nicht uns.

Es kam anders: Auch die ärmsten Regionen der Welt haben sich mittlerweile ein Bild gemacht. Von uns. Es zeigt Wohlstand und Freiheit. Das wichtigste Utensil der Neuankömmlinge ist deshalb jenes, das auch unser Leben revolu-

tioniert hat: das Smartphone. Es fungiert als Routenplaner in die neue Welt und wichtigste Verbindung in die alte, zu weit entfernten Familien und Freunden.

Die Herausforderung für uns Etablierte hat gerade erst begonnen. Umso erstaunlicher ist es, wie dünn der Firnis unserer Zivilisation und unserer Werte schon geworden ist: Da streiten sich europäische Regierungschefs um Quoten. Da werden Gesetze und Gewissheiten wie das Schengen-Abkommen einfach außer Kraft gesetzt und Grenzzäune hochgezogen, um Werte zu verteidigen, die wir genau dadurch womöglich riskieren.

Und wieder kommen Bilder – diesmal von der ungarischen Kamerafrau, die einem Mann mit Kind in die Füße tritt zum Beispiel. Bilder provozieren immer Gefühle, gute wie böartige. Das Foto des toten dreijährigen Aylan am Strand von Bodrum hat zwar nichts verändert, aber die westliche Gefällt-mir-Welt von Facebook, Twitter & Co. in eine kurze Schockstarre versetzt. Die Fotos des Lkws, in dem kurz davor 71 Menschen qualvoll erstickt waren, hatte man zu diesem Zeitpunkt schon wieder verdrängt. Zugleich gibt es auch die anderen Bilder, die von den Völkerwanderungen auf den Autobahnen gen Westen.

Bilder sind wichtig, aber sie diskutieren nicht, sondern schreien: »Empört euch! Freut euch! Trauert!« Bilder appellieren an Instinkte, wo angesichts der Herausforderungen nüchterner Verstand dringend gebraucht wird. Verstand wiederum braucht Sprache, um Probleme zu diskutieren und Lösungen zu finden. Das geht nur gemeinsam mit den Neuankömmlingen. Sie müssen uns verstehen und wir sie.

Deshalb haben wir uns entschlossen, den noch immer auffällig Stummen, die nun so vielsprachig sprachlos unter uns gestrandet sind, in dieser Ausgabe ihre Stimme zurückzugeben. Ein mehr als 30-köpfiges *Handelsblatt*-Team hat ihnen zugehört oder sie selbst schreiben lassen. Männer und Frauen, Künstler, Unternehmer, Ingenieure, Ärzte, die eines gemeinsam haben: ihre Flucht. Manche haben noch immer Angst und wollen ihren vollen Namen nicht in einer Zeitung lesen.

Das Projekt will nichts verklären oder beschönigen, sondern »schreiben, was ist«, wie *Spiegel*-Gründer Rudolf Augstein das einst nannte. Deshalb geht es auf den folgenden Seiten auch um die ethnischen Konflikte, die das Flüchtlingsproblem nun nach Deutschland trägt. Um misslungene Integrationsversuche.

Amir Kassaei, Topwerber und einst selbst auf der Flucht vor dem ersten Golfkrieg, zeigt sogar Verständnis für Ängste von Pegida-Anhängern und mahnt die Neuankömmlinge, sich schnell anzupassen. Nur so könne Integration gelingen. Zugleich hofft er, dass wir Deutschen es ernst meinen mit unserer neuen Gastfreundschaft.

Je früher wir den Dialog beginnen, umso besser. Erst wer miteinander spricht, kann sich wirklich ein Bild machen.

HANDELSBLATT

Nr. 185 vom 26. September 2015

„Deutschland ist unsere letzte Chance“

164 Nicole Bastian und Jens Münchrath

Besim Hasani kam im Februar aus vom Balkan nach Deutschland. Es ist bereits sein zweiter Asylversuch in der Bundesrepublik – und es wird wohl nicht sein letzter sein. Von Simon Book

Eine im Dezember in München bei Ungarn, ab dem 1. Februar in der Vertiefung des Grenzschutzes. Besim Hasani, 38, geht zum Nachmann, wechselt ein paar Monate, kommt wieder zurück. In der ersten Phase der Abschiebung wurden Besim Hasani von einem Mann gefolgt. Mann konnte ihn nicht...

Die Alten, meine Mutter aber muss alle mehr als 100 Euro für ihre Medikamente bezahlen. Mein Vater hat bei der Stadt gearbeitet, bei der Müllfabrik. Er fuhr Traktor auf der Depo. Aber er hat vier Monate keinen Lohn bekommen, weil er im Krieg kommandiert war und sein Chef sein Gegen. Also haben auch wir Kinder immer...

„Ich habe dann als Vertreter für eine deutsche Firma angefangen. Die haben Holzelemente verkauft. Das Unternehmen gehörte einem Deutschen und einem Albanen. Ich habe dann als Übersetzer angefangen, in Büro gearbeitet, die Papiere gemacht, Rechnungen geschrieben. Gleichzeitig habe ich mich auch beim Staat Ensemble gemeldet. Ich singe gerne für Leute und schreibe meine eigenen Lieder, vor allem über mein Leben. Das habe ich noch in Deutschland gelernt. Damals in Nürnberg hatte ich ein Theater gearbeitet. Zurück im Kosovo, habe ich dann ein halbes Jahr bei einem sehr guten Schauspieler ein Praktikum gemacht. Meine Lieder klingen in den Kaufhäusern und im Radio, noch heute sind sie bei YouTube. Die Leute haben mich auf der Straße erkannt.“

Beim letzten Mal habe ich im Sommer 2000 inhaftet in Lampedusa, 2008 kommt zurück, im März. Drei Jahre gefangen, er hat eine...

„Ich habe alles versucht, eine Karriere machen, Geld zu verdienen, nette Parteien wählen. Aber nur mit der Mühe das nicht geklappt. Also habe ich kleinen Großhändler angefangen, im Markt. Er hatte die Verantwortung für die Güter in Kosovo. Das war eine große Mühe. Ich bin aber unangehört und fahrig und verkauft, irgendwas auch noch das Marketing übernehmen. Aber die Devisen wurde eingeführt. Manchmal habe ich 200 € im Monat bekommen, manchmal nichts. Und wir haben Millionen Flüchtlings. Anfang des Jahres konnte dann meine Familie nicht bezahlen. Wir brauchen was für die Kinder, die Bankwelle für zurück, das ich für mein Studium...“



Der Flüchtlingsausweis: Im Lager bei Ingolstadt ist dieses Dokument die offizielle Bescheinigung für Essen, Trinken, Unterkunft.

„Frauen sind in Afghanistan nur ein halber Mann“

Die Journalistin Sharmila Hashimi über Gleichberechtigung.

Warum bist du nach Deutschland gekommen? Vor was bist du geflohen? Diese Fragen habe ich seit meiner Ankunft hier vor zweieinhalb Jahren oft gehört. Fragen, auf die ich nicht antworten konnte, weil es so nicht anständig war. Die Gründe zu erklären, der nicht erlebt hat, was er erlebt hat. Jetzt aber möchte ich darüber sprechen.

Die afghanischen Männer bleibt eine Frau eine Frau und ein Ding, ich habe Frauen, das kann ich nicht ändern. Am Ende ist es einfacher zu akzeptieren, dass die Frauen in Afghanistan nur ein halber Mann sind. Wenn du wie eine Sklavin alles akzeptierst, kannst du ein normales Leben haben. Wenn nicht, hast du nur zwei sehr schmerzhaft Wege: sterben oder fliehen. Das ist meine Geschichte – und die Geschichte vieler Frauen, denen es so ergeht wie mir.

Augen der Menschen hier erst einmal nur Flüchtlinge sind. Jetzt bin ich in Europa, in Deutschland. Ich wohne in einem Land, in dem im Jahr 1988 Rita Süssmuth Präsidentin des Bundestags wurde. In einem Land, in dem heute die mächtigste Frau, Angela Merkel, Bundeskanzlerin ist. In dem 80 Prozent der Frauen, die arbeiten möchten, arbeiten und in einem Land, in dem 90 Prozent der Frauen finanziell unabhängig von ihren Männern sind und deshalb frei entscheiden und handeln können.

„Wenn du wie eine Sklavin alles akzeptierst, kannst du ein normales Leben haben. Sonst musst du sterben oder fliehen.“

Wir versuchen, unsere natürlichen Rechte und unseren natürlichen Platz im Leben zu bekommen, die wir so lange nicht gehabt haben. Deswegen flüchten wir und akzeptieren die einen weit entfernten Land. Akzeptieren, dass wir in den zehnjährigen Krieg gestiegen.

SHARMILA HASHIMI Geflohen vor den Taliban
Die 28-Jährige hat in Afghanistan...

Jahrdem feministischen Engagements auf dem europäischen Kontinent haben Gesetze hervorgebracht, die die Frauen schützen und gleichstellen. Sie zeigen der Welt, dass Gleichberechtigung nicht nur den Frauen Vorteile bringt, sondern der ganzen Gesellschaft und Wirtschaft eines Landes. Deutschland nutzt die Kraft der Frauen. Ich muss meinen Platz finden, in dieser Gesellschaft. Ich muss verstehen, dass das Leben, was ich in Afghanistan hatte, nicht mein richtiges Leben war. In Deutschland ist es kein besonderes Leben für Frauen, sondern nur eines für alle Menschen. Und für dieses neue Leben muss ich vorne anfangen – beruflich, materiell. Ich muss denken, dass ich erst geboren wurde. Das ist nicht 26 Jahre habe ich verloren.

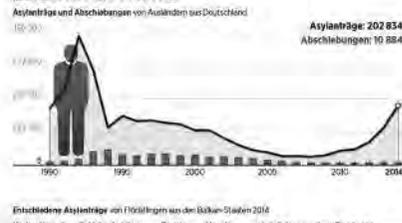
Mein zweites Heim ist Deutschland. Ich muss mich möglichen deutschen finden. Ich muss mir Reporter Heim als Journalist...

Merkel muss den Respekt nutzen

Der Unternehmer und Vizechef der syrischen Oppositionspartei im Exil, Riad Seif, über die Rolle der deutschen Kanzlerin im Umgang mit Flüchtlingen und der Gewalt in seinem Heimatland.

Bundeskanzlerin Angela Merkel genießt derzeit riesigen Respekt unter uns Syriern. Deutschland hat ein Herz geöffnet für uns. Frau Merkel hat eine Entscheidung getroffen, und die war richtig. Anged. Sie ist der Leader für Deutscher. Und sie hat eine große Mitmenschen. Das spielen wir, und das braucht Angela Merkel ist keine Eisernen Lady und möchte etwas für die Menschen. Und das brauchen wir jetzt. Wir sind sehr dankbar für die...

Zurück in die Heimat



Entschiedene Asylbewerber mit Flüchtlingen aus der Balkan-Staaten 2014

Herkunftsland	Zahl der Anträge	Positiv	Negativ	Anteil der negativen Bescheide
10	10	10	100,0%	
75	75	100,0%		
99,9%				

Asylanträge und Abschiebungen von Ausländern aus Deutschland

Asylanträge: 202.814
Abschiebungen: 10.824



166 Nicole Bastian und Jens Münchrath

Das große Experiment

Eine Handelsblatt-Ausgabe aus der überwiegenden Perspektive von Flüchtlingen? Für alle Beteiligten eine Herausforderung. Das Projekt hat sich gelohnt.

Handelsblatt

Specials

Wohn Heimat

على شجيرة الخمان
يتحارب غرابان.

Im trockenen Holunder
kämpfen zwei Raben.

أنت في يا سوريا
مع ذلك أبحت عنك ولا أجدك
فقد أصبح يومك أعمى
ونسيت الغزلان ألوان عشقها
فوق نداوة حقوك.

Nicht verloren,
aber nirgendwo in mir
finde ich dich, Syrien.
Dein Tag ist farbenblind,
und die Gazellen lieben sich nicht mehr
auf deinen Nebelfeldern.

مرتزة
بشؤون حلمي بك
على النار.
ويقطفون بالقنصات
زهور الغزالي على قبرك.

Ein Söldner
grillt meinen Traum von dir
im Feuer.
Mit Schüssen
pflückt ein Scharfschütze
die Hyazinthen von deinem Grab

على شجيرة الخمان
يتحارب غرابان.

Zwei Raben kämpfen
um den trockenen Holunder.

„Lyrische Bild bringt die Sprache mit“ Wahid Nader über die Bedeutung von Dichtung in Zeiten von Krieg und Flucht.

...den den Dichteri-
...den die Welt an-
...den gerade in Zei-
...den und Proble-
...den mein Heimat-
...den schon seit eini-
...den Gen die ge-
...den schreibe - mal
...den abhöch. Nur sehen
...den bewusst, in wel-
...den
...den Bild oder der Ge-
...den die Hälfte mei-
...den mich schon ich auf
...den im Herbst
...den auf Deutsch.
...den die Sprache
...den fordert ihr
...den nicht in arabi-
...den für mich die
...den ich das inte-

WAHID NADER Ingenieur und Dichter

Syrien Wahid Nader kam 1955 in Basmah zur Welt. An der Universität in Beirut studierte er Chemie- und Petrochemie und gewann 1978 den 1. Preis beim Literaturwettbewerb der Universitäten und Hochschulen. Nach dem Abschluss als Chemie-Ingenieur und einer Zeit in mehreren deutschen Unternehmen als Hochschullehrer und Forscher an der Universität Aleppo, ist seine zweite Heimat seit 1985.



nach Syrien. Immer-
...den schrieb er Gedichte. Heu-
...den arbeitet er als Überset-
...den und Dolmetscher. Un-
...den „Atenschädel“ von
...den Herta Müller ins Arabi-
...den sche. Auf Deutsch
...den „Spiegel der Absenz
...den“ mit der Übersetzung
...den der Gedichte von Faraj
...den Bayrakdar, die dieser in
...den seiner Halbwertzeit in Syrien
...den geschrieben hatte. Seit
...den 2010 ist Nader Mitglied
...den des Verbands



Europa bekämpft die Falschen

Der Westen reicht Assad die Hand, um den IS zu bekämpfen. Das aber, meint Samar Yazbek, sei die falsche Strategie. Assad müsse raus aus Syrien - und die Flüchtlinge in Deutschland sollten schnellstmöglich integriert werden.

Es dürfte für die Europäer-
...den jenseits für die älteren
...den unter ihnen - ein wenig so
...den wie damals. Die Bilder
...den sind ja dieselben, auch
...den wenn sie heute in HD und
...den Farbe ausgestrahlt werden in die Wohn-
...den zimmer und nicht in Schwarz-Weiß in
...den Lichtspielhäusern gezeigt werden. Es
...den sind die Ausnahmen aus den Jahren
...den nach den beiden Weltkriegen. Bilder von
...den Flucht und Vertriebung, Schreckliche-
...den Bilder.



Buch der Autorin Yazbek: Der Westen ist mitverantwortlich für das Chaos in Syrien.

Auch heute gibt es wieder Flucht
...den und Vertreibung in Europa. Und auch
...den heute sind diese Bilder in den Medien
...den allzeit präsent. Die Situation der
...den Flüchtlinge ist ein Teil der europäi-
...den schen Realität geworden, ein Teil der
...den Realität jedes einzelnen Europäers.
...den Nun müssen sie schnelle Lösungen fin-
...den den - um die Ausnahmen aus den Jahren
...den nach den beiden Weltkriegen. Bilder von
...den Flucht und Vertriebung, Schreckliche-
...den Bilder.



Kriegswärrer in Douma bei Damaskus: Dem Ursprung der Krise auf den Grund gehen.

Zweifellos müssen diese Staaten zur
...den Integration der Flüchtlinge einen Not-
...den standplan entwickeln, was beträchtli-
...den che Gelder und einer nicht zu versäch-
...den tigen Unterstützung bedarf. Auch
...den wenn wir nicht bezagen können, dass
...den die Bevölkerung große Empathie mit
...den den Flüchtlingen zeigt, dass Men-
...den schenrechtsorganisationen und Zivi-
...den lenzgesellschaften anderweitliche An-
...den strengungen unterstützen haben, so
...den reichen diese Aktionen allein nicht
...den was, wenn die Regierungen kein
...den schnell umsetzbares Konzept vorlie-
...den gen.

An dieser Stelle ist die positive Hal-
...den tung Angela Merkels angesichts dieser
...den humanitären Katastrophe zu erwähnen.
...den Wir sollten aber auch die andere Seite
...den der Krise betrachten.

Man muss, sie stünde in den westlichen
...den Medien angeführt wird und die ein-
...den zigtigsten Partnerenschaft mit dem
...den Assad-Regime einschleife, ist genau das
...den Gegenteil. Der Westen verliert damit den
...den Verursacher der Katastrophe und dem
...den Kopf des Terrors die Hand, dessen
...den Existenz und dessen Verbrechen für
...den die Entscheidung des IS und der anderen
...den schuldhaften Gruppen mitverantwort-
...den lich sind.



Wer seid ihr? 167

Theodor-Wolff-Preis

Stefan Aust – Geboren am 1. Juli 1946 in Stade.

Stefan Aust war von 1966 bis 1969 Redakteur der Zeitschrift *konkret*. Von 1970 bis 1985 arbeitete er als Redakteur beim NDR, unter anderem für das Magazin »Panorama«. 1988 gründete er »SPIEGEL TV«, das erste private politische Magazinformat im deutschen Fernsehen, und war dort bis 2007 Geschäftsführer. Von 1994 bis 2008 wurde Stefan Aust Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, er baute unter anderem Spiegel Online und den Nachrichtensender XXP auf. 2009 entwickelte er im Auftrag der WAZ-Gruppe ein digitales Wochenmagazin.

Stefan Aust ist Autor und Regisseur verschiedener Dokumentarfilme und Bücher, darunter des Bestsellers »Der Baader-Meinhof-Komplex«. Für seine TV-Arbeit wurde er u. a. mit dem Adolf-Grimme-Preis, der Goldenen Kamera und dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichnet. Stefan Aust ist Herausgeber und Chefredakteur von *WeltN24*.

Helmar Büchel – Geboren 1961 im hessischen Frankenberg.

Helmar Büchel ist sowohl als Autor für Zeitungen und Magazine als auch als Regisseur von investigativen Dokumentationen und Reportagen im Fernsehbereich tätig. Mit 14 Jahren begann er als freier Autor und Fotograf der beiden Lokalblätter *Frankenberger Zeitung* und *Hessische Niedersächsische Allgemeine*. Bei der *HNA* volontierte Büchel ab 1981 in Kassel und wechselte 1988 zum Fernsehen. Zunächst zu RTL und 1990 in die SPIEGEL-Gruppe, wo er überwiegend Reportagen für SPIEGEL TV, aber auch Artikel für das Wochenmagazin verfasste. 2011 hat sich Büchel selbständig gemacht und in Hamburg seine eigene Produktionsfirma, die »dox82«, gegründet.

Helmar Büchel wurde mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet, darunter zweimal der Deutsche Fernsehpreis und der US-Emmy für »herausragende Regiearbeit« sowie die Goldene Nymphe von Monte-Carlo für die »beste Dokumentation«.

STEFAN AUST und HELMAR BÜCHEL sind nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Thema des Jahres – Flüchtlinge« für ihren Beitrag »An der Grenze«, erschienen am 8. November 2015 in der *Welt am Sonntag*.

An der Grenze

Von Helmar Büchel und Stefan Aust

Unsere Reporter waren 24 Stunden an den Brennpunkten der Flüchtlingskrise unterwegs – quer durch Europa

Eine Völkerwanderung. Seit Monaten strömen Flüchtlinge aus aller Herren Länder in Richtung Deutschland. Jeden Tag kommen mehr, manchmal zehntausend binnen vierundzwanzig Stunden. Seit dem 4. September gibt es praktisch keine Grenze mehr. Jeden Tag wird der Zustrom größer. Zu Fuß ins gelobte Land. Über die grüne Grenze. Wir laufen in einem der Flüchtlingstrecks mit, die die Bundespolizei in Gruppen von jeweils 250 Menschen bei Kollerschlag in Österreich übernimmt und durch Felder und Wald zum nächsten Verteilungspunkt im bayerischen Wegscheid eskortiert. »Alle wollen nach Deutschland, alle sprechen über Mama Merkel«, freut sich ein junger Afghane. Auch eine blondierte Endzwanzigerin aus Damaskus in Daunenjacke und modischem Basecap stimmt ein: »Sie ist perfekt. Ich habe im Fernsehen gesehen, was sie für die syrischen Menschen tut. Alle Syrer mögen Merkel.« Ein Exodus auf Einladung. Die Kanzlerin als globale Botschafterin deutscher Willkommenskultur mit ihrem millionenfach im Netz verteilten »Wir schaffen das«.

Mittwoch, 28. Oktober 2015. 4.52 Uhr, Berlin, Bundeskanzleramt: Noch schläft die Politik. An den Grenzen des Landes ist es mit der Nachtruhe längst vorbei.

5.07 Uhr, Passau, Bayern: Das zentrale Registrierungszentrum für Flüchtlinge, die aus Österreich über die Grenze kommen. Seit Wochen stehen Beamte der Bundespolizei und freiwillige Helfer hier kurz vor dem Kollaps. Tausende Asylsuchende werden hier zunächst versorgt – und dann von Amts wegen mit einer Anzeige wegen illegaler Einreise bedacht. Viel mehr kann man nicht tun. In der Dreiländerhalle können sich die Migranten kurzzeitig von den Strapazen der Flucht erholen. Eigentlich müssen Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat wie Österreich kommen, nach Artikel 16a des Grundgesetzes an der Grenze abgewiesen werden. Doch auf höchste Anweisung aus Berlin ist das Gesetz außer Kraft gesetzt worden. Ohne irgendeinen Parlamentsbeschluss. Die Bundespolizei nimmt lediglich Personalien, Fotos und Fingerabdrücke auf, und dann dürfen die Flüchtlinge einreisen. Niemand wird abgewiesen. Streng genommen gilt das als Beihilfe zur illegalen Einreise und ist strafbar. Doch das Willkommen steht über dem Gesetz.

»Alle einladen ist wahrscheinlich zu viel gewesen. Man sieht es ja, es wird deutlich zu viel«, sagt Annika Heise, eine junge Bundespolizistin, zum Kurs der

Kanzlerin, während sie einen Mann aus Syrien bei der Erstaufnahme erkennungsdienstlich behandelt, »aber wenn man dann eine harte Linie fährt und nur die nimmt, die aus einem Krisengebiet stammen, dann sehe ich das als durchaus richtig. Aber wir können halt nicht jeden aufnehmen. Das wird zu viel.«

Die Bundespolizei hieß bis 2005 übrigens Bundesgrenzschutz.

6.18 Uhr, Sentilj, die Grenze zwischen Slowenien und Österreich: Am Vortag haben sich Kroatien und Slowenien darauf verständigt, die Flüchtlinge von der serbischen Grenze ohne Halt bis hierher durchzuleiten. Doch von dem kleinen Grenzdorf müssen die dreitausend Menschen an diesem Morgen zu Fuß weitergehen. Ihr Weg führt durchs Niemandsland in Richtung österreichische Grenze. Sie sind froh, den Balkan bald hinter sich zu haben. »Sie behandeln uns wie Tiere. Die Polizei behandelt uns so. Die Armee auch. Wir werden auf unserem Weg nicht menschlich behandelt«, ruft eine junge Syrerin in perfektem Englisch. »Wir wollen doch nur diese Grenze überqueren und erleben stattdessen einen Albtraum.«

6.37 Uhr, Assos, Türkei, Europas Außengrenze: Eine Meerenge zwischen der Türkei und der griechischen Insel Lesbos. Gerade einmal acht Kilometer trennen hier den EU-Staat Griechenland vom Nicht-EU-Staat Türkei. An der türkischen Küste brennen Hunderte von Lagerfeuern. Hier sammeln Schlepper ihre menschliche Fracht ein. An diesem Tag ist die See rau. Das Kamerateam hat ein Fischerboot im Hafen von Assos im Golf von Edremit an der türkischen Westküste bei Izmir gechartert. Kein türkisches Polizeiboot, keine Küstenwache, kein Schiff des gemeinsamen europäischen Grenzschutzes Frontex lässt sich hier sehen.

Von hier aus sind in den vergangenen Monaten täglich mehrere Tausend Flüchtlinge nach Europa aufgebrochen. Für die Schlepperbanden ein Millionengeschäft. In der Morgendämmerung sind die Spuren der Migration zu erkennen: Reste von aufblasbaren Flößen, eher Luftmatratzen als Boote, die kurz nach dem Ablegen gekentert oder geplatzt und gesunken sind.

6.51 Uhr, Spielfeld, Österreich, an der Grenze zu Slowenien: Es ist kalt, drei Grad. In einem beheizten Zelt durften Flüchtlinge die Nacht verbringen, die am Morgen in Bussen an die deutsche Grenze gefahren werden sollen. Sperrgitter sollen sie daran hindern, auf eigene Faust loszulaufen und möglicherweise in Österreich um Asyl zu bitten – oder unterzutauchen. Fast alle wollen nach Deutschland.

»Deutschland ist das sicherste Land«, sagt ein Afghane auf dem Weg zu seinem Bus nach Norden, »vielleicht finden wir dort alles, was wir brauchen.« Und ein anderer ruft winkend: »Merkel, Merkel!« Die Flüchtlinge wissen, wem sie zu verdanken haben, dass die Österreicher sie so zügig durchreichen.

Die Busfahrer beobachten ihre Fahraufträge an die deutsche Grenze mit gemischten Gefühlen. Einerseits ein gutes Geschäft für die Firma, sagt einer, »ein Wahnsinn, wie lange geht das noch?« Und ein anderer ruft, während die Flüchtlinge in seinen Bus steigen: »Das ist der Tod Europas!« Der Fahrer – offenbar selbst mit Migrationshintergrund – scheint wenig begeistert von der Willkommenskultur. In fünf Stunden wird der Bus an der deutschen Grenze sein.

7.07 Uhr, Berlin, Kanzleramt: Dienstbeginn in der Regierungszentrale. Angela Merkel auf dem Weg zur Arbeit. Begleitet von ihren Leibwächtern. Macht macht einsam. Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland geht ihren Weg. Unbeirrt. Ohne zu stürzen. Noch schafft sie es.

07.29 Uhr, Erfurt: Herbstnebel wabert um den Dom der thüringischen Landeshauptstadt. Sie wirbt damit, die Mitte Deutschlands zu sein. Geografisch. Polizisten bereiten sich auf die schon fast regelmäßige Mittwochskundgebung der AfD vor, der Alternative für Deutschland. Bühnentechnik wird für den Abend herangekarrt. Marktplätze sind Orte, an denen sich der politische Puls der Bürger ertasten lässt.

»Es wird zu viel. Die Hilfe auf der einen Seite ist auch richtig so. Aber man muss auch ein gesundes Maß finden«, sagt die Verkäuferin eines Brotstandes. Die Wurstverkäuferin nebenan ergänzt: »Man kann nicht drei, vier Länder in ein Land stopfen. Irgendwann ist dann auch die Kapazität erfüllt.« Auch der asiatischstämmige Textilhändler will den Merkel-Kurs nicht stützen: »Es kommen ja jetzt ganze Länder her, das ist zu viel.«

Aktuelle Umfragen sehen die Thüringer AfD bei 12 Prozent. Die CDU bei 35, Tendenz: sinkend.

7.41 Uhr, Assos, Türkei, ein Stück Außengrenze der EU: Der Fischkutter mit unserem Reporter-Team fährt immer noch an der türkischen Westküste entlang. Immer noch ohne eine Polizeistreife an Land, ein Küstenwachboot oder gar eines der hochgerüsteten Schiffe der EU-Mission Frontex zu sichten. Dafür sieht man immer wieder gekenterte Flüchtlingsflöße und über Bord gegangenes Treibgut. »Ständig kommen hier neue Flüchtlinge an. Sind die einen ins Boot gestiegen,

folgen schon die nächsten«, sagt unser Kapitän, »die kommen aus der ganzen Türkei hierher.« Die aufblasbaren Flöße für ihre Überfahrt werden in türkischen Fabriken massenweise hergestellt. Vor den Augen der Behörden. Ebenso die seeuntauglichen Schwimmwesten, die den Flüchtlingen an den nahen Busbahnhöfen zu Wucherpreisen verkauft werden.

Der Kapitän unseres Kutters hat ein manövrierunfähiges Floß entdeckt. Es ist voller Menschen. Der Außenborder ist defekt. Etwa 40 bis 50 Flüchtlinge sind an Bord. Jeder hat etwa 1000 Euro bezahlt. Wir nähern uns vorsichtig. Ali, der Kapitän, hat uns gewarnt: Meistens sind so dicht vor der türkischen Küste noch Schleuser an Bord, und meistens sind sie bewaffnet. Plötzlich Geschrei, der Schlepper droht: »Wenn ihr das filmt, mache ich euch fertig!«

Auf Kameras reagiert die türkische Schleuser-Mafia aggressiv. Das Geschäftsmodell könnte in Gefahr geraten: 50.000 Euro pro Floß. Bis zu 150 Flöße allein auf dieser 8-Kilometer-Route. Macht bis zu 7,5 Millionen Euro. Pro Tag! Seit über 200 Tagen!

Ein anderer Fischkutter nimmt dieses havarierte Floß und die Schleuser schließlich in Schlepp. Es wird der Schaden des Kapitäns nicht sein. Der Kapitän unseres Kutters bekommt es mit der Angst zu tun und dreht ab.

Über 600.000 Flüchtlinge sind seit Jahresbeginn von der türkischen Küste auf eine der nahen griechischen Inseln gelangt und von dort aus weiter nach Norden.

Unbehelligt. Unkontrolliert. Ungeachtet aller internationalen Verträge.

7.49 Uhr, Lesbos, Griechenland: Das Tor zu Europa ist eine kleine, griechische Ferieninsel mit eigentlich nur 85.000 Einwohnern. Seit Monaten steht dieses Tor sperrangelweit offen. Tausende Flüchtlinge landen hier an, rund um die Uhr. Ihre Schwimmwesten und Bootsreste säumen die Strände. Wir begleiten freiwillige Helfer aus Schweden auf ihrer Patrouille. Am Horizont erkennen sie Bewegung. Zwei Flüchtlingsboote, bei beiden sind die Motoren ausgefallen. Gefährlich schaukeln sie in der stürmischen See. Die Plastikflöße sind völlig seeuntauglich, und die meisten der Flüchtlinge können nicht schwimmen. Deshalb gehen auch zwei spanische Rettungsschwimmer in Position. Freiwillige wie alle anderen, die an Land die abgekämpften, frierenden Menschen betreuen. Wird es das Floß, ohne zu kentern, bis in Ufernähe schaffen?

Doug Kuntz ist ursprünglich als Pressefotograf nach Lesbos gekommen. Geliebt ist er als ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer. »Schauen Sie mal durchs

Fernglas«, ruft er uns zu, »Sie werden sehen, wie hart es für dieses Boot ist. Ich kann nicht glauben, dass sie jetzt Boote herüberschicken. Ich habe noch nie gesehen, dass sie bei so stürmischem Wetter kommen.«

Dutzende Menschen sind hier schon ertrunken. Die Flüchtlinge riskieren es dennoch. Hoffnung ist stärker als Angst.

8.13 Uhr, Berkasovo, die Grenze zwischen Serbien und Kroatien: Ein vernebelter Acker im Nirgendwo zwischen den beiden Balkanstaaten, die einmal zu Jugoslawien gehörten. Er ist seit Wochen einer der wichtigsten Knotenpunkte auf der großen Flüchtlingsroute. Hier sammeln sich jene, die über Griechenland und Mazedonien auf der Balkanroute nach Deutschland gelangen wollen. Mit Sonderzügen fahren sie zur österreichischen Grenze. Es gibt kaum Kontrollen. Dafür musikalische Begleitung. Europäische Willkommenskultur an einem Ort, der noch vor zwei Jahrzehnten Kriegsschauplatz war. An diesem Tag ist er fest in den Händen tschechischer Jesus-Jünger, die entlang der Flüchtlingsroute eine improvisierte Missionsstation errichtet haben und den Tausenden Muslimen, die hier vorbeiziehen, Auszüge aus der Bibel auf Arabisch und Farsi anbieten.

»Wir wollen sie aufmuntern, ihnen helfen und von Gott erzählen. Wir kennen ihn und wollen den Flüchtlingen sagen, dass Gott sie liebt,« sagt der tschechische Missionar lächelnd.

»Sie sprechen vom Gott der Christen?«, fragen wir. Die meisten Menschen auf dieser Fluchtroute sind Muslime.

»Ja, natürlich!«, sagt der Jesus-Jünger und es klingt, als wolle er fragen: »Von wem den sonst?« Dann greift er wieder zur Gitarre.

9.05 Uhr, Spielfeld, Österreich, die Grenze zu Slowenien: Dort spitzt sich die Lage immer mehr zu. Die Sonderzüge kommen hier ohne Zwischenhalt von der serbischen Grenze an. Tausende wollen möglichst schnell auf die österreichische Seite gelangen, um dort in einen der begehrten Busse in Richtung Deutschland zu kommen. Das Gedränge, die Wartezeit, die Kälte: Die Stimmung im Grenzlager ist zum Zerreißen angespannt. Das Ziel, es scheint ja schon in Reichweite.

Am Zaun spricht uns eine Gruppe junger Männer an. »Marokko, Marokko«, rufen sie. Und: »Merkel! Merkel!« Sie sagen, sie hätten sich zehn Tage zuvor über die Türkei aufgemacht, um nach Deutschland zu kommen. »Aber warum?«, fragen wir zurück, »in Marokko herrscht doch gar kein Krieg?« »Ja, klar«, ant-

wortet der Wortführer der Gruppe, ein junger Mann in teurer, makellos sauberer Goretexjacke: »Aber Deutschland ist einfach der Weg!«

Jeder hier versucht, möglichst schnell einen Bus zu bekommen. Österreich ist zu einer Rennstrecke geworden, zu einer Einbahnstraße nach Norden, nach Deutschland.

9.19 Uhr, Berlin, Landesamt für Gesundheit und Soziales: Einer der begehrtesten Endpunkte der Balkanroute liegt in Berlin-Moabit – das Erstaufnahmezentrum des Landesamtes für Gesundheit und Soziales, kurz Lageso. Die deutsche Hauptstadt als Sehnsuchtsort. Wo sonst kann man »Mama Merkel« näher sein? Der Andrang ist so groß, dass es regelmäßig zu Schlägereien in der Warteschlange gekommen ist. Der Attraktivität der Hauptstadt in den Flüchtlingsnetzwerken hat das nicht geschadet. »Es hat sich mittlerweile europaweit herumgesprochen, dass die Turmstraße 21 die Erstregistrierung ist,« sagt Detlef Wagner vom Lageso. »Wenn Sie in ein Handy eines Flüchtlings blicken, sehen Sie dort in Google Earth die Turmstraße 21 eingegeben als Fixpunkt. Sie kommen also hierher, weil sie wissen: Das ist das Ziel meines langen Weges.«

Und auf Nachfrage ergänzt Wagner: »Wir gehen nicht davon aus, dass uns die Zahlen einbrechen.«

Zu einer Änderung der Politik hat diese Erkenntnis bisher nicht geführt.

9.30 Uhr, Berlin, Kanzleramt: Das Bundeskabinett der großen Koalition tagt. Das Thema Flüchtlinge kommt nur am Rande vor, offiziell jedenfalls. Die Kanzlerin im Gespräch mit dem von ihr degradierten Innenminister de Maizière. Der neue Flüchtlings-Chefkoordinator Peter Altmaier zu ihrer Linken. Die Stimmung ist gut. Business as usual, so jedenfalls suggeriert es die Inszenierung für die Kameras.

10.33 Uhr, Lesbos, Griechenland: Fahrt zum Strand von Skala Sikameneas. Die Helfer haben ein überfülltes Flüchtlingsfloß gesichtet, das in der rauen See Wasser nimmt und deshalb jede Sekunde sinken kann. Jetzt geben die Retter Signale, um das Boot zu einem Strandabschnitt ohne Felsen zu lotsen.

Etwas 40 Menschen sind an Bord. Erschöpft, verängstigt und völlig unterkühlt. Eine Frau wird panisch schreiend an Land getragen, Wärmedecken sollen die durchnässten Kinder schützen. »Heute waren es schon zwischen 30 und 40 Boote«, berichtet Essam Daod, ein Freiwilligenarzt aus dem israelischen Haifa, »die letzten paar Tage waren verrückt. Vorgestern legten hier 140, 150 Boote an. Es war verrückt.«

Nach kurzer Zeit sammeln sich die Flüchtlinge und ziehen in Richtung Fährhafen. Den gefährlichsten Teil ihrer Reise haben sie überstanden. Wer es bis hierher geschafft hat, ist schon fast in Deutschland.

13.51 Uhr, Berlin, Kanzleramt: Die Kanzlerin ist in Eile. Angela Merkel hat einen wichtigen Termin in China. Keine Koalitionsquerelen, kein Krach mit der CSU. Weltpolitik, wie damals, vor der Flüchtlingskrise. Angela Merkel auf Staatsbesuch im Land der großen Mauer. Gebaut vor gut zweieinhalbtausend Jahren zum Schutz vor Eindringlingen.

14.24 Uhr, Kollerschlag, Österreich, die Grenze zu Deutschland: Einer der Busse, die am Morgen in Spielfeld an Österreichs Südgrenze abgefahren sind, hat inzwischen sein Ziel erreicht: eine Wiese am Waldrand bei Kollerschlag. Unmittelbar an der grünen Grenze zwischen Österreich und Deutschland. Die österreichischen Behörden haben Dolmetscher für Afghanen und arabisch sprechende Flüchtlinge angeheuert. Sie sollen informieren – und beruhigen. Deutschland ist nur noch 100 Meter entfernt. Jeder hier wird das Ziel seiner oft wochenlangen Reise heute noch erreichen, versichern Helfer, Polizisten und Soldaten. Inshallah.

So Gott will – und die Bundesregierung in Berlin weiter mit.

Deutsche Polizisten haben die offizielle Grenze, eine kleine Brücke, gesperrt. Sie versuchen, den Zustrom zu kanalisieren. Bis der Weg nach Norden wieder geöffnet wird, warten die Menschen. Und während sie warten, kommen permanent neue Busse nach.

»Wie lange kann das so weitergehen«, fragen wir eine Helferin, die auf der österreichischen Seite heiße Suppe verteilt.

»Solange Deutschland sagt, sie können alle kommen«, sagt die Frau.

»Was kann man tun?«, wollen wir von ihrem Nachbarn wissen.

»Vor Ort Frieden stiften«, sagt der Österreicher, »aber das interessiert keinen. Auch die EU nicht. Das ist keine EU mehr, das ist ein zerstrittener Haufen, sonst gar nichts. Vielleicht wäre die Lösung, nicht die ganze Million nach Deutschland zu schicken.«

Die deutschen Polizisten wollen 250 Flüchtlinge hereinlassen, die dann zwei Kilometer zu einem Sammelpunkt laufen sollen. Eine Schlange wird gebildet.

Sie ahnen noch nicht, dass hier weitere 50 Busse anrollen werden. Mit 2500 Flüchtlingen.

Lothar Venus, der Katastrophenschutz-Beauftragte der örtlichen Feuerwehr, analysiert die Lage. »Schaffen wir das, wie die Kanzlerin sagt?«, wollen wir von Venus wissen. »Ein Märchen!«, poltert es aus dem Feuerwehrmann heraus. »Die mag das in Berlin schaffen, das mag schon sein. Das Schlimme ist, sie kann nicht sagen, dass wisse sie nicht. Das wird minütlich kommuniziert. Für mich stellt sich die Frage, wie man so betriebsblind sein kann, dass man sagt: Ja, wir schaffen das.«

Am späten Nachmittag, die wärmende Sonne ist bereits hinter den Bergen verschwunden, kommt die Freigabe der Bundespolizei. 250 Menschen machen sich auf den halbstündigen Fußmarsch in das bayerische Dörfchen Wegscheid. Völkerwandertag. Wie jeden Tag.

17.49 Uhr, Lesbos, Griechenland: Im Hafen von Mitilini liegen Fährschiffe mit Platz für Tausende Passagiere. Die griechische Regierung hat sie für die Überfahrt nach Piräus zur Verfügung gestellt, damit die Flüchtlinge zügig auf die Balkanroute in Richtung Deutschland gelangen können. Wenn die Deutschen alle aufnehmen wollen, leistet man gern logistische Unterstützung. Die Durchreisenden wollen so schnell wie möglich an Bord. Viele campieren deshalb direkt am Schiffsanleger.

Alessandra Morelli vom UN-Flüchtlingshilfswerk ist vor Ort und sondiert die Lage. »Was wir momentan hier sehen, ist ein richtiger Exodus«, sagt sie, »noch nicht mal die stürmische See kann diesen Zustrom stoppen.« Von hier an ist die Flucht nur noch eine Reise. 23 Stunden braucht die Fähre bis zum griechischen Festland.

18.26 Uhr, Sentilj, die Grenze zwischen Slowenien und Österreich: An diesem Tag sind die ersten Züge direkt von der serbisch-kroatischen Grenze bis hierhin durchgefahren. Das führt in diesem slowenischen Grenzlager zu Stau und Chaos. Das Nadelöhr ist der Grenzübergang Spielfeld. Jeder will so schnell wie möglich auf das Sprungbrett nach Deutschland. Chaotische Szenen spielen sich ab. Ein Polizist in voller Kampfmontur hält ein Baby, damit es nicht von den Massen erdrückt wird. Von den vielen herandrängenden jungen Männern drohen Frauen und Kinder überrannt zu werden.

Wenige Hundert Meter weiter nördlich versucht die österreichische Militärpolizei, einen unkontrollierten Grenzdurchbruch zu verhindern. Das würde die geordnete Überleitung der Flüchtlinge nach Deutschland erschweren.

19.51 Uhr, Erfurt: Vor dem Dom hat die AfD zur Kundgebung aufgerufen, so wie fast jeden Mittwoch. Man will an die Montagsdemonstrationen vor dem Mauerefall erinnern. Die Flüchtlingskrise ist gleichsam ein Konjunkturprogramm für Rechte und Rechtsextreme. Björn Höcke, der neue Rechtsaußen der AfD, wird frenetisch bejubelt. »Ich bin der Meinung, dass Merkel scheitern muss, damit Deutschland und Europa gerettet werden«, ruft Höcke in die Menge. Die skandiert zurück: »Merkel muss weg! Merkel muss weg.«

Ein paar Hundert Meter entfernt demonstriert im Kerzenschein das helle Deutschland gegen die Kundgebung der AfD, Kirchenlieder singend. »Ich finde es gut von der Kanzlerin, dass sie sagt, wir schaffen das, und zu ihrem Wort steht«, sagt einer aus der Gruppe. »Die Leute sind doch eh auf dem Weg.«

20.02 Uhr, Kollerschlag, Österreich, die Grenze zu Deutschland: Bislang wurden die andrängenden Flüchtlinge nach Absprache zwischen deutschen und österreichischen Polizisten kontingentweise durchgelassen. Doch wegen der Vielzahl der ankommenden Busse ist die Polizei hier nicht mehr Herr der Lage. Unablässig kommen neue Busladungen an. Etwa 56 Busse mit im Schnitt mindestens 50 Flüchtlingen werden noch erwartet. Nur: Die deutschen Bundespolizisten wissen davon nichts und versuchen, sich auf der österreichischen Seite einen Überblick zu verschaffen. Schwer genug im allgegenwärtigen Chaos.

Es ist dunkel, deshalb sind die Fußmärsche abgesagt, und die Bundespolizei fordert Busse an – allerdings stehen auf der deutschen Seite deutlich weniger Busse zur Verfügung als auf der österreichischen. Immerhin: Ein Bus steht für Familien mit Kindern bereit. Eine Frau mit Kind will jedoch plötzlich nicht mehr einsteigen. Eine ihrer Töchter ist irgendwo in der Menge verloren gegangen. Dolmetscher rufen in die Menschenmenge. Wie ein Paket wird das kleine Mädchen zur Mutter durchgereicht. Aufatmen bei Helfern und Polizisten. Aber nur für Sekunden.

Die Lage eskaliert. Die deutschen und die österreichischen Polizisten befürchten, dass Hunderte junge Männer die Grenze durchbrechen. Sie versuchen, vor allem Frauen und Kinder sowie Verletzte in Sicherheit zu bringen – und das heißt: so schnell wie möglich auf die deutsche Seite. »Schaut euch die Probleme hier an«, ruft ein Arabisch-Dolmetscher, »alle wollen nach Deutschland, weil alle Angela Merkel mögen.«

Die Polizei versucht, den Anschein eines geordneten Grenzübertritts zu wahren. Die Österreicher wollen die Flüchtlinge nur loswerden. Wenn alle nach

Deutschland wollen, und die Deutschen alle aufnehmen wollen, sollen sie doch gehen. Weil immer mehr junge Männer gegen die Polizeikette drücken, plädiert der österreichische Einsatzleiter bei seinem deutschen Kollegen für ein Fluten der Grenze. Er fleht. Er schreit. Der Bundespolizist bleibt hart. Und die Polizeikette hält. Diesmal noch.

23.53 Uhr, Lesbos, Griechenland: Das Transit-Camp Oxy bei Molivos, eines der von privaten Helfern betriebenen Flüchtlingslager auf der griechischen Insel. Zwischenstation zwischen Ankunft mit dem Floß und Abfahrt mit der Fähre. Fast alle Flüchtlinge haben ein Smartphone dabei auf ihrer gefährlichen Reise. Sie sind gut informiert, wo sie willkommen sind und wo nicht.

Nefeli Gazis, die deutsche Camp-Leiterin, ist fast pausenlos im Einsatz, ehrenamtlich. Ein Syrer sucht für sich und seine Familie einen Schlafplatz. Sie sind wenige Stunden zuvor mit ihrem Boot gekentert und aus der stürmischen See gerettet worden. Sie wollen weiter nach Deutschland, wie fast alle hier.

Auch hier versuchen ehrenamtliche Helfer zu bewältigen, was die Politik aufgelöst hat. »Heute sind hier bestimmt fast 5000 Leute durchgereist. Und vorgestern waren es über 6000«, stöhnt die völlig erschöpfte Nefeli in einer kurzen Zigarettenpause. »Ich weiß auch nicht, wie Deutschland, wie irgendjemand den Leuten hier noch helfen kann, bei den Massen. Wenn der Krieg nicht aufhört, wenn man das da nicht erst mal stabilisiert, kann ich mir das nicht vorstellen.«

Europa, im Herbst 2015. An diesem Mittwoch sind mehr als 10.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. So wie fast jeden Tag.

WELT AM SONNTAG
Nr. 45 vom 8. November 2015



Theodor-Wolff-Preis

Geboren 1962 in Herford.

Schon während der Schulzeit arbeitete Christian Althoff als freier Mitarbeiter beim *Herforder Kreisblatt*. Nach dem Abitur absolvierte er ein Volontariat beim *Mindener Tageblatt* und war anschließend Redakteur in der Lokalredaktion. 1987 wechselte er zur *Bild-Zeitung*, 1990 dann zum *Westfalen-Blatt* nach Bielefeld. Dort arbeitete er anfangs als Polizeireporter in der Lokalredaktion, aber auch als Landesreporter für das Schwesterblatt, die damals gegründete *Thüringer Tagespost*, in den neuen Bundesländern und in Berlin. 1993 wechselte er in die Nordrhein-Westfalen-Redaktion des *Westfalen-Blattes* und ist seit 2005 Chefreporter der Zeitung.

CHRISTIAN ALTHOFF ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2016 in der Kategorie »Thema des Jahres – Flüchtlinge« für seinen Beitrag »Der Gerüchte-Check – Teil 8«, erschienen am 9. Dezember 2015 im Westfalen-Blatt.

Der Gerüchte-Check, Teil 8/ Geschichten über Flüchtlinge: Welche stimmen, und welche nicht?

Von Christian Althoff

Sozialamtsmitarbeiter, Ehrenamtliche, Kräfte von Hilfsorganisationen: Viele Menschen, die mit Asylbewerbern arbeiten, müssen sich in ihrem privaten Umfeld mit Gerüchten auseinandersetzen, die über Flüchtlinge erzählt werden. Was ist dran? Hier kommt Teil 8 des Gerüchte-Checks:

Das Gerücht: »Die Stadt Halle hat eine Wohnung für Flüchtlinge gemietet. Das Angebot der Vermieterin, Möbel zur Verfügung zu stellen, hat die Stadt mit dem Hinweis abgelehnt, Hygiene-Vorschriften erlaubten es nicht, für Flüchtlinge gebrauchte Möbel zu verwenden.«

Die Tatsache: »Das Gerücht entspricht nicht der Wahrheit. Solche angeblichen Hygiene-Vorschriften kenne ich nicht«, sagt Hermann Bußmeyer vom Sozialamt der Stadt Halle.

Das Gerücht: »In Spenge hat es einen sexuellen Übergriff auf ein Mädchen durch einen 18-jährigen Afghanen gegeben, was die Polizei verschweigt.«

Die Tatsache: »Ein Flüchtling hat auf offener Straße ein 13-jähriges Mädchen, das auf dem Weg von der Schule nach Hause war, auf die Wange geküsst«, sagt Michael Albrecht, Sprecher der Polizei im Kreis Herford. »Die Mutter hat uns alarmiert, und wir haben den Mann vorläufig festgenommen. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.« Im Polizeipressebericht tauchte die Tat allerdings nicht auf, was zu Ärger und Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung führte. Albrecht: »Wir haben den Fall in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Bielefeld nicht öffentlich gemacht, um das 13-jährige Opfer zu schützen.«

Das Gerücht: »In Paderborn müssen Menschen, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit Flüchtlingen erbringen, Geheimhaltungserklärungen unterschreiben, damit von den Geschehnissen nichts an die Öffentlichkeit dringt.«

Die Tatsache: »Bestandteil unserer Arbeitsverträge ist, dass Mitarbeiter Daten über Menschen, die uns anvertraut sind, geheim halten müssen«, sagt Christian Schlichter, Sprecher der Malteser in der Erzdiözese Paderborn. Das sei schon immer so gewesen. »Aber natürlich dürfen unsere Mitarbeiter von ihrem Alltag in der Flüchtlingsarbeit erzählen, wenn sie keine Namen nennen, und das tun sie auch. Meistens sind das positive Geschichten. Das merken wir, wenn sich Leute bewerben, weil ein Malteser ihnen von seiner Arbeit berichtet hat.«

Das Gerücht: »In Philippsburg haben Flüchtlinge Polizisten und Wachleute angegriffen und einen Polizisten schwer verletzt.«

Die Tatsache: Die Deutsche Presse-Agentur berichtete am 4. August, dass drei betrunkene Asylbewerber in einer Flüchtlingsunterkunft in Philippsburg Wachleute angegriffen haben. Mehrere Polizisten waren nötig, um die drei Männer zu bändigen. Dabei verletzte ein 20-jähriger Asylbewerber einen Polizeibeamten schwer.

Das Gerücht: »In Steinhagen haben Flüchtlinge Nachbarkindern ihr Spielzeug gestohlen.«

Die Tatsache: »In der Nacht zum 3. Dezember ist aus einem Vorgarten Spielzeug verschwunden, darunter ein Trampolin. Die Sachen wurden am nächsten Tag vor einer Asylbewerber-Unterkunft gefunden. Wie sie dort hinkamen, wissen wir nicht«, sagt Corinna Koptik, Sprecherin der Polizei im Kreis Gütersloh.

Das Gerücht: »In den Bielefelder Erstaufnahme-Einrichtungen machen nicht mehr Putzfrauen sauber, sondern Putzmänner. Vorausgegangen sein sollen sexuelle Übergriffe.«

Die Tatsache: »Nach Auskunft des Leiters der Zentralen Ausländerbehörde werden weiterhin Putzfrauen beschäftigt. Von sexuellen Übergriffen ist uns nichts bekannt«, sagt Gisela Bockermann, Sprecherin der Stadt Bielefeld.

Das Gerücht: »In Löhne haben Asylbewerber gespendete Matratzen, die die Stadt gesammelt hat, nicht angenommen, weil Christen darauf geschlafen haben.«

Die Tatsache: »Wir sammeln keine alten Matratzen. Flüchtlinge bekommen günstige, neue Matratzen. Den geschilderten Vorgang gab es nicht«, sagt Peter Köhn, Leiter des Sozialamts in Löhne.

Das Gerücht: »In einer Flüchtlingsunterkunft in Hagen haben Flüchtlinge eine fast neue Edelstahlküche rausgeschmissen, weil darin vorher Schweinefleisch zubereitet wurde.«

Die Tatsache: »Ein solcher Fall ist uns nicht bekannt. In den Notunterkünften wird gar nicht gekocht, denn die Flüchtlinge werden von einem Caterer versorgt«, sagt Karsten-Thilo Raab, Sprecher des Oberbürgermeisters in Hagen.

Das Gerücht: »In Bad Driburg haben Asylbewerber eine alte Frau auf den Boden geworfen und ihr die Tasche aus der Hand gerissen.«

Die Tatsache: »Ein Raub oder eine ähnliche Tat hat in der geschilderten Form in Bad Driburg nicht stattgefunden«, sagt Hauptkommissar Andreas Hellwig, Sprecher der Polizei im Kreis Höxter.

Das Gerücht: »Restaurants finden keine Köche mehr, weil Köche, die für Flüchtlinge kochen, 28 Euro pro Stunde bekommen und damit viel mehr als in der Gastronomie.«

Die Tatsache: »Caterer, die Flüchtlinge versorgen, finden nicht genug Köche und buchen deshalb Köche bei Leiharbeitsfirmen. Diese Firmen verlangen bis zu 30 Euro pro Stunde, aber die bekommt der Koch natürlich nicht«, sagt Thomas Keitel, Geschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbands Ostwestfalen-Lippe.

Das Gerücht: »In Bad Oeynhausen-Eidinghausen haben Flüchtlinge von der Stadt neue Fernseher geschenkt bekommen. Die Flüchtlinge haben sie verkauft, als defekt gemeldet und Ersatz gefordert.«

Die Tatsache: »Wir verschenken keine Fernseher. Wir würden allenfalls ein Gerät, das ein Bürger spendet, weitergeben«, sagt Volker Müller-Ulrich, Sprecher der Stadtverwaltung.

Das Gerücht: »Im Klarissenkloster in Paderborn sind Kreuze abgenommen worden, um Gefühle der jetzt dort lebenden Flüchtlinge nicht zu verletzen.«

Die Tatsache: »Wir haben die Kreuze aus den Zimmern genommen, damit sie nicht wegkommen. Fest montierte Kreuze haben wir aber an Ort und Stelle gelassen«, sagt Thomas Throenle, Sprecher im Erzbischöflichen Generalvikariat Paderborn.

WESTFALEN-BLATT

Nr. 287 vom 9. Dezember 2015

Die Zeitungen

Theodor-Wolff-Preis

Die Zeitungen

Zum Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis 2016 wurden Beiträge von 400 Journalistinnen und Journalisten aus folgenden Zeitungen eingereicht:

<i>Aachener Zeitung/ Aachener Nachrichten</i>	<i>Die Zeit</i>
<i>Allgäuer Zeitung</i>	<i>Die Zeit/Christ&Welt</i>
<i>Allgemeine Zeitung Mainz</i>	<i>Donaukurier</i>
<i>Augsburger Allgemeine</i>	<i>dpa Basisdienst</i>
<i>Allgemeine Zeitung Bad Kreuznach</i>	<i>Elbe-Jeetzel-Zeitung</i>
<i>Badische Zeitung</i>	<i>EBlinger Zeitung</i>
<i>Berliner Kurier</i>	<i>Express</i>
<i>Berliner Morgenpost</i>	<i>Flensburg Avis</i>
<i>Berliner Zeitung</i>	<i>Frankenpost</i>
<i>BILD</i>	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
<i>Böhme-Zeitung</i>	<i>Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung</i>
<i>BZ am Sonntag</i>	<i>Frankfurter Rundschau</i>
<i>Darmstädter Echo</i>	<i>Gelnhäuser Neue Zeitung</i>
<i>Der Freitag</i>	<i>General-Anzeiger Bonn</i>
<i>Der neue Tag – Oberpfälzischer Kurier-Online</i>	<i>Gießener Anzeiger</i>
<i>Der Prignitzer</i>	<i>Gmündr Tagespost</i>
<i>Der Tagesspiegel</i>	<i>Grafschafter Nachrichten</i>
<i>Die Norddeutsche/Weser-Kurier</i>	<i>Haller Kreisblatt</i>
<i>Die Welt</i>	<i>Hamburger Abendblatt</i>
	<i>Hanauer Anzeiger</i>

Handelsblatt
Hannoversche Allgemeine Zeitung
Harz Kurier
Heidenheimer Zeitung
Heilbronner Stimme
Hersbrucker Zeitung
Ibbenbürener Volkszeitung
Kieler Nachrichten Online
Kölner Stadt-Anzeiger
Kölnische Rundschau
Kreiszeitung
Landshuter Zeitung/Straubinger Tagblatt
Lebensmittel Zeitung
Leipziger Volkszeitung
Lübecker Nachrichten
Main-Post
Mannheimer Morgen
Märkische Allgemeine
Märkische Oderzeitung
Mindener Tageblatt
Mittelbayrische Zeitung
Münchener Merkur
Neue Osnabrücker Zeitung
Neue Ruhr/Rhein Zeitung
Neue Wernigeröder Zeitung
Neue Westfälische
neues deutschland
Nordsee-Zeitung
Nordwest-Zeitung
Nürnberger Nachrichten
Nürnberger Zeitung
Oberbayrisches Volksblatt
Oldenburgische Volkszeitung
Ostfriesen-Zeitung
Ostfriesischer Kurier
Passauer Neue Presse
Pforzheimer Zeitung
Rheinische Post
Rhein-Neckar-Zeitung
Rheinpfalz am Sonntag
Rhein-Zeitung
Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung
Ruhr Nachrichten
Ruhrnachrichten.de
Saarbrücker Zeitung
Sächsische Zeitung

Schwäbische Zeitung
Schwäbisches Tagblatt
Schwarzwälder Bote
SH Journal
Stader/Buxtehuder Tageblatt
Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Süddeutsche Zeitung Online
Süderländer Tageblatt
Südkurier
Südwest Presse
SZ Magazin
Tag des Herrn
Tagesspiegel am Sonntag
taz – die tageszeitung
taz.am wochenende
Thüringische Landeszeitung
Waiblinger Kreiszeitung
Welt am Sonntag
Welt kompakt
Welt Online
Weser-Kurier
Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Westfalen-Blatt
Westfalenpost
Westfälische Nachrichten
Zeit Magazin
Zeit Online

Preisträger 1962 bis 2015

Preisträger 1962 bis 2015

1962

Thaddäus Troll, *Bremer Nachrichten*
Gerd Czechatz, *Frankfurter Rundschau*
Dr. Ansgar Fürst, *Badische Zeitung*, Freiburg
Hans-Jürgen Hoyer, *Frankfurter Rundschau*
Heinz Keil, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, Essen
Friedrich Ludwig Müller, *Frankfurter Neue Presse*
Dr. Günther Rühle, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Walter Rudolf Schloesser, *Europa Union*, Köln
Heinz Stuckmann, *Die Zeit*, Hamburg
Georg Zimmermann, *Hamburger Abendblatt*

1963

Dr. Paul Arnsberg, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Jürgen Dennert, *Sonntagsblatt*, Hamburg
Rainer Fabian, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Dr. Hans Gerlach, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Dr. Hermann Harster, *Bild am Sonntag*, Hamburg
Rudolf Küstermeier, Deutsche Presse Agentur, Hamburg
Dr. Clara Menck, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Christian Schütze, *Stuttgarter Zeitung*
Ansgar Skriver, *Die Zeit*, Hamburg

1964

Klaus Bresser, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Werner Diederichs, *Westfalenpost*, Hagen
Erich Faßbender, *Frankfurter Rundschau*
Karl-Hermann Flach, *Frankfurter Rundschau*
Erich Helmensdorfer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
und *Augsburger Allgemeine*
Kai Hermann, *Die Zeit*, Hamburg
Sepp Scherbauer, *Sportbericht*, Stuttgart
Werner Spanehl, *Süddeutsche Zeitung*, München
Dr. Dietrich Strothmann, *Die Zeit*, Hamburg
Dr. Johannes Gaitanides, *Münchner Merkur*
Wilhelm Greiner, *Rhein-Neckar-Zeitung*, Heidelberg
Hans Schäfer, *Kieler Nachrichten*

1965

Dr. Fritz Richert, *Stuttgarter Zeitung*
Valeska von Roques, *Vorwärts*, Bad Godesberg
und *Welt der Arbeit*, Köln-Deutz
Peter Miska, *Frankfurter Rundschau*
Werner Holzer, *Frankfurter Rundschau*
Dr. Ernst Müller-Meiningen, *Süddeutsche Zeitung*, München
Reiner Dederichs, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Bruno Keppler, *Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung*, Mannheim
Heidrun Kayser, *Christ und Welt*, Stuttgart
Dr. Margret Wicke-Kampf, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Dr. Klaus Hattemer, *Handelsblatt*, Düsseldorf
Werner Spanehl, *Deutsche Post*, München
Günter Bruns, *Bremer Nachrichten*
Hans Lerch, *Triererischer Volksfreund*
Alexander Rost, *Welt am Sonntag*, Hamburg

1966

Dr. Joachim Besser, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Vitus Dröscher, freier Journalist, Hamburg
 Marianne Eichholz, freie Journalistin, Berlin
 Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein, *Die Welt*, Hamburg
 Klaus Harpprecht, S. Fischer Verlag, Frankfurt (Main)
 Heinz Held, freier Journalist, Köln
 Kai Hermann, *Die Zeit*, Hamburg
 Peter Brügge, *Der Spiegel*, Hamburg
 Dr. Joachim Kaiser, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Karl-Heinz Krumm, *Frankfurter Rundschau*
 Dr. Rolf Michaelis, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Thomas von Randow, *Die Zeit*, Hamburg
 Heinrich Rieker, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
 Dr. Theo Sommer, *Die Zeit*, Hamburg
 Paul Wilhelm Wenger, *Rheinischer Merkur*, Koblenz

1967

Dr. Lothar Ruehl, *Die Welt*, Hamburg
 Wolfgang Horlacher, *Stuttgarter Zeitung*
 Günter Matthes, *Tagesspiegel*, Berlin
 Hans Ulrich Kempfski, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Hermann Schreiber, *Der Spiegel*, Hamburg
 Dr. Jürgen Dennert, *Sonntagsblatt*, Hamburg
 Hans-Joachim Langner, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
 Dr. Helmuth de Haas, *Die Welt*, Hamburg
 Barbara Bondy, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Christian Ferber, *Die Welt*, Hamburg
 Dr. Fred Hepp, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Herbert von Borch, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Joachim Nawrocki, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Bodo Harenberg, *Die Zeit*, Hamburg
 Ernst Maria Lang, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Klaus Pielert, *Industriekurier*, Düsseldorf
 und *Neue Ruhr Zeitung*, Essen

1968

Andreas Graf Razumovsky, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Robert Haerdter, *Stuttgarter Nachrichten*
 Heinz Schewe, *Die Welt*, Hamburg
 Dr. Bernd Nellessen, *Die Welt*, Hamburg
 Klaus Meier-Ude, *Frankfurter Rundschau*
 Ben Witter, *Die Zeit*, Hamburg
 Eugen Skasa-Weiss, *Stuttgarter Zeitung*
 George Salmony, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Dr. Theo Löbsack, *Stuttgarter Zeitung*
 Claus Bardtholdt, *Die Zeit*, Hamburg
 Christian Habbe, *Die Welt*, Hamburg
 Wilhelm Hartung, *Die Welt*, Hamburg

1969

Hans Wilhelm Schueler, *Die Welt*, Hamburg
 Martin Bernstorff, *Christ und Welt*, Stuttgart
 Chrysostomus Zodel, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
 Walter Henkels, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Eka Gräfin von Merveldt, *Die Zeit*, Hamburg
 Heiner Radzio, *Handelsblatt*, Düsseldorf
 Dieter E. Zimmer, *Die Zeit*, Hamburg
 Jost Nolte, *Die Welt*, Hamburg
 Eduard Verhülsdonk, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
 Peter Gerisch, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Lothar Vetter, *Frankfurter Rundschau*
 Dr. Günther von Lojewski, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Rudolf Schöpfer, *Ruhr Nachrichten*, Dortmund
Westfalenpost, Hagen, *Westfälische Nachrichten*, Münster,
Kölnische Rundschau

1970/71

Gitta Bauer, Springer-Auslands-Dienst, New York
 Immanuel Birnbaum, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Hans Gresmann, *Die Zeit*, Hamburg
 Rudolf Heizler, *Kölnische/Bonner Rundschau*
 Dr. Günter Zehm, *Die Welt*, Hamburg
 Dr. Fritz-Ullrich Fack, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Rudolf Herlt, *Die Welt*, Hamburg
 Helmut M. Braem, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Wolf Schön, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
 Heinrich Rieker, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
 Petra Michaely, freie Journalistin, Scheidterberg
 Dieter Hünerkoch, *Weser-Kurier*, Bremen
 Marie-Luise Scherer, *Berliner Morgenpost*
 Gerhard Krug, *Die Welt*, Hamburg

1971/72

Dr. Hans Heigert, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Dr. Lothar Ruehl, *Die Welt*, Hamburg
 Jürgen Offenbach, *Stuttgarter Nachrichten*
 Reinhard Appel, *Deutsche Zeitung/Christ und Welt*, Stuttgart
 Hans-Joachim Noack, *Frankfurter Rundschau*
 Hans Baumann, *Die Welt*, Essen
 Dr. Franz Thoma, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Thea Winandy, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Manfred Sack, *Die Zeit*, Hamburg
 Norbert Ely, *Wiesbadener Kurier*
 Lutz Krusche, *Frankfurter Rundschau*, Paris
 Günter Schmidt, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
 Ulla Plog-Handke, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Gerd Lenhart, *Rheinpfalz*, Speyer
 Rolf Kunkel, *Die Zeit*, Hamburg

1972/73

Dr. Thomas Löffelholz, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Dr. Hermann Pörzgen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Manfred Thier, *Stuttgarter Zeitung*
 Dr. Heinz Verfürth, *Handelsblatt*, Düsseldorf
 Diether Stolze, *Die Zeit*, Hamburg
 Dirk Schubert, *Deutsche Zeitung/Christ und Welt*, Stuttgart
 Christian Ferber, *Die Welt*, Hamburg
 Joachim C. Fest, *Der Spiegel*, Hamburg
 Martin Urban, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Michael Bickel, *Schrobenhausener Zeitung*
 Günther Leicher, *Allgemeine Zeitung*, Mainz
 Bruno Manz, *Münchner Merkur*
 Horst Vetten, *Die Zeit*, Hamburg
 Cecilia von Studnitz, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, Hamburg
 Lokal- und Stadtteil-Redaktion des *Hamburger Abendblatt*

1973/74

Heinz Heck, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Wolfgang Wagner, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Ilse Nicolas, *Die Welt*, Berlin
 Kurt Diekmann, *Nordwest-Zeitung*, Oldenburg
 Raimund Hoghe, *Westfalen-Blatt*, Bielefeld
 Hans-Georg Kösters, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
 Hans-Joachim Neisser, *Rheinische Post*, Düsseldorf
 Hans-Joachim Deckert, *Mannheimer Morgen*
 Georg Heller, *Stuttgarter Zeitung*
 Nina Grunenberg, *Die Zeit*, Hamburg
 Horst Schüler, *Hamburger Abendblatt*
 Manfred Dellling, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, Hamburg
 Dr. Hellmuth Karasek, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Friedrich Luft, *Die Welt*, Berlin
 Michael Globig, *Die Zeit*, Hamburg

1974/75

Kurt Becker, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Andreas Kohlschütter, *Die Zeit*, Hamburg
 Karl-Heinz Krumm, *Frankfurter Rundschau*
 Uwe Jacobi, *Heilbronner Stimme*
 Wilfried Hommen, *Kölnische Rundschau*
 Johannes Lübeck, *Lübbecker Kreiszeitung*, Bünde
 Dr. Peter Gillies, *Die Welt*, Bonn
 Walter Kannengießer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Albert Müller, *Die Welt*, Bonn
 Jürgen Diebäcker, *Rheinische Post*, Düsseldorf
 Horst-Werner Hartelt, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Düsseldorf
 Günter Engelhard, *Deutsche Zeitung*, Bonn
 Dr. Rudolf Goldschmit, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Klaus Bruns, *Die Welt*, Hamburg
 Manfred Lehnen, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

1975/76

Malte Buschbeck, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Jürgen Engert, *Der Abend*, Berlin
 Kurt Frank, *Rhein-Zeitung*, Koblenz
 Jürgen C. Jagla, *Kölnische Rundschau*
 Dietrich Ratzke, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Fritz Wirth, *Die Welt*, Bonn

1977

Dr. Dieter Buhl, *Die Zeit*, Hamburg
 Jens Gundlach, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Ute Kaltwasser-Blankenbach, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Rudolf H. Riener, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
 Dr. Hermann Rudolph, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

1978

Birgit Lahann, *Welt am Sonntag*, Hamburg
 Herbert Riehl-Heyse, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Karl Feldmeyer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Klaus-Peter Schmid, *Die Zeit*, Hamburg
 Sibylle Krause-Burger, *Stuttgarter Zeitung*
 Annelie Stankau, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Alexander Hoffmann, *Frankfurter Rundschau*
 Josef Dörr, *Rhein-Zeitung*, Koblenz
 Rolf Düdder, *Westfälische Rundschau*, Dortmund

1979

Claus Heinrich Meyer, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Josef-Otto Freudenreich, *Badische Neueste Nachrichten*, Karlsruhe
 Dr. Herbert Kremp, *Die Welt*, Bonn
 Erpo Frhr. Droste zu Vischering, *Reutlinger General-Anzeiger*
 Herbert Kolbe, *Neue Ruhr Zeitung*, Duisburg

1980

Dr. Rainer Flöhl, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dietrich Möller, Korrespondent Osteuropa
 Peter Sartorius, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Max Conradt, *Hamburger Abendblatt*
 Klaus Hellweg, *Haller Tagblatt*, Schwäbisch Hall
 Kersten Boeer, *Die Welt*, Bonn
 Dagmar Siegmann, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

1981

Norbert Lewandowski, *Rheinische Post*, Düsseldorf
 Friedrich Meichsner, *Die Welt*, Bonn
 Brigitte Scherer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Hans-Joachim Noack, *Frankfurter Rundschau*
 Karl Wagemann, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
 Gabriele Fischer, *Osterholzer Kreisblatt*
 Evi Simeoni, *Stuttgarter Zeitung*
 Christian Potyka, *Süddeutsche Zeitung*, München

1982

Dr. Helmut Herles, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Anton Sterzl, *Aachener Volkszeitung*
 Robert Leicht, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Christine Jäckel, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Volker Stutzer, *Passauer Neue Presse*
 Dr. Thomas Brey, Deutsche-Presse-Agentur, Essen
 Peter-Matthias Gaede, *Frankfurter Rundschau*

1983

Dr. Josef Joffe, *Die Zeit*, Hamburg
 Heinz W. Koch, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Dr. Olaf Ihlau, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Martin Kolbus, *Idsteiner Zeitung*
 Heinz Welz, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Jürgen Wolff, *Rottenburger Post*

1984

Dr. Klaus-Ulrich Moeller, *Stuttgarter Nachrichten*
 Christian Schmidt-Häuer, *Die Zeit*, Hamburg
 Joachim Neander, *Die Welt*, Bonn
 Claus Peter Mühleck, *Tauber-Zeitung*, Bad Mergentheim
 Jutta Stössinger, *Frankfurter Rundschau*
 Kathrin Kramer, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Anke Breitlauch, *Nordsee-Zeitung*, Bremerhaven

1985

Dr. Rudolf Strauch, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Marianne Wichert-Quoirin, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Thomas Kielinger, *Die Welt*, Bonn
 Claudia Michels, *Frankfurter Rundschau*
 Dr. Daniel Salber, *Dürener Zeitung*
 Walter Schmühl, *Dürener Zeitung*
 Angela Steffan, *Fränkische Nachrichten*, Wertheim
 Dr. Susanne Mayer, *Stuttgarter Zeitung*

1986

Rudolph Chimelli, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Cordt Schnibben, *Die Zeit*, Hamburg
 Franz Pfluger, *Reutlinger General-Anzeiger*
 Bernd Behr, *Münstersche Zeitung*
 Kurt Leidner, *Pirmasenser Zeitung*
 Hans Frieder Baisch, *Pirmasenser Zeitung*
 Bernhard Kolb, *Pirmasenser Zeitung*
 Sylvia Schreiber, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
 Monika Egler, *Stuttgarter Zeitung*

1987

Carlos Widmann, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Reinhard Breidenbach, *Allgemeine Zeitung*, Mainz
 Rolf Antrecht, *Handelsblatt*, Düsseldorf
 Rudolf Eickeler, *Handelsblatt*, Düsseldorf
 Waltraud Kirsch-Mayer, *Mannheimer Morgen*
 Thomas Hauser, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Monika Schäfer-Feil, *Darmstädter Echo*
 Gabriele Stief, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

1988

Ulrich Wildermuth, *Südwest Presse*, Ulm
 Knut Teske, *Die Welt*, Bonn
 Werner Birkenmaier, *Stuttgarter Zeitung*
 Meinrad Heck, *Fränkische Nachrichten*, Bad Mergentheim
 Toni Keppeler, *Schwäbisches Tagblatt*, Tübingen
 Ulrike Pfeil, *Schwäbisches Tagblatt*, Tübingen
 Petra Pluwatsch, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Ulrich Hauser, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen

1989

Hans Schiemann, *Rheinischer Merkur/ Christ und Welt*, Bonn
 Justin Westhoff, *Der Tagesspiegel*, Berlin
 Dr. Uwe Wittstock, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Hermann Meyer-Hartmann, *Hildesheimer Allgemeine Zeitung*
 Max Conradt, *Hamburger Abendblatt*
 Ferdos Forudastan, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Cordula von Wysocki, *Kölnische Rundschau*

1990

Dr. Joachim Sobotta, *Rheinische Post*, Düsseldorf
 Renate Marsch, Deutsche Presse-Agentur, Warschau
 Werner Meyer, *Abendzeitung*, München
 Ida Sandl, *EBlinger Zeitung*
 Franz Freisleder, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Thomas Becker, *Die Zeit*, Hamburg
 Ingo Lamberty, *Der Tagesspiegel*, Berlin

1991

Axel Hacke, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Ulrich Schacht, *Welt am Sonntag*, Hamburg
 Dieter Strunz, *Berliner Morgenpost*
 Alexander Richter, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
 Cornelia Färber, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
 Jörg Bartel, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
 Heinrich Thies, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Johannes Leithäuser, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Michael Knopf, *Frankenpost*, Hof
 Thomas Seehuber, *Windsheimer Zeitung*

1992

Jürgen Schreiber, *Frankfurter Rundschau*
 Heimo Schwilk, *Rheinischer Merkur*, Bonn
 Christian Wernicke, *Die Zeit*, Hamburg
 Eva Schweitzer, *taz - die tageszeitung*, Berlin
 Ulrich Neufert, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Martin E. Süskind, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Göran Schattauer, *Ostthüringer Zeitung*, Gera
 Lorenz Maroldt, *Neue Zeit*, Berlin

1993

Michael Best, *Freies Wort*, Suhl
 Christoph Dieckmann, *Die Zeit*, Hamburg
 Dr. Anton Notz, *Stuttgarter Nachrichten*
 Gabi Novak-Oster, *Rhein-Zeitung*, Koblenz
 Sabine Schwieder, *Cellesche Zeitung*
 Wolfgang Ehemann, *Fränkischer Tag*, Bamberg
 Ralf Schuler, *Neue Zeit*, Berlin
 Christoph Schwennicke, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Nico Fried, *Badische Zeitung*, Freiburg

1994

Giovanni di Lorenzo, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Dr. Wolfgang Mauersberg, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Dr. Eckart Klaus Roloff, *Rheinischer Merkur*, Bonn
 Frank Nipkau, *Westfalen-Blatt*, Bielefeld
 Wolfgang Schreiber, *Solinger Tageblatt*
 Klaus Broichhausen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Hilmar Höhn, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Wolf-Rüdiger Mühlmann, *Thüringenpost*, Schleiz

1995
 Alexander Osang, *Berliner Zeitung*
 Dietrich Schröder, *Märkische Oderzeitung*, Frankfurt/Oder
 Wolfgang Wiedlich, *General-Anzeiger*, Bonn
 Petra Mies, *Frankfurter Rundschau*
 Michael Thumser, *Frankenpost*, Hof
 Ulrich Deupmann, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Gudrun Bayer, *Nürnberger Zeitung*
 Corinna Emundts, *taz - die tageszeitung*, Berlin

1996
 Johannes Winter, *Frankfurter Rundschau*
 Ulrich Hammerschmidt, *Freie Presse*, Chemnitz
 Frank Jansen, *Der Tagesspiegel*, Berlin
 Philipp Maußhardt, *taz - die tageszeitung*, Berlin
 Sabine Rückert, *Die Zeit*, Hamburg
 Kuno Kruse, *Die Zeit*, Hamburg
 Hermann Beckfeld, *Ruhr Nachrichten*, Dortmund
 Jürgen Dahlkamp, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

1997
 Guido Eckert, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Reiner Luyken, *Die Zeit*, Hamburg
 Ralf Hoppe, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Andreas Wenderoth, *Berliner Zeitung*
 Dr. Peter Intelmann, *Emder Zeitung*
 Hans-Uli Thierer, *Südwest Presse*, Ulm
 Dr. Friedrich Karl Fromme (Lebenswerk)

1998
 Sabine Riedel, *Frankfurter Rundschau*
 Gerd Kröncke, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Ulrich Schmitt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Kurt Oesterle, *Schwäbisches Tagblatt*, Tübingen
 Wilfried Massmann, *Neue Westfälische*, Bielefeld
 Andreas König, *Havelberger Volksstimme*
 Dr. Thomas Löffelholz (Lebenswerk)

1999
 Maxim Biller, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Karin Großmann, *Sächsische Zeitung*, Dresden
 Dr. Joachim Käppner, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, Hamburg
 Annette Ramelsberger, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Brigitte Desalm, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Bernhard Stuhlfelner, *Straubinger Tagblatt*
 Hubert Wolf, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, Essen
 Wolf J. Bell (Lebenswerk)

2000
 Dr. Franziska Augstein, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Evelyn Roll, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Ullrich Fichtner, *Frankfurter Rundschau*
 Jutta Voigt, *Die Woche*, Hamburg
 Hans Kratzer, *Erdinger Neueste Nachrichten*
 Andreas Dörr, *Reutlinger General-Anzeiger*
 Mario Vigil, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Roderich Reifenrath (Lebenswerk)

- 2001
- Dr. Heribert Prantl, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Jana Simon, *Der Tagesspiegel*, Berlin
 Joachim Rogosch, *Stuttgarter Zeitung*
 Thilo Knott, *EBlinger Zeitung*
 Michael Thiem, *EBlinger Zeitung*
 Silke Lambeck, *Berliner Zeitung*
 Frank Schauka, *Märkische Allgemeine*, Potsdam
 Suska Döpp, *Kölnische Rundschau*
 Jens Meifert, *Kölnische Rundschau*
- 2002
- Regine Sylvester, *Berliner Zeitung*
 Wolfgang Büscher, *Die Welt*, Berlin
 Irena Brežná, *Freitag*, Berlin
 Peter Schwarz, *Waiblinger Kreiszeitung*
 Lothar Häring, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
- 2003
- Holger Kreitling, *Die Welt*, Berlin
 Dr. Stefan Ulrich, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Birgit Walter, *Berliner Zeitung*
 Michael Ohnewald, *Stuttgarter Zeitung*
 Tobias Schuhwerk, *Allgäuer Zeitung*, Kempten
 Dr. Herbert Kremp (Lebenswerk)

- 2004
- Jochen-Martin Gutsch, *Berliner Zeitung*
 Andrea Böhm, *Die Zeit*, Hamburg
 Thomas Delekat, *Die Welt*, Berlin
 Barbara Hardinghaus, *Hamburger Abendblatt*
 Stefani Geilhausen, *Rheinische Post*, Düsseldorf
- 2005
- Horst von Buttlar, *Financial Times Deutschland*, Hamburg
 Nicol Ljubić, *Die Zeit*, Hamburg
 Lara Fritzsche, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Waltraud Schwab, *taz – die tageszeitung*, Berlin
 Wolfgang Görl, *Süddeutsche Zeitung*, München
- 2006
- Dr. Stefan Geiger, *Stuttgarter Zeitung*
 Maxim Leo, *Berliner Zeitung*
 Marc Brost, *Die Zeit*, Hamburg
 Jens Voitel, *Emder Zeitung*
 Christine Kröger, *Weser-Kurier*
 Karl Feldmeyer (Lebenswerk)

2007

Nikolaus Blome, *Die Welt*, Berlin
 Astrid Geisler, *taz – die tageszeitung*, Berlin
 Sebastian Glubrecht, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Marlon Gego, *Aachener Zeitung, Aachener Nachrichten*
 Christoph Wöhrle, *Berliner Morgenpost*
 Sibylle Krause-Burger (Lebenswerk)

2008

Dr. Carolin Emcke, *Die Zeit*, Hamburg
 Thomas Kistner, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Marc-Joachim Obert, *Frankfurter Rundschau*
 Stephan Hermsen, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
 Miriam Opresnik und Özlem Topçu, *Hamburger Abendblatt*

2009

Henning Sußebach, *Die Zeit*, Hamburg
 Bastian Obermayer, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Thomas Scheen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Regina Köhler, *Berliner Morgenpost*
 Nina Grunenberg (Lebenswerk)

2010

Jana Hensel, *Die Zeit*, Hamburg
 Dr. Arne Perras, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Sabine Rennefanz, *Berliner Zeitung*
 Detlef Schmalenberg, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Frank Buchmeier, *Stuttgarter Zeitung*
 Prof. Dr. Joachim Kaiser (Lebenswerk)

2011

Mely Kiyak, *Berliner Zeitung/Frankfurter Rundschau*
 Rena Lehmann, *Rhein Zeitung*, Koblenz
 Jan Rübel, *Berliner Morgenpost*
 Dr. Uwe Ebbinghaus, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Kirsten Küppers, *taz – die tageszeitung*, Berlin
 Klaus Harpprecht (Lebenswerk)

2012

Harald Martenstein, *Die Zeit*, Hamburg
 Lars Fischer, *Wümme-Zeitung*, Lilienthal
 Dr. Philip Cassier, *Berliner Morgenpost*
 Alexander Gorkow, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Volker Zastrow, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*

2013

Robin Alexander, *Welt am Sonntag*, Berlin
Jochen Arntz, *Süddeutsche Zeitung*, München
Jan Haarmeyer, *Hamburger Abendblatt*
Andrea Jeska, *Die Zeit*, Hamburg
Kai Müller, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Alfred Grosser (Lebenswerk)

2014

Johannes Ehrmann, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Benjamin Piel, *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, Lüchow
Kai Strittmatter, *Süddeutsche Zeitung*, München
Kerstin Kohlenberg, *Die Zeit*, Hamburg
Peter Unfried, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Rudolph Chimelli (Lebenswerk)

2015

Tobias Großkemper, *Ruhr Nachrichten*, Dortmund
Rudi Kübler und Christine Liebhardt, *Südwest Presse Online*, Ulm
Roland Schulz, *SZ Magazin*, München
Konrad Schuller, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*
Bernd Ulrich, *Die Zeit*, Hamburg
Barbara Sichtermann (Lebenswerk)

Das Kuratorium

Hermann Neusser (Vorsitzender),
Verleger, *General-Anzeiger*, Bonn

Prof. Bascha Mika,
Chefredakteurin *Frankfurter Rundschau*

Heinrich Meyer,
Herausgeber *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen

Prof. Dr. Beate Schneider,
Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung an der
Hochschule für Musik, Theater und Medien, Hannover

Franz Sommerfeld,
Publizist und ehemaliges Mitglied des Vorstands der
DuMont Mediengruppe

Prof. Dr. Bernd Söseemann,
Leiter der Forschungsstelle »AkiP« am Friedrich-Meinecke-Institut
für Geschichtswissenschaften an der Freien Universität Berlin

Jost Springensguth,
Publizist und Kommunikationsberater, Münster

Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte,
Axel Springer Stiftung, Berlin

Die Jury

Nikolaus Blome,
stellvertretender Chefredakteur, *Bild*, Berlin

Wolfgang Büscher,
Autor, *Die Welt*, Berlin

Dr. Markus Günther,
Autor, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*

Peter Stefan Herbst,
Chefredakteur, *Saarbrücker Zeitung*

Christian Lindner,
Chefredakteur, *Rhein-Zeitung*, Koblenz

Lorenz Maroldt,
Chefredakteur, *Der Tagesspiegel*, Berlin

Prof. Bernd Mathieu,
Chefredakteur, *Aachener Zeitung/Aachener Nachrichten*

Annette Ramelsberger,
Gerichtsreporterin, *Süddeutsche Zeitung*, München

Cordula von Wysocki,
Mitglied der Chefredaktion, *Kölnische Rundschau*

Herausgeber:

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (BDZV)

Haus der Presse, Markgrafenstraße 15, 10969 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt:

Hans-Joachim Fuhrmann, Geschäftsführer des Kuratoriums

Theodor-Wolff-Preis, Berlin

Redaktion: Juliane Gringer, Berlin

Gestaltung und Satz: Eins 64 Grafik-Design, Bonn

Fotos: Max Lautenschläger (Seite 43), Torsten von Reeken (Seite 55),

Michael Staudt (Seite 69), Vera Tammen (Seite 115), F.A.Z. (Seite 131),

F.A.Z./Helmut Fricke (Seite 137), Michael Heck (Seite 145), Pablo Castagnola

für Handelsblatt (Seite 157), Dox82 (Seite 169), Oliver Schwabe (Seite 181).

Druck: DCM – Druck Center Meckenheim